REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 472 · 18.4.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Sieg ohne Frieden
2. Legitime tödliche Handlungen. PatientInnenverfügungen: Selbstmanagement am Lebensende? - Erika Feyerabend
3. US-Präventivkriegsstrategie erprobt an einem geschwächten Gegner. Kriegsverlauf mit Überraschungen - Gerhard Piper
4. High Noon im Nahen Osten. Nach dem Irak wollen die USA Iran und Syrien angreifen - Knut Mellenthin
5. "Jeder Witterung ausgesetzt." Interview mit Aram Rostem und Khalid M. Rashed von der Kurdistan Health Foundation
6. Dezentrale Hilfe für Flüchtlinge im Nordirak. Unterstützung kurdischer Organisationen der Zivilgesellschaft
7. Eine unendliche Geschichte: Diktatur, Opposition und Krieg im Irak - Sabah Alnasseri
8. Demos und mehr. Streiks und Arbeitsniederlegungen gegen den Krieg
9. Auf die UNO keinen Pfifferling. Immanuel Wallerstein über die Folgen des Irak-Krieges
10. Literatur zum Irak - Nora Mielke
11. "Außerordentliche Unterstützung". Italien im Kriegseinsatz - Js.
12. Der deutsche Beitrag zum Irak-Krieg - Js.
13. Willige, Wankelmütige und Wackere. Ost- und Südostasien gespalten in der Kriegsfrage - Rainer Werning
14. Kritische Apathie. Wie man in Russland über den Krieg denkt - Gisela Neuhöffer
15. Auf den Spuren Karl V. Auch massive Anti-Kriegs-Proteste ließen Aznar unberührt - Tom Kucharz
16. De Gaulles Erbe. "Friedenstaube" Chirac - ein (nicht nur) komischer Vogel - Bernhard Schmid
17. "Die meisten waren ziemlich geschockt." Interview mit Tayfun Guttstatt, 15 Jahre, 10. Klasse, Ida-Ehre-Schule
18. Unerwartete Speerspitzen. SchülerInnen protestieren weltweit gegen den Krieg - Jonas Becker-Tietz
19. Schocktherapie mit Nebenwirkungen. Netanjahus Radikalkur ist für viele Isarelis brisanter als der Irak-Krieg - Achim Rohde
20. Mord in Belgrad. Nach dem Attentat auf Zoran Djindjic folgt eine autoritäre Wende - Alexander Jovanovic
21. Verfassungsgericht kippt NPD-Verbotsverfahren. "Aufstand der Anständigen" vor der Abwicklung? - mb.
22. Rückwärts in die 80er Jahre. Staatsschutz mischt mittels §129a die linke Szene Magdeburgs auf - Peter Nowak
23. Berliner RZ-Prozess: Aussitzen statt Aussetzen - mb., Berlin
24. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
25. Kreatives Schröpfen. "Verfolgungsbetreuung" auf den Arbeitsämtern - gg, quer-Redaktion
26. "Wir müssen das ausbaden". ArbeitsamtsmitarbeiterInnen protestieren gegen Druck auf Erwerbslose - G. Küster, B. Fuchs; F. Mevenkamp
27. Die Spitzel von der BKK. Krankenkassen betätigen sich als Hilfssheriffs - dk
28. Zwischen Konsens und Konkurrenz. Überlegungen zum Zusammenhang von bürgerlichem Staat und Krieg - Ingo Stützle
29. Hochgeistige Primitivität. Gedanken zu Martin Heidegger anlässlich seiner Rektoratsrede am 27. Mai 1933 - Klaus-Peter Lehmann
30. Ohren-Propaganda - DSe
31. Soulrevolution now! Mellow Marks Weckruf, Widerstand ist zwecklos - DSe
32. gender troubles aktuell. Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden: Einige Thesen - st
33. Neues von der Querfront. Wie die "junge Welt" den Trotzkismus bekämpft - Henning Böke
34. Amphetamine für die unternehmerische Stadt. Hamburg macht in Olympia: Image ist alles - Ulf Treger
35. And the winner is: Barcelona? Verdrängung ist die andere Seite der olympischen Medaille - Nicole Vrenegor
36. NOlympics - die Bonzen und der Pöbel. Das Konzept der Imagebeschmutzung am Beispiel Amsterdam - Agentur Bilwet

37. nach olympia. Das KünstlerInnenduo Grösch/Metzger untersucht olympische Dörfer nach den Spielen - Wiebke Grösch/Frank Metzger
38. "Lappenkrieg" in NOlympic-city. Ein Rückblick auf die Arbeit des Anti-Olympia-Komitees Berlin - Einige aus dem ehemaligen AOK
39. Besuch bei Herzl. HaDag Nachasch: Kritischer HipHop made in Israel - Achim Rohde
40. AUFGEBLÄTTERT
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. Wir brauchen noch 3.200 Euro!!!
44. Nix Olympia - weder in Leipzig noch anderswo!
45. Quelldatei swkas.htm

1. Sieg ohne Frieden

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Irak; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:46

Was zunächst unwahrscheinlich schien, ist jetzt Realität: Die USA haben im Irak "gesiegt". Jede Stellungnahme dazu befindet sich zwangsläufig in einer paradoxen Situation: So sehr der schmutzige Angriffskrieg der USA zu verurteilen ist, so wenig ist der Sturz Saddam Husseins und seiner Machtelite zu bedauern.

Tatsächlich ergeben sich aus der Demontage des irakischen Herrschaftssystems politische Spielräume auch für die demokratischen oppositionellen Kräfte. Doch daraus Optimismus zu beziehen, wäre wiederum naiv: Ein herbeigebombter Umsturz wird kaum ein demokratisches Projekt hervorbringen.

Noch ist offen, durch wen der Irak nach Beendigung des Krieges regiert werden wird. Sicher ist man sich auf der Siegerseite aber darin, dass das entstandene Machtvakuum umgehend aufgefüllt werden muss - und zwar am besten mit Kräften, die ihrerseits so schwach sind, dass sie auf direkte oder indirekte Protektion und Steuerung angewiesen bleiben. Die von vielfältigen Spaltungen durchzogene irakische Exil-Opposition bietet sich für ein solches Projekt also an; zugleich aber sorgten die USA schon vor dem Krieg gezielt dafür, unabhängige linke oppositionelle Kräfte aus dem Spektrum möglicher Nachkriegsverwalter auszuschließen.

Die USA setzen auf den konservativ-liberalen Block der irakischen Opposition: den INC (Iraqi National Congress) unter Führung des ehemaligen Bankiers al-Chalabi, unter dessen Regie sich privilegierte Nutznießer des alten Regimes verbünden. Diese repräsentieren zwar die mächtigen Familienclans der irakischen Gesellschaft, haben aber in der irakischen Bevölkerung keinerlei soziale Basis. Deshalb paktieren sie mit den USA, ohne deren militärische "Unterstützung" sie ohnehin nicht in der Lage gewesen wären, Husseins Regime zu stürzen. Den USA war es in Vorbereitung auf den Krieg außerdem gelungen, die Demokratische Partei Kurdistans von Barasani und Talabanis Patriotische Union zu erpressen: Entweder stellten sie sich - für das Versprechen auf Wahrung ihrer Autonomie - an die Seite der USA; oder sie würden der Gefahr einer türkischen Besatzung im Rahmen des Krieges schutzlos ausgeliefert. Zu befürchten ist jedoch, dass die Autonomieversprechen nicht eingelöst werden und die "Befriedung" des Nordirak deshalb auch nach offizieller Beendigung des Krieges auf sich warten lässt.

Die mit Bomben herbeigeführte neokonservative Revolution im Irak soll idealerweise wohl eher "aus dem Hintergrund" von der US-Administration gesteuert werden, so dass diese nicht als Besatzungmacht im Irak auftreten muss - nicht zuletzt verspricht man sich davon eine höhere Akzeptanz in der irakischen Bevölkerung. Auf der anderen Seite gehen US-Nachkriegsstrategen davon aus, dass im Rahmen von "Peace-Keeping"-Operationen bis zu 200.000 US-Soldaten und bis zu 5.000 internationale Polizeikräfte dauerhaft im Irak stationiert werden müssen. Deren Aufgabe wird es nicht zuletzt sein, die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates auch in Zukunft militärisch verhindern zu können. Sowieso muss sich die neue "Ordnung" in einer weitgehend militarisierten Gesellschaft etablieren, deren ideologische Fragmentierung entlang "ethnischer" Grenzlinien vom Baath-Regime gezielt betrieben wurde, um sich selbst als einende Kraft präsentieren zu können.

Viel spricht dafür, dass auf den Krieg im Irak kein Frieden folgt, sondern das Niveau des Krieges von der Höhe der angeblich "chirurgischen" Bombenangriffe in die Niederungen eines alltäglichen Kriegszustandes unter internationaler militärischer Verwaltung gesenkt wird.

2. Legitime tödliche Handlungen. PatientInnenverfügungen: Selbstmanagement am Lebensende?

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Sozialpolitik; Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:18

Die Phase schillernder Erfolgsmeldungen der Medizin, die immer mehr und besseres "Leben" macht, scheint vorbei. Die tägliche Sorge um gesunde Ernährung und Bewegung, um die hart zu erarbeitende Möglichkeit des "aktiven Alterns" - all das kann die Angst um schwere Krankheit und ums Sterben nicht vertreiben. Im Gegenteil. Optimiert werden soll nicht nur der funktionstüchtige Körper, sondern auch die Zeit, die unheilbarer Krankheit und mit schwindenden Kräften verbracht wird. Am Horizont der in Verruf geratenen Krankenbehandlung, im einfachen Bild von "Übertherapie" und "seelenloser Apparatemedizin" griffig gemacht, wird das "selbstbestimmte Sterben" zum Rettungsanker.

Die "Patientenverfügungen" gelten als das Instrument zur Gestaltung der eigenen Sterbeumstände. Annähernd 200 verschiedene Formulare und Anleitungsbroschüren kursieren in der Republik. Betreuungsvereine, Hospizverbände, Ärztekammern und Kirchen agieren auf dem Vorsorgemarkt. Viele werden von ihren Eltern befragt, ob sie im Falle schwerer Krankheit, Bewusstlosigkeit oder Altersverwirrung den heute, in einer Patientenverfügung niedergelegten Willen als Bevollmächtigter oder Betreuerin später einmal gegen Pflegeheim oder Krankenhaus durchsetzen werden.

Private Nachfrage nach schnellem Tod

Im Kern sind die vielen Vorsorgeformulare für den Fall sprachlos, pflegebedürftig und nicht entscheidungsfähig zu sein ausgesprochen stereotyp. Sie propagieren vor allem eines: den Behandlungsabbruch bei unheilbarer Krankheit oder schwerer Behinderung - und zwar außerhalb der Sterbephase. Schnell gilt heute als "verantwortungslos", wer den Angehörigen die Entscheidungen nicht abnehmen will, wer den "autonomen Willen" nicht erforscht und schriftlich formuliert oder wer einfach der Dinge harrt, die da kommen. Doch diese Kampagne für "selbstbestimmtes Sterben" bildet nicht einfach ein neues Selbstbewusstsein ab. Sie produziert Ängste und Wünsche - und richtet den Blick allein aufs Individuum. Gesellschaftspolitische Bedingungen und sozialpolitische Ambitionen geraten in dieser Perspektive ins Abseits.

Vieles deutet darauf hin, dass unter dem Banner von "Selbstbestimmung" die Normalisierung von Tötungshandlungen auch in Deutschland wieder auf die Agenda des medizinischen Alltags und des Rechts gerät. Wer die Verfügungsmaterialien der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) und des Humanistischen Verbandes (HVD) inspiziert, sieht, dass die beschworene Abgrenzung gegenüber der aktiven Euthanasiepraxis in den Niederlanden, in Belgien oder dem Selbstmord-Dienstleister in der Schweiz diffus ist. Beide Organisationen verbinden ihre politischen Forderungen nach einem Sterbehilfe-Gesetz mit dem Service "Patientenverfügung". Die DGHS bietet parallel zum "Patientenschutzbrief" auch eine "Freitodverfügung" an. Beim HVD wird ein Fragebogen verbreitet, um sich selbst zu erforschen. Es gibt jeweils drei Antwortmöglichkeiten: Ja, Nein, Weiß nicht. Eine der möglichen Antworten auf die Frage, was unter dem "Recht auf selbstbestimmtes Sterben" zu verstehen ist, lautet: "Inanspruchnahme des Rechtes auf Freitod (bei unerträglichen Leiden) und medikamentöse Hilfe dazu." So wird das ärztliche Tötungsverbot im privaten Raum fiktiver Zukunftsplanungen verwässert.

Begründungspflichtige Versorgung

Die meisten Verfügungen behaupten, den individuellen Freiheitsraum unterhalb der historisch diskreditierten Euthanasie- und Freitodpraktiken zu erweitern. Die Deutsche Hospizstiftung weiß: "Sie wollen selbst bestimmen, wann und wie Sie sterben". Ihre "medizinische Patientenanwaltschaft" kombiniert Verfügung und juristisch verbindliche Interessenvertretungen in Form von Vollmacht und Betreuung. Im Service inbegriffen: permanente Aktualisierung der Willenserklärung und reibungsloser Transfer in die medizinischen Institutionen hinein. Die Internationale Gesellschaft für Sterbebegleitung und Lebensbeistand (IGSL) bietet Broschüren an, in denen versprochen wird, dass bei Krankheit, die "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" zum Tode führt, im Voraus Ernährung durch Magensonde, Antibiotika und andere Behandlungen abgewählt werden

können. Das sind, neben der Forderung nach großzügiger Schmerztherapie mit Todesfolge, die Kernelemente jeder Patientenverfügung. Eine ausgefeilte Frageliste zur "Selbstbewertung" suggeriert bei der IGSL, es sei alles möglich, oder besser, ankreuzbar: "Ich möchte so lange leben wie möglich ... sofern ich einigermaßen gesund bin ... auch wenn ich ständig Hilfe benötige". Die Antworten können auf einer Skala zwischen "sehr wichtig" und "nein" changieren.

Sozialverträglich ableben

Auch Firmen wie der Pharmaproduzent Janssen-Cilag sind diesbezüglich aktiv: Eine Broschüre mit Textbausteinen und einer Art Farbleitsystem durch den Vorsorgedschungel bietet an, im Zustand unheilbarer Krankheit und Nicht-Entscheidungsfähigkeit auch nicht zugelassene Medikamente zu testen. Eine klare Aufforderung zum Rechtsbruch, denn klinische Studien und Menschenversuche sind an die Zustimmung der Probanden gebunden.

Die diffuse Kampagne für "selbstbestimmtes Sterben" hat begonnen, unterhalb einer offen geforderten Euthanasiepraxis einen neuen, gesellschaftlichen Konsens zu etablieren: Der Tod soll verordnet, entschieden, nachgefragt werden dürfen - wie jede andere Therapie auch. Erstmalig wird auch vor dem Sterben die ärztliche Behandlungspflicht limitiert, im Falle schlechter Prognose und erklärtem oder mutmaßlichem Willen des oder der Betroffenen. Zwischen der Prognose "unheilbar" und eigentlicher Sterbephase entsteht ein diffuser Raum der "Lebensverlängerung". Dort behandelt man keine Symptome oder ernährt mit künstlichen Mitteln. Dort wird "Leiden" erzeugt und Lebenszeit gewonnen, die als überflüssig gilt. So wird das Neue möglich: tödliche Handlungen werden zum legitimen Bestandteil ärztlicher Dienstleistungen.

Die Richtlinien der Bundesärztekammer zur Sterbebegleitung aus dem Jahr 1998 geben diesem Vorgehen eine standesrechtliche Fassung, auf die sich die Verfügungsanbieter berufen. Unter Berücksichtigung eines möglichst - aber nicht zwingend - nachprüfbaren Patientenwillens und einer behaupteten medizinischen Prognosesicherheit, wird der Behandlungsabbruch bei folgenden Gruppen möglich: "Neugeborenen mit schwersten Fehlbildungen oder schweren Stoffwechselstörungen", "Patienten mit lebensbedrohenden Krankheiten", an denen sie "nicht zwangsläufig in absehbarer Zeit sterben" (PatientInnen mit Krebs, AIDS, im Koma, schwerster Demenz). Juristische Entscheidungen passen in diese Politik: Der Bundesgerichtshof und das Oberlandesgericht Frankfurt haben in Einzelfallentscheidungen das Zu-Tode-Bringen durch Nahrungsentzug bei KomapatientInnen begründet. In der weniger beachteten Welt der Vormundschaftsrichter/innen wird auf dem Boden des juristisch Möglichen und des standesrechtlich Gebotenen die Versorgung von Schwerkranken schleichend eine Frage der Entscheidung über Leben und Tod, beantragt von Angehörigen oder BetreuerInnen, gefällt von Richtern.

Wie schnell die Versorgung begründungspflichtig wird, demonstriert auch der einflussreiche Jurist Jochen Taupitz: "Im Zweifel" sei die Behandlung "nicht von einer mutmaßlichen Einwilligung getragen", wenn der Zustand des Patienten als "irreversibel" eingeschätzt werde. Dies gelte etwa für KomapatientInnen. Bei ihnen dürften Sondenernährung und intravenöse Zufuhr von Flüssigkeit und Nahrung gestoppt werden, es sei denn, ihr Wunsch auf Weiterbehandlung sei eindeutig erkennbar. (1) In Taupitz' Gutachten ist auch von einem "übermäßigen Lebensverlängerungswunsch" die Rede, der nicht nur im Sinne einer "gesellschaftlichen bzw. staatlichen Verantwortung, sondern auch und gerade in der Verantwortung der (auch der Gesamtheit des Volkes verpflichteten) Ärzteschaft" seine Grenzen erfahren muss. Im Klartext: Wer zu teuer ist, sollte schnell und sozialverträglich ableben.

Doch nicht einfach der offene Zwang zum Verzicht im Rahmen ökonomischer Kalküle der "Solidargemeinschaft der Versicherten" ist vorherrschende Logik. Rationierungsambitionen werden in die PatientInnen hinein verlegt. Der Behandlungsverzicht soll persönlich gewollt werden. Dazu bedarf es der Erziehung des Einzelnen und einer dahin gehend geschulten "öffentlichen Meinung". Genau hier setzen die Verfügungsanbieter an und schaffen, gemeinsam mit Gerichten und Bundesärztekammer Normen, die ein kostengünstiges, institutionengerechtes und planungssicheres Sterben individuell als erstrebenswert erscheinen lassen.

Anders als allerorten behauptet, sind die Patientenverfügungen aber nicht rechtsverbindlich. Es ist weiterhin juristisch umstritten, ob das neue "Behandeln zum Tode" verfügt werden kann. Wer die Formulare ausfüllt und auf seine Angehörigen hofft, ist dennoch von der Rechtsauffassung der jeweiligen Vormundschaftsrichter

abhängig, die in jedem Fall eingeschaltet werden müssen. Auch ÄrztInnen sind nicht zum Behandlungsverzicht verpflichtet. Die Verfügung ist nur ein Regelungswunsch und kein verpflichtender Vertrag. Für Angehörige wird die Situation deshalb nicht einfacher. Sie sollen zwischen Pflege und Hungertod entscheiden - beispielsweise bei der "neuen Option Ernährungsabbruch". Allerdings können Behandler, Pflegeheime und Krankenhäuser auf das Dokument verweisen, wenn sie erklären müssen, warum sie etwas getan oder unterlassen haben. Eine neue Verrechtlichungszone ist entstanden, in der die Verantwortung bei Bedarf auf ein Stück Papier und den oder die einsame WillensträgerIn verschoben wird. Ist der "Wille" schriftlich festgelegt, könnten sich zukünftig Institutionen gleich auf begrenzte Behandlung einstellen. Einige Heimleitungen machen die "Patientenverfügung" bereits zum verpflichtenden Bestandteil des Heimvertrages.

Das dahinterliegende Interesse ist ökonomischer Natur und wird verstärkt von der unüberhörbaren Debatte um explodierende Gesundheitskosten - hier allerdings getarnt als "freie Nachfrage" der Betroffenen. "Wenn ich nicht mehr ein selbstständiges Leben führen kann", "wenn ich nicht mehr kommunizieren kann" heißt es in den pädagogischen Verfügungsmaterialien. Wie viele Pflegebedürftige können das nicht? Müssen sie noch versorgt werden? Nicht die Lebensumstände in den Heimen sind Thema, sondern das Leben mit schweren (z.T. auch weniger gravierenden) Einschränkungen wird zur Disposition gestellt. Das Primat der Ökonomie in Gestalt der Pflegeversicherung ist wenig in der Kritik. Das Verfügungswesen setzt auf private "Lösungen". Nicht zufällig wird dieses Modell von der herrschenden Gesundheitspolitik beworben. Dann stehen nicht der Personalmangel in den Krankenhäusern und Pflegeheimen im Zentrum der Debatte. Über die selektive Verteilung medizinischer Angebote wird nicht geredet, ebenso wenig über den Zeitmangel aller Beteiligten. Statt dessen wird die private Nachfrage für den schnellen Tod zur Chance.

Erika Feyerabend

www.bioskop-forum.de

Anmerkung:

1) Vgl. Jochen Taupitz, Empfehlen sich zivilrechtliche Regelungen zur Absicherung der Patientenautonomie am Ende des Lebens?, Gutachten A zum 63 Dt. Juristentag Leipzig 2000, München 2000

3. US-Präventivkriegsstrategie erprobt an einem geschwächten Gegner. Kriegsverlauf mit Überraschungen

Autor: Gerhard Piper · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:31

Der Krieg zur angeblichen Entwaffnung des Iraks begann mit einer Geheimdienstpanne: In den frühen Nachtstunden des 20. März wurde ein Gebäudekomplex in Bagdad bombardiert, wo sich nach CIA-Angaben Saddam Hussein aufhalten sollte. Der irakische Diktator überlebte. Die Idee, der Krieg könne mit einem gezielten Schuss beginnen und enden, zerplatzte wie eine Seifenblase.

Dabei hatten die US-Generalstabsoffiziere seit Anfang 2001 an dem Kriegsplan OPLAN 1003 V(ictor) gefeilt, um jede Eventualität zu bedenken. Es sollte ein kurzer Krieg werden, nur ein paar Tage mit einem Minimum an Kräften und Kosten. Schon am zweiten Kriegstag verkündete US-Kriegsminister Donald Rumsfeld, dass bei den irakischen Streitkräften Auflösungserscheinungen erkennbar seien und das Regime von Saddam Hussein vor dem Zusammenbruch stehe. Sein britischer Amtskollege Geoff Hoon sekundierte, bis zum 25. März werde Bagdad fallen. Die Kriegsplaner hatten vorgesehen, dass die US-Truppen die irakischen Städte, die sich wie die Perlen einer Kette entlang der Flüsse Euphrat und Tigris aneinander reihten, in einer Art "Triumphzug" erobern würden: Umm Kassr, Basra, Nasirija, Nadschaf, Kerbala, Kut und schließlich Bagdad.

Die Kriegswirklichkeit sah anders aus. Erfolgsmeldungen über eroberte Städte erwiesen sich gleich im Dutzend als plumpe Propagandalügen. US-amerikanische Soldaten schossen so oft auf befreundete britische Kameraden, das diese schließlich eine gezielte Absicht dahinter nicht länger ausschließen wollten. Der US-Vormarsch auf Bagdad kam zeitweilig in Sandstürmen und Regenschauern zum Stillstand. Nicht zuletzt leisteten die irakischen Streitkräfte und Milizen erheblichen Widerstand. Diese Pannenserie prägte die öffentliche Wahrnehmung des Kampfgeschehens in den ersten beiden Wochen.

Auch die US-Generäle wurden nervös: Schon die erste Kriegswoche machte die militärischen Schwächen des US-amerikanischen Angriffs offensichtlich: Zu wenig Truppen, zu wenig Präzisionsbomben, zu lange Transportwege und Defizite im Bereich der Versorgung. Alle diese Probleme waren schon im Mai 2002 bei der Stabsrahmenübung "Prominent Hammer", bei der ein US-Angriff auf den Irak simuliert worden war, aufgetreten. Daraufhin erwirkten die US-Generäle bei Präsident George Bush eine Verschiebung des Golfkriegs um mehrere Monate. Um so überraschender ist es, dass der reale Krieg dann wieder so ablief, wie es das Kriegsspiel vorausgesagt hatte.

Hoffnungslos unterlegen

Die US-Militärs hatten in der Person des Verteidigungsministers schnell den Hauptverantwortlichen ausgemacht. Sechs Mal hätten sie Rumsfeld darauf aufmerksam gemacht, dass für einen Vormarsch auf Bagdad ein größeres Kontingent an Bodentruppen notwendig sei, aber "Rummy" hätte sie in seiner bekannten arroganten Art nur abgekanzelt. Eine ganze Palette von aktiven und früheren US-Generälen meldete sich zu Wort, um sich selbst und die Kameraden von jedem Versagen freizusprechen: Wesley Clark, Wayne Downing, Barry McCaffrey, William Wallace etc.

Aber Zivilbevölkerung und Ex-Generäle irrten beidermaßen. Einzelfälle von "Friendly Fire" und "Kollateralschäden" standen zwar im Mittelpunkt des Medieninteresses, vom militärischen Standpunkt aus betrachtet hatten sie aber keine nennenswerten Auswirkungen auf den Kriegsverlauf. Trotz der Verzögerungen beim Vormarsch verlief der Vorstoß der US-Truppen fast plangemäß.

Dafür war die militärische Überlegenheit der US-Streitkräfte ausschlaggebend: 225.000 Soldaten, 850 Kampfpanzer, 400 Schützenpanzer, 140 Kampfhubschrauber, 1.000 Flugzeuge und fünf Flugzeugträger. Hinzu kamen noch 45.000 Soldaten irgendwelcher Alliierten. Diesem Aufmarsch waren die Iraker mit ihrer veralteten Militärtechnik hoffnungslos unterlegen, auch wenn sie mehr Soldaten aufbieten konnten: 350.000 Mann der regulären Streitkräfte, ca. 70.000 Mann der Republikanischen Garde inklusive vier Spezialbrigaden, mindestens 20.000 Mann der Miliz Fedajin Saddam, vier Spezialbrigaden der Geheimdienste und schließlich die Präsidentengarde.

Mit dem Irak hatte sich die Bush-Regierung einen geschwächten Gegner zur Erprobung ihrer aggressiven Präventivkriegsstrategie ausgesucht. Dies zeigt sich auch in der Zwischenbilanz der Opferzahlen. Während auf Seiten der irakischen Streitkräfte mit wahrscheinlich 10.000 oder 20.000 gefallenen Soldaten und mit rund 1.000 ermordeten Zivilpersonen zu rechnen ist, gab es auf Seiten der Alliierten in den ersten drei Kriegswochen "nur" 116 Tote. Mindestens die Hälfte der alliierten Soldaten wurde gar nicht vom Feind erschossen, sondern starb durch Unfälle oder durch Beschuss aus den eigenen Reihen; umgekehrt gelang es den 450.000 irakischen Kämpfern pro Kriegstag gerade mal drei Feindsoldaten zu töten: Man verteidigte sich unter Lebensgefahr gegen die US-amerikanische Aggression, aber dies hatte keine Wirkung, weil die US-Soldaten mit ihren Stahlhelmen und ihren Keflar-Schusswesten zu gut geschützt waren.

Außerdem hatte der Irak seine Truppen so aufgestellt, dass ein Großteil seines Militärs gar nicht eingesetzt werden konnte. In der Nordhälfte des Landes waren 13 Divisionen stationiert, um die Landeshauptstadt herum sechs oder sieben Divisionen und in der Südhälfte des Iraks waren nur sieben Divisionen in Stellung gegangen. Dort, wo die US-Streitkräfte stark aufmarschiert waren (Kuwait), waren die Iraker schwach, aber dort, wo die US-Amerikaner schwach waren (Türkei), waren die Iraker mit Masse vertreten. Die Luftwaffe und die Marinestreitkräfte kamen ohnehin nicht zum Einsatz. Schließlich unternahmen die Iraker keinen einzigen Versuch, den Vormarsch der US-Truppen durch Sprengung der Brücken über den Euphrat oder Tigris zu verzögern. Möglicherweise hat die irakische Führung vom ersten Kriegstag die riskante Strategie eines "Broken Back War" verfolgt: Man überlässt dem Feind den Großteil des eigenen Staatsgebietes mit der Landeshauptstadt, um den Feind erst danach in einem Guerillakrieg zu schlagen. Stadt um Stadt konnten so die US-amerikanischen Einheiten vorstoßen.

Umm Kassr: Die Kleinstadt liegt gleich hinter der irakisch-kuwaitischen Grenze und war das erste Zwischenziel des US-Angriffs. Als einziger Tiefseehafen ist sie von strategischer Bedeutung, da der Nachschubbedarf der US-Truppen auf täglich 60.000 Tonnen (Munition, Treibstoff, Wasser, Lebensmittel) geschätzt wird. Umm Kassr ist zugleich der wichtigste Stützpunkt der irakischen Marine. Da diese nicht mit ihren Schiffen in die Kämpfe eingreifen konnte, wollten die rund 5.000 Matrosen wenigsten ihren Stützpunkt erbittert verteidigen. Über eine Woche dauerten die Kämpfe gegen die britischen Marineinfanteristen der 42. Commando Brigade, der amerikanischen Spezialeinheit Seals oder der polnischen Spezialeinheit GROM.

Basra: Die Stadt (1,3 Mio. Einwohner) liegt rund 60 km nördlich der Grenze. Auf dem Weg dahin meldete das US-Hauptquartier, die 51. Infanteriedivision habe sich mit ihren 8.000 Soldaten kampflos ergeben. Später wurde die Nachricht korrigiert. Nicht die ganze Division, sondern nur zwei Soldaten - der Divisionskommandeur und sein Stellvertreter - wären übergelaufen. Schließlich meldete sich der Kommandeur höchstpersönlich zu Wort: Ihm ginge es gut und er kämpfe gegen die US-Amerikaner. Im Nachhinein stellte sich heraus, die US-Streitkräfte waren auf einen älteren irakischen Offizier hereingefallen, der sich als Kommandeur ausgegeben hatte, um bessere Bedingungen in der Gefangenschaft zu erschleichen. In Basra trafen die britischen Marineinfanteristen auf erbitterten Widerstand der Fedajin Saddam, zu dieser Guerillamiliz gehört auch die so genannte Goldene Kompanie aus Selbstmordkommandos. Erst am 7. April konnten die britischen Streitkräfte die Stadt weitgehend einnehmen, daran waren die 1. und 7. Panzerbrigade aus der BRD beteiligt.

Nasirija: Die Stadt (530.000 Einwohner) liegt am Euphrat rund 150 km nördlich von Kuwait. In einem Gewaltmarsch durch die menschenleere Wüste konnte eine Vorhut der 3. Brigade der 3. US-Infanteriedivision die Stadt schon am dritten Kriegstag erreichen. Die Stadt selbst konnte allerdings nur in tagelangen Kämpfen erobert werden. Dabei musste die Luftwaffe Einsätze zur Unterstützung der Bodentruppen fliegen. Hier zeigte sich erstmals, dass die US-Bodentruppen trotz ihrer technischen Überlegenheit schnell in Schwierigkeiten geraten konnten, wenn sie auf Widerstand stießen. Schließlich gelang es den US-Streitkräften die beiden Brücken einzunehmen, so dass die US-Truppen fortan beidseits des Euphrat vorstoßen konnten. Das Kalkül Saddam Husseins, den US-Amerikanern die Sandhügel in der Wüste zu überlassen, ihnen aber eine Eroberung der Städte so schwer wie möglich zu machen, schien zunächst aufzugehen. Allerdings lagen die Verlustzahlen der irakischen Streitkräfte um ein Vielfaches über denen der USA.

Kein Triumphzug im Stile Hollywoods

Nadschaf: An der linken Flanke war die 2. Brigade der 3. US-Infanteriedivision innerhalb von drei Tagen rund 375 km weit bis Nadschaf am Euphrat vorgestoßen. Die Kämpfe zur Besetzung der Stadt dauerten bis Anfang April. Hier kam der US-Vormarsch zunächst zu einem Stillstand. Tagelange Sandstürme erlaubten nur eine

Sichtweite von wenigen Metern. Trotz offizieller Dementis waren die US-Truppen gezwungen, eine "Kampfpause" einzulegen. Um die Rückschläge der vorausgegangenen Tage im öffentlichen Bewusstsein wettzumachen, kündigte die US-Regierung einen "Strategiewechsel" an, ohne dass klar wurde, worin dieser bestehen sollte.

Kerbala: Auf Grund der militärtopographischen Verhältnisse mussten die US-Angreifer bei einem Vorstoß auf Bagdad zwei Engpässe passieren. Im Westen das nur 30 km breite Kerbala Senke zwischen dem See Razaza und dem Euphrat und im Osten die Tigris-Brücken bei der Stadt Kut. Ein Angriff mit 30 Kampfhubschraubern am 24. März, an dem auch US-Soldaten aus dem bayrischen Illesheim beteiligt waren, wurde von der 2. Panzerdivision Medina der Republikanischen Garden abgewehrt. Ende März belegten B-52 Bomber den Verband mit einem Teppichbombardement aus Streubomben, so dass schließlich die 3. US-Infanteriedivision vorstoßen und eine Brigade der Republikanischen-Garde-Division Nebudkadnezar vernichten konnte.

Numanija: Am 2. April konnte das 1. Expeditionskorps der US-Marineinfanterie mit 35.000 Soldaten und 100 Kampfpanzern eine Tigris-Brücke bei Numanija, ca. 45 km westlich von Kut erobern und damit erstmals auch auf der Autobahn Nr. 7 entlang des Ostufers des Tigris vorstoßen. Bei den Kämpfen wurde die 5. Infanteriedivision Bagdad der Republikanischen Garde und schließlich auch die Garde-Division Nida aufgerieben.

... aber mit gewünschtem Erfolg

Bagdad: Am 3. April 2003 begann der Sturmangriff auf Bagdad (5,6 Millionen Einwohner, davon fast 3 Mio. Schiiten). Von Südwesten griff die 3. US-Infanteriedivision mit ihren drei Brigaden an, von Südosten die 1. US-Marineinfanteriedivision mit drei Regimentern. Zuerst wurde in heftigen Kämpfen der internationale Flughafen am westlichen Stadtrand als strategische Basis erobert. Ein "Häuserkampf" in der Großstadt hätte nach den Erfahrungen aus US-Manövern rund 50 Prozent Verluste in den eigenen Reihen gefordert, um dies zu vermeiden wendeten die US-Einheiten die "Thunder Run"-Taktik an - kurzer Panzervorstoß ins Zentrum der Stadt und sofortiger Rückzug: Am 5. April wagte man einen ersten Angriff, nach einem zweiten Vorstoß am 7. April besetzte man die Palastanlage im Zentrum der Stadt. Einen Tag konnte die US-Einheiten ganze Stadtbezirke nahezu kampflos erobern, das Regime von Saddam Hussein implodierte nach 25 Jahren. Aus Freude über das Ende der Diktatur begrüßte ein Teil der Stadtbevölkerung die US-Soldaten als "Befreier", obwohl die US-Luftwaffe die Landeshauptstadt nahezu drei Wochen lang u.a. mit Bunker-Buster-, Grafit- und E-Bomben bombardiert hatte. Mehrere tausend Bomben musste die US-Luftwaffe einsetzen. Die im Dezember 1996 von den beiden Pentagon-Bürokraten Harlan K. Ullman und James P. Wade entwickelte Strategie von "Shock and Awe", so ihr Buchtitel, erwies sich in der Praxis als untauglich.

Saddam Hussein hat sich vermutlich in seine Heimatstadt Tikrit 150 km nördlich von Bagdad zurückgezogen. Dort wird es zum "Endkampf" zwischen US-amerikanischen Spezialeinheiten und den beiden verbliebenen Divisionen der Republikanischen Garde (Nebukadnezar und Adnan) kommen. Bisher haben die alliierten Streitkräfte keine einzige irakische ABC-Waffe gefunden. Möglicherweise muss die CIA erst welche verstecken, damit die 75. Exploitation Task Force diese finden kann. Es ist schließlich Osterzeit.

Gerhard Piper,

10.4.2003

4. High Noon im Nahen Osten. Nach dem Irak wollen die USA Iran und Syrien angreifen

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Iran; Syrien; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:14

High Noon, der mit vier Oscars ausgezeichnete Film von 1952 mit Gary Cooper und Grace Kelly, zeigt, wie viele AmerikanerInnen ihr Land gern sehen: ein Mann, der sich in aussichtslos erscheinender Lage gegen eine Übermacht durchsetzt, während andere sich feige in ihren Häusern verkriechen.

Vor mehr als einem Jahr zog James Woolsey, 1993 bis 1995 CIA-Chef unter Bill Clinton und prominenter Vertreter der "Neokonservativen", die in der Regierung von George W. Bush tonangebend sind, die Verbindung vom Film zur Weltlage nach dem 11. September. Der tapfere Marshall, der das Böse besiegt, steht natürlich für die USA. Seine Frau, die ihm als Einzige beisteht, obwohl sie noch nie eine Waffe in der Hand hatte, wird diesmal von Tony Blair gespielt. Und die feigen Bedenkenträger sind Deutschland, Frankreich und andere Europäer. Eine einleuchtende Erklärung für ihr Verhalten hatte Woolsey auch parat: "Zum großen Teil kommt das, weil sie sich dafür entschieden haben, ein gutes Leben zu führen, großzügige Sozialleistungen zu beziehen, lange Urlaub zu machen und die USA die Hauptlast der Wahrung des Weltfriedens tragen zu lassen."

"Wo sind die Hilfssheriffs?" hieß der Artikel. Unterzeile: "Es ist High Noon für die zivilisierte Welt. Sollen die ängstlichen Europäer doch nach Haus zu ihren Kindern gehen". Erschienen am 22. Februar 2002 in der New York Times und am 25. Februar 2002 im Wall Street Journal.

"Vierter Weltkrieg" soll Jahrzehnte dauern

Ein Jahr danach ist die von Woolsey herbeigesehnte Schießerei in vollem Gang. Der Ex-CIA-Chef nennt das mit ungleichen Waffen ausgetragene Gemetzel "vierter Weltkrieg". Er soll sich, wie Woolsey am 1. April vor StudentInnen in Los Angeles erläuterte, in erster Linie gegen "die Faschisten in Irak und Syrien", gegen den Iran und gegen "islamische Extremisten" richten. Der vierte Weltkrieg werde erheblich länger dauern als der erste und der zweite, nämlich mehrere Jahrzehnte lang.

Das werde "eine Menge Leute nervös machen", fuhr Woolsey in Los Angeles fort. An den ägyptischen Präsidenten Mubarak und die saudi-arabischen Herrscher gerichtet, sagte er: "Wir wollen, dass ihr nervös werdet. Wir wollen, dass ihr merkt, dass jetzt zum vierten Mal in hundert Jahren dieses Land und seine Verbündeten auf dem Marsch sind und dass wir auf der Seite derjenigen stehen, vor denen ihr am meisten Angst habt: Wir stehen auf der Seite eurer eigenen Völker." Das sehen diese in ihrer großen Mehrheit zwar ganz anders, aber darauf kommt es überhaupt nicht an. Als die US-Amerikaner sich vor 40 Jahren ungebeten auf die Seite des vietnamesischen Volkes stellten und sich für dessen Befreiung opferten, töteten sie über eine Million VietnamesInnen.

Auf Grund seines "High-Noon"-Artikels könnte man James Woolsey für einen Irrsinnigen wie den Helden von "Dr. Strangelove" (1964) halten. Ganz auszuschließen ist das nicht. Aber erstens ist der Mann für eine Führungsposition in der Militärregierung des besetzten Irak vorgesehen und muss schon deswegen ernst genommen werden. Und zweitens ist das ursprünglich von den "Neokonservativen" entworfene Programm eines "Regimewechsels" im gesamten Nahen und Mittleren Osten inzwischen von der US-Regierung übernommen worden.

Eskalation noch während des Irak-Krieges?

Kurz hintereinander haben Ende März führende US-Politiker die Möglichkeit einer Konfliktausdehnung noch während des Irak-Kriegs oder kurz danach angedeutet. Verteidigungsminister Rumsfeld warf Syrien vor, Militärgerät - konkret sprach er lediglich von Nachtsichtgläsern - über die Grenze in den Irak zu schmuggeln. Für diese "feindlichen Akte" werde Syrien "zur Rechenschaft gezogen werden".

Den Iran warnte Rumsfeld vor der Unterstützung schiitischer Milizen und drohte, deren Mitglieder als feindliche Kombattanten zu behandeln. Das scheint die Rache der USA dafür zu sein, dass die Schiiten im Südirak die

amerikanisch-britischen Aggressoren nicht mit Blumenkränzen und süßem Gebäck empfangen haben, wie manche Exil-Iraker versprochen hatten.

Außenminister Powell wählte sich als Kulisse eine Veranstaltung des AIPAC (American Israel Public Affairs Committee), der offiziellen Pro-Israel-Lobby, um die Drohungen noch zu verschärfen. In Gegenwart des israelischen Außenministers sagte Powell: "Jetzt muss sich die ganze internationale Gemeinschaft erheben und darauf bestehen, dass Iran seine Unterstützung der Terroristen beendet. (...) Teheran muss aufhören, nach Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen für diese zu streben." Für Damaskus hielt Powell die Drohung bereit, es stehe ebenfalls vor einer kritischen Entscheidung: "Syrien kann seine direkte Unterstützung für Terrorgruppen und für das untergehende Regime von Saddam Hussein fortsetzen, oder es kann einen anderen, hoffnungsvolleren Weg einschlagen." Die Folgen seiner Entscheidung habe Syrien selbst zu verantworten.

Tatsächlich ist der Forderungskatalog, mit dem die US-Regierung Syrien konfrontieren wird, viel umfangreicher. Er ist enthalten im Gesetzentwurf zum Syria Accountability Act, der im vorigen Jahr nur ganz knapp die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses verfehlte und demnächst wahrscheinlich angenommen werden wird. Gefordert wird dort:

1. Syrien muss "sofort und bedingungslos" seine Unterstützung für den Terrorismus einstellen, seinen "Verzicht auf alle Formen des Terrorismus" öffentlich erklären und die Büros von Hamas, Hizbollah, PFLP und PFLP-Generalkommando schließen.

2. Syrien muss sofort seine Bereitschaft erklären, seine Truppen und Sicherheitskräfte aus dem Libanon abzuziehen und für diesen Rückzug einen verbindlichen Zeitplan vorlegen. Syrien hat nach unterschiedlichen Angaben 20-30.000 Mann im Libanon stationiert, und zwar auf Grund eines Abkommens mit der libanesischen Regierung, das 1989 in Taif geschlossen wurde. Die USA streben in Beirut die Bildung einer Marionettenregierung unter dem rechtschristlichen Exil-Politiker Michel Aoun an.

3. Syrien muss die Entwicklung und Aufstellung von Kurz- und Mittelstreckenraketen einstellen. Kein Irrtum: Syrien soll nicht einmal Kurzstreckenraketen besitzen dürfen, die sogar dem Irak nach dem ersten Krieg 1991 noch erlaubt worden waren - mit der Begründung, dass diese Raketen von Syrien aus Israel treffen könnten.

4. Syrien muss die Entwicklung und Produktion biologischer und chemischer Waffen einstellen. Dass es tatsächlich solche Waffen besitzt oder anstrebt, ist nie bewiesen worden.

Der Syria Accountability Act fordert die US-Regierung auf, Syrien bei Nichterfüllung dieser Forderungen als "feindliches Regime" zu behandeln, was einem Ermächtigungsgesetz zur jederzeitigen Kriegserklärung gleichkommt. Es geht also nicht wirklich um den vorgeschobenen Schmuggel von ein paar Nachtsichtgläsern. Dass diese ins Spiel gebracht werden, deutet allerdings auf die amerikanische Option hin, Syrien noch vor dem definitiven Abschluss des Irak-Krieges anzugreifen.

Das erscheint nur auf den ersten Blick, angesichts der erheblichen Probleme, vor denen die amerikanisch-britischen Streitkräfte im Irak wohl noch eine Zeit lang stehen werden, widersinnig. Denn die Welle des hysterischen, keiner Kritik mehr zugänglichen Kriegspatriotismus in den USA macht es jetzt vergleichsweise leicht, eine militärische Eskalation zu "verkaufen". Gezielte Provokationen, etwa amerikanische Angriffe auf syrisches Grenzgebiet, "um den Waffenschmuggel zu unterbinden", könnten als Einstieg dienen.

Der Iran ist ebenfalls akut gefährdet. Spätestens nach dem vorläufigen Abschluss des Irak-Krieges werden die USA wahrscheinlich die "Entwaffnung" Irans auf die Tagesordnung setzen. Wahrscheinlich pro forma zunächst als Appell an die "internationale Gemeinschaft" - und dann sehr schnell wieder im Alleingang mit ein paar "Willigen". Der Hauptvorwurf ist, dass der Iran Mittelstreckenraketen besitzt und weiterentwickelt und dass er nur noch wenige Jahre vom Besitz von Atomwaffen entfernt sei, die mit diesen Trägersystemen Israel erreichen könnten.

Dass irakisch-schiitische Milizen und Organisationen im Iran Stützpunkte unterhalten, könnte den USA als Vorwand für Angriffe dienen. Bis Kriegsbeginn galten die Schiiten offiziell als Verbündete der USA. Auf Grund einer von Präsident Bush im Dezember 2002 unterzeichneten Anordnung sollte der in Teheran sitzende "Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak" sogar Gelder aus dem für die irakische Opposition

bestimmten Etat von fast 100 Millionen US-Dollar erhalten. So schnell kann man vom Partner zum Feind der USA herabgestuft werden.

Auch Libyen will sich die US-Regierung nach Abschluss des Irak-Krieges vornehmen. Denn der Regierung von Oberst Ghaddafi wird ebenfalls unterstellt, Raketen zu besitzen und an der Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten. Die Vorwürfe haben aber eine noch weitreichendere Dimension: Angeblich arbeiten Libyen, Iran und Syrien in der Raketentechnik, ebenso wie bei der Entwicklung von ABC-Waffen, eng mit Nordkorea zusammen. Die Konfliktausweitung im Nahen Osten und Nordafrika kann also gleichzeitig zum Aufbau der Droh-Kulisse gegen Nordkorea benutzt werden.

Wie man einen Krieg verkauft

Der Irak-Krieg ist der US-Bevölkerung unter einer dreifachen Fiktion verkauft worden: 1. Er werde von der großen Mehrheit der IrakerInnen sehnsüchtig als Auftakt ihrer Befreiung erwartet. 2. Er werde demzufolge ganz, ganz kurz sein. Saddam Husseins Regime werde "wie ein Kartenhaus" (so formulierte es der inzwischen zurückgetretene Pentagon-Berater Richard Perle) beim ersten Stoß zusammenbrechen. 3. Mit dem Sturz Saddam Husseins und der Errichtung einer demokratischen, wirtschaftlich blühenden Gesellschaft im Irak würden sich die USA die Dankbarkeit aller Moslems erwerben und einen dominoartigen Nachahmungseffekt in der gesamten Region auslösen. Iran galt als Hauptkandidat für den Sturz der herrschenden Gruppe durch eine breite Massenbewegung.

Das jetzt eingetretene wirkliche Szenario - in allen drei Punkten erheblich von den Vorhersagen abweichend - hätte viele US-AmerikanerInnen wahrscheinlich abgeschreckt und den Krieg schwerer verkäuflich werden lassen. Die Kriegsdrohungen gegen Syrien und Iran liefern den letzten Beweis, dass die US-Regierung ihrer eigenen Domino-Theorie nicht traut, sondern als sich selbst erfüllende Prophezeiung auf "Regimewechsel" durch massive Militärgewalt und auf die Errichtung eines mehrjährigen Besatzungssystems in allen künftig zu "befreienden" Staaten setzt. Die US-Regierung macht nicht nur Anstalten, es militärisch mit mehreren Gegnern gleichzeitig aufzunehmen, sondern riskiert dabei auch, dass die für die USA jahrzehntelang höchst vorteilhafte Spaltung der arabischen Welt wenigstens ansatzweise überwunden wird.

Aber die US-Regierung scheint es geradezu darauf anzulegen, die arabischen Massen vor den Kopf zu stoßen, um mit deren Feindschaft anschließend ihre Kriegsstrategie legitimieren zu können. Anders ist auch die unglaubliche Provokation nicht zu erklären, dass Außenminister Powell seine massiven Drohungen gegen Syrien und Iran ausgerechnet auf einer Veranstaltung der Pro-Israel-Lobby AIPAC vortrug. Die Reaktion in der arabischen Welt auf dieses Signal war vorhersehbar. Wem das nicht einleuchtet, der möge sich die Frage stellen, was einem US-Außenminister passieren würde, der vor einem pro-arabischen Publikum Drohungen gegen Israel aussprechen würde. Doch so ein Vorgang ist selbstverständlich überhaupt nicht vorstellbar.

Knut Mellenthin

5. "Jeder Witterung ausgesetzt." Interview mit Aram Rostem und Khalid M. Rashed von der Kurdistan Health Foundation

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:22

Karin Mlodoch von Haukari e.V., hatte am 06.04.2003 Gelegenheit, mit zwei Vertretern der Kurdistan Health Foundation (KHF) der kurdischen Partnerorganisation von Haukari e.V. und medico international (s. nebenstehenden Beitrag) über die gegenwärtige Situation der Flüchtlinge im Nordirak zu sprechen. Wir veröffentlichen im folgenden die Gesprächsaufzeichnung von Haukari e.V.

Karin Mlodoch: Wie sieht die Situation in Kurdistan aus? Fliehen Menschen? Wohin fliehen sie? Wo halten sie sich auf und wie sind ihre Bedingungen?

KHF: Es gibt zur Zeit keine große Fluchtbewegung innerhalb Kurdistans oder an die Grenzen. Vor Kriegsbeginn waren viele Menschen aus Sulaimania an die Grenze zum Iran geflohen. Insbesondere Frauen und Kinder, zum Beispiel in der Gegend um Penshween. Nach Sulaimania sind inzwischen die meisten zurückgekehrt, die Situation in Sulaimania scheint sicher und das Leben verläuft ganz normal. Die Städte und Dörfer entlang der Demarkationslinie zwischen den kurdischen und von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten sind aber immer wieder Ziele von Raketenbeschuss seitens der irakischen Regierung. Hier gibt es wechselnde Fluchtbewegungen. Die Leute kommen und gehen, je nach Lage und Gerüchten. Kifri wurde mehrmals beschossen, Menschen aus Kifri und Kalar haben sich - in ebenfalls wechselnder Anzahl, manchmal einige Dutzend Familien, manchmal mehr, entlang der Straße zwischen Darbendikhan und Kalar und der Straße zwischen Maidan und Sartak in Sicherheit gebracht. .Einige sind hier auch in der Grenzgegend zum Iran (Perwiskhan). Sie spannen als Schutz Plastikplanen über Holzpfähle oder sind bei Familien in Dörfern entlang der Straße untergekommen.

Chamchamal und Shoresh wurden gerade letzte Nacht erneut beschossen. Es gab zwei Verletzte in Shoresh. Die Menschen aus diesen Städten haben sich längs der Straße zwischen Chamchamal und Sengaw in Sicherheit gebracht. Viele haben zwischen Steinen Plastikplanen aufgespannt oder nutzen Höhlen und Felsvorsprünge als Schutz und harren dort aus.

Inzwischen sind auch erste Flüchtlinge aus Bagdad und Kirkuk im kurdisch kontrollierten Gebiet angekommen. Einige sind in Bazyan, andere hinter Perimagrun auf der Straße zwischen Sulaimania und Dukan in Surdasht. Es handelt sich bisher um einzelne Familien, häufig auch Einzelpersonen, die ihre Familien zurück gelassen haben, und die sich mit Hilfe von Menschenschmugglern, also gegen hohe Geldbeträge, hierher retten konnten. In Surdahst hat die kurdische Regionalregierung ein erstes Zeltlager eingerichtet, mit bisher 100 Zelten.

Wie ist die Situation der Flüchtlinge?

Die Situation ist schlecht. In den improvisierten Behausungen fehlt es an allem. Die Menschen sind jeder Witterung ausgesetzt, es kommt zu zahlreichen Erkrankungen der Bronchien, aber auch zu Durchfallerkrankungen und Rückenschmerzen.

Ein großes Problem ist der Mangel an sauberem Trinkwasser und die damit verbundenen Infektionen. Es gibt kein Kerosin oder Holz, die Menschen können das Wasser nicht abkochen. Auch die Ernährung ist schlecht und einseitig in dieser Situation. Die Menschen essen kaum Fleisch. Die Anspannung ist groß. Die Menschen sind im Prinzip optimistisch. Aber solange Kirkuk in der Hand des irakischen Regimes ist, fürchten sie weitere Angriffe mit Raketen, Bombardierungen und sind in großer Anspannung und jederzeit auf dem Sprung.

Wo arbeiten die mobilen Teams der KHF zur Zeit?

Wir haben insgesamt fünf mobile Teams. Zwei arbeiten auf der Straße Chamchamal-Sengaw, die anderen in Germian um Kalar. Wir planen, eines in das Lager Surdasht zur Betreuung von Flüchtlingen aus Bagdad und Kirkuk zu entsenden. Mit einem weiteren Team wollen wir in Bazyan für Flüchtlinge aus irakisch kontrolliertem Gebiet arbeiten.

Was machen die Teams genau?

Wir haben in den letzten Tagen 700 Kranke unter den Flüchtlingen betreut. Wir haben sie untersucht, sie behandelt, ihnen Medikamente gegeben, sie, wenn nötig, in Kliniken gebracht. Wir haben es vor allem mit Durchfallerkrankungen zu tun, mit Erkrankungen des respiratorischen Apparates, aber auch mit Rückenproblemen, mit Erschöpfungszuständen. Wir kümmern uns um Schwangere, untersuchen sie regelmäßig, geben ihnen Vitamine und Zusatznahrung; sorgen dafür, dass ihr Trinkwasser chloriert wird. Wir versammeln die Flüchtlinge, klären sie über die Notwendigkeit auf, das Wasser abzukochen. Wir fordern sie auf, sich warm zu halten und die Kinder ausreichend zu ernähren. Wir zeigen ihnen, wie sie notdürftige Latrinen bauen. Die Situation ist allerdings schwierig, zum Wasser-Abkochen fehlt den Menschen das Kerosin. Chlor gibt es zu wenig. Hier bräuchten wir mehr Mittel, um die Menschen mit Decken, mit Zusatznahrungsmitteln, mit Fleisch, Gemüse und Kerosin zu versorgen, warme Jacken für Kinder zu haben und vieles mehr.

Was unterscheidet eure jetzige Arbeit von eurer sonstigen Arbeit mit den mobilen Teams?

Normalerweise liegt der Schwerpunkt unserer mobilen Teams auf der Prävention, auf aufklärenden Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge in ländlichen Regionen. Jetzt sind wir viel stärker kurativ tätig, versorgen Kranke, geben Medikamente aus. Aber nach wie vor haben wir das vorsorgende und aufklärende Moment in unserer Arbeit.

Wie ist eure Zusammenarbeit mit der kurdischen Regionalregierung und anderen Organisationen?

Wir stimmen uns sehr eng ab mit dem Gesundheitsministerium der kurdischen Regionalregierung. Wir haben regelmäßige Koordinationstreffen mit den hier tätigen lokalen und internationalen Organisationen. Gerade heute morgen hatten wir ein Abstimmungstreffen.

Was wird gebraucht, was fehlt?

Ein großes Problem zur Zeit ist - und das wurde auch heute morgen auf dem Koordinationstreffen sehr deutlich - dass viele internationale Organisationen hier etwas tun wollen, ihre Hilfe angekündigt haben, zum Teil auch schon Projektvorschläge erhalten haben, dass sie aber warten auf die Notsituation, den großen Flüchtlingsstrom und die angekündigte Hilfe nur spärlich kommt bzw. ausbleibt. Für die aktuell noch nicht so spektakuläre Notsituation gibt es kaum Mittel. Die KHF ist einer der wenigen Organisationen, die jetzt Mittel hat und flexibel in der Situation arbeiten kann. Einige lokale Organisationen hingegen haben heute morgen angekündigt, dass sie MitarbeiterInnen, die sie für die Nothilfeprojekte eingestellt und vorbereitet haben, wieder entlassen müssen.

Ein anderes Problem, das heute morgen diskutiert wurde, war, dass im Flüchtlingslager Surdasht, das explizit für Flüchtlinge aus dem von der Zentralregierung kontrolliertem Gebiet ist, nun auch interne Flüchtlinge aus Chamchamal ankommen und unter der dortigen Prämisse aber nicht versorgt werden können.

Für uns hat Priorität, dass wir JETZT flexibel und mobil arbeiten können mit den jeweiligen Flüchtlingen und ihren Bewegungen. Wir brauchen Kleidung für die Menschen, Decken, Medikamente und Nahrungsmittel. Das kann auf dem lokalen Markt angekauft werden. Dafür brauchen wir Geld. Auch die Grenze zum Iran ist für den Güterverkehr offen. Man kann hier, sofern man Geld hat, zur Zeit alles bekommen.

Danke für das Gespräch.

Haukari e.V. bittet dringend um Spenden für die mobilen Teams der KHF. Konto 654092-600, Postbank Fankfurt/Main, BLZ 500 100 60, Stichwort: KHF.

6. Dezentrale Hilfe für Flüchtlinge im Nordirak. Unterstützung kurdischer Organisationen der Zivilgesellschaft

medico international und Haukari e.V. unterstützen kurdische Organisationen der Zivilgesellschaft

Rubrik: Internationale Solidarität; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:20

medico international und Haukari e.V. unterstützen

kurdische Organisationen der Zivilgesellschaft

Die aktuelle Situation der Menschen im kurdischen Nordirak ist nach wie vor unübersichtlich. Schon seit Wochen berichten die kurdischen Partner der deutschen Hilfsorganisationen medico international und Haukari davon, dass viele BewohnerInnen, insbesondere Frauen, Kinder und ältere Menschen, entlang der kurdisch-irakischen Frontlinie die Dörfer und Städte verlassen haben. Auch viele Familien aus den Großstädten Arbil und Sulaimania haben Zuflucht auf dem Land und im iranisch-irakischen Grenzgebiet gesucht. In erster Linie fürchten sie militärische Angriffe des irakischen Regimes.

Unweit der an der Straße zu Kirkuk, nur wenige Kilometer vor der Demarkationslinie zu dem von der irakischen Zentralregierung kontrollierten Gebiet gelegenen Stadt Chamchamal gab es bereits Bombardements der USA und Großbritannien. Wie ein Gesundheitsteam der Kurdistan Health Foundation berichtet, verließen die meisten Bewohner von Chamchamal die Stadt und flüchteten unter Felsvorsprünge und notdürftige Zeltplanen. Das mobile Team betreut diese Menschen. Mit der in Kürze erwarteten Intensivierung der Kampfhandlungen im Nordirak ist mit einer Zunahme der Flüchtlingsbewegungen zu rechnen.

Medico international und Haukari e.V. arbeiten seit vielen Jahren mit der Kurdistan Health Foundation (KHO) zusammen. Angesichts des Kriegsausbruchs haben beide Organisationen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, um mobile Gesundheitsteams zur Versorgung von Flüchtlingen auszurüsten. Auch zwei Ambulanzen wurden zusätzlich angeschafft, in denen Notoperationen durchgeführt werden können. Die Gesundheitsteams arbeiten normalerweise in entlegenen Dörfern an der Demarkationslinie oder in Flüchtlingslager für irakische Binnenflüchtlinge. Ein Schwerpunkt der Arbeit der KHF sind die in den letzten Jahren wiederaufgebauten Gebiete, die während der sog. Anfaloperationen 1988 von der irakischen Armee vollständig zerstört wurden und deren Bevölkerung deportiert oder ermordet wurde.

Medico international und Haukari e.V. blicken auf langjährige Arbeitserfahrungen in den kurdischen Gebieten im Irak zurück und thematisieren seit Jahren die Verbrechen des Baath-Regimes unter Saddam Hussein und die Notwendigkeit einer Überwindung des Regimes. Den Krieg der US-Regierung und ihrer Verbündeten lehnen wir dennoch ab. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig. Er ist offensichtlich von Großmachtinteressen bestimmt.

Auch der Anspruch der Bush-Administration mittels eines von außen geführten Gewaltaktes eine Demokratisierung des gesamten Nahen Ostens durchführen zu wollen, entbehrt angesichts der ungemein komplexen historischen Wechselbeziehungen zwischen Orient und Okzident einer Grundlage. Uns ist bewusst, dass unsere kurdischen Partner im Irak mit dem Krieg die Hoffnung auf die langersehnte Befreiung vom Baath-Regime verbinden. Wir sehen aber die Gefahr, dass gerade die kurdische Bevölkerung zwischen den Fronten zerrieben werden.

Wir halten es gerade in dieser Situation für wichtig, die Unterstützung unserer lokalen Partner zu verstärken. Sie sind in der Lage eine dezentrale Hilfe dort zu leisten, wo Menschen sie benötigen. Die Kurdistan Health Foundation, aber auch das von Haukari seit vielen Jahren unterstützte Frauenzentrum Khanzad teilen die traumatischen Erfahrungen und Erinnerungen der kurdischen Bevölkerung, die nun in diesen Wochen des Krieges wieder ins Bewusstsein dringen.

Auch in der jetzt zu leistenden Nothilfe gilt es lokale Strukturen zu stärken und zu stabilisieren. Diese werden unabhängig vom Ausgang des Krieges langfristig benötigt werden, um die verheerenden gesellschaftlichen

Folgen der Diktatur zu überwinden und den Weg hin zur Partizipation der Bevölkerung und zur Demokratisierung zu öffnen.

Frankfurt, 28.3.03

Weitere Informationen unter:

www.medico.de, www.haukari.de

7. Eine unendliche Geschichte: Diktatur, Opposition und Krieg im Irak

Autor: Sabah Alnasseri · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:38

Saddam Hussein, Giftgasmassaker, Kuwaitbesetzung, Golfkriege eins, zwei und drei; Bilder von zerstörten Städten, Flüchtlingen, Palästen mit goldenen Wasserhähnen und sich als Befreier gebende Invasoren - diese Bilder und Schlagworte zur Geschichte und Gegenwart des Irak sind bekannt und vertraut. Wenig bekannt ist hingegen die lange Geschichte der irakischen Opposition in- und außerhalb des Irak. Doch es sind eben diese verschiedenen oppositionellen Kräfte, die in möglichen Neuordnungs-Szenarien eine entscheidende Rolle spielen werden. Sabah Alnasseri zeichnet im folgenden die Entwicklung dieser Kräfte nach - von der Staatsgründung 1920/21 bis zur Gegenwart.

Die traditionell herrschenden Kräfte im Land wurden durch die vom britischen Kolonialismus verfügte Staatsgründung auf einen Schlag von traditionellen Herrschern zu Privateigentümern. Das gesamte Land wurde unter 400 Familien aufgeteilt, die über Nacht zur kapitalistischen Klasse wurden. Staatsform war, bis 1958, eine konstitutionelle Monarchie. Auch das Parlament wurde bis zur 1958er Revolution von Vertretern dieser kapitalistischen Klasse gestellt.

Die Revolution setzte eine Umstrukturierung der Klassenverhältnisse im Lande in Gang und wurde von breiten Teilen der irakischen Bevölkerung getragen. Es war gerade kein "Palastputsch" wie in anderen arabischen Staaten. Auch die kommunistische Partei spielte damals eine wichtige Rolle: Sie war die einzige kommunistische Partei im arabischen Raum mit Staatsmacht. Die Revolution war Großbritannien, Frankreich und den USA ein Dorn im Auge, denn man befürchtete, dass die Sowjetunion im Irak Fuß fassen könnte. Der neue Ministerpräsident Kassim war zwar Nationalist, aber er bildete eine Koalition mit der kommunistischen Partei gegen das Königshaus.

Doch sein Regime machte einige strategische Fehler. Der Versuch Kassims, das Öl im Irak zu verstaatlichen, stellte zwar in der damaligen Zeit einen revolutionären Akt dar. Dieser aber kollidierte unmittelbar mit den Interessen der USA und setzte außerdem die Sowjetunion unter Druck, die die irakische KP unterstützte. Denn die Verstaatlichung des Öls in einer "amerikanischen" Interessenzone hätte die (Kuba-) Krise zwischen Sowjetunion und USA weiter eskalieren lassen. Kassims Ermordung ist nicht zuletzt auch auf diesen Versuch der Verstaatlichung zurückzuführen.

Die Sowjetunion ließ schließlich ihren Verbündeten im Irak im Stich, und die USA unterstützten die Nationalisten, d.h. Teile des Militärs und die Baath-Partei. Insofern war das Timing der Verstaatlichung ein strategisch-tödlicher Fehler gewesen, der dazu führte, dass andere gesellschaftliche Kräfte, besonders die der Baath-Partei, stärker wurden. Aber weil die irakische Regierung, und vor allem die kommunistische Partei, nichts unternahmen, außer auf Anweisungen aus der UdSSR zu warten, konnte die Baath-Partei genügend konservative Kräfte mobilisieren - und schließlich wurde die Regierung gestürzt.

Die Baath-Partei war zu diesem Zeitpunkt, 1963, eine nationalistische Partei mit panarabischen Zügen. Ihre Strategie zielte darauf, sich zugleich von der Sowjetunion und der NATO abzusetzen. Man suchte eine Art dritten Weg, wie in vielen arabischen Ländern. Die Baath-Partei nannte diesen Weg arabischen Sozialismus. Tatsächlich aber handelte es sich um eine national-ethnische Form des Technokratismus.

Für jeden Toten ein Auto

Bis 1968 waren die Pan-Arabisten unter den Brüdern Arefs an der Macht. Mit der Machtübernahme von Al-Bakr, dem rechten Flügel der Baath-Partei, wurde im Jahre 1968 gleichsam die Macht der Baath-Partei untergraben, und sie geriet zu einem Anhängsel der ideologischen und der Sicherheitsapparate des Staates. Ihr Ziel war es, die gesamte irakische Bevölkerung in Baath-Parteimitglieder zu verwandeln, damit es keinen Raum mehr für andere politische Kräfte gäbe. Das ist allerdings nie gelungen.

Die irakische KP wurde Opfer ihrer eigenen Strategie, sich mit dem Baath-Regime auf einen "national-patriotischen Pakt" einzulassen, um so schrittweise die Staatsapparate durch die Teilnahme an der Macht zu erobern. Auf diese Weise bekam das Regime freie Hand, gegen die verbliebenen kurdischen und

schiitischen Kräfte brutal vorzugehen. Nachdem diese schließlich zerschlagen waren, erlitt die Kommunistische Partei ein nicht minder blutiges Schicksal.

Doch das brutalste Kapitel der Repression begann mit der Machtübernahme von Saddam Hussein im Jahre 1979. Al-Bakr war krank, man schob ihn ab, und Saddam Hussein trat als sein Stellvertreter auf. So übernahm er dessen Geschäfte, aber de facto war dies ein interner Putsch - der zugleich im internationalen Kontext verstanden werden muss. Denn die Revolution im Iran 1979 zwang die USA, die Golfmonarchien, Russland und Westeuropa dazu, innerhalb der irakischen Baath-Partei Kräfte zu unterstützen, die als eine sunnitische Konterkraft zu dem schiitischen Regime im Iran aufgebaut werden konnten, was Saddam Hussein zu nutzen wusste, indem er sich als Gegengewicht zur schiitisch-persischen Revolution in Szene setzte.

Das Baath-Regime versuchte, eine neue soziale Basis im Irak zu schaffen durch Fraktionierung der irakischen Bevölkerung entlang ethnischer, religiöser und politischer Gruppen, wie Kurden, Araber, Christen, Muslime etc. Das Regime versuchte, sich selbst zu stabilisieren, indem es einerseits diese ethnischen und kulturellen Unterschiede beständig reproduzierte und indem Saddam Hussein sich andererseits als homogenisierende und völkerverbindende Kraft darstellte.

Die Kriegspropaganda gegen den Iran ermöglichte es dem rechten Flügel der Baath-Partei, breite Schichten der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Kriegsschenkungen taten ihr Übriges dazu. Das nahm während des ersten Golfkrieges zwischen 1980 und 1988 teilweise so absurde Formen an, dass die Kriegstoten in Kapital für die Angehörigen umgewandelt wurden. Jeder, der einen Bruder oder Vater im Krieg verlor, bekam ein Auto, ein Haus oder Ähnliches geschenkt.

Nach dem ersten Golfkrieg geriet das Regime wieder in eine ökonomische, ideologische und politische Krise. Sehr viele Menschen, vor allem im wichtigsten Sicherheitsapparat, dem Militär, stellten Fragen nach dem Sinn dieses Krieges, und anstatt die ökonomische Krise zu überwinden, flüchtete sich das Regime in das Kuwait-Abenteuer im Sommer 1990. Das irakische Regime schaffte es also stets, sich durch Formen der Gewalt und der Kriegsökonomie am Leben zu erhalten.

Gleichwohl war das Baath-Regime längst nicht so stark, wie es zuletzt erschien. Bereits seit Jahren werden der Norden und Teile des Südens des Irak nicht mehr von diesem Regime kontrolliert. Und ein großer Teil der Bevölkerung, der während des ersten Golfkrieges gegen den Iran vermutlich noch wohlwollend gegenüber dem eigenen Regime war, stand schon lange nicht mehr hinter ihm. Das irakische Regime war auch militärisch abgewirtschaftet: Viele Generäle, Offiziere und andere dem Regime nahe stehende Kräfte verließen das Land und gründeten ihre eigene oppositionelle Organisation - die sogenannte INA (Iraqi National Accord). Die Mitglieder der kommunistischen Partei haben nach ihrem Verbot Ende der 70er Jahre innerhalb des Iraks bis heute im Untergrund gearbeitet.

Anfang der achtziger Jahre entstand im Iran eine neue (konservative) irakische Opposition unter der Führung von Mohammed Baqer al Hakim: der "Hohe Kongreß der Islamischen Revolution", dessen soziale Basis sich vor allem aus den vom Baath-Regime vertriebenen Schiiten rekrutierte. Eine wirkliche Neuformierung der irakischen Opposition, deren Zusammensetzung durch die neu hinzukommenden liberalen und monarchistischen Kräfte verkompliziert wurde, fand erst im Zuge des zweiten Golfkrieges statt. Anfang 1991 traf man sich in Beirut (Libanon), um mit der irakischen Entwicklung, insbesondere dem spontanen Aufstand gegen das Regime im März jenes Jahres, Schritt zu halten und eine gemeinsame Handlungslinie festzulegen. Aus diesem Treffen ging das sogenannte "Joint Action Committee" (JAC) hervor, eine Dachorganisation irakischer Oppositioneller, deren Spektrum von der Kommunistischen Partei bis zu rechtskonservativen Kräften reicht.

Progressive Kräfte ausgebootet

Das JAC bekam aber Konkurrenz, als sich liberale Kräfte abspalteten und den sogenannten "Iraqi National Congress" (INC) im Jahre 1992 in Wien gründeten - ein Projekt, das ursprünglich unter der Ägide des JAC geplant war und alle oppositionellen Strömungen Iraks zusammenfassen sollte. Der INC wollte den vielfältigen ethnischen, politischen, religiösen und ideologischen Differenzen Rechnung tragen und strebte ein föderalistisches System liberaler Prägung nach US-amerikanischem Vorbild an, mittels einer Doppelstrategie aus bewaffnetem Widerstand und "Befreiungsdiplomatie" gegenüber den konservativen Golfstaaten.

Damit geriet der INC in direkte Konkurrenz zu oppositionellen Kräften in Syrien und Iran sowie zum 1996 in London gegründeten linken Block der "Bewegung der irakischen Demokraten". Seinem Selbstverständnis nach will der INC eine Alternative "jenseits von links und rechts" sein, der von den konservativen und liberalen Kräften in- wie außerhalb der Region gestützt wird.

Real sah und sieht sich der INC jedoch mit drei Problemen konfrontiert. Erstens setzt sein kurdischer Operationsraum eine politische Stabilität voraus, die aufgrund der Rivalitäten zwischen den Kurdenführern Talabani und Barzani nicht gegeben ist. Zweitens schränkt die Nähe zu den USA eine Reihe von Handlungsoptionen ein, und drittens fehlt es dem INC im Irak an sozialer Basis und politischer Glaubwürdigkeit.

Insgesamt wird die Zahl irakischer Oppositionsgruppen auf 70 bis 150 geschätzt. Ihr Boom nach dem zweiten Golfkrieg war nicht nur Ausdruck der (illusorischen) Hoffnung auf einen baldigen Sturz des Regimes und anschließende Teilhabe an einer neuen Regierung. Hinzu kam eine generelle Unzufriedenheit mit der traditionellen Opposition. Doch die Zahlen verstellen die Realität eher, als sie zu erhellen: Denn dahinter steht weder eine breite Repräsentanz noch eine faktische Präsenz im Irak selbst. Die Mehrheit der IrakerInnen wusste nicht einmal von der Existenz der diversen Gruppierungen und fühlte sich mit dem Regime und dem UN-Embargo allein gelassen.

Nie dagewesener Rüstungswettlauf

Anfängliche Versuche der USA, Saddam Hussein durch einen internen Putsch zu stürzen, sind nicht zuletzt auch an den effektiven Machtstrukturen des Regimes gescheitert. Das Hauptproblem dieser Putsch-Strategie lag jedoch darin, dass sie dem Washingtoner Szenario von einem föderalistisch-liberalen Irak zuwiderliefen. Ein Putsch hätte die Macht des Militärs nicht gebrochen. Der zweite Versuch der USA, mit Hilfe des INC zum Erfolg zu kommen, ist vor allem an der halbherzigen Unterstützung und den Konflikten innerhalb des INC gescheitert.

Daraus hat man gelernt. Washington beschloss, den INC zukünftig stärker zu unterstützen und den Druck auf das Regime durch Einschluss weiterer konservativer Oppositionskräfte zu erhöhen. Damit aber blieben relevante Teile der irakischen Opposition außen vor und erleichterten es Saddam Hussein, auch diese Strategie zu durchkreuzen.

Der INC ist heute vor allem in Großbritannien und den USA verankert. Und dieser INC wurde in den letzten Monaten vor dem Krieg zusammen mit der Al-Hakim-Gruppe, dem INA und der monarchistischen Strömung in die USA eingeladen, und sie wurden praktisch als politische Kräfte anerkannt: Dies sind die Kräfte, die jetzt auf der politischen Bühne erscheinen; die konservativ-liberalen Kräfte, die de facto nicht alle oppositionellen Kräfte des Irak repräsentieren. Viele kommunistische, andere linke und intellektuelle Kräfte bleiben ausgegrenzt. Nicht zuletzt deswegen ist zu befürchten, dass es nach einem Sturz des irakischen Regimes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen wird.

Der konservativ-liberale Teil der irakischen Opposition und auch Teile der irakischen Linken votierten für den Krieg, erhofften sie sich doch demokratische Veränderung im Irak nach einem "Regimewechsel". Zu befürchten ist jedoch - und dies zeigen die Erfahrungen in Ex-Jugoslawien, in Afghanistan, in einigen afrikanischen Ländern etc. -, dass die "nationalen Interessen" der USA nach dem Krieg am besten zu gewährleisten sind in einem schwachen, dezentralisierten und einem in drei Zonen (analog zu den sogenannten "Schutzzonen") zerfallenen Irak. Dies käme einem Bürgerkrieg um Macht und Einflusszonen rivalisierender oppositionellen Kräfte gleich, was die ständige militärische Präsenz der USA "vor Ort" notwendig machen würde.

Und genau dies könnte das amerikanische Ziel sein: die Kontrolle über ökonomische und geostrategische "Stützpunkte" innezuhaben und weniger das sogenannte "nation-building" - eine Metapher, die Reminiszenzen an die alte koloniale Politik des Protektorats hervorruft. Eine ethnisch-territoriale Segmentierung aber bedeutet weitere Instabilität und macht nicht nur amerikanische Militärpräsenz auf Dauer erforderlich, sondern treibt die Region außerdem in einen nie da gewesenen Rüstungswettlauf.

Sabah Alnasseri

In der nächsten ak-Ausgabe wird Sabah Alnasseri mögliche "Nachkriegsordnungen" im Irak analysieren.

8. Demos und mehr. Streiks und Arbeitsniederlegungen gegen den Krieg

Rubrik: Friedensbewegung; Internationale Solidarität; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:23

In zahlreichen Ländern haben Gewerkschaften nicht nur verbal gegen den Krieg protestiert, sondern auch zu Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen. Die folgende Zusammenstellung beruht auf Informationen des deutschen und britischen labournet (www.labournet.de und www.labournet.net)

USA

Vom 8. April stammt die Kurzmeldung, dass die Hafenarbeitergewerkschaft ILWU versucht hat, aus Protest gegen den Irak-Krieg den Hafen von Oakland zu blockieren. Bereits während des Vietnam-Krieges ist von hier aus Kriegsgerät verschifft worden. Die ca. 500 BlockiererInnen wurden massiv von der Polizei angegriffen, die Gummigeschosse und Tränengas-Granaten einsetzte. Einige ArbeiterInnen sollen verletzt worden sein.

Japan

Am 27. März haben japanische EisenbahnerInnen 600 Züge still gelegt. Diese Aktion der Gewerkschaft DORO-CHIBA richtete sich gegen den Irak-Krieg und seine Unterstützung durch die Regierung Nakasone, gegen die Privatisierungsbestrebungen der Regierung sowie gegen die Repression gegen unabhängige Gewerkschaften in Japan.

Brasilien

Aus Protest gegen den Irak-Krieg haben am 18. März brasilianische HafenarbeiterInnen im Hafen von Santos, dem größten Hafen Lateinamerikas, für 24 Stunden britische und US-amerikanische Schiffe bestreikt. Anknüpfend an Fernsehberichte, nach denen US-amerikanische und britische Restaurants französischen Wein öffentlich auf den Straßen vergossen haben, hatten sich insgesamt 70 Gewerkschaften Brasiliens um die Organisation eines Boykotts britischer und amerikanischer Waren wie etwa Coca-Cola oder McDonald's bemüht.

Italien

Für den 20. März hatten die drei italienischen Gewerkschaften CISL, CGIL und UIL für 24 Stunden zu einem Generalstreik aufgerufen. Dabei wurde u.a. der Hafen von Genua für 24 Stunden blockiert. Bereits am 15. März demonstrierten 300.000 AnhängerInnen der CGIL gegen den Krieg durch Mailand.

Großbritannien

Zu gewerkschaftlich organisierten Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks gegen den Krieg kam es am 20. März in etlichen Städten und Orten Großbritanniens, so bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes, EisenbahnarbeiterInnen, LehrerInnen, Postangestellten, BusfahrerInnen, TransportarbeiterInnen in Luton, Leeds, Leicester, Liverpool, London, Sheffield, Swansea, Watford, Edinburgh, Aberdeen, Glasgow, um nur die wichtigsten zu nennen. Neben unzähligen Demonstrationen waren Verkehrsblockaden und Straßenbesetzungen die häufigsten Aktionsformen. In Manchester und Brighton kam der Verkehr völlig zum Erliegen. In Dover wurden Kaianlagen blockiert, in anderen Orten per Notbremse Züge zum Halten gezwungen. In Sheffield kam es neun Stunden lang immer wieder zu Demonstrationen; die zentrale Autobahnzufahrt wurde drei Mal blockiert, Tankstellen, das lokale BBC-Büro sowie das Polizeihauptquartier waren bevorzugte Zielscheiben der Proteste.

Australien

Ebenfalls zu massiven gewerkschaftlichen Anti-Kriegsaktivitäten kam es am 20. März in Australien. Zu Arbeitsniederlegungen, Versammlungen und Gewerkschaftsdemonstrationen kam es in Queensland, New South Wales, Victoria, South Australia, Western Australia und Tasmanien. Die Gewerkschaften hatten im Vorfeld dazu aufgerufen, am "Tag X" um fünf Uhr nachmittags die Arbeit niederzulegen.

Kanada

In St. John's an der Nordostküste Kanadas haben die HafenarbeiterInnen am 17. März jede Fracht, die direkt oder indirekt für den Irak-Krieg bestimmt ist, zu "heißer Fracht" erklärt. Seit dem werden Schiffe mit solcher Ladung weder be- noch entladen.

Kolumbien

Am 26. März hat die Vollversammlung der kolumbianischen Ölarbeitergewerkschaft USO in Barrancabermeja die unbefristete Fortsetzung eines Streiks beschlossen, der kurz vorher gegen die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der Regierung Uribe sowie deren aktive Unterstützung des Irak-Krieges begonnen wurde. In der Resolution, die in Barrancabermeja verabschiedet wurde, wird der Krieg gegen den Irak direkt zum Thema des Streiks gemacht. Die kolumbianischen ErdölarbeiterInnen bildeten die Speerspitze der Anti-Kriegsbewegung in dem lateinamerikanischen Land. So hatten 150 ArbeiterInnen aus Protest gegen den Krieg die Zentrale des staatlichen Erdölkonzerns ECOPETROL in Bogotá blockiert. US-Flaggen wurden verbrannt und der Verkehr behindert.

9. Auf die UNO keinen Pfifferling. Immanuel Wallerstein über die Folgen des Irak-Krieges

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:41

Im folgenden Interview äußert sich Immanuel Wallerstein, US-amerikanischer Politologe und "Weltsystem"-Theoretiker, zum Krieg gegen den Irak und seinen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den USA und Europa, auf die Rolle der UNO und die Koreakrise. Das Interview wurde am 24. März 2003 von Boris Stremlin in Binghamton geführt. Wir veröffentlichen es in einer übersetzten und gekürzten Fassung.

Stremlin: Bei verschiedenen Gelegenheiten haben Sie gegen die These argumentiert, der US-Krieg gegen den Irak werde "wegen Öl" geführt. Heißt das, Sie sehen Öl als eine Komponente unter anderen, die eine siegreiche USA nutzen würde, um potenzielle Konkurrenten und Vasallen einzuschüchtern? Was ist mit der These, dass der Krieg gegen den Irak auch dazu dient, den Trend in Richtung Euro-Abrechnung in den Erdöl produzierenden Staaten umzukehren?

Wallerstein: Natürlich sind die USA unglücklich über die Möglichkeit der Euro-Abrechnung. Aber das ist nicht Grund genug für den Krieg. In jedem Fall ist es nur ein kleiner Teil von einem größeren Problem: dem Erstarken eines unabhängigen Europas. In Bezug auf Öl habe ich auf zweierlei hingewiesen: Erstens ist die US-Position schon ziemlich gut, was die Kontrolle des Welt-Erdöls angeht im Hinblick auf Profite, Preisniveaus und Zugang; und die leichte Verbesserung, die ein Sieg im Irak bringen könnte, ist kaum der Rede wert. Und zweitens gefährdet der Krieg die US-Kontrolle des Welt-Erdöls. Denn mit dem Krieg wird ein größerer Bruch mit Saudi-Arabien riskiert, Hauptakteur der USA in Sachen Ölpreiskontrolle.

Halten Sie es für wahrscheinlich, dass die Bush-Administration versuchen wird, diejenigen Länder ökonomisch zu bestrafen, die sich dem Krieg im UNO-Sicherheitsrat widersetzt haben? Sind diesbezügliche Befürchtungen in den entsprechenden Ländern gerechtfertigt? Wie hoch ist andererseits die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche "Bestrafungspolitik" auf die USA zurückfallen könnte?

Selbstverständlich wird die Bush-Administration das versuchen. Aber im Allgemeinen sind die USA heutzutage ökonomisch mehr von Europa abhängig als umgekehrt. Sie brauchen Europa, um weiterhin so tun zu können, als wären die USA ein guter Investitionsstandort und der Dollar eine gute Währung. Ansonsten könnte es wirklich bergab gehen mit der US-Wirtschaft.

Jacques Chirac hat gesagt, er würde sich jeglicher UNO-Resolution widersetzen, die es den USA und Großbritannien gestattet, den Irak im Falle eines Sieges zu verwalten, und eine Reihe europäischer Staaten (inklusive Großbritannien) haben darauf bestanden, die UNO in den Prozess des Wiederaufbaus einzubinden. Glauben Sie, dass die USA faktisch den Irak besetzen werden und dass Frankreich und die anderen Länder in der Lage sein werden, die Umsetzung eines solchen Planes zu verhindern?

Wenn die USA gewinnen, werden sie mit Sicherheit den Irak besetzen, zumindest zu Beginn und zumindest, so weit sie ihn kontrollieren können. Ich würde keinen Cent auf die UNO geben. Die USA werden versuchen, so unilateral wie möglich zu agieren. Möglicherweise werden nicht einmal die Briten eine nennenswerte Rolle spielen.

Zieht sich durch Europa, wie es heißt, als Ergebnis der Differenzen in Bezug auf den US-Krieg im Irak, tatsächlich ein tiefer Riss? Wie sind die Aussichten, dass dieser in den nächsten fünf Jahren überwunden werden wird? Wie könnte Russland dazu beitragen, diesen Riss zu kitten?

Die EU ist schon längst von einem tiefen Riss durchzogen - nur, dass das nie an die Oberfläche kommen sollte: ein Riss zwischen denen, die Europa als autonomen politischen Akteur auf der Weltbühne sehen wollen, und den "Atlantikern". Auch schon ohne den Irak-Konflikt steckte Europa in einer schwierigen Zeit, was die Schaffung von eigenen Institutionen angeht. Es könnte sehr wohl sein, dass ein Ergebnis des Irak-Krieges der (formale oder tatsächliche) Kollaps der NATO und der EU ist. Wenn das passieren sollte, ist das jedoch nicht das Ende der Europäischen Union. Sie würde um den harten Kern herum wieder aufgebaut. Russland den Riss kitten? Weit gefehlt. Die Rolle Russlands ist Teil der Ursache für den Riss. Die "autonome" europäische Fraktion möchte Russland nämlich in Richtung Europa schubsen. Die "atlantische" Fraktion möchte es ausschließen.

Ist Chiracs kaum verhüllte Drohung ernst zu nehmen, denjenigen osteuropäischen Ländern den Zutritt zur EU zu verwehren, die sich auf die Seite der USA gestellt haben? Können diese Länder in absehbarer Zukunft umgekehrt substanzielle Vorteile von ihrer Unterstützung der US-Politik erwarten?

Tatsächlich hat Chirac eine starke Position. Der Grund dafür, warum die ost- und zentraleuropäischen Länder sich auf die Seite der USA gestellt haben, ist der, dass sie nach wie vor Angst vor Russland haben. Diese Angst ist zwar verständlich, heutzutage aber auch ein bisschen irrational. Zumal die USA ihnen kaum mehr anbieten als ein bisschen ideologisches Aufgehobensein. Die wirtschaftlichen Beziehungen der USA sind grundlegend mit Westeuropa verknüpft. Für die anderen Länder werden die USA so zuverlässig sein wie für die Kurden - und das werden diese Länder schon bald merken.

Wie wahrscheinlich ist es - angesichts des Irak-Krieges - , dass es China und Russland gelingt, die Krise mit Korea zu "managen"? Sind die USA jetzt mehr oder weniger bereit, der Forderung von Kim Jong Il nach bilateralen Verhandlungen nachzukommen?

Das hängt vom Verlauf des Irakkrieges ab. Je leichter der Sieg, umso mehr werden die USA unnachgiebig in Bezug auf Nordkorea sein, und umso mehr wird Nordkorea provozieren. Wir sollten einen Nuklearkrieg auf der koreanischen Halbinsel nicht aus dem Bereich des Möglichen verbannen. Natürlich, Japan, China und Südkorea sind von dieser Aussicht zu Tode erschrocken und in Panik, weil sie spüren, dass sie sich entscheiden müssen zwischen einer US-Rolle als Verteidiger gegen Kim Jong Il und einer US-Rolle als Kriegstreiber - in einen Krieg, den niemand gewinnen kann.

Es gibt die Annahme, dass Chinas Opposition zu den USA im Sicherheitsrat ein Fehler war, weil das Blockieren der USA den Sicherheitsrat irrelevant gemacht hat; so dass China ein internationales Forum verloren hat, wo es Vetorecht hatte. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass China seine Position gestärkt hat, besonders in Ostasien, weil seine bedächtige Gegnerschaft zum Krieg es ihm ermöglicht hat, sich in der Region als Alternative zur USA zu präsentieren.

Dass das Veto ein Fehler war (das gilt für Frankreich ebenso wie für China), ist Nonsens. Ein Verzicht hätte ja nicht mehr bedeutet, als dass Frankreich und China öfter Gelegenheiten gehabt hätten, im Sicherheitsrat für US-Resolutionen zu votieren. Die Veto-Macht ist nur dann eine solche, wenn sie von Zeit zu Zeit genutzt wird. Und die USA werden in den Sicherheitsrat zurückkehren, wenn sie es brauchen, und sie werden nicht zurückkehren, wenn sie es nicht brauchen. Sicher haben weder China noch Frankreich internationales Standing verloren. Ganz im Gegenteil. Genau deshalb sind die USA ja auch so erbost.

Ist es wahrscheinlich, dass die USA die UNO verlassen werden? Brasilien hat vorgeschlagen, die Vollversammlung als Mechanismus zu nutzen, mit dem man versuchen sollte, die US-Weltmacht zu zügeln. Wie viel Aussicht auf Erfolg hat eine solche Strategie?

Wenn es nach den "Falken" gegangen wäre, hätten die USA schon vor 30 Jahren die UNO verlassen. Die UNO kann nicht reformiert werden, weil das Vetorecht auf jegliche Reform anwendbar ist. Zwar haben die USA in der Vollversammlung noch weniger die Mehrheit als im Sicherheitsrat. Aber die Vollversammlung hat überhaupt keine Autorität.

Das komplette Interview unter: www.fbc.binghamton.edu/iwstrem.htm. Übersetzung: ak

10. Literatur zum Irak

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Irak; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:33

Mit der sich zuspitzenden Irakkrise und parallel zu den Kriegsvorbereitungen der USA haben verschiedene Verlage eine Reihe von Publikationen auf den Markt geworfen, die allerdings von sehr unterschiedlicher Qualität sind. Eine kleine Auswahl soll im Folgenden vorgestellt werden.

Brigitte Kiechle:

Irak Vergangenheit Gegenwart Zukunft. (Schmetterling Verlag) 2003

Die Autorin, die in Karlsruhe als Rechtsanwältin arbeitet, verspricht auf knapp 200 Seiten die Geschichte des Irak "mit dem Maßstab der Freiheit" (Buchuntertitel) zu analysieren. Diesem vollmundigen Anspruch ist die Autorin nicht gewachsen. Bereits die ersten Seiten sind mit offensichtlichen Fehlern gespickt: So stimmen selbst einfache Fakten, die heute in jedem Zeitungsartikel nachzulesen sind, nicht. Z.B. die Bevölkerungszahl, die die Autorin mit 17, 5 Mio. angibt (real 25 Mio. oder mehr) und man muss keine Nahostspezialistin sein, um nachzurechnen, dass die Zeitspanne zwischen 1534 und 1918 mehr als "fast 300 Jahre" beträgt. In ihrer "historischen Darstellung" folgt die Autorin weitgehend den ideologisierten Darstellungen arabischer Nationalisten (wie z.B. Karam Khella), die bereits für das ausgehende 19. und beginnende 20. Jahrhundert eine arabische Nationalbewegung beschwören, die es in der Form faktisch nicht gegeben hat. (1) So behauptet die Autorin weiter, die Gebiete der heutigen Staaten Ägypten, Israel, Syrien, Jordanien, Irak und Saudi-Arabien stellten "bis zur Zerschlagung des Osmanischen Reiches eine geopolitische Einheit dar". Auch dies ist purer Unsinn. Bei der Darstellung der bekannten Auseinandersetzungen um die Nationalitätenpolitik in der Kommunistischen Internationale wird Lenins Kontrapart, der Inder Roy, von der Autorin zum "Mexikaner" gemacht. Nun muss nicht jede/r Irakinteressierte die Geschichte des gesamten Nahen Ostens und der Kommunistischen Weltbewegung kennen, aber dann sollte er/sie vielleicht nicht darüber schreiben.

Schlichtweg ärgerlich sind Platitüden wie z.B.: "Der gesellschaftliche Aufbau in Südkurdistan beruht auf Stammesstrukturen" (dem die ach so fortschrittliche PKK als positive "sozialistische Alternative" entgegengestellt wird). Zudem springt die Autorin innerhalb einzelner Absätze um mehrere Dekaden vor und zurück, so dass eine Aussage wie, "kulturelle Betätigung ist (den Kurden) ohne Einschränkung möglich" keinen Sinn macht, da sich aus dem Text nicht ergibt, um welche Zeitspanne bzw. welches Regime es geht. Zur Lage der kurdischen Frauen behauptet die Autorin gar, ihre Lage unter der kurdischen Autonomieregierung sei schlimmer als unter Saddam ("Vom Regen in die Traufe") wobei sie zwar zu Recht auf die bis heute ungelösten Probleme der Anfalopfer und sogenannten "Barzaniwitwen" hinweist, deren beklagenswerte Lage allerdings Resultat der Mordpolitik Saddams ist (der Autonomieverwaltung ließe sich allenfalls der Vorwurf machen, zu wenig zur Lösung ihrer Probleme beigetragen haben).

Sämtliche Oppositionsgruppen, die mit den USA kooperieren werden pauschal abgekanzelt, ohne wahrzunehmen, dass die politischen Diskussionen innerhalb der verschiedenen Oppositionsgruppen "quer" zu diesen Bündniskonstellationen verlaufen. Gerade die KP (auf die die Autorin sich überwiegend bezieht) betont ihre Übereinstimmung mit fortschrittlichen Kräften innerhalb der "us-tauglichen Opposition" und arbeitet mit diesen in wichtigen Fragen zusammen.

Bei der Darstellung der Baath-Partei kritisiert die Autorin, die Vorstellung, es handele sich um eine "antiimperialistische und antikapitalistische" Politik, immerhin habe Saddam die Wirtschaft des Landes für internationale Konzerne geöffnet und sei ein "unversöhnlicher Antikommunist". Die rassistische Ideologie der Baath-Partei, das Terrorregime sowie der für die Baathideologie fast konstitutiv zu bezeichnende Antisemitismus bleibt jedoch unerwähnt.

Welch Geistes Kind sie ist, verrät die Autorin schließlich mit der Feststellung, Israel als Bündnispartner der USA stünde (neben Saudi-Arabien) mit dem Baathregime in Menschenrechtsfragen auf gleicher Stufe. Sie hat vom Irak nichts verstanden.

Fatah/Osten-Sacken:

Saddams Husseins letztes Gefecht? (konkret-Verlag, Hamburg 2002)

Das Buch ist ebenfalls recht kurzfristig entstanden und war auf Grund der zum Teil offen kriegsbejahenden Haltung der konkret und mehrerer der Buchautoren in der Linken schon vor seinem Erscheinen sehr umstritten. (2)

Das Buch ist dennoch empfehlenswert, denn es ist den Herausgebern gelungen, Beiträge von z.T. ausgewiesenen (fortschrittlichen) Irakexperten wie Peter Sluglett, Khaled Salih, Isam al-Khafaji und Aras Fatah zusammenzustellen. Peter Slugletts Eingangsartikel bietet einen gut lesbaren kurzen Überblick über die "Jüngere Geschichte des Irak". Aras Fatah, Politikwissenschaftler und Herausgeber der kurdischen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift Rahand, stellt in seinem Artikel "der postkoloniale Staat Irak und der Baathismus als Nationsbildungsprojekt" einen interessanten Ansatz vor. Während gängige Klischees das baathistische Regime im Irak als Machwerk des "Hitler von Bagdad" oder als ein "totalitäres System wie Faschismus und Kommunismus" (3) deuten, untersucht Aras Fatah die "Erfindung der irakischen Nation", die auf einen "homogenisierenden Einheitsgedanken" setzte, welcher sich bereits während der 30er Jahre in Pogromen gegen die assyrische Bevölkerungsgruppe entlud. Aras erklärt den Erfolg der Baath-Partei daraus, dass es ihr gelang, "den panarabischen Antikolonialismus mit einem national-irakischen Entwicklungsmodell zusammenzuführen". Dieses erforderte eine Neuschreibung der "irakischen" Geschichte (im Sinne eines "baathistischen Geschichtsverständnisses"), um ein nationales Erbe "zu erfinden". Mit dem Ziel der Homogenisierung der Gesellschaft wird diese zur "Parteigesellschaft", welche sämtliche Überreste autonomer Strukturen in der Gesellschaft abschafft. Diesem Ziel diene auch die Feindsemantik, wobei in der Ideologie der Baath laut Fatah "Feind" mit "fremd" gleichgesetzt wird. In seinem Resümee folgert Aras Fatah, "der Baathismus ist kein Übergang zwischen Tradition und Moderne, sondern ein Produkt der Moderne selbst".

Isam Al Khafaji untersucht in seinem Beitrag "Der Mythos vom Ausnahmefall des Irak" die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und widerlegt faktenreich verschiedene Mythen, die immer wieder in gängigen "Irakanalysen" auftauchen, so z.B. die beschworene "Künstlichkeit des irakischen Staatsgebildes", das in Stämme und Clans zerfalle. Khafaji weist darauf hin, dass dieses Phänomen in den 50er und 60er Jahren undenkbar gewesen sei und vielmehr ein Resultat der jüngeren ökonomischen Entwicklung sei. Ebenso demontiert er das (gerade in "antiimperialistischen" Kreisen) verbreitete Märchen, der Irak hätte (bis zu den Sanktionen) im regionalen Vergleich die beste soziale Versorgung der Bevölkerung und ein "sagenhaftes" Bildungssystem. Im Schlussteil untersucht der Autor die Auswirkungen der Sanktionen, deren Hauptauswirkungen darin bestanden, "dass die ohnehin Mächtigen mehr Macht erhielten und die Opfer und Gegner des Regimes verarmten".

Auch wer die neueren politischen Aussagen von Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sowie von Medico-Sprecher Hans Branscheidt, (alle drei ebenfalls Autoren des Bandes) ablehnt (4), sollte sich die faktenreichen Analysen über den Terror des Baathregime (und die knappe Zusammenfassung der deutschen "Exportweltmeister" als Mittäter durchlesen. Bis heute steht in der hiesigen Öffentlichkeit der Name "Halabja" als Synonym für die Verbrechen des Saddamregimes. Das eigentliche Verbrechen, die Anfalkampagnen der 80er Jahre, die sich gegen Kurden und Schiiten sowie gegen die Bewohner der südlichen Marschgebiete richteten, sind weitgehend unbekannt. Sie werden in drei Artikeln von Khaled Ali, Bachtiar Ali und Thomas von der Osten-Sacken dargestellt.

Haukari e.V.

Irakisch Kurdistan: Untergehen im Sicheren Hafen (VAS, 2002)

Allen, die sich über die Entwicklungen im seit Ende des Krieges von 1991 unter autonomer Verwaltung stehenden Irakisch-Kurdistan informieren möchte, sei diese fundierte Studie empfohlen. Herausgeber ist eine kleine NGO, die sich 1994 gründete, deren Mitarbeiter aber bereits seit 1991 für verschiedene NGOs in Irak-Kurdistan tätig waren. Als "sicherer Hafen" ("save haven") erklärte die UNO Resolution 688 des Weltsicherheitsrats vom April 1991 eine Enklave innerhalb der Provinz Dohuk, deren Schaffung zunächst keineswegs dem Ziel eines kurdischen Autonomiegebietes diente, sondern allein die Rückführung der etwa drei Millionen kurdischer Flüchtlinge, die nach den Metzeleien der irakischen Armee (5) in das türkische und iranische Grenzgebiet geflohen waren. Sehr fakten- und detailreich vollziehen die AutorInnen die Entwicklungen im direkten Anschluss an den Golfkrieg, das Vorgehen der USA, und die Tätigkeiten der zahlreichen NGOs nach. Letzterer Punkt wird recht kritisch reflektiert: Während das Gebiet der kurdischen Selbstverwaltung (bis heute) keinerlei offiziellen Status besitzt und ökonomisch schließlich von einem Anteil

am "Oil for Food"-Programm abhing, lag die ökonomische Versorgung gerade in den Anfangsjahren in Händen westlicher NGOs. "Anfang der neunziger Jahre (entwickelte sich) Kurdistan-Irak zu einem Tummelplatz von Hilfsorganisationen unterschiedlicher Couleur und Motivation." Diese entwickelten ihre Projekte häufig nach eigenem Gusto (oder auf Grund zufällig in der Diaspora entstandenen Kontakte). Auch kleinere NGOs verfügten häufig über finanzielle Mittel, mit denen sie ihren Mitarbeitern ein Vielfaches der Gehälter zahlen konnten, als die Regionalregierung. Dringend benötigte Fachkräfte zogen es folglich vor, für die NGOs zu arbeiten, was eine weitere Schwächung der Regionalverwaltung zur Folge hatte. Zur Verwirklichung ihrer Vorhaben (und zum eigenen Schutz) waren die NGOs in der Regel auf die Zusammenarbeit mit einer der beiden großen Parteien angewiesen, wodurch sie zu einem weiteren Streitpunkt zwischen den Parteien wurden und (ungewollt) den innerkurdischen Konflikt mit anheizten.

Ebenfalls sehr lesenswert ist die Analyse des Scheiterns der Regionalregierung, das 1994 und 1996 im offenen "innerkurdischen" Krieg eskalierte. Diese tragische Entwicklung wird in der hiesigen Debatte gern als "Beleg" dafür herangezogen, das die kurdische Gesellschaft allein "auf Stammesstrukturen" beruhe (Kiechle s.o.) und zur politischen Selbstverwaltung schlicht nicht fähig sei. Auch wenn die AutorInnen mit ihrer Kritik an den beiden großen Parteien nicht hinter dem Berg halten, zeigt ihre kenntnisreiche Darstellung die vielen verschiedenen (auch externen) Faktoren, die zu diesem Debakel führten. Nach einer bitteren Bilanz der Sanktionspolitik, die nicht nur das Regime stärkten, die einheimische Landwirtschaft ruinierten und soziale Strukturen zerstörten (bzw. reaktionäre Strukturen reproduzierten), resümiert der Band abschließend das Ergebnis der "humanitären Intervention": "Zehn Jahre nach ‚Operation Provide Comfort` ist für die Bevölkerung Irakisch-Kurdistans keine Zukunftsperspektive erkennbar. Die humanitäre Intervention förderte statt dessen, auf längere Sicht betrachtet, Großmachtinteressen."

Ergänzt wird das Buch mit einem Nachdruck aller relevanten UN-Resolutionen.

Auch wenn dieses Büchlein durch den aktuell stattfindenden Krieg "veraltet" sein mag, ist die rückblickende Analyse des zehnjährigen "Projekts" Autonomes Kurdistan für jeden Kurdistan Interessierten ein "Muss". Die Analyse der NGOs und UN-Intervention ist für die weitere Debatte um "humanitäres Engagement weltweit" von großem Nutzen.

Nicht brandneu, aber zu empfehlen

Da die aktuellen Entwicklungen sich in den letzten Monaten überschlagen haben und eine Unmenge von Material in fast allen Zeitschriften erscheinen ist, sei kurz auf zwei Publikationen hingewiesen, die zwar nicht "brandneu", dafür aber absolut lesenswert sind:

- Peter Sluglett/Marion Farouk-Sluglett: Der Irak seit 1958 (Suhrkamp TB 1991) Dieser Band erschien bereits 1991 und behandelt folglich die gesamte neuere Entwicklung nicht. Er bietet aber eine ausgezeichnete Darstellung der irakischen Geschichte, der starken linken Bewegung (v.a. der kommunistischen Partei) während der 50er und 60er Jahre, sowie der schiitischen Bewegung (einst als Gegenpol zur Zurückdrängung des kommunistischen Masseneinflusses gegründet) und der Baath-Partei von ihren Anfängen bis 1991. Von ihren Sympathien für die Linke machen die Autoren (der britische Islamwissenschaftler Peter Sluglett und die inzwischen verstorbene Marion Farouk-Sluglett, die in der damaligen DDR studierte und in erster Ehe mit einem irakischen KP-Funktionär verheiratet war) keinen Hehl.

- INAMO-Heft Nr. 21 Irak: Diktatur und Sanktionen

Im Frühjahr 2000 erschien dieses Heft, dessen qualifizierte Beiträge immer noch absolut lesenswert sind, vor allem für diejenigen, die kurz das Wichtigste nachlesen wollen. Für 5 Euro zu beziehen bei: INAMO e.V. Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin

Nora Mielke

Anmerkungen:

1) Die überwiegende Mehrheit der Araber, selbst die, die sich in politischen Bünden organisierten, bezogen sich bis zu dessen Auflösung auf das Osmanische Reich. Ihre Forderungen begrenzten sich auf Reformen und stärkere kulturelle Rechte. An einem "arabisch-nationalen Kongress" 1913 in Paris nahmen ganze 25 Personen teil.

2) Gerüchten zufolge war der Streit um das Erscheinen dieses Buches Mitauslöser für das Ausscheiden von Jürgen Elsässer aus der konkret-Redaktion. Jürgen schreibt jetzt (wieder) in der jungen welt, die sich mit dem Halabjaleugner Rainer Rupp und Karin Leukefeld, die verklärt von den "Fortschritten der Demokratisierung des Saddamiraks" berichtete, zusammenarbeitet.

3) so Peter Heine in seinem Buch Schauplatz Irak, Besprechung s.u.

4) vgl. Artikel von Bernhard Schmidt, ak 471)

5) Im Anschluss auf die kurdischen und schiitischen Erhebungen nach Ende des Golfkriegs.

11. "Außerordentliche Unterstützung". Italien im Kriegseinsatz

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:37

Seit seiner Unterschrift unter die Ergebenheitsadresse des "neuen Europa" gilt Silvio Berlusconi als überzeugter Unterstützer der Bush-Krieger. Bei näherem Hinsehen allerdings ist die italienische Position zur (Nicht-) Unterstützung des Irak-Krieges der deutschen zum Verwechseln ähnlich. Das zeigt die Sechs-Punkte-Erklärung, die Berlusconi und sein Vize Fini Mitte März mit dem italienischen Staatspräsidenten Ciampi abgestimmt haben: 1. Italienische Soldaten beteiligen sich nicht am Irak-Krieg. 2. Italien stellt keinerlei militärische Hilfsmittel für den Krieg zur Verfügung. 3. Militäreinrichtungen in Italien dürfen nicht für direkte Angriffe auf den Irak genutzt werden. 4. Italien erklärt sich als "nicht kriegführend" (non belligerante). 5. Die Nutzung der US-Militärbasen wird gestattet, ebenso das Überfliegen italienischen Gebietes. 6. Italien verstärkt den Schutz von US-Militärbasen auf seinem Territorium. (La Repubblica, 19.3.)

Die Unterschiede zwischen der italienischen und der deutschen Position liegen vor allem auf rhetorischem Gebiet. In einem Brief an Berlusconi, geschrieben vor Kriegsbeginn, hob Bush denn auch besonders die "moralische, humanitäre und konstruktive Unterstützung" des "lieben Silvio" hervor. Berlusconi habe sich offen auf die Seite der USA gestellt, und das, so Bush weiter, "werden wir nicht vergessen."

In Erklärungsnöte geriet die italienische Regierung, als die USA am 27. März, also eine Woche nach Kriegsbeginn, 1.000 Fallschirmjäger von Norditalien in den kurdisch kontrollierten Norden Iraks verlegten. Das sei kein "direkter Angriff", weil die Verlegung nur "dem Transit, dem Versorgungsnachschub und der Wartung von Gerät" diene, versuchte Berlusconi diese von italienischem Territorium ausgehende Aktion klein zu reden. (Einen vergleichbaren deutschen Kriegsbeitrag hat es nach Kriegsbeginn in der Tat nicht gegeben - ein Unterschied, der sich allerdings relativiert, wenn man die davor geleistete deutsche Unterstützung beim Aufmarsch am Golf berücksichtigt.)

Nach dem "Sieg" über den Irak dürfte Berlusconi sich noch eine Weile als wichtiger Freund und Unterstützer der USA spreizen. Danach wird er bald wieder bestrebt sein, das Verhältnis zu den Deutschen zu "normalisieren". In der im Aufbau befindlichen EU-Interventionstruppe soll Italien nach der BRD und Frankreich mit 6.000 Soldaten das drittgrößte Kontingent stellen.

Js.

12. Der deutsche Beitrag zum Irak-Krieg

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Interventionspolitik und Kriege; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:36

Wenige Stunden nach Beginn des Irak-Krieges verkündete Kanzler Schröder die längst vorformulierte Botschaft: "Es bleibt dabei: Deutschland beteiligt sich nicht an diesem Krieg. Aber natürlich wird Deutschland nicht abseits stehen, wenn es gilt, den Menschen zu helfen." Rotgrünland - ein Hort des Friedens und wahrer Menschlichkeit! Nicht nur die große Mehrheit der Deutschen, auch Friedensbewegte in anderen europäischen Ländern, den USA und darüber hinaus glauben dem "Medienkanzler" aufs Wort. Ein bedauerlicher Irrtum.

Schröder selbst hat versucht, den deutsch-amerikanischen Dissens möglichst herunterspielen. "Es ist die falsche Entscheidung getroffen worden", sagt er zweimal in seiner Fernsehansprache vom 20. März, ohne die dafür Verantwortlichen zu benennen. Bezeichnend für das deutsche "Nein, aber" zum Krieg sind jedoch zwei Sätze, die Schröder eher versteckt am Schluss der Rede untergebracht hat: "Deutschland, das habe ich versichert, beteiligt sich nicht am Irak-Krieg. Aber natürlich wird Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen des Nato-Bündnisses erfüllen." Der zweite Satz ist offensichtlich unsinnig: Da die NATO gar nicht Kriegspartei ist, können aus diesem Krieg auch keine "Verpflichtungen im Rahmen des NATO-Bündnisses" erwachsen. Und wenn die Bundesregierung solche "Verpflichtungen" erfüllen will, dann meint sie damit freiwillige Leistungen gegenüber den USA und Großbritannien - ein verklausuliertes Dementi des gerade Gesagten: "Deutschland beteiligt sich nicht am Krieg". Eben doch.

Dieser Krieg ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg. Darüber gibt es unter den Fachjuristen, anders als noch beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, kaum Meinungsverschiedenheiten. Jörg Arnold, Forschungsgruppenleiter am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg, zeigt überzeugend, worin die deutsche Kriegsbeteiligung besteht und dass der Verweis auf Bündnisverpflichtungen diese keinesfalls rechtfertigen kann:

Deutschland - Zwischenstation für Kampfeinheiten

Beihilfe zum Angriffskrieg sei bereits "die Bereitstellung von Awacs-Aufklärungsflugzeugen mit deutschen Soldaten in der Türkei" - und das auch, wenn die Türkei nicht aktiv in den Krieg eingreife: "Selbst wenn die Türkei als nicht aktive Kriegspartei geschützt werden soll, wird die Schutzmaßnahme durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überhaupt erst ausgelöst." Ähnlich verhalte es sich mit dem Einsatz von Fuchs-Spürpanzern in Kuwait, "der nicht mehr mit der ursprünglichen Zielstellung des Anti-Terrorkampfes in Übereinstimmung steht, sondern sich im Kontext des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges bewegt." Tatsächlich wurde die deutsche Truppe in Kuwait nach dem Einschlagen der ersten irakischen Raketen umgehend aktiv. Als besonders gravierenden Verstoß gegen Artikel 26 Grundgesetz wertet Arnold die in (und über) Deutschland selbst gewährte Hilfe: "Erst recht ist die Gewährleistung von Überflugrechten und der Nutzung der Militärstützpunkte in Deutschland eine Duldung und Unterstützung des völkerrechtswidrigen Angriffs." (www.fr-aktuell.de, 26.3.)

Derlei vorhersehbare Einwände hat der Jurist Schröder schon vorab als "Juristerei" abqualifiziert. Seine Formulierung, die deutsche Position sei ein "Balanceakt zwischen Nichtbeteiligung am Krieg und Einhaltung der Bündnisverpflichtungen", deutet immerhin auf Restbestände von Unrechtsbewusstsein hin - welches der Grünen-Vorsitzende Bütikofer gänzlich vermissen lässt: "Unsere Politik ist darauf angelegt, den Hegemon USA einzubinden und im Bündnis zu halten. Das geht nicht, wenn man die Bündnispflichten, wie sie nun einmal sind, einfach beiseite lässt." (FR, 31.3.)

Die Vorbereitung des Krieges lief ganz offen auch über deutsches Gebiet. Seit Juli vergangenen Jahres wurden britische und US-amerikanische Einheiten, Waffen und Kriegsgerät über Frankfurt, Ramstein, Spangdahlem, Vielseck und Bremerhaven an den Golf geschafft - Soldaten und Waffen, die seit dem 20. März 2003 im Irak zum Einsatz kamen. Was danach geschah, will die deutsche Seite lieber nicht so genau wissen. Regierungssprecher Bela Anda erklärte, die Bundesregierung sei nicht darüber informiert, was die USA "mit den ihnen zugestandenen Überflugrechten machen". Das deutsche "professionelle Desinteresse" (FR, 25.3.) gilt auch den Folgen, die von dem verstärkten Bundeswehraufmarsch vor US-Stützpunkten in Deutschland ausgehen. Ob die 3.800 deutschen ebenso viele US-Soldaten für den Kriegseinsatz verfügbar machen, kann

nur vermutet werden. Sicher ist, dass die von 80 auf 200 Mann vergrößerte ABC-Schutztruppe in Kuwait die "Verlegung" von amerikanischen und tschechischen Spezialisten in den Irak möglich machte.

Auch auf See funktioniert die seit Afghanistan eingespielte Arbeitsteilung im Krieg gegen den Terror. Nicht nur am Horn von Afrika, auch im Mittelmeer entlasten deutsche Kriegsschiffe die US-Flotte. Grundlage dafür ist die "Operation Enduring Freedom"; das Einsatzgebiet für deutsche SoldatInnen umfasst "die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete".

Das alles sei rein defensiv, versichert der Verteidigungsminister. Nähme man dessen Geschwätz ernst, dann wäre die Bundeswehr als erste Armee der Weltgeschichte ausschließlich dazu berufen, "humanitäre Hilfe" zu leisten. Dazu gehören nach Regierungsdefinition auch Sanitätsdienste für verletzte US-SoldatInnen, die der große Bruder durchaus zu schätzen weiß. Die in der FR (1.4.) auf 20 Zeilen eingedampfte dpa-Meldung sagt mehr als mancher Leitartikel: "Der US-Botschafter in Deutschland, Daniel Coats, hat die deutsche Unterstützung für das US-Militär gewürdigt. Bei der Versorgung der Soldaten im US-Hospital im pfälzischen Landstuhl werde Außergewöhnliches geleistet, sagte Coats (...) bei einem Besuch in Landstuhl. Auch andere US-Stützpunkte in Deutschland könnten mit deutscher Hilfe reibungslos ihren Dienst verrichten. (...) In dem US-Krankenhaus in Landstuhl werden nach US-Angaben etwa 200 verwundete und erkrankte US-Soldaten behandelt. Rund ein Drittel habe sich in Kampfhandlungen verletzt." Mit deutscher Hilfe werden sie bald wieder einsatzfähig sein.

Dass auch Sanitätsdienst Kriegsdienst ist, wissen Kriegsdienstverweigerer schon seit Jahrzehnten; aus gutem Grund haben sie die ihnen in den "Gewissensprüfungen" scheinheilig angebotene Alternative zum eigenhändigen Herumballern "Melden Sie sich doch zum Sanitätsdienst!" daher stets zurückgewiesen. Jungle-World-Redakteur Stefan Wirner findet es dagegen völlig abwegig, die vom deutschen Verteidigungsminister angebotene Militärhilfe durch "Ausfliegen verletzter US-Soldaten" zu kritisieren: "Die Deutschen sollten offenbar verletzte Yankees lieber im Wüstensand liegen lassen. Solche Kritik stärkt den Antiamerikanismus und führt zum deutschnationalen Overkill der Friedensbewegung." (2.4.)

"Deutscher Friede" ist Stirners Polemik überschrieben - eine Replik auf Ulrike Gramanns Artikel "Deutscher Krieg", in dem der deutsche Kriegsbeitrag dargestellt wird. Durch die Addition von 3.800 deutschen Soldaten im Wachdienst "an 60 US-amerikanischen Militäreinrichtungen in der BRD", 600 Marinesoldaten am Horn von Afrika und 200 Spezialisten zur Abwehr von ABC-Waffen in Kuwait kommt die Autorin zu dem Ergebnis: "Alles in allem unterstützen bis jetzt mehr als 4.600 Bundeswehrsoldaten den Angriff auf den Irak direkt." Eine Rechnung, die durch das Wort "direkt" angreifbar wird.

Frischer Wind für die lang ersehnte EU-Eingreiftruppe

Halten wir uns an die Fakten: Deutschland ist am Krieg gegen den Irak direkt und indirekt beteiligt, gemessen an der britisch-amerikanischen Kriegsmaschinerie aber ist dieser Beitrag zu vernachlässigen. Das war allerdings in den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan nicht viel anders. Neu ist, dass heute eine seltsame Koalition aus RegierungsanhängerInnen, friedenstrunkenen Naivlingen und "linksradikal" tönenden Antideutschen den deutschen Kriegsbeitrag verharmlost oder für nicht existent erklärt.

Nicht neu sind die deutschen militärpolitischen Planungen, sie werden aber nach dem europäisch-amerikanischen Dissens mit neuer Begründung und noch mehr Selbstbewusstsein vorgetragen: "Nicht weniger USA", sondern "mehr Europa" gelte es durchzusetzen. Anders gesagt: Wer beanspruche, "nein zu sagen wie im Falle Irak, der muss sich in die Lage versetzen, auch etwas aus eigener Kraft zu leisten." (Schröder im Zeit-Interview, 27.3.) Schnell und "aus eigener Kraft zu leisten" sei der schon lange betriebene Aufbau einer 60.000 Mann starken EU-Eingreiftruppe. Das sieht Joschka Fischer genauso: "Wir müssen unsere militärische Kraft verstärken, um auch in diesem Sektor als Faktor ernst genommen zu werden." (Der Spiegel, 31.3.) Um keine Zeit zu verlieren, greift die rotgrüne Regierung auf die von der CDU stammende "Kerneuropa"-Idee zurück. Derzeit besteht die europäische Koalition der Willigen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Aber auch Tony Blair habe schon Interesse an einer gemeinsamen EU-Militärmacht "signalisiert", meldet der Spiegel (31.3.); Italien und mehrere kleinere Länder würden ebenfalls mitmachen.

Während die USA und Großbritannien den Irak besiegen, wird Europa "erwachsen" (Fischer). Das wird zwar länger dauern als von den Beteiligten angestrebt, und an die Durchschlagskraft der US-Armeen wird die EU-Truppe nicht heranreichen. Aber die Richtung ist klar. Der deutsche "Friedenskanzler" hat sie vorgegeben.

Js.

13. Willige, Wankelmütige und Wackere. Ost- und Südostasien gespalten in der Kriegsfrage

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Irak; Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:07

George W. Bush gelang binnen eines Tages, wofür seine Amtsvorgänger Lyndon B. Johnson und Richard M. Nixon in den 60er und 70er Jahren - auf dem Höhepunkt der US-amerikanischen Aggression gegen Vietnam, Laos und Kambodscha - in Ost und Südostasien Jahre benötigten: die (Re-)Aktivierung des Feindbildes Uncle Sam.

Der 20. März 2003, der Tag, an dem die ersten Bomben auf Bagdad fielen, wird in die Annalen der Geschichte eingehen als der Tag Eins einer Neukriegsordnung, in der die alte, einzig verbliebene Supermacht internationales und Völkerrecht bricht, die Welt in Gut und Böse aufteilt, Erstere mit weichen Dollars belohnt und Letztere mit "präventiven Schlägen" hart bestraft. Aus der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 viel beschworenen "weltweiten Allianz gegen den Terror" wurde über Nacht ein terroristisches Kommandounternehmen im Namen einer trüben "Koalition der Willigen". So nannte Washington jene gut 30 Regierungen in Ost wie West, die seinem Kurs vorbehaltlos folgten. Ob das auf Dauer gut geht?

Rainer Werning

Chinesische Vorbehalte

Gut drei Jahrzehnte nach der so genannten Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China, deren Propaganda auf den Revisionismus daheim und den ausländischen - sprich: US-amerikanischen - Imperialismus fokussiert war, besinnt man sich in Peking trotz einer inzwischen weitgehenden kapitalistischen Umgestaltung des Landes wieder der Kritik an den hegemonialen Ambitionen der Supermacht USA.

Bereits Anfang Mai 2001 charakterisierte Präsident Jiang Zemin seinen US-amerikanischen Kollegen anlässlich eines Sondertreffens von Mitgliedern des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas sowie außenpolitischen Experten als "logisch unbedarft, konfus, prinzipienlos und hochgradig unweise". Einen Monat zuvor (April 2001) hatte die chinesische Luftwaffe US-Spionageflugzeuge in chinesischem Luftraum zur Landung auf der Insel Hainan gezwungen und die US-Besatzung erst nach politisch-diplomatischem Tauziehen wieder auf freien Fuß gesetzt. Derweil feilten Militärstrategen im Pentagon und Experten des State Department an der neuen Nationalen Sicherheitsdoktrin und formulierten die Richtlinien der künftigen US-amerikanischen Militärdoktrin, die ausdrücklich das strategische Augenmerk auf die Region Ostasien/Pazifik/Südostasien lenkt. Gleichzeitig nannten Bush und seine Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice die VR China einen "aufstrebenden Gegner" beziehungsweise "strategischen Feind".

Notdürftig verdeckt wurde diese Rivalität durch die nach dem 11. September entfachte "Anti-Terror"-Debatte, woraus jede Seite für sich jeweils größtes wirtschaftliches und politisch-diplomatisches Kapital herausschlagen wollte. Peking spielte zeitweilig Differenzen mit Washington herunter, weil Chinas Beitritt in die Welthandelsorganisation (WTO) bevorstand, das Land als Ausrichter der nächsten Olympischen Sommerspiele um Imagepflege bemüht ist und "sezessionistische Umtriebe" der Uighuren im Südwesten des Landes nunmehr leichter als "Terrorismus" denunzierbar waren.

Seit dem 20. März wendet sich das Blatt wieder. Zuerst meldeten sich anerkannte Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler zu Wort, bis schließlich die "Offiziellen" nachzogen. Bereits Ende Februar übergaben Intellektuelle der US-Botschaft in Peking einen von über 500 Personen unterzeichneten Offenen Brief, in dem sie sich gegen die von Washington zu verschiedenen Zeiten mit unterschiedlichen Argumenten präsentierten Kriegsbegründungen wandten. Keines dieser Argumente, konstatierten die VerfasserInnen, sei ausreichend begründet. Vielmehr sei bekannt, dass "die meisten industriellen und militärischen Produktionsstätten des Irak bereits im Golfkrieg 1991 durch US-amerikanische Bombardements vernichtet (wurden). Selbst das US-dominierte Waffeninspektionsteam UNSCOM hat in seinem Bericht 1998 zugegeben, dass 90 bis 95 Prozent der irakischen Massenvernichtungswaffen gefunden und zerstört wurden". Die VerfasserInnen des Offenen Briefes schließen mit einem Appell an die Bevölkerung, sich "in bester antiimperialistischer Tradition"

der weltweiten Antikriegsbewegung anzuschließen. Erst seit dem letzten Märzwochenende waren staatlich genehmigte und überwachte Antikriegsdemonstrationen in begrenztem Umfang in Peking erlaubt.

Kong Quan, Sprecher des Außenministeriums, sowie Mitglieder des Außenpolitischen Komitees des Nationalen Volkskongresses attackierten unmittelbar nach Kriegsbeginn in scharfen Worten die unilaterale Politik Washingtons in der Irak-Frage, seine Verletzung der UN-Charta und internationalen Rechts sowie das brüske Missachten des UN-Sicherheitsrates, dessen ständiges und mit einer Veto-Vollmacht ausgestattetes Mitglied die Volksrepublik ja ist, und forderten einen sofortigen Stopp der Bombardements. Peking ist besorgt, dass zu den Konsequenzen des Irakkrieges auch eine Destabilisierung der Region und die Gefährdung des Weltfriedens zählen, was zwangsläufig eigene Sicherheitsaspekte berührt. Außenpolitisch setzt Peking deshalb alles daran, Tendenzen eines Gegengewichts zu den USA zu stärken (in diesem Sinne wurde gar das Bild einer "neuen Seidenstraße" bemüht), was generell eine engere Kooperation mit Russland und der EU einschließt und sich in den vergangenen Wochen konkret in der Unterstützung der Positionen Frankreichs, Deutschlands und Russlands in der Irak-Frage manifestierte. Implizit warnte Kong Quan den östlichen Nachbar Japan vor unüberlegten Schritten, sollte Tokio erwägen, sich über die Unterstützung der US-Position hinaus direkt an militärischen Aktionen zu beteiligen.

Japanische Haltlosigkeit

Mit seinem Ja zum Irakkrieg könnte Japans Premierminister Junichiro Koizumi innenpolitisch kaum mit Rückhalt rechnen. Doch Hardlinern innerhalb seiner seit einem halben Jahrhundert regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) lieferte es zusätzliche Munition, um mehr und mehr Artikel 9 der Nachkriegsverfassung auszuhöhlen und Japan auch wieder militärisch in der Region hoffähig zu machen. Artikel 9 erlegt Japan eine strikte Friedenspolitik, das Wiederbewaffnungsverbot sowie das Verbot von militärischen Auslandseinsätzen auf, was allerdings in der Vergangenheit teilweise aufgeweicht wurde. Nachdem Koizumi seine US-kritische Außenministerin Makiko Tanaka, Tochter des einst mächtigen LDP-Bosses und Premiers Kakuei Tanaka, vor einem Jahr entließ und sie durch die blasse, gänzlich unerfahrene Yoriko Kawaguchi ersetzte, folgte Tokios Mittelostpolitik bedingungslos der Kriegspartitur Washingtons. Dies wird auf jeden Fall eine Erhöhung des Wehretats für die so genannten Selbstverteidigungskräfte des Landes, der zur Zeit umgerechnet knapp 50 Mrd. US-Dollar beträgt, zur Folge haben.

Um wenigstens etwas an außenpolitischen Erfolgen vorweisen zu können, reiste Koizumi im September letzten Jahres höchstpersönlich in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang, um mit Kim Jong Il über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu reden. In der japanischen Öffentlichkeit kam das gut an, zumal der Premier damit auch ein Stückweit eigenständiger Politik unterstrich, die sich wohltuend von der harten Nordkorea-Politik der Bush-Regierung absetzte. Resultat der Reise Koizumis war eine gemeinsame Erklärung, in der sich Pjöngjang unter anderem verpflichtete, internationale (auch Nuklearfragen betreffende) Vereinbarungen und bis 2003 ein Raketentest-Moratorium zu respektieren. All dies ist momentan ad Acta gelegt und durch Tokios Unterstützung der US-amerikanischen Kriegspolitik im Mittleren Osten konterkariert. Der Chefsekretär des Kabinetts, Yasuo Fukuda, hat bereits angedeutet, dass sich Tokio nicht länger der Pjöngjanger Erklärung vom September 2002 verpflichtet fühle und sie aufzukündigen gedenke. So schoss Japan Ende März den ersten von vier Spionagesatelliten ins All, um nach eigenem Bekunden ein genaues Bild der nordkoreanischen Atomanlagen zu gewinnen und zu verhindern, dass die Volksrepublik nach fünfjähriger Pause erneut eine Rakete über japanisches Territorium abfeuert.

Koreanische Spagate

Transparente auf Antikriegsdemonstrationen in der südkoreanischen Metropole Seoul verdeutlichten die Stimmung in der Bevölkerung. Auf einem dieser Transparente lautete, anknüpfend an US-Präsident Bushs Ultimatum an die Führung in Bagdad, die publicityträchtige Forderung: "Bush - Sie haben 48 Stunden Zeit, diesen Planeten zu verlassen!" Es sei ihm ungemein schwer gefallen, erklärte der erst seit Ende Februar amtierende südkoreanische Präsident Roh Moo Hyun, in einer so existenziellen Frage wie Krieg und Frieden für ein Verständnis der US-amerikanischen Irak-Politik optiert zu haben. Dabei bewegte Roh zweierlei: seine Aversion gegen Krieg und der aktuelle Nuklearpoker Nordkoreas.

Als früherer Menschenrechtsanwalt hat Roh während des Wahlkamps im November und Dezember keinen Hehl daraus gemacht, die "Sonnenscheinpolitik" seines Vorgängers gegenüber dem Norden fortzusetzen und Säbelrasseln zu verabscheuen. Innerkoreanische Fragen, so Roh weiter, möchte er tunlichst auch innerkoreanisch gelöst wissen und die bestehenden Vereinbarungen über die in Südkorea stationierten 37.500 US-Soldaten seien zu modifizieren. Diese Überlegungen sind durch die nunmehr bombensicher geschaffenen Fakten der USA in Irak zumindest teilweise ad absurdum geführt worden. Die jetzige Haltung Rohs stieß nicht nur in Südkorea auf Unverständnis und scharfe Kritik, sondern erschwert gerade - zumal während laufender gemeinsamer US-amerikanisch-südkoreanischer Großmanöver mit dem Codenamen "Foal Eagle" ("Trächtiger Adler") - den innerkoreanischen Dialog. "Die Regierung wird diplomatisch alles tun", erklärte der sichtlich verunsicherte Präsident in einer Fernsehansprache nach Beginn des Krieges, "um auszuschließen, dass sich eine Situation wie in Irak nachteilig auf die innerkoreanischen Angelegenheiten auswirkt." Dennoch wuchs auf Südkoreas Straßen täglich die Schar der KriegsgegnerInnen. Im Parlament und selbst in Rohs eigener Demokratischen Millenniumspartei (MDP) war ein heftiger Disput über die Entsendung mehrerer Hundertschaften von Soldaten - freilich keine KombattantInnen - in den Irak entbrannt. Schneller als ihm lieb gewesen sein dürfte, geriet damit Roh in die parlamentarische sowie außerparlamentarische Schusslinie und seine Vorschusslorbeeren schwanden dahin.

In der ersten offiziellen Stellungnahme Nordkoreas nach dem angloamerikanischen Kriegsbeginn in Irak sprach das Regime in Pjöngjang vom "klaren Beweis" für Amerikas Versuch, die Welt zu beherrschen. Die Regierung der Volksrepublik merkte an, es sei auffällig, dass der Krieg in Irak gleichzeitig mit den Manövern "Foal Eagle" begonnen wurde. "Dies zeigt eindeutig", so hieß es in einer von der staatlichen Koreanischen Nachrichtenagentur KCNA verlesenen Erklärung, "dass die US-Win-Win-Strategie, ein Schlüsselelement der amerikanischen Weltherrschaftspläne, auf der koreanischen Halbinsel in die Praxis umgesetzt werden soll." Demnach planten die USA einen "vorbeugenden Militärschlag" auch gegen die Kernkraftanlagen Nordkoreas und Japan drohe dabei zum Komplizen Washingtons zu werden.

Da die Volksrepublik neben Irak und Iran von US-Präsident Bush als Teil der "Achse des Bösen" ausgemacht ist, verfolgt deren Führung ebenso aufmerksam wie besorgt die Entwicklungen im Mittleren Osten. Wurde Nordkorea zur Deeskalation des Nuklearpokers im Oktober 1994 noch seitens der USA die Lieferung von zwei Leichtwasserreaktoren und Heizöl nebst einer Souveränitätsgarantie zugesichert, so haben die verzögerten Material- und Hilfslieferungen in Koppelung mit Bushs Ostasienpolitik in Pjöngjang die Befürchtung genährt, zur nächsten Zielscheibe US-amerikanischer Militäraktionen zu werden. Die Verlegung von weiteren 24 Bombern auf den US-Luftwaffenstützpunkt Agana auf der Pazifikinsel Guam und die (Anfang März begonnenen) Manöver auf der koreanischen Halbinsel veranlassten Nordkorea seinerseits, neben der Ausweisung von Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde sein Atomkraftwerk in Yongbyon - nach eigenem Bekunden zur Stromversorgung - wieder hochzufahren und erneut Raketentests durchzuführen.

Nordkorea hat nicht nur die Doppelbödigkeit US-amerikanischer Politik bloßgestellt, sondern Schritte unternommen, die aus seiner Sicht lediglich Reaktionen auf eine revidierte US-Politik des neuen Mannes im Weißen Haus sind. Das freilich ändert nichts an der außerordentlich prekären Lage auf der koreanischen Halbinsel, wo endlich einmal - ohne jedwede Einmischung von außen - eine genuin innerkoreanische Politik zum Tragen kommen soll.

Indonesisch-malaysische Dissonanzen

Als Antwort auf den Kriegsbeginn kam es sowohl in Indonesien, dem Staat mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung, als auch im Nachbarland Malaysia zu wütenden Protestaktionen. Die US-amerikanischen und britischen Botschaften in beiden Ländern wurden hermetisch abgeriegelt und die Rufe nach einem "Heiligen Krieg" lauter. Während Malaysias Premierminister Dr. Mahathir Mohamad seit Jahren keinen Hehl aus seiner US-kritischen Position macht und erst jüngst als Gastgeber der 13. Konferenz der Bewegung der Blockfreien in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur gegen den Kriegskurs Washingtons im Mittleren Osten vom Leder zog (vgl. ak 471), war Indonesiens Präsidentin Megawati Sukarnoputri diesmal innenpolitisch gezwungen, ihre pro-amerikanische Haltung zu relativieren. Sie wandte sich an den UN-Sicherheitsrat mit der dringlichen Forderung, die Amerikaner und Briten in die Schranken zu weisen und von ihrem Kriegskurs abzubringen, wohlwissend, dass ihr zu Hause schwere Zeiten bevorstehen. Bei Strafe ihres Untergangs muss sie zumindest auf die Stimmungen muslimischer Massenorganisationen wie der Muhammadiyah und Nahdlatul Ulama (NU) sowie auf die Gerechtigkeitspartei (PK) Rücksicht nehmen.

Der Vorsitzende der landesweit zweitgrößten islamischen Organisation Muhammadiyah, M. Syafii Ma'arif, bezeichnete den US-Krieg als "einen barbarischen Akt" und dessen obersten Feldherrn als "paranoiden Führer". Syafii will sich keineswegs als Freund Saddam Husseins abgestempelt sehen, dessen Regimeende er sich wünschte. Doch er spricht der Bush-Administration kategorisch das Recht ab, in den Irak einzufallen und dessen politische Führung mit ausschließlich militärischen Mitteln zu bekämpfen. Die radikale Organisation Hizbut Tahrir rief "alle Moslems der Welt" zum "Heiligen Krieg" auf, um "die Würde eines islamischen Landes und seines Volkes" zu verteidigen, während der PK-Chef Almuzammil Yusuf erklärte: "Wir fordern die indonesische Regierung und das Parlament auf, alles zu unternehmen, dass US-Präsident George Bush für seine Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt wird."

In zahlreichen Großstädten des Landes waren Antikriegsproteste an der Tagesordnung - am letzten Märzwochenende beteiligten sich daran allein in der Hauptstadt Jakarta über 300.000 Menschen. Sämtliche gut 250.000 PolizistInnen Indonesiens wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Außenminister Hassan Wirayuda bemühte sich in Jakarta unterdessen um Schadensbegrenzung. Er hoffe nicht, sagte der Minister einem Korrespondenten der staatlichen Nachrichtenagentur Antara, dass Indonesiens gute Beziehungen zu den USA durch Erklärungen von Präsidentin Megawati Sukarnoputri negativ beeinträchtigt würden.

Harscher noch fiel die Kritik am angloamerikanischen Krieg im benachbarten Malaysia aus. Vizepremier Abdullah Ahmed Badawi, der für Regierungschef Dr. Mahathir Mohamad derzeit die Amtsgeschäfte führt, und Außenminister Syed Hamid Albar nannten den Kriegsbeginn "einen schwarzen Tag in der Geschichte". In einer Fernsehansprache sagte Badawi: "Eine große und machtvolle Nation hat zusammen mit ihren Alliierten internationales Recht und Menschlichkeit nicht respektiert und entsprechend gehandelt." Der Vorsitzende der islamischen Oppositionspartei PAS warf der US-Regierung vor, mit ihrer Aggression gegen Irak ihr "hässliches Gesicht" gezeigt zu haben. Wie kein anderer Regierungschef in Südostasien hat Mahathir es bislang meisterhaft verstanden, populistisch Antiimperialismus zu propagieren und gleichzeitig unerbittlich gegen interne politische Widersacher vorzugehen.

Proteste gegen philippinisches Vasallentum

Während in Bagdad die ersten Bomben fielen, tagten in Karambunai im ostmalaysischen Bundesstaat Sabah Teilnehmer des Asean Regional Forum (ARF) (1), um die Kooperation beim Counterterrorism und der transnationalen Verbrechensbekämpfung zu vertiefen, wie dies Ende Juli 2002 im Sultanat Brunei vereinbart worden war. Das alles beherrschende Thema auf diesem wie auf den vorangegangenen Treffen ist "Border Security", das heißt ein umfassender Küstenschutz in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Bereits im vergangenen Jahr reisten diesbezüglich die Chefs der CIA und des FBI in die Region. Über den Schutz der Küsten hinaus geht es primär um die Sicherheit der Straße von Malakka als bedeutendstem Seeweg zwischen dem Persischen Golf und Ostasien. Erstmalig nahmen an diesem ARF-Treffen auch Polizeioffiziere und andere Sicherheitskräfte teil, um die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Behörden zu intensivieren. Was unter dem Deckmantel "internationaler Terrorismusbekämpfung" firmiert, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Freipass für die regionalen Machthaber, härter gegen innenpolitischen Widerspruch und Widerstand vorzugehen. Das demonstrieren vor allem die Philippinen, dessen "unruhiger Süden" bereits im Januar 2002 offiziell zur "zweiten Front im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus" nach Afghanistan deklariert wurde.

Ausgerechnet vor Absolventen der Philippinischen Militärakademie in der nordphilippinischen Stadt Baguio bekräftigte Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo ihre bedingungslose Unterstützung für den Kurs der USA und sicherte Manilas "moralische Unterstützung für Aktionen zur Entwaffnung des Irak" zu. "Wir sind Teil einer langjährig bestehenden Sicherheitsallianz", erklärte Frau Arroyo in Anspielung auf den seit nunmehr 52 Jahren bestehenden Gemeinsamen Verteidigungspakt mit den USA, "und Teil der globalen Koalition gegen den Terror. Beides ist für unsere nationale Sicherheit notwendig ... nicht zuletzt um den Terrorismus in den Philippinen sowie in der Region wirksam zu bekämpfen". Sie hoffe, fügte die Präsidentin hinzu, dass die Angriffe auf Bagdad "chirurgisch, kurz und rasch" verlaufen. Die im Nahen und Mittleren Osten arbeitenden 1,5 Millionen philippinischen GastarbeiterInnen seien nicht bedroht. Allerdings sind etliche von ihnen bereits in die Philippinen zurückgekehrt und das staatlich geförderte Rekrutierungsprogramm für die so genannten Overseas Filipino Migrant Workers ist gestoppt worden.

Derweil erklärte Verteidigungsminister Angelo Reyes, es bestünde die Gefahr, "dass einige extremistische und terroristische Elemente die Anti-Irakkriegsstimmung für ihre Zwecke ausnutzen". Das zielt vor allem auf die

bedeutendste muslimische Widerstandsorganisation der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) ab, die seit einem Vierteljahrhundert für Unabhängigkeit kämpft. Zwar kam vor zwei Jahren auf Vermittlung der beiden Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Malaysia und Libyen, ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der MILF und Manila zu Stande. Doch die danach in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur geführten Friedensverhandlungen sind spätestens seit Mitte Februar torpediert, als die philippinischen Streitkräfte erneut eine militärische Großoffensive gegen die Guerillaverbände der MILF entfesselten. Diese Offensive wurde nach dem 4. März noch verstärkt, als auf dem Flughafengelände der südphilippinischen Stadt Davao 24 Personen einem Bombenattentat zum Opfer fielen und über 150 weitere Personen verletzt wurden. Bevor überhaupt Ermittlungen aufgenommen wurden, stand für die Regierung in Manila die MILF als Drahtzieher dieses Anschlags fest.

In allen größeren Städten der Philippinen fanden bereits vor den ersten Bombenangriffen gegen Irak Proteste gegen die US-Kriegspolitik und den liebedienerischen Kurs der eigenen Regierung statt, die ja ihrerseits in Mindanao auf Krieg statt auf Frieden setzt. Führend in dieser breiten Friedensbewegung waren die Neue Patriotische Allianz (Bagong Alyansang Makabayan, Bayan) und die Koalition für Gerechtigkeit und gegen Krieg (Justice Not War Coalition). In Workshops, auf Seminaren und Demonstrationen vor US-amerikanischen Einrichtungen wurde auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die sich für die Bürger- und Menschenrechtsbewegung im Lande ergeben, wenn erst einmal ein neuerliches Kontingent von 3.000 US-GIs im Süden stationiert ist. Den philippinischen Sicherheitskräften waren die massenhaften Proteste ein Dorn im Auge. Der Polizeichef des Landes, Hermogenes Ebdane, verstieg sich zu der fantastischen Behauptung, diese Proteste würden von der irakischen Regierung finanziert. Der Generalsekretär von Bayan, Teodoro A. Casino, konterte und mahnte Ebdane, "wenigstens die Intelligenz des philippinischen Volkes zu respektieren". Und er fügte hinzu: "Tatsächlich werden philippinische Polizisten und Soldaten sowie das Arroyo-Kabinett von der US-amerikanischen Regierung für ihre Loyalität bezahlt."

Juristische Schützenhilfe erhielt die philippinische Friedensbewegung unter anderem von dem Public Interest Law Center (PILC) , das seit Jahren marginalisierten städtischen Armen, KleinbäuerInnen und FischerInnen bei aufwendigen Verfahren gegen die Regierung Rechtsbeistand leistet. Eine der Gründungsmitglieder von PILC, dessen Direktor und gleichzeitig von den UN bestallter Richter beim Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien, der Menschenrechtsanwalt Romeo T. Capulong, veröffentlichte bereits am 20. März mit sechs weiteren Kollegen eine scharfzüngige Erklärung mit dem Titel "Bush and Cohorts are War Criminals". Darin argumentieren sie, gestützt auf entsprechende Artikel der UN-Charta, dass es sich bei der Invasion des Irak unzweifelhaft um einen Bruch des Völkerrechts handele und selbst die UN-Resolution 1441 ausdrücklich nur den Sicherheitsrat autorisierte, im Falle einer Nichteinhaltung der von Bagdad geforderten Auflagen die weitergehenden "ernsthaften Konsequenzen" zu bestimmen.

"Einen Aggressionskrieg zu beginnen", schreiben die Autoren mit Verweis auf den Schiedsspruch des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg vom 30. September 1946, "stellt nicht nur ein internationales Verbrechen dar; es ist das größte internationale Verbrechen, welches sich von anderen Kriegsverbrechen dadurch unterscheidet, dass es in sich selbst als Ganzes sämtliche Übel birgt." Über US-Präsident Bush hinaus seien all jene Regierungschefs juristisch zu belangen, die sich an der Planung, Vorbereitung und Durchführung dieses Aggressionskrieges beteiligt haben. Die Juristen des Public Interest Law Center rufen ihre BerufskollegInnen auf, sich für dieses Ansinnen weltweit zu engagieren. In Manila hat PILC bereits angekündigt, Präsidentin Arroyo wegen ihrer Unterstützung der und Einreihung in die "Koalition der Willigen" anzuklagen. Wenigstens das - ein wackeres Fanal.

Anmerkung:

1) Das Asean Regional Forum (ARF) umfasst 23 Länder. Neben den mittlerweile zehn Mitgliedstaaten der Asean, der 1967 in Thailands Hauptstadt Bangkok gegründeten Vereinigung südostasiatischer Nationen, gehören zum ARF auch die USA, Australien, Kanada, China, Indien, Japan, Neuseeland, Russland, Süd- und Nordkorea, die EU, die Mongolei sowie Papua-Neuguinea.

14. Kritische Apathie. Wie man in Russland über den Krieg denkt

Autor: Gisela Neuhöffer · Rubrik: Irak; Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:16

Alltagseindrücke während des Krieges: Im ukrainischen Lviv dient der Irakkrieg zur Konfliktvermeidung. Bei einer Betriebsbesichtigung hebt der Direktor an, vom Krieg zu sprechen. Kritische Fragen über Arbeitsverhältnisse haben sich so vorerst erledigt. Denn auch der Direktor weiß: Krieg ist gerade wichtigster Gesprächsstoff. Und alle Anwesenden, ob aus West- oder Osteuropa, sind gegen den Krieg.

Wie wohl die meisten RussInnen. Russische Bekannte, die sich nach eigenen Aussagen überhaupt nicht für Politik interessieren, schauen neuerdings Nachrichten; Leute im Zug leiten Gespräche mit Bemerkungen über den Wahnwitz am Golf ein - der Krieg im Irak ist auch in Russland wichtigstes Tagesthema. Der allgemeine Ton ist dabei eindeutig: Der Krieg ist nicht nur eine Katastrophe für den Irak und die irakische Bevölkerung, sondern auch und gerade Ausdruck amerikanischen Macht- und Weltherrschaftsstrebens.

Gespannt verfolgte man in Russland den Beginn des US-Angriffs auf den Irak. Die Frage ging um, ob "die Amerikaner" einen schnellen Sieg erringen können oder nicht. Dass man ihnen einen solchen nicht wünscht, ist ziemlich klar. Klar ist auch aus Sicht der meisten RussInnen, dass Erdöl der wichtigste Grund für den Krieg ist. Der Unterschied zwischen russischen und US-amerikanischen Wirtschaftsbossen sei der, so Andrey Nechayev, Präsident der "Russian Financial Corporation", dass die russischen zu Empfängen ins Weiße Haus gingen, während die US-Bosse dortselbst arbeiteten.

Die mildeste Reaktion auf die Ereignisse ist fassungsloses Kopfschütteln und die Feststellung, dass "die Amerikaner" nach dem 11. September nun echt übertreiben. Begründet wird diese Ablehnung einerseits mit humanitären Argumenten und andererseits mit dem Zorn darüber, dass unschuldige Zivilisten für schmutzige Machtspiele sterben müssen.

Fassungsloses Kopfschütteln

Alltagsäußerungen zum Krieg drücken außerdem deutliches Unbehagen gegenüber der unilateralen Machtpolitik der USA aus, die durch keine Gegenmacht eingegrenzt wird. So erklärte ein bekannter Politikberater jüngst in einer Fernsehsendung, zu Zeiten des Kalten Krieges hätte es solche Kriege nicht gegeben, weil "wir", d.h. die UdSSR, das nicht zugelassen hätten. Die vielen Stellvertreterkriege in der damaligen "3. Welt" fallen bei dieser Art der Argumentation gern unter den Tisch. Der verlorenen Supermachtposition trauern viele RussInnen nach wie vor nach, und die amerikanischen Aktionen in Gebieten, die früher eher zur sowjetischen Einflusszone zu rechnen waren, rufen Abwehrreaktionen hervor - die allerdings meistens verbal bleiben. Aufrufe zum Boykott amerikanischer Waren oder Unternehmen gibt es zwar von verschiedenen Seiten des politischen Spektrums, bisher haben sie aber kaum Auswirkungen.

Und die Antikriegsbewegung bleibt verschwindend klein, obwohl knapp die Hälfte der RussInnen in Meinungsumfragen erklären, sie würden zu Kundgebungen gegen den Krieg gehen "wenn jemand sie dazu aufrufen würde". Doch wenn es konkret wird, geht der Alltag vor. Ein doppeltes Gefühl der Machtlosigkeit liegt dem zugrunde: Einerseits ist in den letzten Jahren allgemein das Gefühl gewachsen, dass politische Aktivität von unten nichts, aber auch gar nichts verändern kann. Außerdem fühlt man, dass Russland in der internationalen Arena zu wenig Gewicht hat, um dem Krieg wirksam etwas entgegen setzen zu können. So ist man froh darüber, dass die russische Politik wenigstens rhetorisch "auf der richtigen Seite" steht.

In der Tat: Die offizielle russische Politik war von Beginn an kritisch gegenüber den amerikanischen Ambitionen im Irak; erstens, weil der Nahe Osten im Allgemeinen und der Irak im Besonderen traditionell als sowjetische/russische Einflusssphäre angesehen werden, die durch eine amerikanische Besatzung eingeschränkt wird. Und das hat zweitens auch ganz direkte Auswirkungen auf russische ökonomische Interessen an der Ausbeutung irakischer Ölvorkommen. In diesem Gebiet haben verschiedene große russische Konzerne profitable Verträge abgeschlossen. Zudem steht der Irak mit erheblichen Schulden bei Russland in der Kreide. Drittens fürchtet die russische Führung eine Schwächung der Rolle der UNO - eine der wenigen Institutionen, in denen Russland, durch den ständigen Sitz im Sicherheitsrat und dem damit verbundenen Vetorecht, an den sowjetischen Einfluss auf die Weltpolitik anschließen kann. Zu diesen

außenpolitischen Argumenten gegen den Krieg gesellen sich interne Motive: Einerseits konnte Putin sein Ansehen in der russischen Bevölkerung durch seine heftige Kritik am Irakkrieg signifikant steigern. Die Mehrheit der RussInnen ist mit der Politik Putins zum Krieg bisher zufrieden. Andererseits fürchtet die russische Regierung eine Radikalisierung von Russlands muslimischer Bevölkerung, immerhin 20%, durch den Konflikt. Und so abwegig ist das auch gar nicht: Ein wichtiger Vertreter der muslimischen Gemeinde verursachte unlängst einen Skandal, weil er zum Djihad gegen die USA aufrief. Doch dieser Aufruf dürfte wohl das Schicksal der Aufrufe zu Antikriegsaktionen teilen und keinen nennenswerten Widerhall finden.

Rhetorisch scharfe Antikriegs-Position

Vor dem Hintergrund näher rückender Wahlen konnte sich die Regierung durch eine rhetorisch scharfe Antikriegs-Position also nach innen profilieren. Gleichzeitig rückten unangenehme innenpolitische Fragen in den Hintergrund; zum Beispiel das Referendum über die neue tschetschenische Verfassung, das am 23. März stattfand und der Legitimation einer "neuen politischen Ordnung" in Tschetschenien dienen soll. Andererseits war die Situation in Tschetschenien nach dem Urnengang eh schon fast völlig aus den Nachrichten verschwunden.

Mit dem Näherrücken des "alliierten" Sieges wird allerdings die Position der russischen Regierung moderater. Man will sich doch nicht die ganze schöne, nach dem 11. September vielfach hervorgehobene neue Partnerschaft mit den USA verderben. Putin rief dementsprechend dazu auf, "sich von Emotionen frei zu machen" und zu realisieren, welche Bedeutung die politische und ökonomische Kooperation mit den USA für Russland hat. Andere Politiker sind weniger an diplomatisches Kalkül gebunden und versuchen weiterhin, Punkte mit Antikriegsrhetorik zu machen. Der Kommunist Gennadij Zyuganov etwa verknüpft Wahlkampfstart und Antikriegsslogans, und Vladimir Zhirinovsky von der rechtsradikalen LDPR machte unlängst durch einen Antikriegssong von sich reden.

Solche PR-Gags machen es jeder Form von echter Antikriegsbewegung nicht gerade leichter. Zumal keine dieser Gestalten im Grundsatz gegen Krieg als Mittel der Politik ist. Vielmehr geht es darum, dass hier ein Krieg geführt wird, der "russischen Interessen" widerspricht und bei dem Russland noch nicht einmal um Erlaubnis gefragt wird. Andere Kriege wären und sind hingegen durchaus im Rahmen des Akzeptablen. Ähnlich denkt auch ein Großteil der KriegsgegnerInnen in der russischen Bevölkerung, auch wenn das im Moment von humanitären Emotionen und vom Mitgefühl für die irakische Zivilbevölkerung überlagert wird - was wiederum nicht zuletzt durch die massive Medienberichterstattung bestärkt wird. Praktisch alle russischen Fernsehsender berichten äußerst kritisch über die "Alliierten" und berichten ausführlich über Opfer und Zerstörungen. Gleichzeitig gibt es eine merkwürdige mediale Faszination für Kriegstechnik und dauernde strategische Mutmaßungen, die bisweilen an Sportberichterstattung erinnern. Den Hintergrund dazu liefern die Hollywood-Kriegsfilme, die täglich auf allen russischen Kanälen ausgestrahlt werden.

Für die winzige linke Antikriegsbewegung, die vor allem aus trotzkistischen und anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen besteht, ist die Gretchenfrage die nach der Ablehnung aller "imperialistischen" Kriege, konkret vor allem die nach der Haltung zum Tschetschenienkrieg. Ganz treffend heißt es in einem Bericht über eine Antikriegsaktion im Februar: "Die Organisatoren hätten die Zahl der Demonstranten verdoppeln können, wenn sie die Slogans gegen den Irakkrieg ‚vergessen` hätten und nur gegen die Tschetschenien-Kampagne protestiert hätten. Dann hätte sich auch das liberale, quasi-bürgerrechtsbewegte Publikum angeschlossen (...)." Allerdings heißt es in dem Bericht ebenso treffend auch: "Die Organisatoren hätten die Aktion noch größer machen können, wenn sie das tschetschenische Thema fallen gelassen hätten. Dann wären auch die zahlreichen Stalinisten und pseudokommunistischen Parteien gekommen, sowie die aggressiven Herde der Nationalbolschewisten und andere Amerika-Phobiker, für die der Sinn der Proteste darin besteht, den Amerikanern Schaden zuzufügen. Diese Leute interessieren die möglichen Opfer unter der irakischen Zivilbevölkerung nur, weil Amerikaner bereit sind, deren Mörder zu werden. Aber wenn es der russische Imperialismus wagen würde, vom Öl des persischen Golfs zu kosten, würden sie den Krieg ohne Zweifel unterstützen, ihn gerechtfertigt, gerecht oder sogar heilig nennen. Denn das tschetschenische Blut, das für die Interessen des imperialistischen russischen Staates vergossen wird, stört sie ja auch nicht." (1)

Von Emotionen befreit ...

Mit solchen Positionen ist in Russland heute kein massenhafter Protest zu machen, zu Kundgebungen "gegen den Krieg in Irak und Tschetschenien" kommen 100-200 Leute. Und auch bei diesen Kundgebungen steht im Moment die Kritik an der amerikanischen Kriegsführung und Weltmachtpolitik im Vordergrund. Positiv hingegen ist, dass sich auf den Kundgebungen auch jüngere Leute zeigen, und von den Unis wird berichtet, dass auch hier die völlig unpolitische Generation der 1990er zunehmendes Interesse an Antikriegsaktivitäten zeigt. Inwiefern ein solches Interesse eher den Wunsch widerspiegelt, dass es "bei uns" auch so eine coole Bewegung geben soll wie im Rest der Welt, die im Fernsehen gezeigt wird oder inwieweit sich tatsächlich ein politisches Interesse artikuliert - und ob so ein wiedererwachtes Interesse für Politik sich auch auf Themen übertragen lässt, die näher am russischen Alltag sind, bleibt abzuwarten. Bisher scheint das Ende der kritischen Apathie noch nicht gekommen. Aber hierzulande fängt der Frühling ja auch gerade erst an.

Gisela Neuhöffer, Moskau

08.04.2003

Anmerkung:

1) indymedia.russia printversion, April 2003

15. Auf den Spuren Karl V. Auch massive Anti-Kriegs-Proteste ließen Aznar unberührt

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Spanien; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:32

Massendemonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Straßenschlachten - der Protest gegen die Beteiligung Spaniens am Irakkrieg war wohl der massivste in ganz Europa. Obwohl die Bevölkerung der Regierung jegliche Unterstützung verweigerte, hielt Ministerpräsident José María Aznar unumwunden an seinem Kurs fest, mit dem er "Spanien in das Zentrum der Welt" platzieren möchte.

Der Krieg in Irak sei für die spanische Gesellschaft unproblematisch, so der Generalsekretär des konservativen Partido Popular (PP), Javier Arenas, in einer Pressekonferenz am 7. April, da in diesem Konflikt nicht mit spanischen Opfern zu rechnen sei. Nur wenige Stunden nach dieser Erklärung wurde bekannt, dass der Korrespondent der spanischen Tageszeitung El Mundo im Irak, Julio Anguita Parrado, getötet wurde. "Verflucht seien die Kriege und alle Schurken, die sie machen und unterstützen", so die Reaktion des ehemaligen Vorsitzenden der KP-dominierten Izquierda Unida (IU) und Vaters des getöteten Journalisten, Julio Anguita, nach Bekanntwerden der Nachricht. 24 Stunden später starb der Telecinco-Kameramann, José Couso, bei dem US-Beschuss auf das Bagdader Hotel Palestine, wo etwa 200 JournalistInnen der internationalen Presse untergebracht waren. Zu diesem Zeitpunkt waren es bereits elf JournalistInnen, die seit Beginn des Irakkriegs getötet wurden.

Zunehmend isoliert und ohne Rückhalt

Im Madrider Parlament dienten diese unerwarteten "spanischen Opfer" am nächsten Tag einer schonungslosen Instrumentalisierung. Während die Mehrheit der PP-Abgeordneten es vorzog, einem Fußballspiel zwischen Real Madrid und Manchester United ihre Aufmerksamkeit zu schenken, fand eine von dem regierenden PP angeregte Schweigeminute statt. "An allem ist allein Saddam Hussein schuld", rechtfertigte Ministerpräsident José María Aznar das sinnlose Blutvergießen. Verteidigungsminister Federico Trillo bestand darauf, "die Alliierten würden nach allen Regeln des internationalen Rechts vorgehen". "Verlangen Sie von den USA, dass sie die Sicherheit der spanischen Journalisten garantieren", forderte hingegen der Parlamentarier des sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE), Diego Garrido. Für Tumult sorgten die Transparente der IU mit der Aufschrift "Warum erschießen sie Zeugen?".

Alle Parteien im spanischen Parlament außer des PP lehnten den Irakkrieg ab. Sogar deren sonst treuer Bündnispartner, die kanarischen und katalanischen Nationalisten, Coalición Canaria (CC) und Convergència i Unió de Catalunya (CiU), kehrten dem PP den Rücken. "Die Mehrheitspartei des Hohen Hauses stimmte für den Krieg, also für den Tod", so Ignasi Guardans (CiU). Viele PolitologInnen, SoziologInnen, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen klagen über den "tiefen sozialen Bruch", den die Aznar-Regierung mit ihrem Pro-Kriegs-Kurs in der spanischen Gesellschaft provozierte. Auch der PP blieb davon nicht unberührt. Der Ex-Arbeitsminister, Manuel Pimentel, sowie Luis Acín, Abgeordneter des spanischen Parlaments und ehemaliger Bürgermeister in Huesca traten aus der Partei aus Protest gegen die Kriegsunterstützung aus. Insgesamt verließen bisher 20 Abgeordnete kleiner und mittlerer Gemeinden die Partei und legten ihre Ämter nieder. In mehreren Fällen votierte in solchen Gremien PP-Mitglieder bei Abstimmungen gegen die spanische Kriegsbeteiligung.

Der Alleingang Aznars schwächte zunehmend den PP, der oft betonte "starke Zusammenhalt" hat deutlich gelitten. Schon wird spekuliert, ob der PP bei den nächsten Parlamentswahlen seine absolute Mehrheit verliert und aus der Regierung abgewählt wird. Trotzdem hielt die spanische Regierung eisern an ihrem Kurs fest. "Spanien muss seine Präsenz in der Welt stärken", begründete Ministerpräsident Aznar bei einem Mittagessen am 7. April vor einer ausgewählten Runde spanischer Wirtschaftsvertreter, warum er Georg W. Bush Jr. und Tony Blair unterstützt. "Wir habe genug Potenzial, eine der wichtigsten Demokratien in Europa und der Welt zu sein", so Aznar. Spanien müsse rechtzeitig "den Zug der Geschichte besteigen". Wie aus Regierungskreisen bereits im Februar zu vernehmen war, sieht man die Gelegenheit gekommen, für Spanien einen "neuen Platz in der Welt" zu erkämpfen, womit nicht nur die Aufnahme in die G-8-Runde und eine stärkere Stellung innerhalb der EU gemeint ist.

Zudem hat Spanien von den USA in den kommenden Jahren wohl mehr zu erwarten als von Europa. Ab 2007 werden die Strukturhilfen nicht mehr in dem Maße fließen wie bisher, in absehbarer Zeit wird der größte Nettoempfänger Spanien selbst zu den Beitragszahlern für die neuen osteuropäischen EU-Mitglieder gehören. An der Seite der USA locken indes nicht nur Investitionen und US-amerikanische Unterstützung, wenn es um die Vergabe internationaler Projekte geht, sondern auch Milliardenaufträge beim Wiederaufbau des Irak. Den Eintritt in den Mittleren Osten hat Aznar unlängst bei Staatsvisiten in Teheran forciert.

Aznars weit reichende Ambitionen

"Aznar nutzte die historische Gelegenheit", so die konservative argentinische Zeitung La Nacion, "um Spanien im Zentrum der Welt zu platzieren, wo es seit Karl V. nicht mehr war". Vor 30 Jahren wäre es nicht einmal Teil Europas gewesen, "heute weht seine Fahne neben der amerikanischen und englischen". Trotz der politischen und sozialen Widerstände im eigenen Land, so das chilenische Blatt La Tercera, "zählt Aznar bereits die Dividenden". Madrid entwickle sich zum strategischen Alliierten der USA in Lateinamerika und der Karibik, führt La Tercera aus: "Spanien investierte in dieser Region seit 1999 jährlich mehr als jedes andere Land, insgesamt 27.000 Mio. US-Dollar". Aber auch im Mittelmeerraum will Spanien seine Position ausbauen. Die marokkanische Wochenzeitung Assahifa vermutet jedenfalls, dass sich mit Unterstützung der USA "Spanien zum Spitzenreiter der Region sowie zur zentralen Figur für die Beziehungen zwischen Marokko bzw. Nordafrika und Europa" aufschwingen könnte.

Spontaner und massenhafter Protest

"Ich bitte die Spanier in die Zukunft zu blicken", versucht Ministerpräsident Aznar vor diesem Hintergrund seine Landsleute zu beschwichtigen. "Wir haben unsere Pflicht erfüllt und das werden wir auch weiterhin tun", fügte er hinzu. Es scheint, als wollte er die vergangenen Wochen vergessen machen. Seit dem Aznar öffentlich den Kriegsplänen der US-Regierung und Englands zustimmte, verlor er persönlich und seine Partei kontinuierlich an Popularität. Nach letzten Umfragen, und nur zwei Monate vor den Kommunalwahlen Ende Mai, lag der PSOE sechs Prozentpunkte vor dem PP. Deren Parteibüros wurden von Barcelona bis Santa Cruz de Tenerife mit Farben, Eiern und Tomaten beworfen. Hunderte Wahlveranstaltungen wurden boykotiert. Öffentliche Auftritte von PP-Kandidaten im Wahlkampf verwandelten sich nur all zu oft in Anti-Kriegs-Kundgebungen.

Als kürzlich der Madrider PP-Bürgermeisterkandidat Alberto Ruiz-Gallardón die Max-Preise der Darstellenden Künste vergeben wollte, lehnten die geladenen KünstlerInnen diese Auszeichnungen ab und verließen unter Protest die Veranstaltung. KünstlerInnen und SchauspielerInnen, die sich landesweit in einem Kulturbündnis gegen den Krieg organisiert haben, warfen der Regierung vor, "die Stimme von Millionen von Bürgern zu missachten". Ihr spontaner, ziviler Ungehorsam der vergangenen Monate (vgl. ak 470) und ihre Medienpräsenz trugen ausschlaggebend dazu bei, dass Mitte Februar etwa fünf Millionen Menschen für den Frieden demonstrierten. "Die unzähligen Proteste gegen den Krieg entfachten eine authentische Stimmung gegen die Regierung", hob das linke Monatsblatt Molotov hervor. "Nicht einmal alte Politveteranen erinnern sich an solche kontinuierlichen Massenproteste, an denen alle sozialen Schichten teilnahmen."

Zu Kriegsbeginn im Irak versammelten sich in ganz Spanien spontan Hunderttausende. "Rücktritt der Regierung" und "Aznar - Mörder" waren die häufigsten Parolen. In vielen Kommunen fanden Versammlungen und Kundgebungen statt. In den Tagen, in denen sich die Kriegsmaschinerie im Irak ausbreitete, gingen mehr als drei Millionen auf die Straße. Radiosendungen, spontane Aktionen und Leserbriefe wurden zum Kommunikationsmittel der unorganisierten Masse. In Barcelona, wie auch in anderen Orten, versammelten sich jeden Abend um 22 Uhr Tausende Nachbarn an ihren Wohnungsfenstern und auf der Straße, um auf diverse Küchenutensilien schlagend gegen den Krieg zu protestieren. Bei Massendemonstrationen in Madrid wurden Straßenkreuzungen blockiert und Polizeibarrikaden umgeworfen. Die Regierung - mit Unterstützung des PSEO und der Medien - reagierten mit brutaler Härte und Kriminalisierung. Gummigeschosse und Knüppel kamen zum Einsatz. "Es hat nichts mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu tun, den Verkehr zu stören, Polizeibeamte zu beschimpfen oder illegal zu demonstrieren", rechtfertigte Vizepräsident Mariano Rajoy das brutale Vorgehen. Die Polizeigewalt führte in wenigen Tagen zu 200 Verletzten und Dutzenden Festnahmen. Innenminister ngel Acebes lobte die Sicherheitskräfte für ihr "tadelloses Verhalten". Doch die Repression konnte die Mobilisierungen nicht bremsen. "Mit ihrer Gewalt und ihrem Zynismus", so ein älterer Madrileño, "erreichen sie nur, dass die Jugend die gleiche Abscheu empfindet, wie wir vor 30 Jahren gegenüber dem Francismus".

PP-Generalsekretär Arenas beschuldigte derweil den PSOE und die IU für die Übergriffe auf die Büros des PP verantwortlich zu sein, und kündigte an: "Wir werden alle strafrechtlich verfolgen, die uns Mörder nennen". Den PSOE-Generalsekratär José Luis Rodríguez Zapatero bezeichnete er als "Führer der radikalen linken Koalition". Ministerpräsident Aznar verstieg sich sogar auf einem PP-Kongress in Santiago de Compostela zu der Behauptung, Zapatero stelle zusammen mit dem IU-Vorsitzenden Gaspar Llamazares "eine Gefahr für die Sicherheit Spaniens" dar.

Streik gegen den Krieg

Die Ereignisse der vergangenen Monate überschlugen sich und es verging kein Tag, an dem in Spanien nicht gegen Aznars Kriegspolitik demonstriert wurde. SchülerInnen, StudentInnen und ProfessorInnen organisierten "Bildungsstreiks". "In zwei Monaten haben sich Schulen und Universitäten verändert", stellte El País fest. Konferenzen, Versammlungen, Demonstrationen und Besetzungen bestimmten das Bild an den spanischen Bildungseinrichtungen. "Ich möchte Aznar danken", so eine Geschichtslehrerin ironisch, "er hat in wenigen Wochen erreicht, was ich seit zehn Jahren versuche: Dass Schüler Zeitungen lesen und sich über ihre Realität bewusst werden".

Es war nur eine Frage der Zeit bis auch die Gewerkschaften deutlichere Protestformen als 15-minütige Arbeitsniederlegungen gegen den Krieg organisieren mussten. Die Unión General de Trabajadores (UGT) meldete schließlich ohne die ehemals kommunistischen Comisiones Obreras (CC.OO.) für den 10. April einen zweistündigen Generalstreik an. Die CC.OO.-Führungsspitze behauptete nämlich, es gebe "keinen Zusammenhang zwischen Krieg und Arbeit". VertreterInnen der Basisgewerkschaften Confederación General del Trabajo (CGT), Confederación Nacional del Trabajo (CNT) und Solidaridad Obrera wagten dagegen gar, einen 24-stündigen Streik vorzubereiten. Mehrere unabhängige, linksorientierte Regionalgewerkschaften bzw. einzelne Gruppen und Organisationen schlossen sich an. Doch der kurzfristig angesetzte Termin, die Uneinigkeit unter den verschiedenen Gewerkschaftszentralen sowie ungenügende Organisation verhinderten eine hohe Beteiligung, wie man sie im Juni letzten Jahres beim Generalstreik gegen die Arbeitslosenreform erlebte. Obwohl die spanischen Kapitalistenverbände mit Disziplinarverfahren und Kündigungen drohten, streikten trotzdem viele BasisgewerkschaftlerInnen. Mehr als 10.000 CC.OO.-VertreterInnen verweigerten zudem ihrer Führung die Gefolgschaft und unterschrieben einen Aufruf zur Streikbeteiligung. In den Ford-Werken in Barcelona legten 2.000 Beschäftigte die Arbeit nieder.

Tom Kucharz, Madrid

16. De Gaulles Erbe. "Friedenstaube" Chirac - ein (nicht nur) komischer Vogel

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:03

Drohte Frankreichs Präsident Jacques Chirac kürzlich noch mit einem Veto im UN-Sicherheitsrat, so ließ er am Tag nach Kriegsbeginn verlautbaren, eine Beteiligung Frankreichs sei möglich für den Fall, das ABC-Waffen im Konflikt eingesetzt würden. Während die betonten "Pro-Atlantiker" der neuen konservativen Einheitspartei UMP klagen, Chiracs Position habe "Porzellan in der Beziehung mit den USA" zerschlagen, steht rund ein Viertel der UMP-Parlamentsfraktion hinter dem Präsidenten; dabei würden laut Le Monde viele Abgeordnete die Interessen der Exportindustrie in ihrem jeweiligen Wahlkreis geltend machen.

Zugleich sprach Chirac sich gegen eine Nachkriegsverwaltung des Irak von ausschließlich US-amerikanischen und britischen Gnaden aus, da die beiden Länder "außerhalb der internationalen Legalität" handelten. Stattdessen brachte er eine zentrale Rolle der Vereinten Nationen, und - etwas leiser - auch der Europäischen Union ins Gespräch. Frankreichs Staatsführung kämpft also nach wie vor erbittert um eine eigene Mitsprache bei der Neuordnung des Mittleren Ostens. Um dabei nicht völlig abgemeldet zu sein, hat Paris zugleich der "Koalition" den Überflug französischen Territoriums auf dem Weg zum Golf erlaubt - anders als im April 1986, als der damalige Präsident François Mitterrand dieses Zugeständnis bei der Bombardierung Libyens verweigerte. Diese Konzession ist keineswegs zu vernachlässigen, da der (nordost-)französische Luftraum auf dem direkten Wege der B-52-Bomber liegt, die von den NATO-Basen in Großbritannien aus in Richtung Golf abheben.

An den tiefen Friedenswillen und die rein humanistischen Motivationen der Pariser (ebenso wie der Berliner oder Moskauer) Regierungspolitik zu glauben, besteht kein Anlass. Es genügt, an Frankreichs häufige Interventionen in seinem neokolonialen "Hinterhof" auf dem afrikanischen Kontinent zu denken, wobei das Eingreifen in der Côte d'Ivoire (2002/03) nur das jüngste, aber bestimmt nicht schlimmste Glied in einer längeren Kette darstellt.

Frankreichs Position im Irak lässt sich vor allem auf seine außenpolitische Situation während der Siebziger Jahre zurückführen. Die Kriege gegen die Unabhängigkeits-Bewegung in Algerien (1954 - 1962) und die "Suez-Expedition" - also der Überfall auf das nasseristische Ägypten, zusammen mit Großbritannien und Israel, infolge der Nationalisierung des Suez-Kanals - von 1956 hatten Paris im Mittelmeerraum diplomatisch isoliert. Bis wenige Tage vor dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 lieferte Frankreich größere Waffenmengen ausschließlich an Israel, sein außenpolitisches Problem weiter verschärfend. Daraufhin beschloss das spätgaullistische Regime, das Ruder herumzureißen - und leitete das ein, was später als die Politique arabe De Gaulles zum Quasi-Mythos geworden ist. Unter De Gaulles Nachfolgern Pompidou (1969-1974) und Giscard d'Estaing (1974-81) kam diese Politik zu ihrer Blüte.

Frankreichs "Sonderbeziehung" im Mittleren Osten

Zunächst fehlte es an seriösen Partnern, da die imperialistischen Einflusszonen im Nahen und Mittleren Osten weitgehend abgesteckt waren. Doch dann wurde der Irak plötzlich zum devisenkräftigen Land, nachdem seine Erdöleinnahmen binnen zehn Jahren um das 50fache gestiegen waren, infolge der Nationalisierung der ehemals britischen Erdölquellen (1971) und der Ölpreissteigerung von 1973. Ein Teil der Sozialisten prangerte die neue französisch-irakische Sonderbeziehung zunächst noch als skrupelloses Geschäft mit einer Diktatur an, doch ihre Kritik verstummte spätestens, als die Sozialistische Partei 1981 an die Regierung kam.

Der wenige Monate zuvor begonnene Krieg mit dem Iran diente als Generalrechtfertigung, um jede Kritik an dem vorgeblich bedrohten Regime abzuwehren. Pro-irakisch zu sein, gehörte damals fast zum guten Ton, auf den Riesenempfängen der irakischen Botschaft in Paris fand sich in den späten 70er Jahren die gesamte politische und intellektuelle Schickeria ein. Das "moderne und republikanische" Regime im Irak wurde als Bollwerk zur Verteidigung der Zivilisation gegen die andringenden "barbarischen Horden des iranischen Fundamentalismus" dargestellt. Dabei wurde unter den Teppich gekehrt, dass das irakische Regime im September 1980 den Krieg begonnen hatte - im Glauben, von den politischen Wirren im Iran - infolge von Revolution und islamistischer Konterrevolution - profitieren und ein "Machtvakuum" ausfüllen zu können.

Doch hatte Paris sich dann 1991 ohne größeres Aufheben der militärischen Option des seinerzeitigen Kriegsherrn George Bush Vater angeschlossen. Das internationale Kräfteverhältnis ließ es den damals regierenden französischen Sozialisten angeraten erscheinen, den ehemaligen Verbündeten fallen zu lassen und sich den USA anzuschließen.

Aber das Engagement von rund 15.000 französischen Soldaten in der damaligen US-geführten Allianz brachte Frankreich damals keine nennenswerten Vorteile: Es erhielt keinen der lukrativen Aufbauverträge für Kuwait zugeschustert, anders als US-amerikanische, britische oder japanische Firmen. Deswegen versuchte Paris ebenso wie Moskau bereits ab 1992 und verstärkt ab 1995, wieder Geschäftsbeziehungen zum Regime in Bagdad zu knüpfen. Die Erdöl-Förderverträge, die Frankreichs führender Konzern Total (der später mit der belgischen Fina und dem französischen Ölriesen Elf-Aquitaine fusionierte) 1995 sowie Russlands Ölfirma Lukoil im Jahr 1999 abschlossen, wurden allerdings nicht ausgeführt - sie standen unter dem Vorbehalt der Aufhebung des Embargos. Jetzt aber, im Jahr 2003, wollen Frankreich und Russland nicht erneut das Nachsehen haben und sich aus einer Nachkriegordnung "ausgeklammert" wissen. Daher werfen die beiden Mächte nun ihr diplomatisches Gewicht in die Waagschale, ohne aber jemals die grundsätzliche Möglichkeit der Zustimmung zu einem Krieg - als ultima ratio, also "letztes Mittel" - ausgeschlossen zu haben.

Hoffen auf Mitgestaltung der Nachkriegsordnung

Nicht zuletzt hat das Agieren der kontinentaleuropäischen Staatschefs auch handfeste innenpolitische Gründe. Einerseits lehnen die nationalen öffentlichen Meinungen jeweils mit deutlicher Mehrheit den Krieg im Irak ab. Andererseits sind mehrere der beteiligten Regierungen innenpolitisch derart angeschlagen, dass sie eine verstärkte Legitimierung ihres Handelns durch ein vermeintlich konsequentes Eintreten gegen einen (bislang unpopulären) Krieg auf jeden Fall gebrauchen können. Auch eine stärkere Abgrenzung von den USA, die als Projektionsfläche für gesellschaftliche Frustrationen und einen vermeintlichen "Widerstand gegen die Mächtigen" herhalten kann, kommt der französischen Staatsführung nicht unwillkommen: Jacques Chirac hatte im April 2002 im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl nur gut 19 Prozent der gültigen Stimmen erhalten - das bislang schlechteste Ergebnis eines amtierenden Staatspräsidenten. In der Stichwahl kam er dann zwar mit einem quasi "sowjetisch" anmutenden Wahlergebnis von 82,3 Prozent durch - aber nur mit den Stimmen von vier Fünfteln seiner linken GegnerInnen und weil der Neo- bzw. Altfaschist Jean-Marie Le Pen als einziger Gegenkandidat im Rennen geblieben war. Die daraus resultierende politische Legitimität ist brüchig und anfällig.

Derzeit aber ist Chirac allem Anschein nach dabei, sich wieder eine solide Reputation zu verschaffen. Laut einer Umfrage des Instituts CSA, die am 27. März veröffentlicht wurde, hat er einen Rekord-Sympathiewert von 75 Prozent erreicht und damit binnen eines Monats um 11 Prozentpunkte zugelegt. Zwar wissen viele Französinnen und Franzosen, dass die Regierung diesen Legitimitätsbonus zugleich nutzt, um Maßnahmen sozialer Regression durchzusetzen. Doch büßen dafür muss im Moment allein der von Chirac eingesetzte Premierminister Jean-Pierre Raffarin, der in der öffentlichen Meinung zunehmend an Boden verliert.

In gewisser Weise ist es Chirac gelungen, zu seinen Gunsten die innenpolitischen Fronten aus den aufgeregten Wochen der Präsidentschaftswahl vom April und Mai 2002 wieder zu beleben. Baute er sich damals zum "letzten Bollwerk gegen den Faschismus" in Gestalt von Le Pen auf, so suchte er sich in den vergangenen Wochen als "letztes Bollwerk gegen den Krieg" zu profilieren.

Damit gräbt er vor allem der sozialdemokratischen Opposition das Wasser ab. Deren Stand ist tatsächlich schwierig: Würde sie versuchen, Chirac in Sachen Kriegsgegnerschaft zu übertrumpfen, so könnte man sie daran erinnern, dass es 1991 eine sozialistische Regierung war, die Frankreich mit 15.000 Soldaten am damaligen Golfkrieg teilnehmen ließ. Die zahlenmäßig bedeutendste Parlamentsopposition hält sich daher derzeit mit Kritik zurück, und ihr Fraktionsvorsitzender Jean-Marc Ayrault sprach gar explizit einer Union sacrée das Wort. Dieser Begriff der "heiligen Union" bezeichnet in Frankreich den innenpolitischen Schulterschluss zu Beginn des Ersten Weltkriegs, der durch die Kriegszustimmung der Sozialdemokraten möglich wurde - im damaligen Deutschen Reich nannte man das "Burgfrieden".

Aber auch ein zweiter innenpolitischer Akteur sieht sich durch Chirac den Wind aus den Segeln genommen, nämlich die extreme Rechte unter Le Pen. 1990/91 war sie die einzige stärkere Kraft auf der Rechten gewesen, die den Krieg verurteilte. Der Parteichef des Front National (FN) war aber noch weiter gegangen und

hatte sich explizit mit dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein solidarisiert, den er im November 1990 besucht hatte. Diese Haltung war aber innerhalb der FN-Wählerschaft keineswegs populär. Auch heute hat die extreme Rechte mit Schwierigkeiten zu kämpfen: Einerseits befürwortet ein Teil ihrer Wählerschaft einen Krieg gegen ein arabisches Land - der Anteil an offenen Kriegsbefürwortern ist mit gut 35 Prozent in ihren Reihen sogar am höchsten. Andererseits kann der FN wegen Chiracs Position kaum von der ansonsten verbreiteten Antikriegsstimmung profitieren, und die explizite Solidarisierung des FN mit dem bestehenden Regime in Bagdad ist wenig beliebt.

Friedensrhetorik bringt hohe Sympathiewerte

Hingegen sind die KP und die radikale Linke, die das Gros der AntikriegsdemonstrantInnen stellen, vom "Chirac-Effekt" nicht so sehr berührt.

Chirac versucht nun an eine spezifisch französische Politiktradition anzuknüpfen, nämlich die Rolle, die Präsident Charles de Gaulle in den 1960er Jahren auf der internationalen Bühne zu spielen versuchte: unabhängig von den USA, ja sogar als deren Herausforderer, der auf Äquidistanz (gleichem Abstand) zwischen Washington und Moskau bleibt. Das stimmte zwar nicht völlig, erfüllte aber einen Zweck: In der Ära der kontrollierten Entkolonialisierung - als Frankreich viele seiner ehemaligen afrikanischen (und asiatischen) Kolonien in die Unabhängigkeit "entließ" - wurde die neokoloniale Kontrolle über diese Länder in die Hände von "einheimischen" Eliten in ihren jeweiligen Hauptstädte gelegt. Viele von ihnen fühlten sich vor allem in der Anfangsphase als Modernisierungseliten. De Gaulles Auftreten als "über den Klassen und Interessen schwebende Führungsfigur" ließ Frankreich als "Partner" erscheinen, der auch unabhängig von der dominierenden kapitalistischen Macht aufzutreten vermochte, die zugleich im Vietnamkrieg für Repression gegen die Aufbruchbestrebungen der "Dritten Welt" stand.

Auch wenn Chirac eher die Karikatur eines Charles de Gaulle denn dessen Wiedergänger ist, versucht er, ein wenig vom Abglanz der de Gaulle`schen Politik zu nutzen, um den (innen-)politischen Mehrwert einzustreichen.

Hingegen gibt es zwei Minderheitsfraktionen auf der politischen Rechten. Auf der einen Seite fordern der wirtschaftsliberale Politiker und Berlusconi-Fan Alain Madelin und seine ultraliberalen Freunde, "zwischen Bush und Saddam Hussein" zu wählen, und nehmen eine klar pro-amerikanische Position ein. Auf der anderen Seite gibt es eine Lobby der irakischen Diktatur sowohl innerhalb der Konservativen (etwa mit dem Abgeordneten Thierry Mariani, der im September 2002 in Bagdad war) als auch bei den Neofaschisten. Sie fordern eine Positionierung Frankreichs auf Seiten des irakischen Regimes - freilich nicht aus pazifistischen Gründen, sondern weil Frankreich hier über eine eigene Einflusszone verfüge und seine geostrategischen Interessen behaupten müsse.

Bernhard Schmid, Paris

17. "Die meisten waren ziemlich geschockt." Interview mit Tayfun Guttstatt, 15 Jahre, 10. Klasse, Ida-Ehre-Schule

Interview mit Tayfun Guttstadt, 15 Jahre, 10. Klasse, Ida-Ehre-Schule Hamburg

Rubrik: Friedensbewegung; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:27

Das folgende, für ak stark gekürzte Interview zu den Vorfällen im Umfeld der SchülerInnen-Demonstration vom 24. März führte Gaston Kirsche

GK: Du warst ja am Montag dabei. Wie ist darüber denn vorher diskutiert worden bei dir an der Schule?

TG: Wir hatten ja direkt davor Ferien, es war erster Schultag. Manche Schulen hatten das echt gut vorbereitet, kamen mit großen Transparenten an, einige sogar vorgedruckt. Bei uns hatten zwar welche aus der Oberstufe was vorbereitet, aber wir in der Mittelstufe und die Unterstufe hatten gar nichts. Bei uns im Jahrgang hatten wir in Politik mal drüber geredet. Aber richtig intensiv haben wir uns in der Schule damit nicht beschäftigt.

Gab es von den SchulsprecherInnen oder so ein Flugblatt?

Ja, unser Schülerteam hatte was verteilt, aber richtig vorbereitet wurden wir da nicht drauf. Und dann sind wir los. Treffpunkt war das SPD-Haus. Da waren dann schon ziemlich viele. Da es da dann rammelvoll war, sind alle zusammen weitergezogen, obwohl es dort eigentlich aufgelöst werden sollte. An der Mönckebergstraße hat die Polizei uns erstmal aufgehalten, uns eine Route gesagt. Das war dann bis zur Straße, wo es zur amerikanischen Botschaft geht. Aber da war dann abgesperrt mit zwei Wasserwerfern, einem 40-Leute-Trupp. Da hat sich das dann gestaut, und alle standen rum. Immer mehr Leute haben Sachen auf die Polizei geworfen. Erst Eier, dann Flaschen, Stöcke, Schulbrot, Äpfel, Trinkpacks, alles mögliche. Und dann ist das irgendwann ein bisschen eskaliert. Die Polizei hat angefangen, mit dem Wasserwerfer zu schießen, erstmal in die Luft. Sie hatten aber auch schon vorher Leute rausgegriffen und haben uns die ganze Zeit gefilmt. Die Polizisten hatten Helm, Schlagstock, alles. Da wurden auch Leute niedergeknüppelt. Sie sind immer ein Stück vorgefahren mit den Wasserwerfern, haben die ganze Zeit Wasser geworfen. Wir sind ein Stück hoch, wieder zurück, hin und her, und dann haben wieder Leute was auf die Polizei geworfen. Dann standen wir vor Dammtor (Bahnhof in Hamburg), sie haben dort aber alle Eingänge blockiert.

Da standen Polizeiketten?

Ja, und haben niemanden rein- oder rausgelassen. So wie ich das von unten gesehen habe, sind die meisten Bahnen auch durchgefahren. Dann sind die meisten die Straße weiter hoch. Wir dachten, jetzt ist Zeit, wir gehen mal nach Hause. Dann sind wir An der Verbindungsbahn hochgegangen, Richtung Fernsehturm, Schanzenpark. Kurz bevor wir dort angekommen sind, war da auch Polizei, die meinten: Ja, verpisst euch, geht endlich nach Hause. Dann hatten sie unten alles abgesperrt, aber oben auch, haben uns wieder zurückgeschubst. Dann sind sie uns richtig aggressiv hinterhergelaufen.

Was hältst du von dem ganzen Ablauf?

Die meisten waren ziemlich geschockt von dem, was die Polizei gemacht hat.

Die Polizei hat ja hinterher erklärt, bei den Auseinandersetzungen, das seien Kurden und Palästinenser gewesen, die sie provoziert hätten?

Nein, das stimmt so nicht. Da haben auch andere Leute was geworfen, das hab ich gesehen.

Mackermäßig?

Nein, eher Leute, die Gründe dafür haben, was auf die Polizei zu werfen. Aber die dann eher so: Guck mal, ich bin hart, ich leg mich mit der Polizei an. Aber wenn die Wasserwerfer kamen, waren sie die ersten, die weg waren. Dass es nur Kurden und Palästinenser waren, das stimmt nicht.

18. Unerwartete Speerspitzen. SchülerInnen protestieren weltweit gegen den Krieg

SchülerInnen protestieren weltweit gegen den Irak-Krieg

Autor: Jonas Becker-Tietz · Rubrik: Friedensbewegung; Jugend und Studenten; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:26

Wer die unzähligen Anti-Kriegsaktivitäten der letzten Wochen aufmerksam beobachtet hat, konnte eine erstaunliche Entdeckung machen. Weltweit waren es vor allem Schülerinnen und Schüler, die mit großen, lauten und spontanen Aktionen für Furore sorgten - und dafür oftmals von Polizeikräften zusammengeknüppelt wurden.

Der offizielle Beginn des Angriffskrieges gegen den Irak brachte weltweit hunderttausende Friedensbewegte auf die Straße. Es scheint, als sei die Friedensbewegung trotz 11. September, trotz internationaler Terrorismusangst und trotz der Rückschläge während der letzten beiden Kriege wieder auferstanden. Weltweit berichten Medien wie Friedensaktivistinnen davon, dass SchülerInnen gewissermaßen das Herzstück der Bewegung gebildet haben.

Am Donnerstag, den 20. März, gingen überall auf der Welt Menschen auf die Straße, um ihre Ablehnung gegenüber dem Irak-Krieg zu zeigen. Oftmals waren es dabei SchülerInnen, die als erste mit ihren Protestzügen die Straßen füllten. In Deutschland gehörten die Schulstreik-Demos, die in etlichen Städten stattfanden, zu den größten Antikriegsdemonstrationen. In Berlin demonstrierten 50.000-70.000 SchülerInnen, begleitet von Lehrkräften und Eltern. In Stuttgart waren es bis zu 15.000, in Kassel bis 13.000, in Köln, Saarbrücken, Rostock und Bremen jeweils um die 10.000. In München zogen rund 6.000 SchülerInnen durch die Straßen, in Göppingen und Aachen sollen es je 5.000 gewesen sein. Weitere Demonstrationen fanden in Tübingen, Siegen, Freiburg und in vielen anderen Städten statt. In Hamburg zogen am Montag, den 24. März (wegen der Schulferien verspätet), 35.000 -50.000 SchülerInnen in mehreren Zügen zur SPD-Zentrale und von da aus vor das US-Konsulat. Nach Schätzungen von "Jugend gegen Krieg", in mehreren Städten eine der OrganisatorInnen, protestierten während der Schulstreiks in Deutschland mehr als 150.000 SchülerInnen. Auf jeden Fall waren es weit mehr, als die OrganisatorInnen erwartet haben.

Spontan gegen Ungerechtigkeit

Auch in anderen Ländern spielten die SchülerInnen eine entscheidende Rolle bei den Protesten. In Ost-London z.B. führten SchülerInnen verschiedenster Nationalitäten einen Demonstrationszug mit mehreren tausend Menschen zum Sitz der Bezirksverwaltung, um gegen die Kriegspolitik ihrer Regierung und gegen das Abstimmungsverhalten etlicher lokaler Labour-Abgeordneter zu protestieren.

Bei den jüngsten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg waren die SchülerInnendemonstrationen oft die lautesten und entschlossensten Demos. In den Zügen waren Jugendliche mit unterschiedlichsten ethnischen Hintergründen und mit den verschiedensten Meinungen in einem gemeinsamen Zeil vereint. Inhaltlich gingen die SchülerInnen oftmals über eine bloße Kritik der amerikanischen Kriegsposition hinaus. In Hamburg zogen die SchülerInnen zur SPD-Zentrale, um die rot-grüne Regierung wegen ihrer inkonsequenten Haltung zu kritisieren. Sie protestierten lautstark gegen eine Position, die den Krieg einerseits ablehnt, ihn aber andererseits mit Überflugrechten und Militärentlastungen (wie in Afghanistan) erst möglich macht.

Ebenfalls in Hamburg mussten die Jugendlichen für ihre entschlossene Haltung allerdings einen hohen Preis zahlen. Nachdem einige Plastikflaschen auf Polizeiketten und Wasserwerfer vor dem US-Konsulat flogen, vor allem aber, weil die Demonstration sich nicht schnell genug auflöste, räumte die Polizei die Straße mit Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz. Dabei wurden etliche Minderjährige verletzt, viele eingekesselt und in Gewahrsam genommen. Auch wenn es sich um einen Polizeieinsatz gehandelt hat, der von Hamburger Behörden angeordnet worden war: Im Erleben der Jugendlichen war es die gleiche Bundesregierung, die gegen den Krieg redet, die sich nicht zu schade war, für die US-Regierung die Drecksarbeit zu machen und ihre Gebäude und Einrichtungen mit massiven Polizeiaufgeboten hermetisch abzuriegeln.

Der harte Polizeieinsatz gegen teilweise zwölfjährige hatte bis in das bürgerliche Lager hinein für Empörung gesorgt. Am 2.4. gingen dann auch ca. 3.000 Menschen gegen Krieg und Polizeigewalt auf die Straße. Der

ASTA der Hochschule für Wirtschaft und Politik hatte zu dieser Solidaritätsdemo für die SchülerInnen aufgerufen. RednerInnen stellten den Zusammenhang her zwischen einer internationalen Außenpolitik, die immer mehr auf Gewalt denn auf friedliche Mittel setzt, und "Militarisierung der Gesellschaft" nach innen, die durch immer stärkere Repression anstelle von Hilfe und Prävention geprägt ist.

Die Demonstrationen wurden oft von eher kleinen Vorbereitungsgruppen wie "Jugend gegen Krieg" oder verschiedenen Schülervertretungen als von größeren Bündnissen vorbereitet. Die große TeilnehmerInnenzahl entstand eher durch spontanes Auftreten als durch langfristige Mobilisierung. Oftmals ging die ganze Schule auf die Straße. Viele SchülerInnen haben an den Demos teilgenommen, obwohl sie noch nie zuvor auf einer Demo waren. Dabei war entscheidend, dass der Krieg die SchülerInnen emotional aufgewühlt hatte und sie ihn spontan und instinktiv ablehnten. Die SchülerInnen haben sich weniger die Frage gestellt, ob sie diesen Krieg verhindern können, wenn sie protestieren. Vielmehr hatten sie das Bedürfnis, ihre Besorgnis und ihr eher gefühlsmäßiges Bewusstsein von einem begangenen Unrecht gemeinsam mit anderen auszudrücken. Sie sind durch ihre Stellung in der Schule natürlich auch noch ungebundener und können deshalb spontaner reagieren als viele Erwachsene.

Politikverdrossenheit? Nein, danke!

Das Engagement der SchülerInnen hat sehr viele überrascht und ist als neuartig beschrieben worden. In der Tat haben aber schon während des letzten Golfkriegs sehr viele SchülerInnen an Protesten teilgenommen. Viele Ideen wie der Schulstreik oder Kreuzungsbesetzungen sind schon damals von ihnen ausprobiert worden. Anfang der 90er-Jahre waren vor allem die starken LandesschülerInnenvertretungen zumindest in einigen Bundesländern dafür verantwortlich, dass Proteste organisiert wurden. Diesmal lief alles viel unorganisierter und spontaner ab; dennoch haben sich mindestens genauso viele beteiligt wie damals.

Nach den jüngsten Demos zeigt sich aber auch der Nachteil dieser Organisierungsform und das Fehlen von Strukturen, die auch langfristigen Protest tragen können. Auch wenn immer noch viele SchülerInnen individuell an Friedensdemos teilnehmen, so ist es doch selten gelungen, den Protest aus der Schule weiter aufrechtzuerhalten. Während Anfang der 90er-Jahre noch viele verschiedene Aktionsformen und nicht nur punktuelle Großdemos das Bild bestimmten, so ist diese Vielfalt heute nicht sichtbar geworden. Die Zusammenhänge zwischen den Protesten 1991 und heute zeigen allerdings auch, dass eine große Beteiligung an Demonstrationen nicht zwingend an die jeweilige Haltung der Bundesregierung geknüpft ist, da die Bundesregierung 1991 durch ihr unkritische Haltung geglänzt hat.

Natürlich mussten die Proteste alle die überraschen, die ständig von der Entpolitisierung der Jugend reden (wie die Shell-Jugend-Studie). Diese pauschale Einschätzung ist falsch. Die große Beteiligung Jugendlicher an der Friedensbewegung hat gezeigt, dass sie und vor allem SchülerInnen sehr wohl bereit sind, sich für ihre politischen Ziele zu engagieren. Nur leider nehmen die Jugendlichen ihre Probleme allzu selten als Politikum war. Sie fühlen sich weder von großen Parteien noch von der klassischen Linken besonders angezogen. Dennoch machen sich sehr viele Jugendliche Gedanken, fühlen sich in der entsolidarisierten Welt einsam und sinnlos. Es fehlt ihnen aber an einer konkreten Vision, an einem größeren Ziel, das nicht durch die Hoffnungslosigkeit und Inkonsequenz ihrer 68er LehrerInnen repräsentiert wird.

Wenn es gelänge, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, das "emotionale Bewusstsein", dass die Welt, wie sie ist, irgendwie nicht ganz richtig ist, ebenso auszudrücken wie bei diesem Krieg, und wenn die Jugendlichen mehr politisches Selbstvertrauen entwickeln können, dann könnte es in Zukunft auch gelingen, eine ähnliche Resonanz auch bei anderen Themen hervorzurufen. Eine andere Welt ist möglich - und nötig.

Jonas Becker-Tietz

Der Autor ist Schüler in Hamburg und Aktivist bei verschiedenen SchülerInnenprotesten.

19. Schocktherapie mit Nebenwirkungen. Netanjahus Radikalkur ist für viele Isarelis brisanter als der Irak-Krieg

Netanjahus Radikalkur ist für viele Israelis brisanter als der Irak-Krieg

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:29

Die israelischen Medien haben den Krieg im Irak drei Wochen lang in routiniert sachlichem Stil und mit einer überwiegend positiven Erwartungshaltung kommentiert. Militärs dominieren das Meinungsbild, viele können sich ein wissendes Lächeln nicht verkneifen, wenn sie die Taktiken der US-Armee betrachten. Die Belagerung der irakischen Städte wurde von Experten mit dem Einmarsch der israelischen Armee in Dschenin und den israelischen "Incursions" in den Gaza-Streifen verglichen. Im israelischen Alltag ist jedoch nicht der Irak-Krieg, sondern die Wirtschaftskrise das bestimmende Thema - insbesondere die von Finanzminister Netanjahu zu ihrer Behebung vorgesehene Radikalkur.

Die überwiegend positive Erwartungshaltung in Bezug auf die Folgen des Irak-Krieges entspringt einer auch in der US-Administration verbreiteten Domino-Theorie, der zufolge die strategische Kräfteverschiebung in Richtung einer US-Dominanz in der Region auch auf die Position Israels positive Auswirkungen haben werde. Kaum jemand hier glaubt an die vom Pentagon versprochene Demokratisierung der Region infolge des Krieges. Doch die zu erwartende Schwächung der beiden verbleibenden Hauptfeinde Israels und direkten Nachbarn Iraks, Syrien und Iran, wird hier mit offener Genugtuung quittiert. Politiker von Benjamin Netanjahu bis Shimon Peres machen sich laut Gedanken über die Zukunft der Region. Die irakische Ölwirtschaft, so eine verbreitete Erwartung, könne binnen fünf Jahren wieder auf vollen Touren laufen, damit nicht nur das Land selbst, sondern auch die Weltwirtschaft, die israelische eingeschlossen, sanieren. Selbst die Palästinenser könnten davon profitieren, indem sie als Arbeitsmigranten im Irak die heimische Wirtschaft stützen. Mit dem Krieg seien somit günstige Rahmenbedingungen auch für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Palästinensern in einem Israel genehmen Sinne geschaffen worden.

Bislang muss Israel allerdings mit einer stark angeschlagenen eigenen Wirtschaft zurechtkommen. Dieses Thema ist derzeit weit brennender als alles andere. Ausgerechnet der von Sharon unter viel Murren von seinem Posten im Außenministerium verdrängte Benjamin Netanjahu hat den undankbaren Part des Finanzministers für ein politisches Comeback der Sonderklasse genutzt. Er legte einen ambitionierten Plan zur Sanierung der Staatsfinanzen vor, der ihm viel Zustimmung, auch heftige Ablehnung, auf jeden Fall aber eine Menge Aufmerksamkeit bringt. Netanjahu verkauft diesen Plan nicht allein als Notlösung angesichts sinkender Staatseinnahmen, sondern als eine Wachstumsstrategie: Der "unproduktive" öffentliche Sektor (etwa 600.000 Beschäftigte) solle in weiten Teilen privatisiert werden, damit er nicht weiterhin die Steuern aus dem "produktiven" privaten Sektor (etwa zwei Millionen Beschäftigte) verschlinge, sondern selbst gewinnbringend arbeite.

Der Plan hat bereits die Knesset passiert und sieht als Radikalkur eine drastische Senkung der Staatsausgaben. Tatsächlich handelt es sich um eine gigantische Umverteilung von unten nach oben sowie um einen einschneidenden Abbau staatlicher Infrastruktur. Die Liste der Grausamkeiten ist lang: Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre, Privatisierung des Rentensystems, Streichungen in den Sozialleistungen, Privatisierung des Gesundheitswesens, Streichung von 6.000 LehrerInnenstellen und Lohnsenkung für die verbleibenden auf 80% des bisherigen Gehaltes, Streichung von 9% der Arbeitsplätze in den kommunalen Verwaltungen, Senkung der staatlichen Subventionen an Universitäten, Kündigung sämtlicher Flächentarifverträge u.a. Danach sollen Steuersenkungen, von denen vor allem die Besitzenden profitieren werden, den Konsum und das Investment ankurbeln.

Hoffen auf die irakische Ölwirtschaft

In zweierlei Hinsicht allerdings bleibt der israelische Staat ein Versorger: Die immensen Militärausgaben werden unter Verweis auf die Intifada für unantastbar erklärt, und die Siedlungen werden weiterhin ausgebaut. In Anbetracht der Tatsache, dass der Hauptgrund für die gegenwärtige Krise von den meisten Ökonomen im fortdauernden Konflikt mit den PalästinenserInnen gesehen wird, zeugt Netanjahus mit patriotischem Pathos

vorgetragener Optimismus von seiner ideologischen Brille, durch die betrachtet die israelische Wirtschaftskrise vor allem eine Folge der internationalen Flaute sei, die Probleme mit den PalästinenserInnen mittels politischer und militärischer Macht im Sinne eines israelischen Diktats lösbar seien und ansonsten alles dem freien Markt überlassen werden sollte. Die israelische Regierung hat ein diesen Kriterien entsprechendes Wirtschaftsprogramm entworfen, das in seiner Radikalität in Israel bisher unvorstellbar war. Es ist der Versuch eines marktradikalen Kickstarts aus der Krise.

Allerdings bleiben die politischen Entwicklungen in der Region infolge der Besetzung und Neuordnung Iraks und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft bislang Gegenstand von Spekulationen. Es ist längst noch nicht ausgemacht, dass sie einem für Israel günstigen Szenario folgen werden. Die tatsächlich zu erwartende Destabilisierung autokratischer Regime im Nahen und Mittleren Osten infolge US-amerikanischen Drucks auf der einen sowie infolge der absehbaren Stärkung antiwestlicher Emotionen und des politischen Islam in den arabischen Gesellschaften auf der anderen Seite könnte sich mit mindestens ebenso großer Wahrscheinlichkeit als Bumerang für die israelischen Interessen erweisen, indem sie zu einem Anstieg der Kriegsbereitschaft in der Region führt und endlose Motivation für Selbstmordattentate liefert.

Um eine regionale Neuordnung unter US-Dominanz für die Bevölkerung arabischer und muslimischer Länder halbwegs annehmbar zumachen, wäre eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes sicher von Vorteil. Äußerungen aus der US-Administration lassen tatsächlich vermuten, dass es demnächst einen neuen Anlauf zur Umsetzung des von den USA formulierten "Fahrplans" des Nahost-Quartetts (USA, UN, EU, Russland) geben wird. Demnach könnte die Beendigung der Intifada und eine Reform der palästinensischen Administration mit der Wiederaufnahme israelisch-palästinensischer Verhandlungen belohnt werden; Israel müsste im Gegenzug einen Siedlungsstopp verfügen und die Gründung eines palästinensischen Staates in zwei bis drei Jahren akzeptieren. Man spricht hier vom Versuch einer Wiederaufnahme der Verhandlungen nach dem Modell der Madrid-Konferenz im Anschluss an den Golfkrieg von 1991, als Israelis und Palästinenser erstmals an einem Verhandlungstisch saßen.

Hier nun beginnen bei israelischen Regierungsvertretern die Alarmglocken zu klingeln. Denn abgesehen von der Tatsache, dass ein großer Teil von Sharons eigenem Kabinett einen palästinensischen Staat offiziell ablehnt, war noch keine israelische Regierung bisher willens und in der Lage, die stetig wachsende Macht der Siedlerlobby zu brechen und tatsächlich einen Siedlungsstopp, geschweige denn einen Abbau von Siedlungen, durchzusetzen. Sharon war schon immer der große Mentor der Siedlungsbewegung und wäre der Letzte, der einen solchen Schritt freiwillig gehen würde. Er wird sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen derartige Initiativen wehren. Wahrscheinlich wird seine Regierung an dieser Frage zerbrechen, denn während Sharon internationalem Druck zugänglich ist, werden seine faschistoiden Koalitionspartner aus der Siedlerbewegung keinerlei Kompromisse in dieser Hinsicht eingehen.

Der dann denkbare Koalitionspartner Arbeitspartei macht gegenwärtig einen so schwindsüchtigen Eindruck, dass manche bereits an seinem Fortbestand zweifeln. Die Planungen für die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei aus enttäuschten Mitgliedern der Arbeitspartei sowie Meretz sind weit fortgeschritten. Diese soll eine Politik des sozialen Ausgleichs vertreten und eine Einigung mit den PalästinenserInnen ausgehend von den zuletzt 2001 in Taba erzielten Verhandlungsergebnissen erreichen - sie wäre also sicher keine Koalitionspartnerin für Sharon. Bei den kommenden Kommunalwahlen wird der Arbeitspartei eine weitere Talfahrt prophezeit; in Jerusalem tritt sie angesichts ihrer Chancenlosigkeit erst gar nicht mit einem großkalibrigen Kandidaten an, und selbst in ihrer traditionellen Hochburg Haifa dürfte sie diesmal zu Gunsten des Likud untergehen.

Netanjahus Comeback der Sonderklasse

Derweil betreibt die Regierung Sharon ihre erprobte Hinhaltetaktik, indem sie zunächst möglichst viele und schwer zu erfüllende Vorbedingungen an die palästinensische Seite richtet. Gleichzeitig setzt sie darauf, dass die Regierung Bush angesichts der nahenden Präsidentschaftswahlen es sich nicht leisten wird, die wichtigen jüdischen Stimmen durch allzu energischen Druck auf Israel zu verprellen. Die palästinensische Verhandlungsposition ist angesichts der katastrophalen Taktik der Selbstmordattentate, der politischen Zersplitterung in den besetzten Gebieten sowie auf Grund der faktischen Zerstörung ihrer Infrastruktur durch die israelische Armee an einem historischen Tiefpunkt angekommen. Die Bevölkerung ist nach zwei Jahren asymetrischer Kriegführung gegen eine zunehmend brutalisierte israelische Armee und unter dem Würgegriff

der internen Blockaden und endlosen Straßensperren demoralisiert und verarmt. Der israelische Druck behindert den Reformprozess in der palästinensischen Administration, den die israelische Regierung scheinbar doch so dringend wünscht. Neueste Meinungsumfragen deuten zwar eine verminderte Zustimmung für palästinensische Selbstmordattentate in den besetzten Gebieten an. Es ist aber dennoch nicht zu erwarten, dass dieses grausame Phänomen verschwinden wird. Angesichts der trostlosen Lage und der starken anti-israelischen Emotionen in der Bevölkerung werden Hamas und Jihad immer genügend Freiwillige finden, neuerdings zunehmend auch unter palästinensischen Staatsbürgern Israels - eine weitere sehr Besorgnis erregende Entwicklung.

Nur eine politische Lösung des Konfliktes, die für die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung akzeptabel ist und ihnen ein Leben in Würde ermöglicht, könnte der Bereitschaft zu Selbstmordattentaten nachhaltig entgegenwirken. Eine solche Lösung ist aber schlicht nicht in Sicht. Keine noch so moderate palästinensische Regierung wird sich auf die Vorstellungen der Regierung Sharon einlassen können, ob mit oder ohne internationalen Druck. Eine moderatere israelische Regierung ist aber derzeit nicht vorstellbar. So wird der nahöstliche Teufelskreis sich wohl noch einige Zeit weiter drehen, die Stabilität der Region gefährden, das Leben der PalästinenserInnen zur allgegenwärtigen Hölle und dasjenige der Israelis zu einer zeitweisen Hölle machen sowie die israelische Wirtschaft in den Ruin treiben.

Die Wirtschaftskrise könnte schließlich den Ausschlag geben für eine Verschiebung der politischen Prioritäten in Israel. Netanjahus Programm scheint geeignet, die Verteilungskämpfe zwischen den verschiedenen Sektoren der israelischen Gesellschaft auf ein neues Niveau zu heben. Die Gewerkschaft Histadrut droht bereits mit einem Generalstreik, namhafte Intellektuelle sprechen von einer Aushöhlung der israelischen Zivilgesellschaft und Gefährdung der demokratischen Basis des Staates zu Gunsten von Big Business sowie der Siedlerbewegung. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit zu einer Massenmobilisierung innerhalb Israels gibt, die Forderungen nach sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit mit der Frage der Siedlungen und der fortdauernden Besatzung verbindet, dann ist sie heute näher als je zuvor.

Achim Rohde,

Tel Aviv, 10.4.2003

20. Mord in Belgrad. Nach dem Attentat auf Zoran Djindjic folgt eine autoritäre Wende

Autor: Alexander Jovanovic · Rubrik: Serbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:09

Der Mord am serbischen Premierminister Zoran Djindjic zeigt die ungebrochene Macht des "kriminell-institutionellen Komplexes", der sich im Krieg herausgebildet hat. Mit Polizeiaktionen geht die Regierung nun brachial gegen die mutmaßlichen Drahtzieher des Attentats vor. Doch je länger der Ausnahmezustand währt, desto mehr mutet er wie die Aufrichtung eines neuen politischen Autoritarismus an.

Als am Mittag des 12. März der serbische Premierminister Zoran Djindjic von einem Scharfschützen erschossen wurde, lief die Nachricht vom Attentat wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Mobiltelefone klingelten, im Fernsehen liefen Eilmeldungen, die Radioprogramme wurden unterbrochen. Alle Finger zeigten sofort auf die mit Teilen der Sicherheitsorgane verquickte "patriotische Mafia" als mutmaßlicher Drahtzieher. Allein dieses Konglomerat aus in Kriegsverbrechen verwickelte Paramilitärs, die sich heute dem profitablen Drogen-, Frauen- und Waffenhandel widmen, und ihren Mitarbeitern in Polizei, Armee, Justiz und Politik, schienen die Macht und das Interesse zu haben, den ungeliebten Premier auszuschalten.

In der größten Polizeiaktion der serbischen Geschichte nahmen die Sicherheitskräfte seither über 5.000 "Verdächtige" fest, von denen über 2.000 in Haft bleiben. Der noch am Abend des Mordes verhängte unbefristete Ausnahmezustand räumt Polizei und Militär zahlreiche Sondervollmachten ein, darunter das Recht auf verdachtsunabhängige Verhaftungen. Der mutmaßliche Schütze, der 38-jährige Zvezdan Jovanovic und sein 32-jähriger Komplize Sasa Pejakovic, wurden gefasst. Zwei weiter Hauptverdächtige wurden "auf der Flucht erschossen".

Industriell-institutioneller Komplex

Die ersten Vermutungen über den Hintergrund des Mordes scheinen sich mit den Fahndungserfolgen zu bestätigen. Jovanovic war nämlich kein Auftragskiller sondern Vizekommandant der dem Innenministerium unterstehenden Einheit für Spezialoperationen (JSO), in der auch Pejakovic diente. Die auch unter dem Namen Rote Barette bekannte Truppe zählt zu den kampferprobtesten Sondereinheiten, die der serbische Staatsapparat zu bieten hat und ist direkt mit der Mafia verbunden. Der 2001 abgelöste langjähriger Anführer der Roten Barette, Milorad Lukovic alias Legija, ist der Chef des Zemun-Clans, einer Mafiabande, die einen Großteil des Drogenhandels auf dem Balkan kontrolliert. In ihr arbeiten zahlreiche JSO-Mitglieder mit. Als mutmaßlicher Drahtzieher des Attentates ist Legija mit einer Reihe weiterer Zemun-Clan Mitglieder noch flüchtig.

Das Attentat machte damit deutlich, wie stark der "kriminell-institutionelle Komplex" in Serbien noch immer ist. Die im Krieg geformten Allianzen aus staatlichen Sicherheitsapparaten, Kriminellen und paramilitärischen "Kriegshelden" verfügt nach wie vor über bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Ihren Ursprung hat das Amalgam in der Rekrutierung von Kriminellen für paramilitärische Gruppen, die am Beginn des Krieges 1991 von Geheimdiensten und Polizei formiert wurden, um an den Fronten in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und später Kosovo die Drecksarbeit der "ethnischen Säuberungen" zu erledigen. Dabei konnten die Paramilitärs einen wahren Plünderungsfeldzug unternehmen und alles zu Geld machen, was sie erbeuteten. Gleichzeitig wurden die entstehenden Netzwerke zur Umgehung des UN-Wirtschaftsembargos eingesetzt und kontrollierten den profitablen Schwarzmarkt. Nach dem Ende der bewaffneten Konflikte blieben die organisatorischen Strukturen und Netzwerke bestehen und suchten im Drogen-, Waffen und Frauenhandel nach neuen Einkommensquellen.

Die Zemun-Truppe ist ein illustratives Beispiel für diese Struktur. Seinen Spitznamen "Legionär" erwarb sich Milorad Lukovic durch den Dienst bei der französischen Fremdenlegion, für die er Mitte der 80er Jahre kämpfte. Anfang der 90er Jahre trat er in die paramilitärische Serbische Freiwilligen Garde von Zeljko Raznatovic alias Arkan ein. Mit seiner Vergangenheit bei den so genannten Arkan Tigers als Empfehlung wechselte Legija 1997 als Kommandant zu den Roten Baretten. Diese für ihre Brutalität berüchtigte Truppe war von Legijas Freund und Tiger-Gefährten Franko Simatovic alias Frenki gegründet worden und galt als die Prätorianergarde des Milosevic-Regimes.

Doch wer denkt, dass die Erfolgsgeschichte von Legija und Konsorten mit dem Sturz Milosevics zu Ende ging, liegt völlig falsch. Denn als der Belgrader Kriegsherr nach dem Kosovo-Krieg zunehmend die Zügel aus der Hand verlor, wechselten die Roten Barette unter Legijas Führung ganz unideologisch die Seiten. Nach bestätigten Informationen hat sich Djindjic am Vorabend des Sturms der von ihm angeführten Opposition auf das Parlament am 5. Oktober 2000 auch mit Legija getroffen und ein Abkommen geschlossen. Die Roten Barette schossen nicht auf die Demonstranten, blieben dafür aber nach dem Regierungswechsel unantastbar.

Dies war freilich nicht der einzige Deal, den die vom Westen politisch, finanziell und logistisch unterstützte Opposition mit den mafiösen Sicherheitsapparaten des alten Regime getroffen hat. Im nachhinein stellt sich eher die Frage, ob es nicht Kreise der paramilitärischen Mafia waren, die die Opposition instrumentalisierten, um selbst an der Macht zu bleiben. Denn auch die zwei grauen Eminenzen der serbischen Paramilitärs, der ehemalige Chef der Geheimpolizei Jovica Stanisic und der Gründer der Roten Barette, Franko Simatovic, waren mit von der Oktober-Partie.

Stanisic war bereits 1998 von Milosevics geschasst worden, weil er mit der Kosovo-Politik nicht übereinstimmte. Simatovic brach sogar schon 1996 nach dem Abschluss des Dayton-Abkommens über einen Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina mit Milosevic. Beide verfügten aber auch nach ihren Konflikten mit Milosevic über steuernden Einfluss auf die kriminelle Unterwelt. Der frühere Belgrader Polizeichef, Marko Nicovic, meint: "Der Oktober 2000 war eine Möglichkeit für Leute, ihre Biografien weiß zu waschen und sich selbst unverzichtbar zu machen."

Ausschaltung nicht nur der Attentäter

Wie der Mord an Djindjic allerdings zeigt, war die Oktoberallianz äußerst brüchig. Der in Deutschland promovierte Premier musste verschiedenen Herren gehorchen. Die "Internationale Gemeinschaft", vor allem die USA, machten Druck auf die Auslieferung der Kriegsverbrecher, die sie möglichst bald in Den Haag sitzen sehen wollte. Mit immer neuen Ultimaten und der Kreditschraube wurde Djindjic dazu gezwungen, diesem Begehren nachzukommen, das das militärische Eingreifen im Kosovo-Konflikt nachträglich noch einmal legitimieren sollte.

Doch dabei musste der prowestliche Premier wie bei der Auslieferung Milosevics im Juni 2001 nicht nur den Rechtsstaat außer Kraft setzen, sondern sich auch mit seinen Bündnispartnern vom Oktober 2000 anlegen, die ebenfalls zu einem erheblichen Teil ein Verfahren in Den Haag fürchten müssen. Djindjic hat sich letztlich im Machtkampf gegen seinen rechtskonservativen Oppositionsrivalen Vojislav Kostunica, der gegen eine Kooperation mit Den Haag trommelte, durchgesetzt. Als Kostunica mit der offiziellen Auflösung Jugoslawiens im Februar schließlich sein Amt als Präsident des Staates verlor, stand Djindjic für einige Tage als einsamer Gewinner da. Dann fielen die Schüsse des 12. März.

Wie regierungsamtliche Quellen erklären, soll die Zemun-Bande mit dem Mord versucht haben, eine mögliche Strafverfolgung ihrer Mitglieder zu verhindern. Djindjic habe Haftbefehle gegen den Gangboss Milorad Lukovic alias Legija und andere Mitglieder der 200 Mann starken Truppe erlassen wollen, heißt es. Mittlerweile ist bekannt, dass das Attentat der fünfte Versuch der Bande war, den Premier zu töten. Die ersten vier waren immer knapp gescheitert. Stimmen die Angaben der Ermittlungsbehörden, hätten die Schüsse auf Djindjic nicht weniger als einen Putsch auslösen können. So soll der Scharfschütze gestanden haben, dass Djindjic nur der erste auf einer Liste weiterer Politiker gewesen sei, die ermordet werden sollten. Dadurch hätte eine Situation des Chaos entfacht werden sollen, in der die Roten Barette nach der Macht greifen wollten.

Dabei hätten die Barette auf ein erhebliches back up aus allen Ebenen des Staatsapparates zählen können, wie langsam bekannt wird. So wurde mittlerweile der stellvertretende Generalstaatsanwalt Milan Sarajlic verhaftet. Er gab zu, für Geld Insiderinformationen der Ermittlungsbehörden und der Geheimdienste an den Zemun-Clan weitergegeben und Strafverfahren gegen seine Mitglieder verhindert zu haben. Auch der Chef des militärischen Geheimdienstes, Aco Tomic, wurde in den Ruhestand geschickt. Er soll sich vor dem Attentat zu Konspirationsgesprächen mit den Chefs des Zemun-Clans getroffen haben. Mit dabei soll Rade Bulatovic gewesen sein, der brisanter Weise Sicherheitsberater von Vojislav Kostunica ist. Mitglieder von dessen nationalkonservativer Demokratischer Partei Serbiens (DSS), genauso wie von Milosevics SPS und den Ultranationalisten der Serbischen Radikalen Partei (SRS) von Vojislav Seselj werden immer öfter als mögliche politische Hintermänner des Attentates erwähnt.

Handelte es sich beim Attentat also tatsächlich um einen gescheiterten Coup d'Etat? Ausgeschlossen ist das nicht. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, was der Ausnahmezustand nun eigentlich bedeutet. Tatsächlich ist es nämlich so, dass der Djindjic-Nachfolger Zoran Zivkovic und sein Kabinett den Mord dazu nutzen, eine Hetzjagd auf die gesamte Opposition zu veranstalten. So haben führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Verbote der SPS und SRS in die Diskussion gebracht. Die dem "patriotischen Block" nahe stehende Tageszeitung Nacional wurde verboten, genauso wie eine Reihe anderer Presseerzeugnisse. Der Ausnahmezustand verbietet nämlich jeden kritischen Kommentar zum Ausnahmezustand selbst. Kritische Beobachter, die sich trotzdem zu äußern wagen, wie Slobodan Antonic von der Universität in Novi Sad, erklären, dass es, "schwierig wird, die Schlussfolgerung zu vermeiden, dass (der Ausnahmezustand) den Interessen einer bestimmten Clique nutzt, die in die Lage versetzt wird, in einem Showdown Terror und Gewalt gegen ihre Rivalen durchzusetzen."

Ein gescheiterter Putsch?

Stutzig macht viele auch, dass der Chef der uniformierten Polizei, Sreten Lukic, und Goran Gurij Radosavljevic, der Befehlshaber der Spezialtruppe Zandarmerija, die momentan in Belgrad maskiert Straßenkontrollen durchführen, mehr als zwielichtige Figuren sind. Wie die jetzt gesuchten oder festgesetzten Paramilitärs Legija, Frenki und Stanisic, waren auch sie führende Köpfe des Sicherheitsapparates von Milosevic. Lukic kommandierte 1998 und 1999, zum Zeitpunkt der eskalierenden Kämpfe, die Polizeitruppen im Kosovo. Radosavljevic war dort ebenfalls in führender Funktion im Einsatz. Nach Angaben des für gewöhnlich gut mit Den-Haag-Insiderwissen versorgten Think Tanks International Crisis Group (ICG) sollen Lukic und Radosavljevic auf der geheimen Kriegsverbrecher-Auslieferungsliste von Carla del Ponte stehen. Mit dem harten Durchgreifen gegen ihre ehemaligen Mitkämpfer scheinen sie ihren eigenen Kopf aus der Schlinge ziehen zu wollen, ganz ähnlich wie bereits mit dem Seitenwechsel beim Sturz Milosevics.

Ungelöst bleibt indes das grundsätzliche Problem der serbischen Gesellschaft. Nach den neoliberalen Wirtschaftsreformen der 80er Jahre und dem zehnjährigen Kriegszustand der 90er Jahre ist die warenproduzierende Ökonomie so gut wie kollabiert. Die von der "Internationalen Gemeinschaft" als Medizin verschriebene Privatisierungspolitik und Handelsliberalisierung sorgt in dieser Situation lediglich für einen Anstieg der ohnehin grassierenden Arbeitslosigkeit. Auf Grund der fortwährenden politischen Instabilität bleiben Auslandsinvestitionen weitgehend aus. In dieser Situation ist es gerade die informelle Schattenökonomie, die eine Überlebensperspektive bietet. In deren Sumpf kann sich allerdings die Mafia mit ihren profitablen Geschäften ständig von neuem reorganisieren. Die grassierende Korruption im staatlichen Sicherheitsapparat bietet zudem einen strukturellen Schutz, der durch ein sich zunehmend autoritär werdendes Regime nicht verschwindet, sondern eher verstärkt werden kann.

Alexander Jovanovic

21. Verfassungsgericht kippt NPD-Verbotsverfahren. "Aufstand der Anständigen" vor der Abwicklung?

"Aufstand der Anständigen" vor der kompletten Abwicklung?

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:40

Bereits im Vorfeld hatte sich die Entscheidung angekündigt. Vor dem Hintergrund der V-Mann-Affäre kippte das Bundesverfassungsgericht am 18. März das NPD-Verbotsverfahren. Für drei der sieben Verfassungsrichter war die Unterwanderung der NPD durch Spitzel der Verfassungsschutzbehörden (VS) so schwerwiegend, dass sie mit ihrer Sperrminorität den Antrag von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag auf Verbot der NPD zu Fall brachten.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beruhte alleine auf prozessualen Gründen: Das Verbotsverfahren scheiterte formal, nicht inhaltlich. Zur Verfassungsfeindlichkeit und Verbotswürdigkeit der NPD nahm das höchste bundesdeutsche Gericht also gar nicht Stellung. Ein Sieg des Rechtsstaats - so kommentierten viele BeobachterInnen des NPD-Verbotsverfahrens die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. "Das Gericht hat schlicht und einfach entschieden, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt", so etwa Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung, womit er auf die Durchsetzung der NPD mit V-Leuten des VS und die sich daraus ergebenden Folgen für ein faires, rechtsstaatliches Verfahren anspielte. (SZ, 19.3.03) In den Verbotsanträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat bestanden ganze Begründungsteile aus Aussagen von NPD-FunktionärInnen, die gleichzeitig als V-Leute des Bundes- bzw. der Landesämter für Verfassungsschutz agierten. Bereits im Januar 2002 hatte das Bundesverfassungsgericht das Verfahren ausgesetzt, als es eher nebenbei vom Bundesinnenministerium darüber informiert wurde, dass ein benannter Hauptzeuge früher V-Mann gewesen sei. Wie sich in der Folge herausstellte, war der Mann kein Einzelfall. Rund 100 V-Männer sollen in der NPD aktiv sein, mindestens 30 von ihnen in Führungspositionen in Bund und Ländern.

Vor allem diese Agentendichte in den Vorständen des Bundes- bzw. der Landesverbände stellte für die drei Verfassungsrichter ein "unüberwindliches Verfahrenshindernis" dar. Zumal die V-Mann-Tätigkeit und -Anwerbung noch nach Antragstellung unvermindert anhielt. Solch eine Beobachtung durch V-Leute "unmittelbar vor und während eines Parteiverbotverfahrens" sei in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren, so die drei Richter. Allein die Gefahr, dass die Prozessstrategie der NPD an den Staat habe verraten werden können, mache ein Verfahren unmöglich. Die Mehrheit von vier Richtern sah dies nicht so und hob auf die Gefahr ab, die von der NPD ausgehe. Nach ihrer Ansicht hielt sie deshalb auch die Fortsetzung des Verfahrens für "geboten". Wegen einer Verfahrensvorschrift bei einem Parteiverbot zählte diese einfache Mehrheit allerdings nicht: Entscheidungen zum Nachteil der Partei bedürfen einer Zwei-Drittel-Mehrheit.

Eine scheinbar mutige Entscheidung

Zu keinem Zeitpunkt waren die Antragsteller bereit, über das wahre Ausmaß des Einflusses der V-Leute in der NPD Rechenschaft abzulegen. Vor die Alternative gestellt, entweder die VS-Agenten zu decken oder das NPD-Verbotsverfahren zu retten, entschieden sie sich für den Schutz der VS-MitarbeiterInnen. Treuherzig beteuerten Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und der bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU) immer wieder, es habe keine Einflussnahme auf und Steuerung der NPD gegeben. Kein Wunder also, dass Schily nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die drei Richter, deren Meinung zur Niederschlagung des Verfahrens führte, öffentlich abwatschte. Wer "fälschlicherweise" von "eingeschleusten Personen" spräche, wie die drei Verfassungsrichter, der habe sich "offensichtlich von Medien beeinflussen lassen". Bayerns Innenminister gab sich darüber hinaus unberührt hinsichtlich irgendwelcher Folgen der Verfassungsgerichtsentscheidung für den Einsatz von V-Leuten. In einem Interview mit der Berliner Morgenpost bekräftigte er, dass deren Erkenntnisse weiterhin als Beweismittel gelten müssten, und kündigte an: "Die NPD muss und wird auch weiterhin durch V-Leute des Verfassungsschutzes beobachtet werden." (Berliner MoPo, 19.3.03) Und Schily stellte klar, dass es keinen weiteren Anlauf geben werde, juristisch gegen

die NPD vorzugehen. Die Richter hätten unerfüllbare Bedingungen für einen erneuten Anlauf gestellt, so der Bundesinnenminister.

Antifa-Sommer ade

Angesichts dieser Äußerungen der Hardcore-Vertreter der überparteilichen Law-and-Order-Fraktion relativiert sich die Tragweite der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung drastisch. Die Schlappe, die die Entscheidung scheinbar bedeutet, ist bei näherer Betrachtung gar keine. Welches Kalkül hier vorherrscht, zeigt beispielhaft Hartmut Jäckel, Professor der Politischen Wissenschaften an der FU Berlin: "Weder die NPD noch die DVU, noch die Republikaner sind es wert, als Bösewichter vor die Schranken des Bundesverfassungsgerichts geladen zu werden. Dafür können dann die noch nicht enttarnten V-Leute ihre Unterwanderschaft ohne drohendes Prozessrisiko zu unserem Wohl fortsetzen." (Die Welt, 25.3.)

Das Verbot der NPD war für diese Herren schon längst nicht mehr eine Frage, die die politischen Agenda bestimmte. Der "Antifa-Sommer" liegt immerhin schon drei Jahre zurück, in dem als erster Beckstein ein Verbotsverfahren gegen die NPD forderte. Mittlerweile hat die Bekämpfung des Neofaschismus und der immer noch in unverminderter Stärke anhaltenden rassistischen und antisemitischen Gewalt keine Priorität mehr. Deren Ausmaß ist ohnehin längst aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Im Jahr 2002 wurden alleine 10.579 Straftaten im Bereich "Rechtsextremismus" registriert. Und die von der Frankfurter Rundschau und dem Berliner Tagesspiegel dieser Tage zum dritten Mal vorgelegte Bilanz der Todesopfer rechter Gewalt weist aus, dass zwischen 1990 und 2002 99 Menschen von rechten Schlägern brutal getötet wurden.

Dass die Entscheidung in Karlsruhe nicht gegen, sondern vielmehr im Einklang mit der Politik von Schily, Beckstein und Co. steht, zeigt auch die aktuelle Debatte um die Programme zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit, die nach dem "Aufstand der Anständigen" von der Bundesregierung aufgelegt wurden. Gut 40 Millionen Euro hat Rot-Grün im vergangenen Jahr dafür ausgegeben. Doch seit einiger Zeit stehen die Programme "Civitas", "Xenos" und "Entimon", mit denen lokale Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Beratung von Opfern rechter Gewalt oder Jugendsozialarbeit finanziert werden, auf der Abschussliste. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat schon einmal beantragt, die Gelder für Programme wie "Jugend für Toleranz und Demokratie" zu streichen, weil die Erfolge nicht messbar seien.

Die nach der Einstellung des Verfahrens von allen Parteien zur Schau getragene Abscheu vor der NPD und ihrem gewalttätigen Antisemitismus und Neofaschismus erweist sich vor diesem Hintergrund als billiges Ablenkungsmanöver. Die öffentlich bekannten Taten der NPD, ihre Parteidokumente und -veröffentlichungen, ihre Verquickung mit freien Kameradschaften reichten ohnehin für ein Verbot vollkommen aus. Um das zu beweisen, braucht es keine Geheimdienste, keine V-Leute und konspirativen Quellen.

mb.

22. Rückwärts in die 80er Jahre. Staatsschutz mischt mittels §129a die linke Szene Magdeburgs auf

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:25

Das momentane 80er-Jahre-Revival bezieht sich scheinbar nicht nur auf Mode und Musik. Auch die Bundesanwaltschaft (BAW) holt zur Zeit einen berüchtigten Paragrafen wieder verstärkt aus der Mottenkiste, der in den 80er-Jahren reichlich Anwendung gegen linke Strukturen fand. Aktuell trifft es erstmals linke Zusammenhänge in Ostdeutschland.

Betroffen sind mehrere Linke aus Magdeburg. Gegen sie ermittelt die BAW wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB. Alle Betroffenen waren bzw. sind in der linken Szene der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt aktiv. Sie gingen gemeinsam auf Demonstrationen und zählten zu den häufigen Besuchern eines mittlerweile geräumten Hauses in der Elbestadt. Außerdem kannten sie Daniel W. (21) und Marco H. (23), die am 27.11.2002 verhaftet wurden. Beiden Festgenommenen wird Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" nach §129a StGB sowie die mutmaßliche Beteiligung an zwei Brandanschlägen am 18.3.2002 vorgeworfen.

An 18.3.2002 wurde in den frühen Morgenstunden unter einem Transporter des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Magdeburg ein in einem Paket hinterlegter Brandsatz entdeckt, der dort anscheinend in der Nacht zuvor deponiert worden war und offensichtlich nicht gezündet hat. In der selben Nacht war zudem auf das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt ein Anschlag mit einem Molotowcocktail verübt worden, bei dem geringer Sachschaden an der Fassade des Gebäudes entstand. Eine Gruppe namens "kommando: freilassung aller politischen gefangenen" bekannte sich zu beiden Anschlägen.

Nach monatelangen Ermittlungen des Staatsschutzes, Observationen durch das Bundeskriminalamt (BKA) und das LKA sowie die Überwachung von Festnetzanschlüssen, Mobiltelefonen und der Internetkommunikation fanden dann im November Hausdurchsuchungen in Magdeburg, Quedlinburg und Berlin statt, bei denen Daniel W. und Marco H. festgenommen wurden. Seitdem sitzen die beiden Magdeburger in Untersuchungshaft. Nach einer Odyssee durch mehrere Knäste sind beide seit Anfang Februar in Berlin-Moabit inhaftiert. In einem Brief, den das Angehörigeninfo veröffentlichte, sieht Marco H. zwei Gründe für die Festnahme und die Ermittlungen: Die linke Szene in Magdeburg soll eingeschüchtert und eine Debatte über militante Politik schon im Ansatz verhindert werden.

Beide Gefangenen machen keine Aussagen zu den Vorwürfen der BAW. Die Beweise sind ohnehin dürftig. Während die Ermittlungsbehörden behaupten, den Fingerabdruck von Daniel W. auf dem Paket gefunden zu haben, in dem sich der Brandsatz beim missglückten Anschlag auf den BGS-Transporter befunden haben soll, gibt es gegen Marco H. keinerlei konkrete Beweise. "Mein Mandant wurde nur deshalb festgenommen, weil er mit Daniel W. in Kontakt stand und weil beide häufig miteinander telefonierten", erklärt sein Rechtsanwalt Sven Lindemann.

Umfangreiche Ermittlungen im Stil der 80er-Jahre

Da der Staatsschutz noch immer keine "Vereinigung" nachweisen kann - fehlt ihnen doch eine dritte Person, die dieses Konstrukt erst komplettieren würde - gehen die "Ermittlungen" gegen die linke Szene in Magdeburg und anderen Städten Sachsen-Anhalts ununterbrochen weiter. Erst Anfang April wurden in Dessau und Magdeburg neun Wohnungen, ein Arbeitsplatz und das "Alternative Jugendzentrum Dessau" (AJZ) durchsucht. Laut Angaben der BAW sollten bei der Aktion Beweismittel zu den Brandanschlägen sichergestellt und Erkenntnisse gesammelt werden über die Struktur der angeblichen "terroristischen Vereinigung" sowie über Verbindungen der Mitglieder untereinander. Was sich hinter diesen wohlfeilen Formulierungen verbirgt, zeigt eine Presseerklärung der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg zu dieser Razzia: "Es kam zu vielen unsinnigen Beschlagnahmungen, so wurden z.B. Hausaufgabenhefte, Musik-CDs, Tagebücher und Schulhefter als ‚Beweismittel sichergestellt`. Die Betroffenen wurden meist beim Frühstück überrascht und mussten sogleich eine persönliche Durchsuchung sowie eine DNA-Analyse über sich ergehen lassen ... Auf die Betroffenen wurde bei den anschließenden Vernehmungen durch die Polizei erheblicher psychischer Druck ausgeübt. Es wurde berichtet, dass die Vernehmungsspezialisten versucht haben, über private

Angelegenheiten der Betroffenen, von denen sie im Laufe der Observation Kenntnis erlangen konnten, Aussagen zu erpressen."

Die Ermittlungen gegen seinen Mandanten erinnern den Berliner Rechtsanwalt Sven Lindemann frappierend an die 80er-Jahre in Westdeutschland. In den meisten Fällen wurde damals der §129a StGB als Ermittlungsparagraf eingesetzt, mit dem linke Zusammenhänge ausgeleuchtet sowie durch Repressionsdruck gelähmt und beschäftigt werden sollten. Fast alle relevanten außerparlamentarischen linken Bewegungen waren in den letzten 20 Jahren mit §129a-Verfahren konfrontiert: die Anti-Startbahnbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, organisierte Antifa-Zusammenhänge wie die Antifa/M und die AAB ebenso wie feministische Gentechnikkritikerinnen oder vermeintliche MacherInnen der undogmatischen linken Zeitung radikal. Zu rechtskräftigen Verurteilungen kam es nur selten.

Auf der Suche nach dem dritten Mann

Von dieser speziellen Art des 80er-Jahre-Revivals sind zur Zeit aber anscheinend nur die Staatsschutzbehörden erfasst. Ein vergleichbarer Widerstand gegen den §129a StGB wie in den 80er-Jahren ist jedenfalls nicht zu verzeichnen. Damals stieß dieses juristische Relikt der Anti-Terror-Hysterie der 70er-Jahre selbst in linksliberalen Kreisen auf Ablehnung, werden doch mit dem vagen Vorwurf, Mitglied oder Unterstützer einer "terroristischen Vereinigung" zu sein, keine konkreten Straftaten, sondern in erster Linie politische Einstellungen verfolgt.

Peter Nowak

23. Berliner RZ-Prozess: Aussitzen statt Aussetzen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:43

Es war der 120. Prozesstag. Auf dem Flur vor dem Saal 500 des Kriminalgerichts Moabit herrscht vor Verhandlungsbeginn eine ausgelassenere Stimmung als sonst. Die Angeklagten, inzwischen alle - zum Teil auf Kaution - aus der U-Haft entlassen, wirken ein wenig aufgekratzt. Es lag etwas in der Luft, an diesem 20. März, fast zwei Jahre nach Prozessbeginn.

Schon die morgendliche Zeitungslektüre ließ erahnen, dass dieser Prozesstag anders verlaufen würde als die Verhandlungstage der letzten Zeit. Seit Monaten schleppt sich das Verfahren zäh dahin. Von den zwei Terminen in der Woche fällt in der Regel ein Prozesstag aus. Und wenn ein Verhandlungstag stattfindet, dann wird er regelmäßig nach weniger als einer Stunde beendet. "RZ-Prozess steht vor dem Aus", war an diesem Morgen im Berliner Tagesspiegel zu lesen. Die Berliner Zeitung sprach sogar von einem "Teilerfolg für ‚Revolutionäre Zellen", was natürlich blanker Unsinn ist, hat sich die RZ Anfang der 90er Jahre selbst aufgelöst. Doch auch über scheinbar späte Erfolge kann man sich ja durchaus freuen.

Seit Mai 2001 findet vor dem 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin der Prozess gegen Sabine E., Matthias B., Harald G., Axel H. und Rudolf Sch. statt. Ihnen wird Mitgliedschaft in den "Revolutionären Zellen" (RZ) und die Beteiligung an zahlreichen Anschlägen im Rahmen der RZ-Flüchtlingskampagne in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Berlin vorgeworfen. Die Anklage beruht im Kern auf den Aussagen des Kronzeugen Tarek Mousli, der in einem separaten Verfahren im Dezember 2000 wegen Mitgliedschaft in den RZ zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt wurde.

Späte Erfolge für die RZ

Die Presseberichte und die aufgeräumte Stimmung vor dem Sitzungssaal hingen indirekt mit diesem Kronzeugen zusammen. Der hatte nach seiner Festnahme nicht nur umfangreiche Aussagen gegenüber dem Bundeskriminalamt (BKA) und der Bundesanwaltschaft (BAW) gemacht, sondern auch mit Beamten des Verfassungsschutzes (VS) zahlreiche Gespräche geführt. Nach einem entsprechenden Antrag der Verteidigung übergab der VS im Februar 2002 197 Seiten Protokolle der Gespräche mit Mousli - den größten Teil geschwärzt und deshalb unbrauchbar. Im November legte die Verteidigung von Harald G. Klage vor dem Verwaltungsgericht (VG) Berlin auf Herausgabe der ungeschwärzten Protokolle ein. In einer so genannten Sperrerklärung hatte das Bundesinnenministerium die Schwärzungen damit begründet, ein Bekanntwerden dieser Passagen würde "dem Wohl des Bundes Nachteile" bringen. Die Verwaltungsrichter halten diese Sperrerklärung allerdings für rechtswidrig, denn sie sei "nicht frei von Mängeln".

In einem Beschluss vom 17. März bescheinigten sie der Klage gegen die Sperrerklärung Aussicht auf Erfolg - um dem Anspruch von Harald G. "auf ein rechtsstaatliches, faires Strafverfahren" gerecht zu werden, wie es dort so schön heißt. Jedoch lehnte das Verwaltungsgericht es ab, das Bundesinnenministerium in einem Eilverfahren zur Herausgabe der ungeschwärzten Vernehmungsprotokolle zu verpflichten. Vielmehr sei für eine Entscheidung in dieser Angelegenheit das Hauptsacheverfahren abzuwarten. Allerdings habe Harald G. - so das VG - "Anspruch auf Aussetzung der Hauptverhandlung vor dem Strafgericht".

Der Haken an der Sache: Ein Strafprozess darf maximal für 30 Tage unterbrochen werden. Mit einer endgültigen Entscheidung in der Verwaltungsgerichtssache ist allerdings erst in Jahren zu rechnen. Würde der Prozess ausgesetzt, müsste der Fall neu aufgerollt werden. Stimmt der Senat einer Aussetzung dagegen nicht zu, läuft er Gefahr, dass sein Urteil in der Revision vor dem Bundesgerichtshof (BGH) kassiert wird. Dieses Kuckucksei der KollegInnen vom VG Berlin vermieste unübersehbar am 20. März die Stimmung des Kammergerichts. Wie damit umgehen?

Böses Kuckucksei fürs Kammergericht

Den entscheidenden Tipp gab wie immer in diesem Verfahren die BAW. Bundesanwalt Bruns machte in der Hauptverhandlung am 28. März klar, dass er den Beschluss des Verwaltungsgerichts für "evident rechtsfehlerhaft" halte. Den Richtern am Verwaltungsgericht warf er vor, sie bewegten sich "vollkommen außerhalb der Verfahrensordnung". Zudem hätten sie "keine Ahnung von der Strafprozessordnung". Ob über

eine Aussetzung und die zwischenzeitlich von der Verteidigung gestellten Aussetzungsanträge überhaupt entschieden werden müsse, bezweifelte Bruns zynisch. Die Beweisaufnahme werde "auf unabsehbare Zeit anhalten", drohte Bruns unverhohlen, insofern könne mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Hauptverfahren im weiteren Prozessverlauf gerechnet werden.

Zwar hat das Kammergericht offiziell zu dieser Sache bislang nicht Stellung genommen, aber unter der Hand schon entschieden und entsprechende Fakten geschaffen: Der Prozess ist mittlerweile bis Januar 2004 terminiert. Aussitzen statt aussetzen!

Der VG-Beschluss brachte die Richter des Kammergerichts aber nicht nur in Sachen Aussetzung in die Bredouille. Auch die Ausführungen der Verwaltungsrichter in puncto Aussagegenese des Kronzeugen haben es in sich. Stellen sie doch klipp und klar fest, "dass eine bestimmte Vernehmungsweise quasi Geschäftsgrundlage" bei den Gesprächen zwischen dem VS und Mousli gewesen sei, "die naturgemäß zu einer Veränderung der Aussageinhalte geführt haben muss".

Dem Erinnerungsvermögen Mouslis sei, so die VG-Richter, mit "unterstützender Hilfe" auf die Sprünge geholfen worden, als ihm unter anderem Namen und Fotos "seitens der Vernehmenden vorgenannt" wurden. Es könne deshalb "nicht ernstlich bezweifelt werden, dass der dem Zeugen für seine Aussagen zur Verfügung stehende Kenntnisstand einer bestimmten ‚Entwicklung` unterworfen war". Wie hatte selbst Mousli während der Hauptverhandlung zugegeben: "Vertrauen Sie nicht auf mein Gedächtnis. Das ist katastrophal! Aber wenn ich Bilder sehe oder wenn Sie Namen sagen, dann kommt es schon wieder."

mb., Berlin

Ausführliche und aktuelle Informationen zum Prozess unter www.freilassung.de

24. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:11

Streik gegen Hetze

Die Daily Mail ist eine der größten britischen Boulevard-Zeitungen und vor allem bekannt durch eine lange Tradition rassistischer Hetze gegen Flüchtlinge. Bereits 1900 trommelte das Blatt gegen jüdische ImmigrantInnen, die beim Verlassen der Schiffe "ihr Gold verstecken" und in gebrochenem Englisch um Fahrkarten betteln würden. In den 30er Jahren waren die Zeitung und ihr Eigner Lord Rothmere begeisterte Anhänger der Britisch Union of Fascist. Sowohl Hitler als auch Mussolini wurden in den höchsten Tönen gelobt und gleichzeitig jüdische Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland beschimpft. Heutzutage vergeht kein Tag, an dem die Daily Mail nicht mit Schlagzeilen wie "Stoppt die Asylinvasion" gegen Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge wettert.

Bereits Ende Januar, am Holocaust Memorial Day hat ein breites Bündnis von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen zu Streikpostenketten vor dem Büro der Zeitung in London aufgerufen. Am 16. März, anlässlich einer von der Zeitung organisierten Ausstellung, ist diese Aktion wiederholt worden

(www.labournet.net)

Falscher Hals

"Betrifft Krankenstand" lautet der Titel eines Anschreibens, mit dem die Post Ende März rund 200 Beschäftigte in Kassel und Eichenzell bei Fulda drangsalierte. Der Brief ging an Leute, die in den vergangenen drei Jahren jeweils im ersten Quartal krank gewesen waren. Eindringlich weisen die Geschäftsführungen darauf hin, welche Kosten die Fehlzeiten für das Unternehmen bedeuten und welche Mehrbelastungen auf "die Kollegen" zu kommen. Auch eine säuberliche Auflistung der Krankentage der Betroffenen fehlt nicht.

Während die Betriebsräte und ver.di empört über diese disziplinarische Maßnahme sind, kann die Post kein Fehlverhalten erkennen. "Manche haben das in den falschen Hals bekommen", heißt es, und es gehe der Post nur darum, den Krankenstand zu senken, der mit rund zehn Prozent doppelt so hoch sei wie bei privaten Unternehmen. Ver.di hingegen weist darauf hin, dass es sich bei den Angeschriebenen überwiegend um BriefträgerInnen handelt. Bei diesem Job sei es normal, dass der Krankenstand in den ersten Monaten des Jahres steige.

(www.spiegel.de)

Transportprobleme I

"Wenn Nadelstiche nicht ausreichen: bundesweit Vollstreik!" So lautete die Forderung der Initiative "Höchste Eisenbahn - Bahn von unten" zum weltweiten Aktionstag der Eisenbahnbeschäftigten am 14. März 2003. An diesem Tag wollten die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) und die Europäische Transportarbeiterföderation (ETF) für bessere und sicherere Arbeitsbedingungen bei den Bahnen sowie gegen Privatisierungen demonstrieren. In Deutschland hatte auch ver.di zu dem Aktionstag aufgerufen.

Hintergrund des Aktionstages, dem mehrere Warnstreiks in etlichen europäischen Ländern vorausgegangen waren, ist das "Infrastrukturpaket" der EU, das am 15. März in Kraft getreten ist. Die damit verbundene weitere Liberalisierung des Schienengüterverkehrs in Europa ist gleichzeitig ein nochmaliger Angriff auf die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit der Beschäftigten. Weder für die Eisenbahnsicherheit noch für die soziale Sicherheit gibt es europaweite Regeln.

In Deutschland fällt die Umsetzung der EU-Bahnliberalisierung zusammen mit dem Beginn der Tarifrunde bei der Bahn und dem massiven Unmut unter den beschäftigten über die "Bahnreform" der rot-grünen Bundesregierung. Die trotzige Forderung nach "Vollstreik" statt "Verzettelung" ist daher auch an die bundesdeutschen Gewerkschaftsführungen gerichtet: "Keine faulen Kompromisse! Kein Einknicken in den

Tarifverhandlungen!". Bisher allerdings sind diese Kampfparolen der "BahnerInnen von unten" erst auf ein geringes Echo gestoßen.

Ganz anders in anderen Ländern: Insgesamt sieben europäische Gewerkschaften haben für den 18. März einen europaweiten EisenbahnerInnenstreik ausgerufen - C.G.T. (Spanien), C.U.B. und OR.S.A (Italien), R.M.T. (Großbritannien), SUD-Rail (Frankreich) und S.A.C. (Schweden).

(www.labournet.de)

Flexi à la ver.di

Die Deutsche Angestelltenakademie ist eine der größten Weiterbildungsfirmen in Deutschland. Kontrolliert wird sie von der Gewerkschaft ver.di. Die DAA beschäftigt ungefähr 2.000 Festangestellte und 6.000 Honorarkräfte, Tendenz steigend. Z.Z. wird die Einsparung von jeder dritten festen Stelle diskutiert. Da greift die DAA auch schon mal zu drastischen Maßnahmen: MitarbeiterInnen werden massiv bedroht und mit absurdesten Vorwürfen konfrontiert, um sie zur Kündigung oder zum Aufhebungsvertrag zu drängen - oder aber zur Umwandlung ihres festen Arbeitsvertrages in einen Honorarvertrag.

Ein anderes probates Mittel zur Flexibilisierung ist die Ausgründung in - konzerneigene - Kontraktfirmen. So gehört zur DAA-Stiftung u.a. die Firma INT. Auch sie ist ein Weiterbildungsträger, allerdings außerhalb jeden Tarifs. INT-Beschäftigte bekommen für die gleiche Arbeit weniger Geld, weniger Fahrgeld - und arbeiten dafür länger. Kündigungsschutz und andere ArbeitnehmerInnenrechte sind ebenfalls eingeschränkt. "Die Tatsache, dass die INT eigentlich nur im Binnengeflecht des Unternehmens auftaucht, spricht dafür, dass sie ein reines Instrument ist zum Senken von Personalkosten, zum Umgehen von kündigungsschutzrechtlichen Bestimmungen, Befristungen etc.", so der Arbeitsmarktexperte Stefan Sell im Mitteldeutschen Rundfunk.

Die DAA-Stiftung Bildung und Beruf besteht aus insgesamt 19 Töchtern und hat ihren Hauptsitz in Hamburg. Sie macht einen geschätzten Jahresumsatz von einer halben Milliarde Euro. In dem dreiköpfigen Vorstand sitzen zwei SpitzenfunktionärInnen des ver.di-Bundesvorstandes. Einen Tarifvertrag gibt es bei der DAA nicht.

(www.labournet.de, mdr)

Transportprobleme II

In den meisten Medien weitgehend unbeachtet tobt seit einiger Zeit ein erbitterter Kampf um die europaweite Liberalisierung der Transportdienstleistungen. Die EU hatte bereits im letzten Jahr eine Richtlinie verabschiedet, die eine weitgehende Deregulierung der europäischen Häfen vorsieht. Und bis heute kämpft die ITF und die meisten ihrer Mitgliedsgewerkschaften verbissen gegen die Umsetzung dieser Richtlinie.

Anfang des Jahres hatte die ETF und der International Dock Workers Council (IDC) zu eintägigen Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Tausende von HafenarbeiterInnen in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Deutschland blieben zu Hause. In Antwerpen, einem der größten Häfen Europas, legten 6.000 ArbeiterInnen die Arbeit nieder. Schiffe konnten den Hafen zwar weiter anfahren, wurden aber weder be- noch entladen. Die Häfen von Bourdeaux, Calais, Le Havre und La Rochelle mussten komplett geschlossen werden, in Cherbourg, St. Nazaire und Marseille wurde der Betrieb erheblich verzögert. In Hamburg, Bremen, Bremerhaven und Lübeck haben 5.000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt, in Spanien waren es ebenfalls ungefähr 5.000 Streikende. In Holland wurden die Häfen von Amsterdam, Terneuzen, Vlissingen und Rotterdam bestreikt.

Anfang März versammelten sich 5.000 HafenarbeiterInnen aus Frankreich, Belgien, Spanien und den Niederlanden in Strasbourg, um gegen die Liberalisierungspläne der EU zu protestieren. Als die Demonstration von Aufstandsbekämpfungseinheiten der Polizei aufgelöst werden sollte, wurden Barrikaden errichtet und es entwickelte sich eine heftige Straßenschlacht. Wenige Tage zuvor hatten sich 4.000 HafenarbeiterInnen in Brüssel heftige Straßenschlachten mit der Polizei geliefert. Sie wehrten sich mit Steinen und Feuerwerkskörpern gegen die eingesetzten Wasserwerfer.

In Marseille und in spanischen Häfen kam es auch wieder zu massiven Streikaktionen. Am 10. März kam der Geschäftsverkehr in Marseille zum Erliegen, und am 11. Und 12. März bestreikten 5.000 spanische HafenarbeiterInnen die wichtigsten Häfen des Landes.

(www.labournet.net)

Ford ohne Fiesta

Die Lohnkämpfe in der brasilianischen Automobilindustrie gehen in eine neue Runde. Am 21. März wurde das Ford-Werk in Camacari, Bundesstaat Bahia komplett lahm gelegt, als ca. 4.700 Beschäftigte die Arbeit für zwei Tage niedergelegt hatten. Zuvor hatte die Gewerkschaft ein Unternehmensangebot von einer Lohnerhöhung von 8,1% sowie Bezuschussung der Fahrtkosten und des Essens abgelehnt. Der Konflikt entzündet sich vor allem daran, dass die ArbeiterInnen bei Ford nur etwa zwei Drittel dessen bekommen, was ansonsten in der Region an Löhnen gezahlt wird.

Die Anlage in Camacari ist brandneu. Sie wurde für ca. 1.9 Mrd. US-Dollar erbaut und erst im Oktober 2001 eröffnet. In Camacari werden neben dem neuen EcoSport 550 bis 600 Fiestas pro Tag gebaut. Von den ca. 5.000 Beschäftigten in dem Werk haben ca. 1.700 einen festen Arbeitsvertrag mit Ford. Der Rest arbeitet für mehr als 30 Zulieferfirmen direkt auf dem Ford-Werksgelände.

(www.labournet.de)

Panasonic ohne Sound

Auch im brasilianischen Sao José dos Campos wird gestreikt. Am 26. März sind dort die Beschäftigten eines Panasonic-Werkes in einen unbefristeten Streik getreten. Die Aktion wurde in einer Vollversammlung beschlossen, bei der gleichzeitig das Firmenangebot von Lohnerhöhungen, Job-Garantie, Grundverpflegung und medizinische Betreuung abgelehnt wurde. Die ArbeiterInnen wollen 2.000 Reais (Panasonic bietet 400), Job-Garantien für 90 Tage (Panasonic bietet 30) sowie Grundverpflegung und medizinische Versorgung für sechs Monate.

Panasonic beschäftigt ungefähr 200 ArbeiterInnen in Sao José. Die Geschäftsleitung hat jetzt damit gedroht, die Fertigung von Lautsprechern nach Manaus zu verlagern.

(www.labournet.net)

25. Kreatives Schröpfen. "Verfolgungsbetreuung" auf den Arbeitsämtern

Autor: gg, quer-Redaktion · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:12

Florian Gerster ist Sozialdemokrat, ehemaliger Sozialminister in Rheinland-Pfalz und seit gut zwei Jahren Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA). "Der neue Kriegsherr in Nürnberg" wird er wenig schmeichelhaft von den MitarbeiterInnen der Arbeitsämter genannt - auf Grund seiner drakonischen Vorgehensweise gegen Erwerbslose. Seine Ankündigung, auf den Bundeszuschuss für die BA zu verzichten, bedeutet gleichzeitig, dass die Arbeitsämter in diesem Jahr fast drei Milliarden Euro zusätzlich einsparen sollen - vor allem beim Arbeitslosengeld (Alg). Wie das geschieht, beschreibt folgender Beitrag, den wir leicht gekürzt aus der April-Ausgabe der Arbeitslosenzeitung quer übernehmen

Besonders Erwerbslose mit Arbeitslosengeld (Alg) sollen systhematisch um größere oder kleinere Teile ihrer Lohnersatzleistung gebracht werden. Da Ausgaben beim Alg meist nicht durch die Vermittlung Erwerbsloser in Arbeit zu verhindern sind, wurde in der BA ein ganzes Maßnahmenbündel geschnürt, um Pflichtverletzungen Erwerbsloser zu provozieren und als darauf folgende Strafen Leistungsstreichungen zu ermöglichen.

Provozieren von Säumniszeiten; Generell sollen binnen weniger Monate alle Alg-BezieherInnen mit Rechtsfolgenbelehrung zu (Gruppen-)Informationen geladen werden. Bei Nichterscheinen soll die erste Säumniszeit ausgesprochen und erneut eingeladen werden. Wer ohne einen "wichtigen Grund" (der stringent ausgelegt werden soll) erneut nicht erscheint, erhält keine Leistung bis zur nächsten persönlichen Meldung, mindestens jedoch für vier Wochen. Für das Einhalten der angesetzten Meldetermine soll nur ein "ganz schmales Fenster" geöffnet werden; die Arbeitsamtsbediensteten erhalten dazu präzise Vorgaben. Konkret: Wer wenige Minuten zu spät kommt, erhält die Säumnisstrafe.

Vorsicht an verlängerten Wochenenden! Besonders die Tage rund um Ostern oder andere Feiertage und "Brückentage" wie Freitag, der 2. Mai, haben die ArbeitsamtsstrategInnen für Massenmeldetermine oder -veranstaltungen ausgesucht - in der Annahme, LeistungsbezieherInnen würden da vermehrt nicht erscheinen.

Verdoppelung der Sperrzeiten nach Arbeitsangebot; hatten die ArbeitsamtsmitarbeiterInnen bislang quasi die Wahl zu entscheiden, wie viel Mühe sie aufbrachten, die Arbeitgeberantworten (bei nicht zu Stande gekommenen Arbeitsvermittlungen) nach Sperrzeitanfangsverdachtsmomenten zu durchforsten und zu verfolgen, ist jetzt die strikte Suche nach solchen Verdachtsmomenten angeordnet. Sie haben unverzüglich die "Sperrzeitrelevanz" aller Arbeitgeberrückmeldungen auszuwerten, "verdächtigen" Erwerbslosen eine vierzehntägige Anhörungsfrist einzuräumen, die Zahlung sofort vorläufig einzustellen, nach Rückäußerung oder ungenutztem Ablauf der Anhörungsfrist sofort über die Sperre zu entscheiden und "vermittlungsrelevante Erkenntnisse" aus den Anhörungsverfahren den ArbeitsvermittlerInnen mitzuteilen. Die auf diesem Weg amtsintern erwartete Verdoppelung der Sperrzeitenquote soll zumindest Mehrkosten vermeiden helfen, die durch die Verkürzung der Dauer der ersten und zweiten Sperrzeit auf drei bzw. sechs Wochen entstehen könnten.

Sperrzeit wegen Arbeitslosigkeit ohne wichtigen Grund; um ein Drittel soll die Zahl der Sperrzeiten steigen, die wegen des "Herbeiführens der Arbeitslosigkeit ohne wichtigen Grund" gegen Erwerbslose ausgesprochen werden. Dazu sollen a) die Sperrzeitsachverhalte aus der Sphäre des Arbeitslosen lückenlos aufgeklärt, b) falls erforderlich die Angaben des/r Arbeitslosen beim Arbeitgeber geprüft, c) bei Zweifeln, ob ein Sperrzeitgrund vorliegt, nicht automatisch zu Gunsten des Erwerbslosen entschieden werden

Zugang Arbeitsloser zu Leistungen behindern; bei der Arbeitslosmeldung soll das Erstgespräch zwischen Arbeitslosen und VermittlerIn sofort stattfinden, das BewerberInnenangebot geprüft, Vermittlungsangebote unterbreitet, über Rechte und Pflichten informiert und eine Einladung zum voraussichtlichen Termin des Eintritts der Arbeitslosigkeit genannt werden. Bei einigen Prozent der Erwerbslosen soll das zum sofortigen "Abgang" aus der Leistung, durch die hohe Zahl der Arbeitslosmeldungen zu Einsparungen von Millionenbeträgen beim jeweiligen Arbeitsamt führen.

Für Geld tun sie alles

Sofortige Aufforderung zum Nachweis der Eigenbemühungen; zur Arbeitslosmeldung wird ein "Pflichtenheft" ausgehändigt; binnen weniger Wochen sind Eigenbemühungen der Erwerbslosen zu einem bestimmten Meldetermin nachzuweisen. Hunderte Abgänge aus dem Leistungsbezug werden erwartet wegen Nichtbefolgen der Meldetermine und fehlender Nachweise über Eigenbemühungen. Fehlende Nachweise für einen bestimmten Nachweiszeitraum führen dazu, dass für diesen Zeitraum die "Arbeitslosigkeit" verneint, mithin die gezahlte Leistung zurückgefordert wird.

Aus Familienphase in "rotierende Trainingsmaßnahme"; wer mit Anspruch auf Arbeitslosengeld nur für eine Teilzeitarbeit in Frage kommt oder aus der Familienphase auf den Arbeitsmarkt zurückkehren will, soll sofort einer rotierenden Trainingsmaßnahme mit wöchentlichem Zugang für zwei bis vier Wochen zugewiesen werden. "Bewerberinnen" nach der Familienphase mit einem Alg-Restanspruch werden ebenfalls einer Trainingsmaßnahme zugewiesen, wobei diese "erfahrungsgemäß der Verfügbarkeit entgegensteht" (keinerlei Rücksichtnahme etwa auf Personen, die Kinder zu betreuen haben) - mithin der Leistungsanspruch entfällt.

ABM und berufliche Bildung für Alg-Beziehende; zur Senkung der Alg-Ausgaben soll auch die Anhebung des Anteils vormaliger Alg-BezieherInnen in Maßnahmen der beruflichen Bildung und zur Arbeitsbeschaffung beitragen (im Bereich Bildung von ca. 40% auf 90%, bei ABM von unter 20% auf 70 und mehr Prozent). Die Kürzung der Zuweisungsdauer in ABM auf sechs oder neun Monate soll finanzielle Einsparungen beim Alg bewirken, die allerdings noch nicht oder erst für das kommende Jahr bezifferbar seien.

Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden monatlich je Arbeitsamtsteam ausgewertet. Z.B. wird geprüft, ob durch die Zahl der realisierten Säumniszeiten die vorgegebene Einsparsumme erbracht, ob die angestrebte Zunahme der Sperrzeiten erreicht, ob die je Maßnahme erwartete Zahl der "Abgänge" aus dem Leistungsbezug geschafft wurde usw.

Die ArbeitsamtsmitarbeiterInnen werden bei diesem "zielzahlenorientierten Verwaltungshandeln" vermehrt unter Druck gesetzt. U.a. wurde in Nordrhein-Westfalen, wo seit Jahren drastische personelle Unterbesetzung besteht, zwar durch neue Planstellen eine gewisse Entlastung geschaffen, aber nur wenn das einzelne Arbeitsamt versprach, in seinem Bereich die durchschnittliche Alg-Bezugsdauer um eine Woche zu senken. Bei Nichterreichen dieser Zielsetzung sollen die neuen Planstellen wieder abgezogen werden.

Anleitung zur Schikane

Um einen ausgeglichenen Haushalt der BA zu erreichen, sollen im Jahr 2003 beim Alg 2,83 Mrd. EUR eingespart werden. Der Druck wuchs ab Februar 2003 weiter, als in Folge rapide steigender Arbeitslosenzahlen allein für Niedersachsen/Bremen Mehrausgaben in Höhe von 38 Mio. EUR verzeichnet wurden. Aus dieser Zeit stammt ein Rundschreiben der BA zur "Steuerung des Haushaltsbudgets ohne Bundeszuschuss", wonach alle Aktivitäten zuallererst auf Alg-Beziehende ausgerichtet und "bei den Überlegungen zur Integration von Arbeitslosen die individuelle Höhe der Arbeitslosengeldzahlung (Wie teuer ist der Arbeitslose?) beachtet werden" soll. Hier findet sich der Grund, warum vielen die 2002 noch in Aussicht gestellten Maßnahmen, z.B. berufliche Bildung oder ABM, 2003 mit lapidarem Hinweis auf "geänderte geschäftspolitische Ziele der Bundesanstalt" verweigert wurden und werden.

Um das Ausmaß dieses Angriffs auf Erwerbslose klarzumachen, halte man sich vor Augen, dass Gersters Vorgaben zu Einsparungen beim Arbeitslosengeld erreicht würden, wenn jedem Arbeitslosen sieben Wochen seine Leistung gesperrt würde (So errechnete es ein Arbeitsamtsmitarbeiter.). Als Aktivitäten zur Haushaltssteuerung nennt das Rundschreiben:

- die Einschaltung von Dritten in die Vermittlung,

- den "Quickcheck" auf Sofortvermittelbarkeit und das Starten von Bewerbungsbemühungen umgehend nach Arbeitslosmeldung, auch um "evtl. sogar gewünschte ‚Atempausen` gar nicht erst entstehen zu lassen",

- die Bewerberzielgruppe für die PSA soll "so strukturiert werden, dass bei einer Einmündung die Einspareffekte beim Arbeitslosengeld möglichst hoch sind",

- umgehendes "Einmünden" derjenigen in Maßnahmen, für die dies laut Profiling erforderlich ist,

- "bevorzugte Bearbeitung von Alg-Empfängern bei der Abklärung medizinischer Fragestellungen" durch den Ärztlichen Dienst.

- Langzeitarbeitslose sollen hingegen verstärkt durch Dritte betreut werden, um dadurch entstehende "Freikapazitäten für eine intensivere Betreuung von Personen mit kürzerer Arbeitslosigkeit" nutzen zu können.

Im Februar wurden Vorwürfe laut, im Arbeitsamt bestehe eine "Zweiklassengesellschaft", da BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe gegenüber solchen mit Arbeitslosengeld benachteiligt würden. Dem wurde BA-seitig nicht wirklich widersprochen. Heinrich Alt, für das operative Geschäft zuständiges BA-Vorstandsmitglied, erklärte im Presseinfo Nr. 13/03 der BA: "Jeder Arbeitslose erhält das Angebot, das er braucht, um in den Arbeitsmarkt vermittelt zu werden". Danach sei bei kurzer Arbeitslosigkeit berufliche Fortbildung besonders erfolgreich. (Kein Wunder, denn bei kurzzeitig Erwerbslosen ist - statistisch gesehen - die Arbeitssuche auch ohne Maßnahmen des Arbeitsamtes am Erfolg versprechendsten).

"Bei Langzeitarbeitslosen hätten sich dagegen betriebliche Trainingsmaßnahmen als besonders wirksam erwiesen" (BA-Presse-Information, 3.3.03). "Wirksam" heißt dabei wohlweislich nicht "Vermittlung in Arbeit". Trainingsmaßnahmen sind ein Instrument, die Zahl der "Abgänge" aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbsarbeit zu steigern. Nach Zahlenangaben der BA vom Januar 2003 wurde für das Jahr 2002 eine um ca. 283.000 gestiegene Zahl solcher "Abgänge" errechnet. 233.000 Personen mehr als im Vorjahr verschwanden durch Nichterneuerung der Meldung bzw. fehlender Mitwirkung (zumindest vorläufig) aus der Statistik. Insgesamt wurden damit ca. 1,25 Mio. Personen um Leistungen der Ämter gebracht - ein wahrlich beeindruckendes Ergebnis der sogenannten "aktivierenden Arbeitsmarktpolitik".

gg, quer-Redaktion

Der Originalbeitrag ist unter dem Titel "Vorsicht Fallen!" in der quer, April 2003 erschienen.

26. "Wir müssen das ausbaden". ArbeitsamtsmitarbeiterInnen protestieren gegen Druck auf Erwerbslose

Autor: G. Küster, B. Fuchs; F. Mevenkamp · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:13

Seit März kursiert folgendes Flugblatt, in dem ver.di-KollegInnen aus nordrhein-westfälischen Arbeitsämtern beschreiben, mit welchen Methoden sie Jagd auf Erwerbslose machen sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Beschäftigte der Bundesanstalt müssen wir seit Monaten mit der Frage leben, wie die Politik unsere Institution verändern wird. Versprochen haben die Politiker stets, dass die Bundesanstalt - unabhängig von laufenden Organisationsveränderungen - reformiert, d.h. aus deren Sicht optimiert wird. Hierzu arbeiten die Regierungsfraktionen im stillen Kämmerlein an einem Organisationsgesetz (das so genannte Hartz 3 Gesetz).

Wir als Beschäftigte haben ganz aktuell die neue Geschäftspolitik des Vorstandes auszubaden. Da werden aus Nürnberg unhaltbare Versprechungen abgegeben - nämlich ein BA-Haushalt ohne Bundeszuschuss (und dies bei steigender Arbeitslosigkeit), und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort müssen den Rat Suchenden erklären, dass das SGB III (Sozialgesetzbuch III) nur noch ein grober Rahmen und keine rechtliche Verpflichtung mehr ist. Mit unserem nachstehenden Statement wollen wir aufzeigen, dass die Sozialpolitik von Regierung und Vorstand der BA die Rahmenbedingungen der Beschäftigten der Arbeitsämter erheblich verschlechtert.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich - es sei denn, sie beziehen Arbeitslosen- oder Sozialhilfe. Der Maßnahmenkatalog zur Kürzung der Alg-Bezugsdauer füllt inzwischen schon ganze Aktenordner. Um es sich so einfach wie möglich zu machen, holt man sich das Geld von denen zurück, die es allmonatlich in Milliardenhöhe "verprassen", von den Arbeitslosen. Der BA-Vorstand fordert Arbeitslosengeldeinsparungen in Höhe von 2,89 Mrd. Euro für das Jahr 2003. Dabei schätzen die Verantwortlichen in der BA zu Recht ein, dass mit einer gutwilligen Rückgabe der Gelder durch die Arbeitslosen nicht zu rechnen ist. Also verpflichtet man die Arbeitsämter, diese Summen einzutreiben. Das Einsparzauberwort heißt Sperrzeit und die dazu notwendigen Maßnahmen werden im BA-Unwort des Jahres zusammengefasst: Den Arbeitslosen droht die "Verfolgungsbetreuung".

Konkret bedeutet das: Jede mögliche und unmögliche Gelegenheit zur Verhängung einer Sperrzeit wird genutzt. Der Druck auf die Arbeitslosen macht auch vor den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern nicht halt. Es werden Hitlisten eingerichtet, mit dem Ziel zu schauen, wer in welcher Zeit wie viele Sperrzeiten verhängt. In der Arbeitsvermittlung verschärft sich der Umgangston mit den Arbeitslosen, in der Leistungsabteilung brechen die Kolleginnen und Kollegen unter der Flut von Leistungseinstellungen und Sperrzeitbescheiden zusammen.

Die Frage, ob berechtigte oder unberechtigte Sperrzeit, ist vollkommen unerheblich, in jedem Fall aber störend und somit unerwünscht. Die ArbeitsberaterInnen und ArbeitsvermittlerInnen dürfen Bildungsgutscheine nur noch an BezieherInnen hoher Arbeitslosengeldbeträge ausgeben. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF-UHG) stehen zwar zur Verfügung, sollen aber in einigen Ämtern nicht abgerufen werden, weil mit jedem/r ESF-UHG-BezieherIn in einer Bildungsmaßnahme ein Platz blockiert wird, auf den ansonsten ein/e LeistungsbezieherIn kann, der/die somit unseren Bestand reduziert.

Die Ideenliste zur Schröpfung der Arbeitslosen scheint schier unerschöpflich, ebenso wie der Druck auf die KollegInnen in der BA, diese Ideen umzusetzen. Bei der Betrachtung der arbeitsmarktpolitischen und sozialen Wende dieser Bundesregierung und des ausführenden Vorstandes in Nürnberg kommt man in Entscheidungsnöte, worüber man am meisten empört sein soll:

- Ist es der ungeheure psychische und öffentliche Druck, den man auf die Arbeitslosen macht und ihnen die Schuld an ihrer Situation zuschiebt?

- Ist es die Unverfrorenheit, mit der man durch Gesetzesänderungen Arbeitslose samt ihren Familien in die Armut stürzt?

- Ist es der massive Druck, mit welchem der BA-Vorstand seine MitarbeiterInnen in den Arbeitsämtern zwingt, an der Grenze der gesetzlichen und moralischen Legalität, gegen Arbeitslose vorzugehen?

- Oder ist es die scheinheilige Vertuschungspolitik dieser Bundesregierung, die angesichts fehlender Arbeitsstellen und hoher Arbeitslosenzahlen zu einer massiven Umverteilungspolitik gegriffen hat, die den einen alles nimmt und wenigen anderen noch mehr gibt? Die Entscheidung fällt schwer.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, diese Umverteilungspolitik mache vor den Noch-ArbeitsplatzinhaberInnen halt. Als Beispiel sei nur die Kuschelhaltung der Grünen an die Positionen der CDU in der Frage des Einfrierens der Arbeitgeberanteile an der Krankenversicherung zu nennen. Die politische Forcierung von Leiharbeit ist ein klarer Angriff auf tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse und die Diskussion zum Kündigungsschutz ein weiterer Schritt zur Vogelfreiheit von ArbeitnehmerInnen in unserem Land.

Leider muss man feststellen, dass die Front auf der Seite der Einsparer und Einpeitscher sehr viel geschlossener steht als die Front auf der Seite der Betroffenen. Für Letzteres gibt es nachvollziehbare Gründe:

- Arbeitslose haben einen anderen Erfahrungshintergrund als Menschen, die noch in Arbeit stehen,

- RentnerInnen haben andere Interessen als Beschäftigte und

- Jugendliche haben andere Wünsche als Ältere.

Was uns trotzdem verbindet, ist der berechtigte Wunsch und das Recht auf ein sozial abgesichertes Leben in einer solidarischen Gesellschaft. Wir werden nicht umhin kommen, gemeinsam mit anderen, über viele Interessengegensätze hinweg das zu verteidigen, was wir uns an sozialer Sicherheit in vielen Jahren erkämpft haben. Es steht viel auf dem Spiel, auch für uns - werden wir endlich wach!

Lasst uns daher gemeinsam mit der Interessenvertretung der Beschäftigten in der BA, der Gewerkschaft ver.di, eintreten

- Für eine Sozialpolitik, die diesen Namen noch verdient

- Für Arbeitsbedingungen der BA-Beschäftigten, die diese nicht an den Rand der körperlichen Belastbarkeit führen und in moralische und gesetzliche Konflikte bringen

Gerhard Küster, AA Dortmund

Brigitte Fuchs, AA Bochum

Franz Mevenkamp, AA Münster

27. Die Spitzel von der BKK. Krankenkassen betätigen sich als Hilfssheriffs

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:35

Krankenkassen blasen zur Jagd - auf PatientInnen und ÄrztInnen, die angeblich zu schnell krank schreiben. Neben dem Recht auf Gesundheitsversorgung bleibt dabei auch der Datenschutz auf der Strecke.

Dienste der besonderen Art bietet die Betriebskrankenkasse (BKK) der Stadt Hamburg an. In einem Rundschreiben an 2.000 Firmen heißt es: "Unsere Krankengeldmanagement-Methoden erlauben uns, ‚Blaumacher` bzw. Ärzte, die oft krank schreiben, zu identifizieren. ...Wenn Sie verdächtige Kranke in ihren Reihen vermuten und diese in der BKK Hamburg versichert sind, helfen wir Ihnen gerne." (Hamburger Morgenpost, 28.3.03) Neben einer Hotline-Nummer bietet die BKK den Unternehmen auch ganz konkrete Hilfestellungen an: "In Verdachtsfällen werden wir einen Hausbesuch durch eine unserer kompetenten Mitarbeiterinnen veranlassen. ‚Blaumacher` werden sofort entlarvt. In nicht eindeutigen Fällen intervenieren wir direkt beim Arzt ... oder laden die Versicherten zu regelmäßigen Gesprächen in unser Kompetenzzentrum ein." Als besonderes Bonbon hat die BKK ihrem Schreiben eine Liste mit den Namen von zehn ÄrztInnen beigefügt, "die durchhäufiges Krankschreiben auffällig geworden sind."

Das Vorgehen der BKK hat in Hamburg einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Ärztekammer sprach von einer "schweren Verletzung des Datenschutzes", von "Verleumdung" und einer "gewaltigen Rufschädigung der betroffenen Ärzte" (Hamburger Abendblatt, 28.3.03). Der Hartmannbund sieht das Arzt-PatientInnen-Verhältnis gefährdet und bezeichnete das Verhalten der BKK als "skandalös". Einzelne ÄrztInnen, die Kassenärztliche Vereinigung und die Ärztekammer haben inzwischen rechtliche Schritte angekündigt und eine Sammelklage gegen die BKK eingereicht. Der stellvertretende Datenschutzbeauftragte Dr. Hans-Joachim Menzel teilt die Einschätzung der ÄrztInnen: "Wie es sich darstellt, handelt es sich um einen eindeutigen Verstoß gegen das hamburgische Datenschutzgesetz." Denn die BKK hat die Namen der ÄrztInnen ohne deren Zustimmung und ohne Rücksprache mit ihnen veröffentlicht. Dazu käme, dass die Firmen in dem Schreiben zu "rechtswidrigem Verhalten" aufgefordert würden, wenn sie ihre Beschäftigten ausspionieren ließen. (Hamburger Morgenpost, 29.3.03)

Denunziation und Schwarze Listen

Inzwischen ist das Vorgehen der BKK auch von der zuständigen Aufsichtsbehörde als "rechtswidrig" eingestuft worden. Überprüfungen von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen seien zwar möglich, doch sei dies Aufgabe des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK). Darüber hinaus teilt die Behörde die Auffassung des Datenschutzbeauftragten, wonach personenbezogene Daten nicht ohne weiteres an Dritte weitergegeben werden dürfen. (Hamburger Abendblatt, 3.4.03) Die BKK selbst ist sich keiner Schuld bewusst und gibt sich trotzig. "Die Meinung des Datenschutzes hat für mich nur nachrangige Bedeutung", so Vorstandssprecher Herbert Schulz. Es gehe darum ",Blaumacher` und auffällige Ärzte zu identifizieren, um Schaden von der Versichertengemeinschaft abzuwenden". Dabei wolle er den MDK aus Effizienzgründen "nicht mit so vielen Fällen überhäufen". Schulz bereut die Aktion der BKK nicht und schrödert in bester Stammtischmanier: Nicht Massenentlassungen, Steuergeschenke und Profitgier bedrohen den deutschen Michel und die "Versichertengemeinschaft", sondern "Faulenzer", "Blaumacher" und "Sozialschmarotzer": "Deutschland wird von wenigen ausgeplündert zu Lasten von allen", und er - Schulz - wolle das verhindern. (Hamburger Abendblatt, 4.4.03)

Datenschutz? Interessiert mich nicht!

Der Versuchsballon der BKK ist weit mehr als eine Hamburgensie. Bei dem Bestreben, ihre Kosten zu senken, arbeiten die Kassen Hand in Hand mit den Unternehmern zusammen. Die innerbetriebliche Jagd auf Kranke durch "Krankenrückkehrgespräche", "Blaue Briefe" und andere Formen der Einschüchterung und Repression ist die eine Seite der Medaille, der Druck der Kassen auf ÄrztInnen und PatientInnen die andere. Krankheit wird unter einen generellen Missbrauchsverdacht gestellt, und ÄrztInnen sollen sich in erster Linie als KostendämpferInnen verhalten - zum Wohl der Betriebe und der Kassen und zu Lasten der PatientInnen. Dabei nimmt der Krankenstand in den Unternehmen seit Jahren ab. Unter dem Druck der Krise und der Drohung von Entlassung und Erwerbslosigkeit schleppen sich immer mehr ArbeiterInnen und Angestellte auch

dann noch zur Arbeit, wenn sie ihren kaputten Rücken, ihre Grippe oder ihr angeschlagenes Nervenkostüm besser zu Hause und im Bett auskurieren sollten.

Die BKK in Berlin hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Hamburger Aktion angekündigt, ebenfalls eine Schwarze Liste von "auffälligen" ÄrztInnen zu veröffentlichen. (Hamburger Abendblatt, 29.3.03) Pikanterie am Rande: Die Hälfte der von der BKK-Hamburg denunzierten ÄrztInnen sind ChirurgInnen. Dass die tatsächlich eine Krankschreibequote von nahezu 100% haben, sollte auch dem dümmsten Bürokraten einer Krankenkasse einleuchten.

dk

28. Zwischen Konsens und Konkurrenz. Überlegungen zum Zusammenhang von bürgerlichem Staat und Krieg

Autor: Ingo Stützle · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:19

Weder "Empire" noch "Imperialismus" lautet die These, mit der sich der folgende Beitrag in die Diskussion um die theoretische Einordnung des Irak-Krieges einmischt. Die Frage lautet, wann und warum der kapitalistische Normalzustand des Handelskrieges in einen militärischen Konflikt umschlägt.

Es ist eine Debatte darüber entbrannt, mit welchem theoretischen Werkzeug der Irak-Krieg zu deuten sei: Mit den Thesen, die Negri/Hardt mit "Empire" vorgelegt haben oder, gerade weil diese am aktuellen Konflikt offensichtlich scheitern, mit einer "fundierten Imperialismustheorie" (exemplarisch Binger und dk. in ak 471). Beide Ansätze laufen allerdings ins Leere.

Der Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus scheint selbst nicht mehr erklärungsbedürftig. Während die einen von einem "diffusen permanenten Kriegszustand" (Atzert/Müller, subtropen, Nr. 24) ausgehen, der die globalen Machtverhältnisse restrukturiert, ist für die anderen der Zusammenhang für den Kapitalismus konstitutiv, wird aber nicht erklärt.

Fast alle Kriege nach 1945 - ca. 200 an der Zahl - fanden in Ländern statt, in denen sich die bürgerliche Vergesellschaftung nicht etabliert und durchgesetzt hat. Die meisten Kriege finden in ehemaligen Kolonien statt. Krieg, so könnte die überspitzte und vorläufige These sein, hat mit bürgerlichem Staat erst einmal wenig zu tun.

Dennoch herrschen auch zwischen bürgerlichen Staaten "Kriege": Handelskriege. Die USA haben Ende März 2003 eine Niederlage im Streit um die 30% Schutzzölle auf Stahlimporte vor der Welthandelsorganisation WTO einstecken müssen. Stahlerzeuger und Gewerkschaften seien angesichts des Schiedsspruchs der WTO beunruhigt. Zuspruch kam von der stahlverarbeitenden Industrie. (FAZ 28.03.03)

Die Handelskriege kommen ohne unmittelbare Gewalt und kriegerischen Auseinandersetzungen aus, benötigen aber eine dritte, vermittelnde Instanz. Ausbeutung und Herrschaft findet nicht in der Form von Raubzügen und Plünderungen statt, sondern in der Form des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse. Und diese ist konstitutiv für den Kapitalismus.

In einer kapitalistischen Gesellschaft verhalten sich die Menschen als WarenbesitzerInnen und damit als PrivateigentümerInnen zueinander. Frei von persönlichen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnissen wird ihr Eigentum von einer dritten Instanz garantiert - dem Staat, der relativ autonom von allen Klassen und Klassenfraktionen existiert.

Erst in dieser Form entsteht so etwas wie ein allgemeines Interesse des Kapitals. Davor stehen die Einzelkapitale in Konkurrenz zueinander. Erst über Aushandlungsprozesse in der "bürgerlichen Öffentlichkeit" und dem Diskurs um das "Allgemeinwohl" formuliert der Staat schließlich ein allgemeines Kapitalinteresse. Dieses wird nicht nur gegen, sondern auch mit der Zustimmung der ausgebeuteten Klasse durchgesetzt. Der Staat muss alle Interessen in einen herrschaftsförmigen Konsens bringen. Die StahlproduzentInnen müssen sich ebenso wie die StahlarbeiterInnen damit abfinden, dass auch das Interesse der stahlverarbeitenden Industrie Berücksichtigung finden muss.

Die Staaten haben sich räumlich herausgebildet, als Nationalstaaten. Die Souveränität nach innen ist notwendig mit der Souveränität nach Außen, d.h. in Konkurrenz zu anderen Staaten verbunden. Dies ist die Sphäre des Völkerrechts, das auf der Anerkennung der Territorialstaaten als formell gleiche, als territoriale Rechtssubjekte beruht. Die Gleichheit bezieht sich aber allein auf das Grundrecht der Achtung und beschränkt sich auf die Respektierung der Souveränität als Form. Inzwischen wird selbst diese nicht mehr garantiert. Aber jedes Gerede vom Souveränitätsverlust übersieht, dass der (National-)Staat zum einen nie souverän gegenüber seiner ökonomischen Grundlage und die Souveränität nach außen immer nur eine der Form nach war.

Handelskrieg als kapitalistischer Normalzustand

Das Völkerrecht kann als Versuch der Rationalisierung von Herrschaftsverhältnissen zwischen den Staaten verstanden werden. Damit sind die internationalen Institutionen aber nicht Zweck an sich, sondern Mittel, die den "äußeren" sozialen Frieden garantieren sollen. Auch hier gilt, dass sich in einem konflikthaften Prozess eine Art kapitalistisches Allgemeininteresse herausbildet - und das nicht erst seit der Entdeckung des "Empire". So 1900, als die USA, Großbritannien, Japan, Frankreich und Deutschland gemeinsam in China den "Boxer"-Aufstand niederschlugen, um ihrem gemeinsamem Interesse an der Existenz und Sicherung ihrer Kolonialherrschaft Geltung zu verschaffen.

Mit der Globalisierung hat sich die räumliche Struktur der Produktion, der Arbeitsteilung und damit der Wertschöpfungsketten grundlegend verändert - damit auch die Kräfteverhältnisse der Kapitalfraktionen in den Nationalstaaten. Die Staaten internationalisieren sich sozusagen von innen heraus. Aber dk. (ak 471) liegt mit einem seiner Bausteine - Imperialismus als globalisiertes und dynamisches Kapitalverhältnis - für eine Imperialismustheorie in so weit falsch, als hiermit überhaupt nicht geklärt ist, warum sich diese Dynamik kriegerisch äußern muss. Es müsste gezeigt werden, warum die Form des Handels der Reproduktion des Kapitalverhältnisses nicht mehr adäquat ist.

Vor diesem Hintergrund können die Argumente, warum ein Krieg wie der gegen den Irak geführt, diskutiert werden. Ich werde hier zwei herausgreifen und kurz skizzieren.

Nationalstaat und Völkerrecht

Erst müsste begründet werden, warum Öl so wichtig ist. Auch wenn es banal scheint, geht es im Kapitalismus nicht um den Stoff, sondern um Profit. Öl bildet die stoffliche Grundlage für den Großteil der gegenwärtigen Warenproduktion. Fünf Länder (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien) verbrauchen über 50% des weltweit geförderten Öls. Es muss also eine allgemeine Zugänglichkeit gewährt werden, um die Verwertung zu garantieren. Das bedeutet aber nicht, dass die USA per se an einem niedrigen Ölpreis interessiert wären. Vielmehr geht es um die Kontrolle des Marktes. Ein zu niedriger Ölpreis würde die Förderung in Alaska und Texas unprofitabel machen. Auch hier muss ein Kompromiss zwischen Kapitalfraktionen gefunden werden. Ebenso würde ein zu niedriger Ölpreis in den ölfördernden Ländern soziale Konflikte auslösen, die die Instabilität in der Region weiter erhöhen würde. Ähnliches ließe sich für einige Länder der "Koalition der Willigen" skizzieren. Auch hat es wenig Sinn immer wieder auf die Bush-Administration und ihre Verbindung zu der Ölindustrie zu verweisen. (1) Nach den Ausführungen sollte klar sein: Der bürgerliche Staat ist eine "subjektlose Gewalt" die keine unmittelbaren ökonomischen Interessen durchsetzen kann. Dies ist nicht die Form bürgerlicher Politik.

Gegenüber Europa als Wirtschaftsblock sieht die Sache etwas anders aus. Seit den 70er Jahren ist die Rolle des Dollars als Weltgeld geschwächt. Bereits der Iran handelt sein Öl in Euro und auch der Irak hat im Jahr 2000 die beschränkten Lieferungen in Euro abgerechnet. Der Dollar verliert somit eine wesentliche Basis als Öl-Handelswährung. Auch China will seine Devisen in breitem Rahmen in Euro tauschen und damit die Abhängigkeit vom Dollar verringern. Die Schwächung des Dollars als Weltgeld hätte negative Folgen für eine monetäre Durchdringung des Weltmarktes ohne kriegerische Mittel. Auch könnte sich die USA kein derartiges Zahlungsbilanzdefizit leisten, wie sie es zur Zeit aufweisen.

Ein weiteres Argument, das immer wieder fällt, ist der Drang der USA zur Weltherrschaft in Form eines harten Unilateralismus. (2) Ein strukturelles Merkmal der Weltordnung ist das Streben der bürgerlichen Staaten nach Ausdehnung von Handlungsoptionen. Aber mit ihrem "Beinahe-Alleingang" haben die USA gezeigt, dass sie keine Hegemonialmacht sind. Weder militärische noch ökonomische Macht reichen aus, um die Hegemonie eines Staates zu konstituieren. Ein Hegemoniekonzept sollte der traditionellen Imperialismustheorie gerade deshalb überlegen sein, weil es das Augenmerk auf das strategische Verhalten der dominanten Staaten richtet und auf die Art und Weise, wie die Interessen anderer Akteure berücksichtigt und eingebunden werden.

In der Gruppe der "Willigen" waren entweder die Staaten vertreten, die von dem USA vollkommen abhängig sind oder die, die sich daraus einen strategischen Vorteil erhoffen. Die osteuropäischen Staaten ebenso wie Spanien wollen die Dominanz von Frankreich und Deutschland in der EU brechen. Großbritannien hat durch sein Verhalten klar gemacht, dass die EU ihre "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" nicht ohne Zustimmung aus London realisieren kann.

Für die USA wie für Frankreich und Deutschland gilt, dass ihre Hegemonie Risse bekommen hat. Die Initiative von Belgien und Frankreich, einen gemeinsamen Außenminister zu installieren und die gemeinsame Kriegsfähigkeit voran zu treiben, zeugt nicht nur von dem Versuch, die eigenen Interessen gegenüber den USA nachhaltiger vertreten zu können. Es bedeutet auch eine institutionalisierte Form der Souveränität, aus der einzelne EU-Mitglieder nicht mehr einfach ausscheren können.

Die "normale" Form der Außenbeziehung bürgerlicher Staaten ist die des Außenhandels und nicht die des Krieges. Das bedeutet allerdings nur eine andere Form von Ausbeutung und Herrschaft. Auf Grund des expansiven und krisenhaften Charakters der kapitalistische Produktionsweise ist der Krieg dem Kapitalismus keineswegs äußerlich. Die These, dass bürgerliche Staaten mit Kriegen nichts zu tun haben, muss zurückgenommen bzw. präzisiert werden.

"Neue" Kriege zwischen Öl und Hegemonie

Allerdings muss gezeigt werden, warum eine "normale" Form zwischenstaatlicher Beziehung nicht bzw. nicht mehr möglich ist. Es können zumindest drei Formen von Krieg festgehalten werden. 1) Kolonialisierungskriege, die nicht-kapitalistische Gesellschaftsformationen in die warenförmige Reproduktion gewaltförmig integrieren wollen. 2) Kriege, die geführt werden, weil die Außenhandelsbeziehungen, die für die interne Reproduktion notwendig sind, nur über Gewalt aufrecht erhalten oder hergestellt werden können. Kriege benötigen immer eine materielle und soziale Grundlage. Diese sind nicht auf ökonomische Interessen zu reduzieren, sondern umfassen auch die Erlangung breiterer machtpolitischer Handlungsoptionen innerhalb des bestehenden Machtgefüges: 3) besteht der Kapitalismus als Weltsystem aus verschiedenen, hierarchisch strukturierten kapitalistischen Produktionsweisen. Dominante setzen sich in der Konkurrenz durch. Verweigern sich Staaten bei der Durchdringung, findet diese kriegerisch statt.

Wenn die AnhängerInnen von Negri und Hardt darüber klagen, dass die USA nicht auf der Höhe des "Empire" seien, so ist das skurril. Gleichzeitig sollte aber in der Linken endlich auch eingeräumt werden, dass auf eine "fundierte Imperialismustheorie" nicht "zurückgegriffen" werden kann. Das bedeutet keineswegs eine Absage an theoretische Anstrengungen, sondern unterstreicht vielmehr deren Notwendigkeit.

Ingo Stützle

Anmerkungen:

1) Ein solches leninistisch verkürztes Imperialismus-Verständnis ist mit "Empire" noch lange nicht überwunden (u.a. "Empire", S. 241ff.). So verweist bspw. Negri auf die Interessen der "republikanischen Gruppe" um Bush, oder werden die globalen Institutionen wie IWF und WTO als "Instrumente" der Multis dargestellt (subtropen, Nr 23)..

2) "Amerikas Unilateralismus bedeutet weit mehr als eine imperiale Neuordnung der Welt - es geht um die absolute (sic!) Weltherrschaft." Mohssen Massarrat, Freitag 7.3.03.

29. Hochgeistige Primitivität. Gedanken zu Martin Heidegger anlässlich seiner Rektoratsrede am 27. Mai 1933

Autor: Klaus-Peter Lehmann · Rubrik: Philosophie; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:04

Nach vielen und guten Veröffentlichungen sind die Fakten über Martin Heideggers bekenntnishafte Zugehörigkeit zur NSDAP bekannt. (1) Die hier zum Anlass einer Beschäftigung mit seinem Denken genommene Freiburger Rektoratsrede steht neben Bekenntnissen zu Adolf Hitler und seiner Politik, aktiver Förderung der studentischen SA und Kultreden für Leo Schlageter. Auch sein Rückzug aus der NS-Politik war nicht weltanschauliche Abwendung vom Nationalsozialismus, sondern Kritik an seiner verblassenden Reinheit.

Heideggers Philosophie fehlt nicht nur eine Ethik, sie ist ausdrückliche Absage an ein solches Unterfangen. Heidegger hat nie ein Wort des Bedauerns über sein Engagement für den Nationalsozialismus ausgesprochen, nicht einmal für die Opfer seiner Völkermordpolitik. Vielmehr erklärte er 1949 bei einem Vortrag in Bremen: Ackerbau ist jetzt motorisierte Ernährungsindustrie, im Wesen das Selbe wie die Fabrikation von Leichen und Gaskammern. (2) Dieser Satz zielt zwar auf eine - allerdings reaktionäre - Kultur- und Technikkritik, entscheidend ist seine mitmenschliche Empfindungslosigkeit. So bestand schon Heideggers Beschreibung des Gewissensphänomens in seinem Hauptwerk Sein und Zeit darin, alle humanen Regungen zu diffamieren und aus der Bestimmung des Gewissens herauszuhalten.

Der umstrittene Punkt heutiger Heidegger-Rezeption liegt nicht im mangelnden Wissen über seinen Lebenslauf oder sein Denken, sondern in der weitgehenden Unfähigkeit oder Weigerung, Heideggers Bekenntnis zum Nationalsozialismus als die Gestaltwerdung der zentralen Gedanken seiner Philosophie zu würdigen. Immerhin hatte er selbst es so gesehen. Selbst Habermas schrieb in seinem Vorwort zu Farias Buch: "Aber das Heideggersche Werk, vor allem Sein und Zeit, hat einen so eminenten Stellenwert im philosophischen Denken unseres Jahrhunderts, dass die Vermutung abwegig ist, die Substanz dieses Werkes könne durch politische Bewertungen von Heideggers faschistischem Engagement mehr als fünf Jahrzehnte danach, diskreditiert werden." (3)

Farias gelang in seinem Buch der überzeugende Nachweis philosophischer Parallelen zwischen nationalsozialistischer Menschen- bzw. Geschichtsauffassung (Heroismus, Wiederbelebung einer herrischen Antike) und dem Heideggerschen Existenz-Ideal. Das hochgeistige Werk "Sein und Zeit" ist dem primitiven Machwerk "Mein Kampf" näher als manche denken oder sich eingestehen wollen. Doch solcherart Eingeständnis verlangt die Demontage eines Genius im Pantheon der Geistesgeschichte. Wer weiß, welche Abbrucharbeiten dem folgen müssten?

Der jüdische Philosoph Emmanuel Levinas hat in Heideggers Philosophie den Gipfelpunkt der abendländischen Denktradition gesehen, die, vom Imperialismus des Seins besessen, die Ethik stiefmütterlich behandelte, und deshalb im Herrenmenschentum enden musste. (4) In diesem Artikel geht es allerdings um eine bescheidenere Fragestellung: die nach der Zusammengehörigkeit von Hochgeistigem und Primitivem im Denken Heideggers.

Bekenntnis zu Primitivität und Heldenkult

Primitiv sein heißt aus innerem Drang und Trieb dort stehen, wo die Dinge anfangen primitiv zu sein, getrieben zu sein von inneren Kräften. Gerade deshalb, weil der neue Student primitiv ist, hat er die Berufung zur Durchführung des neuen Wissensanspruchs. (5) Mit diesen Worten huldigte Martin Heidegger am 30. 11. 1933 vor der Tübinger Studentenschaft der Genesung des deutschen Wesens durch die SA.

Besonders Heideggers berühmt-berüchtigte Rede zur Übernahme des Rektorats der Universität Freiburg im Mai 1933 liest sich wie eine höhere Weihe für gewaltvolle Kräfte, die in einer Schicksalsstunde zur Macht drängen, aber der Klarheit bedürfen durch ihre Verwurzelung im Wesen der deutschen Universität ... Dieses Wesen aber kommt erst zu Klarheit, Rang und Macht, wenn zuvörderst und jederzeit die Führer selbst Geführte sind - geführt von der Unerbittlichkeit jenes geistigen Auftrags, der das Schicksal des deutschen Volkes in das Gepräge seiner Geschichte zwingt. Wissen wir um diesen geistigen Auftrag? Sind wir,

Lehrerschaft und Schülerschaft dieser hohen Schule, in das Wesen der deutschen Universität wahrhaft und gemeinsam verwurzelt? Hat dieses Wesen echte Prägekraft für unser Dasein? (6)

Das hört sich an wie eine Predigt zur Erlösung durch dumpf organisierte Brutalität. Der Leitgedanke dieser Rede ist folgender. Erst durch den Wissensdienst, der in die härteste Selbstbesinnung führt, kommt der Nationalsozialismus zu seiner eigentlichen Tiefe, indem er sich durch ihn wissend und wollend an das den Deutschen von Anfang her verfügte Schicksal anbindet und sich für es scharf hält im Kampf um das volklich-staatliche Dasein. Heidegger erhebt den Anspruch, den Wissensdienst der Universität als gleichursprünglich neben den Arbeits- und Wehrdienst zu stellen. Er stählt und schärft das wesentliche Wissen des Volkes um sein ganzes Dasein zum Schicksalskampf, den unser Volk - mit der Machtübernahme Hitlers - in seine künftige Geschichte angetreten hat. Eine im Jahr 1933 in Freiburg verkaufte Ansichtspostkarte zeigt den von der Partei eingesetzten Rektor der Universität an der Spitze der Freiburger SA - der Heideggersche Wissensdienst als Vortrupp der NS-Bewegung. (7)

Unter welchen Bedingungen kann Wissenschaft wahrhaft bestehen, fragt sich Heidegger. Nur dann, wenn wir uns wieder unter die Macht des Anfangs unseres geistig-geschichtlichen Daseins stellen. Dieser Anfang ist der Aufbruch der griechischen Philosophie. (8)

An der hier erstmalig formulierten Auffassung, dass sich die wahre geistige Kraft des Abendlandes von ihrem Ursprung in Griechenland ausgerechnet nach Deutschland spannt, hielt Heidegger stets fest. Derselbe Gedanke der Wesenseinheit von griechischer und germanischer Kultur gehörte zu Hitlers Weltbild: "Der Kampf, der heute tobt, geht um ganz große Ziele: eine Kultur kämpft um ihr Dasein, die Jahrtausende in sich verbindet und Griechen- und Germanentum gemeinsam umschließt." (9)

Für Heidegger geht es um den Geist, der unserem Sein in seiner Eigentlichkeit standhält. Zu sich selbst kommt der Mensch nach Heidegger erst, wenn er dem nacktem Kern seiner Existenz, ihrer Geworfenheit vor den Tod, nicht mehr feige auszuweichen versucht. Dieser reine Heroismus verbindet für ihn griechische Antike und Deutschtum. Es geht dabei um die wissende Entschlossenheit zum Wesen des Seins, die als tiefste Bewahrung seiner erd- und bluthaften Kräfte ... dem Volke Größe verbürgt. Allerdings nur, wenn es die ständige Entscheidung zwischen dem Willen zur Größe und dem Gewährenlassen des Verfalls als das Schrittgesetz seiner Geschichte bejaht. Im ständigen heroischen Kampf um sein eigenes Wesen (10) und gegen die abgelebte Scheinkultur erfüllt unser Volk seinen geschichtlichen Auftrag. Der Wesenswille der Lehrerschaft ... und der Wesenswille der Schülerschaft ... müssen sich zum Kampf stellen. Alle willentlichen und denkerischen Vermögen, alle Kräfte des Herzens und alle Fähigkeiten des Leibes müssen durch Kampf entfaltet, im Kampf gesteigert und als Kampf bewahrt bleiben. (11)

Die Verherrlichung des Todes, als Kampf hier und als Existenz-Ideal dort, verbindet die Rektoratsrede mit Heideggers Kult um das NS-Wesen und mit seiner philosophischen Hauptschrift Sein und Zeit. Der mythologischen Überhöhung der menschlichen Existenz zu völkischem Kampf und Schicksal auf der einen Seite entspricht die Reduktion des Einzelnen auf ein inhaltsleeres Sein zum Tode auf der anderen Seite.

Einen Tag vor seiner Rektoratsrede redet Heidegger bei einem Gedenkaufmarsch für Leo Schlageter, jenen Freikorpskämpfer, der wegen seiner Bombenanschläge von den französischen Ruhrbesatzern standrechtlich erschossen wurde und bei den Nazis als Heldenopfer für die nationale Sache galt. Ganz in den Gleisen des NS-Kultes um Schlageter ruft Heidegger aus: Harten Willens und klaren Herzens starb Leo Schlageter seinen Tod, den schwersten und größten. Freiburger Student, lass die Kraft der Heimatberge dieses Helden in deinen Willen strömen. (12) Für Heidegger übernimmt Schlageter den Tod als eigenste, unbezügliche, unüberholbare Möglichkeit und verwirklicht das heroische Existenzideal von Sein und Zeit. (13)

Verkörperte der Freikorpsschärler Schlageter für Heidegger die heroische Existenz, so Adolf Hitler das deutsche Schicksal selbst. Nicht Lehrsätze und Ideen seien die Regeln eures Seins. Der Führer selbst und allein ist die heutige und künftige deutsche Wirklichkeit und ihr Gesetz. (14)

Kampf in der SA für den reinen Nationalsozialismus

Um für den Führer an der Front des Wissensdienstes zu kämpfen, trat Heidegger im März 1933 in die "Kulturpolitische Arbeitsgemeinschaft Deutscher Hochschullehrer" ein, die NS-Fraktion im deutschen Hochschulverband, der Standesorganisation der Hochschullehrer. Die führenden Köpfe einer

Universitätsreform im nationalsozialistischen Sinne waren E. Krieck, A. Bäumler und M. Heidegger. Was die Gleichschaltung des Hochschulverbandes und die Einführung des Führerprinzips anging, waren sich die drei einig. Erhebliche Differenzen gab es auf ideologischem Gebiet. Krieck, der in der NSDAP den Ruf des "Philosophen der Zeitwende" hatte, wollte im Frühjahr 1933 ein kulturpolitisches Programm von der NS-Fraktion der Hochschullehrer verabschieden lassen. Diesem widersetzte sich Heidegger vehement, weil er dessen Rassenideologie ablehnte. Heidegger hielt Krieck für einen Mann von subalterner Gesinnung, den die heutige Phraseologie von Blut und Rasse daran hindere, die wirkliche Größe und Schwere der Aufgabe zu begreifen. (14) Diese hatte für ihn eine (anti)metaphysische und eine politische Seite. Heidegger sah sich in der Nachfolge Nietzsches als den Zerstörer der Metaphysik. Die Rassenideologie betrachtete er als eine Art Metaphysik von unten, die durch ihr Festhalten an einem Weltbild dem Erreichen der Gänze des Daseins im Tode (15) wieder nur ausweiche. Für Heidegger hielt sich die NS-Bewegung noch immer viel zu sehr an das Politische, das Vordergründige, statt im reinen Heroismus zu stehen, in der gänzlichen Konzentration auf des Eigentliche, den Tod. Ihm schwebte eine reine Kultur des Heroismus vor, in der die Todgeweihtheit des menschlichen Lebens als Schicksal standhaft übernommen wird und als einziger Inhalt ihren Altar schmückt.

Deshalb kämpfte Heidegger nach der ersten Erweckung für eine zweite und tiefere Erweckung, die alles geistig Fassbare als vordergründig ideologisch abstreift und nur noch das Nichts der Existenz gelten lässt. Ein Kulturprogramm, das so unverblümt den heroischen Dezisionismus, den Heldentod allein und damit die Nichtigkeit des menschlichen Lebens vergöttert, sucht seinesgleichen. Es ist politisch auch kaum umsetzbar. Heideggers Rückzug aus der vordersten Front politischer Aktivität nach dem sogenannten Röhm-Putsch ist darauf zurückzuführen, dass sich in seinen Augen der vordergründige ideologische Pragmatismus durchgesetzt hatte und er für seinen eigentlichen reinen Nationalsozialismus keine Zukunft mehr sah.

Von Hitler verzaubert

R. Safranski kommt in seinem Heidegger-Buch mit dem treffenden Titel "Ein Meister aus Deutschland" zu dem Schluss, dass Heidegger von Hitler in jeder Hinsicht hingerissen war. Als der Philosoph Karl Jaspers seinen Fachkollegen Heidegger im Juni 1933 ein letztes Mal besuchte, fragte er ihn, wie ein so ungebildeter Mann wie Hitler Deutschland regieren könne. Heidegger, der offenbar von Hitler verzaubert war, antwortete: Bildung ist ganz gleichgültig ... sehen Sie nur seine Hände an. (16)

In der Machtübernahme Hitlers sah Heidegger ein metaphysisches Ereignis. Heidegger glaubte an Hitler. Seinen Enthusiasmus für den Führer als Fauxpas eines an sich grundanständigen Philosophen zu betrachten, dürfte den wahren Sachverhalt verfehlen. Immerhin beruft sich Heidegger 1933 immer wieder auf die Befehlskraft der neuen deutschen Wirklichkeit, die in seiner Philosophie enthüllt werde. Der geschichtliche Augenblick des eigentlichen Seins, das Heidegger in seinem Hauptwerk Sein und Zeit als Sein zum Tode vorstellte, war für ihn 1933 gekommen. Hitler war für Heidegger ein neuer Akt in der Seinsgeschichte, der große zweite Waffengang nach dem ersten Anfang bei der griechischen Philosophie. 17) Ist es denn so schwer nachzuvollziehen, dass eine Philosophie, für die die heroische Verwegenheit zum Tode (18) das Ideal ist, in der kriegsverherrlichenden Heldenkultur der NS-Bewegung ihre Stunde kommen sehen musste?

Mit dem heroischen Ideal korrespondiert der Kampf, der den Erfordernissen der Schicksalsstunde nicht ausweicht, sondern sie entschlossen in äußerster Vereinfachung des Blickes auf das Unumgängliche (19) bejaht. Weil es hier um die schicksalhafte Gewalt eines erlösenden Durchbruchs des deutschen Volkes zu seinem eigenen Wesen geht, muss das Unumgängliche auch unerbittlich und gnadenlos durchgesetzt werden. Die neue Schicksalsstunde braucht verwegene, skrupellos entschlossene, gewissenlose Helden. Es handelt sich hier um das Ideal eines verschwiegenen, zu allem bereiten Menschen. Ihn stellte Heidegger mit seiner Gewissensauslegung in Sein und Zeit schon 1927 vor. Gewissen bedeutet für Heidegger die Übernahme der wesenhaften Gewissenlosigkeit. (20) Heideggers gewaltsame Umdeutung des Phänomens des Gewissens läuft auf eine verschwiegene Entschlossenheit hinaus. Die Skrupellosigkeit erscheint als Kern des Gewissens. Diese Seiten in Sein und Zeit lesen sich wie eine Verherrlichung dumpfer Todesbereitschaft mit den Mitteln hochgeistiger Philosophie. (21)

Gewissenhafte Skrupellosigkeit

Diese ausgezeichnete, im Dasein selbst durch sein Gewissen bezeugte eigentliche Erschlossenheit - das verschwiegene, angstbereite Sichentwerfen auf das eigenste Schuldigsein - nennen wir Entschlossenheit ...

Wenn die Analytik als existentiell eigentliches Seinkönnen die vorlaufende Entschlossenheit zugrundelegt, zu welcher Möglichkeit das Dasein selbst aufruft, ist die Möglichkeit dann eine beliebige? ... Hat das In-der-Welt-sein eine höhere Instanz seines Seinskönnens als seinen Tod? (22)

Ausgangspunkt von Heideggers Existentialphilosophie ist die Geworfenheit der menschlichen Existenz. Wie unreflektiert und willkürlich ein solcher Ansatz für das Nachdenken über das Sein des Menschen ist, macht eine einfache sprachliche Überlegung deutlich. Menschen werden geboren, geworfen aber werden Tiere. Für Heidegger ist diese Zurückführung der menschlichen Existenz auf eine ursprüngliche Einsamkeit, die in der von allem Sozialen isolierten Unbezüglichkeit ihres Todeshorizontes zu ihrer Eigentlichkeit findet, wegweisend auch für die Untersuchung dessen, was gemeinhin Gewissen genannt wird. Gewissen hat der Mensch für Heidegger nur in Bezug auf seinen Tod, weil er Sein zum Tode ist. So werden alle sozialen Bezüge wie Schuldgefühle, Rechtsprobleme oder Verantwortung als unwesentlich aus der Bestimmung dessen, was Gewissen ist, herausgehalten. Da jedoch die Sozialität, bei Heidegger das Mitsein, nicht abgelegt werden kann, kommt er zu der Konsequenz, dass der Mensch faktisch notwendig gewissenlos handelt und immer schuldig wird. Für Heidegger besteht das rechte Gewissen darin, die mit der eigenen Geworfenheit unvermeidbare wesenhafte Gewissenlosigkeit zu übernehmen.

Das alles lässt sich auch einfacher ausdrücken. Aufgrund der prinzipiellen Einsamkeit des Menschen ist es sein Schicksal, dass er a-sozial ist, und das Schicksal der Welt, dass sie unverbesserlich schlecht ist. Gewissen hat in diesem Horizont nichts mehr mit sozialer Rechenschaft zu tun. Es ist der verschwiegene Entschluss in der schicksalhaften Situation, den unheimlichen Ruf des eigenen Seins zum Tode still zu tragen. Gewissen ist für Heidegger der Entschluss, niemandem verantwortlich zu sein, weil es keine Verantwortung gibt. Eigenartig bleibt, dass es dennoch diesen Entschluss geben soll. Heideggers Dezisionismus ist die gewaltsame Verabschiedung von aller sozialen Verpflichtung. (23)

Die Inthronisierung des Todes als höchste Existenzmöglichkeit (24) zwingt zur gewaltsamen Uminterpretation des Gewissens als eines Rufs aus der sozialen Verbindlichkeit heraus, statt wie traditionell üblich in sie hinein. Im Denken an den Tod als meiner Erfüllung mutiert das Gewissen zur Gewissenlosigkeit. Es geht nur noch um das nackte Daß im Nichts der Welt. (25) Hochgeistig ist Heideggers Gedankengang, weil er versteht, die Gewissenlosigkeit, den tödlichen Egoismus des heroischen Existenzideals als das einzig wahre Gewissen darzustellen. Verklausuliert wird hier gesprochen von der dem Heroismus innewohnenden Skrupellosigkeit als der eigentlichen Tugend. Heideggers Philosophie ist schamloser Aufruf zur Verantwortungslosigkeit.

Aufruf zur Bosheit

Heidegger spürt, auf welch fragwürdigen Pfaden er philosophiert. Fragt er sich doch in seinem Hauptwerk: Aufrufen zum Schuldigsein, sagt das nicht Aufruf zur Bosheit? Die Frage drängt sich auf, wenn das Gewissen bestimmt wird als Vorrufen auf das Seinkönnen, das ich je schon als Dasein bin, also als Wahl im Blick auf meine eigenste Existenzmöglichkeit als Sein zum Tode. Heidegger vermag die sich selbst gestellte Frage nicht zu entkräften. Zunächst wehrt er ab: Diesen Rufsinn wird auch die gewaltsamste Interpretation dem Gewissen nicht aufbürden wollen. Was soll dann aber Aufrufen zum Schuldigsein noch besagen? Mit der Antwort auf der folgenden Seite bestätigt Heidegger seine Selbstverdächtigung: So wird das Gewissen-haben-wollen zur Übernahme der wesenhaften Gewissenlosigkeit, innerhalb der allein die existenzielle Möglichkeit besteht, gut zu sein. (26)

Safranski erwähnt in seinem Heidegger-Buch eine interessante Begebenheit. Heidegger hatte im Herbst 1929 zusammen mit Elisabeth Blochmann die nächtliche Andacht in einer Abteikirche besucht. Zu ihrer Überraschung hatte die Nachtmesse den Kirchenverächter beeindruckt. Das Nachterlebnis wurde ihm zum Symbol für das Hineingehaltensein der Existenz in die Nacht und der inneren Notwendigkeit der Bereitschaft für sie. In einem späteren Brief an E. Blochmann erläutert er: wir sollen ganz leben, im Angesicht der Nacht und des Bösen - nach unserem Herzen. Entscheidend ist dieses urgewaltige Negative: nichts in den Weg legen der Tiefe des Daseins. Das ist es, was wir konkret lernen und lehren müssen. (27) Safranski knüpft daran die Vermutung an, dass Heidegger sich als Verführer sah. Entscheidend bleibt, dass er in seinem philosophischen Fixiertsein auf die Nacht des Todes seine Besessenheit von der Macht des Bösen ahnte.

Was ist primitiv?

Dieses konsequente Philosophieren im Schatten des Todes, das darauf abzielt die soziale Empfindung abzutöten. Die Isolierung des Ich aus allen sozialen Bezügen. Die Geschlechtlichkeit des Menschen, Liebe und Kinder kommen in Heideggers Philosophie nicht vor. Soziale Verantwortlichkeit, Recht und Weltgewissen gehören zur Sphäre des uneigentlichen Seins oder werden als zweifelhafte Erfindungen denunziert. (28) Mit dem Gedankengang von der wesenhaften Gewissenlosigkeit rechtfertigt Heidegger auf hohem philosophischem Niveau eine dumpfe, unreflektierte und gefährliche Alltagseinstellung: Ich kann sowieso nichts ändern, die Welt ist unverbesserlich schlecht, die anderen sind auch nicht besser, jeder muss sein Schicksal allein tragen. Die Übernahme der Gewissenlosigkeit, wenn die Schicksalsstunde uns in das Gepräge unserer Geschichte zwingt, ist von hieraus nur der nächste Schritt, die Wendung zur Aktion.

Heideggers Existential-Philosophie ist wie eine präparierte Schablone für die brutalste Form einer Herrschaftsideologie. Erstere glorifiziert den gewaltsamen Tod als heroisches Opfer. In der letzteren wird er zusätzlich notwendige Tat. Beide bilden den Inhalt einer Kultur, die ihre Grausamkeit zum Schicksal der Geschichte mythologisiert. In seiner Rektoratsrede formuliert Heidegger die Herrschaftsideologie. Hier entpuppt sich die Existenz seines passiven und dumpfen Sein zum Tode als Warten auf die Gelegenheit zur primitiven Aktion.

Klaus Peter Lehmann

Anmerkungen:

1) H. Ott, Martin Heidegger, 1988; V. Farias, Heidegger und der Nationalsozialismus, 1989; R. Safranski, Ein Meister aus Deutschland, 1994

2) Safranski, S. 475

3) Farias, S. 14

4) "Die Heideggersche Philosophie ... ist Zielpunkt einer langen Tradition von Heldenstolz, Herrschaft und Grausamkeit" (Levinas, Die Spur des Anderen, S. 193). "Er begreift, wie die ganze abendländische Geschichte, die Beziehung mit dem anderen Menschen als etwas, das sich im Schicksal der sesshaften Völker, der Völker, die die Erde besitzen und bebauen, abspielt. Der Besitz ist in ausgezeichneter Weise die Form, unter der das Andere das Selbe wird, weil es meines wird. Indem Heidegger die Herrschaft der technischen Macht kritisiert, verherrlicht er die vortechnische Macht des Besitzes ... Als Philosophie der Macht ist die Ontologie eine Philosophie der Ungerechtigkeit ... bleibt die Heideggersche Ontologie, die das Verhältnis zum Anderem dem Bezug zum Sein überhaupt unterordnet, im Gehorsam gegenüber dem Anonymen; sie führt zwangsläufig zu einer anderen Macht, zur imperialistischen Herrschaft, zur Tyrannei" (Levinas, Totalität und Unendlichkeit, S. 56f).

5) Safranski, S. 272

6) M. Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, 1990, S. 9

7) G. Anders, Über Heidegger, München 2001, S. 70

8) Heidegger, Die Selbstbehauptung, S. 16, 11

9) Farias, S. 155; Hitler, Mein Kampf, S. 470

10) Für Heidegger fällt das Wesen der griechischen und der deutschen Kultur darin zusammen, insofern beide auf das Wesen des Seins als Sein zum Tode ausgerichtet, also heroisch sind.

11) Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, S. 18f

12) Farias, S. 147

13) Heidegger, Sein und Zeit (im Folgenden: SuZ), S. 250.

14) Safranski, S. 274. "Heidegger und Hitler. Solipsistisches und nationales Eigentlichwerden ... Beide sind skrupellos: das nationale oder das existentielle Selbstsein sind die einzigen Ziele, an denen gemessen jede andere humane Rücksicht gegenstandslos wird. In beiden Metaphysiken wird der Tod zugleich verherrlicht und bagatellisiert." (G. Anders, Über Heidegger, S. 69f)

15) a.a.O., S. 278

16) a.a.O., S. 274

17) a.a.O., S. 275

18) Das Ausweichen vor dem Tode beherrscht die Alltäglichkeit ... Das Man lässt die Mut zur Angst vor dem Tode nicht aufkommen ... Die Ausbildung einer solchen Gleichgültigkeit entfremdet das Dasein von seinem eigensten, unbezüglichen Seinkönnen (SuZ, S. 253f). Auf den folgenden Seiten stellt Heidegger der feigen Furcht die leidenschaftliche ... Freiheit zum Tode gegenüber.

19) Heidegger, Die Selbstbehauptung der deutschen Universität, S. 13

20) SuZ, S. 288

21) SuZ, §54 - §60, S. 267-301

22) SuZ, S. 296f, 313. Mit eigenstem Schuldigsein meint Heidegger die existentielle Orientierung auf die Einzelheit der eigenen Existenz (Geworfensein, Tod), die seiner Meinung nach der sozialen Beziehung vorausgeht. Oder: das geworfene Schuldigsein ist früher als jede Verschuldung (SuZ, S. 291).

23) Jedes Handeln aber ist faktisch notwendig gewissenlos, nicht nur, weil es faktische moralische Verschuldung nicht vermeidet, sondern weil es auf dem nichtigen Grunde seines nichtigen Entwerfens je schon im Mitsein mit Anderen an ihnen schuldig geworden ist. So wird das Gewisen-haben-wollen zur Übernahme der wesenhaften Gewissenlosigkeit, innerhalb der allein die Möglichkeit besteht, gut zu sein. (SuZ, S. 288). Das Dasein ist rufverstehend hörig seiner eigensten Existenzmöglichkeit. Es hat sich selbst gewählt ... Gewählt wird das Gewissen-haben als Freisein für das eigenste Schuldigsein ... Das Gewissen-haben-wollen steht einem Aufsuchen faktischer Verschuldungen ebenso fern wie der Tendenz zur Befreiung von der Schuld im Sinne des wesenhaften schuldig (SuZ, S. S. 287f).

24) Hat das In-der-Welt-sein eine höhere Instanz seines Seinkönnens als seinen Tod? (SuZ, S. 313).

25) SuZ, S. 276

26) SuZ, S. 287f

27) Safranski, S. 216

28) SuZ, S. 278

30. Ohren-Propaganda

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:34

ak verlost al dente

al dente heißt das Label, das vor nicht ganz zwei Jahren in Köln von Kutlu Yurtseven, MC bei der Microphone Mafia, gegründet wurde. Mit der Single der HipHop-Formation Kopfhörer und der DVD-Compilation Screenshotz legt al dente gleich zwei Neuveröffentlichungen vor.

Die Single von Kopfhörer mit den drei Songs UnterDruck, America und Noch Fragen liefert schon mal einen Vorgeschmack auf das für Mai geplante Album Ultraschall. Im Angesicht des Irak-Krieges ist America ein munterer Rap gegen US-amerikanische Selbstherrlichkeit, in dem von der Propaganda des Anti-Terror-Kampfes nicht viel übrig bleibt - das ganze ist mit einem leicht spannungsgeladenen und doch melodiösen Beat unterlegt.

Auf der DVD-Compilation Screenshotz hat al dente eine gelungene Mischung weitgehend bekannter und angesagter MCs zusammengestellt. Mit dabei sind Afrob & D-Flame (Öffne die Augen), Kool Savas (Haus & Boot), Toni L. (Funkjoker), Torch (In deinen Armen), Moses Pelham, Creutzfeld & Jacob, Die Firma, Curse und viele andere. Die insgesamt 18 Songs gibt es als DVD, außerdem finden sich diese Tracks als Audio auf einer weiteren Scheibe. Ganz sicher ist diese DVD nicht nur für HipHop-Cracks, sondern auch für diejenigen geeignet, die sich mal einen Überblick verschaffen wollen, was denn HipHop mit deutschen Raps eigentlich ist.

Und ak-LeserInnen können zwei dieser DVDs sogar noch gewinnen. Für aufmerksame LeserInnen dürfte die zu beantwortende Frage keine Hürde sein: Wie heißt das aktuelle Album (nicht Single, nicht EP) der Microphone Mafia? Wer das weiß, schicke eine Postkarte an: ak-Redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg oder eine Email an redaktion@akweb.de. Bitte im Betreff: "Verlosung DVD" angeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen und die Antworten sollten bis zum 29. April eingegangen sein. (Dse)

Kopfhörer, UnterDruck (Single) und Screenshotz (DVD+CD) gibt es bei www.al-dente-recordz.de

Play for Escape - Benefiz im Thalia

Patrice, Nils Koppruch (Fink) & Ecki Heins (Cow), Microphone Mafia und Kai Degenhardt spielen am 10. Mai für den Hamburger Flüchtlingsfonds e.V. Der Verein bietet Flüchtlingen finanzielle Unterstützung, indem er z.B. Kosten für RechtsanwältInnen übernimmt oder die Finanzierung von Widersprüchen gegen Behördenbescheide unterstützt. Vor zwei Jahren hat sich dieser Verein aus diversen Hamburger Initiativen und Projekten aus der Flüchtlingsarbeit gegründet. Mit dem Benefiz - das ausdrücklich vom Hamburger Thalia Theater unterstützt wird - soll nicht nur unmittelbar Geld für die weitere Arbeit des Fonds eingespielt werden. Die Erwartung eines Benefizes in einem der wichtigsten Hamburger Kultur-Orte ist auch, dass hier Menschen auf den Fonds aufmerksam werden und ihn als Fördermitglieder unterstützen, die einerseits materiell etwas besser ausgestattet sind und die außerdem über Moral und Gewissen verfügen. (Aber das soll niemanden aus der radikalen Linken daran hindern, ebenfalls Fördermitglied zu werden!)

Für diesen Zweck gehen die Künstler um den Headliner Patrice auf die Bühne des Staatstheaters. Und das in einer Stadt, in der ein Innensenator Roland Schill heißt und für den Flüchtlinge nichts weiter als Schmarotzer sind, die abgeschoben gehören. Oder in der eine Kultursenatorin Dana Horáková immer mehr dafür sorgt, dass die gesamte Kulturszene auf die Barrikaden geht. (DSe)

Play for Escape, Benefiz mit Patrice, Nils Koppruch (Fink) & Ecki Heins (Cow), Microphone Mafia und Kai Degenhardt, 10. Mai im Thalia Theater, Alstertor, 20095 Hamburg, Einlass: 23 Uhr, Eintritt: 12 Euro, Karten an allen Vorverkaufsstellen. Mehr Infos: www.fluechtlingsfonds.de oder www.rock-links.de

Free Mumia Now!

Der in Bremen ansässige Antifaschistische Plattenversand Jump-up hat gerade in Form einer Doppel-CD einen "Internationalen Solidaritätssampler" herausgegeben. Die Erlöse aus dem Verkauf der CD gehen an die Anwälte von Mumia Abu-Jamal. Dessen Todesurteil ist zwar derzeit aufgehoben, aber der zuständige Richter hat es bislang abgelehnt, neue Beweise, die die Unschuld von Abu-Jamal nachweisen könnten, zuzulassen. Das Verfahren befindet sich inzwischen in der letzten Berufungsinstanz.

Auf der CD versammelt Jump-up nahezu die gesamte Palette der dort vertriebenen KünstlerInnen: So finden sich neben den Goldenen Zitronen, Bernadette La Hengst, Jan Delay, Sista Knarf Rellöm auch Chumbawamba und Kai Degenhardt, dessen Label Plattenbau die Veröffentlichung der CD mit unterstützt hat.

Cochise, eine der wohl wichtigeren Anarcho-Folk-Rock-Bands aus den 80er Jahren, ist ebenfalls mit einem Song dabei. Von Cochise gibt es bei Jump-up übrigens auch ein gerade veröffentlichtes Live-Album. Darunter auch die Neuvertonung des Scherben-Klassikers Der Traum ist aus samt schönem Saxofon-Solo.

Aber zurück zu Free Mumia Now. Da sind noch Bands wie The Code (punkig), Grenzgänger (Chansonett), Radio Ethiopia (Calypso), Rotes Haus und viele andere zu hören. Um Stilrichtungen wird sich auf diesem Sampler nicht wirklich gekümmert und so wechselt Punk zu Reggae zu Liedermacher zu karibischen Sounds zu Pop-Wave zu Elektrobeats. (DSe)

Freee Mumia Now!, Doppel-Soli-CD & Cochise Live gibt es bei www.jump-up.de oder unter Telefon: 0421-4988535

31. Soulrevolution now! Mellow Marks Weckruf, Widerstand ist zwecklos

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:24

Es gibt Platten, da wird einem ganz warm ums Herz. Mit dem Titel Sturm kommt nun eine solche von Mellow Mark. Die kann man getrost als Soundtrack zum Anti-Globalisierungs-Kampf empfehlen, mit jeder Menge Rhythmus und Seele.

Sturm ist eine Verbindung von Roots-Reggae, etwas Soul, ein wenig HipHop-Style und irgendwie muss auch der Liedermacher Mellow Mark erwähnt werden. Dazu seine markante und intensive Stimme, die Leiden, Lust und Widerstand gleichermaßen transportiert. Dahinter spürt man: Der Mann ist echt und hat ein Anliegen. Mellow Mark ist seit Jahren auf den Straßen unterwegs, hat sich dort mit zahlreichen KollegInnen zusammengetan und all diese Begegnungen in einem eigenen Stil zusammen gepackt.

Im Herbst letzten Jahres veröffentlichte Mark seine EP Revolution, die schon für viel Beachtung sorgte. In dem Titelsong, der sich auch auf Sturm befindet, fordert er die "Soulrevolution". Gegen die von den Herrschenden gezüchteten "Menschen-Maschinen" und "Monster wie Frankenstein" "muss man was unternehmen: Revolution." Im Sturm-Opener Weckruf nimmt er die Massenmedien aufs Korn und greift - unterlegt mit einem treibenden Sound - das System an: "Die große Hure wird uns füttern - bis wir lahm sind mit vollen Mägen." Der Sender wird besetzt: "Das ist ein Weckruf, Widerstand ist zwecklos..." Oder Konfrontation, eine abgehackte akustische Gitarre drückt nach vorn: "Lass dich nicht in deiner Freiheit beschneiden. Für die Revolution auch im kleinen ..." Gemeinsam mit dem Rapper Pyro unternimmt er einen Ritt durch die Befindlichkeiten einer Attac-Generation: Dein Wort in Gottes Ohr. In dem Lied geht er mal eben in einem Ja-nein-Modus durch die Welt und ordnet ein, was ihm gefällt und was nicht. "Nein zu Billig-Presse nein zu Waffenhandel Minen, ja zu massiv Widerstand Bush Bush, ja, ich will was ändern also mach ich Radau. Bambule ist ein Muss."

Es ist diese Verbindung von abwechslungsreichen Sounds und den Texten, die Mellow Mark ausmachen: seine Suche nach einer Verbindung von Seele und Gesellschaft, nach Gerechtigkeit und Solidarität in einer eiskalten kapitalistischen Umgebung. Trotz all der politischen Statements gibt es keine Zeigefinger. Den Texten kann man vielleicht vorwerfen, dass sie doch hin und wieder sehr naiv sind. Das hindert Mark aber nicht daran, anzuklagen oder die globalen Entwicklungen zu beschreiben: "Weltweit - Blut auf den Straßen ..."

Sound der Anti-Globalisierung

Irgendwie klingt Mellow Mark wie eine Mischung aus Anti-Globalisierer und Reggae-Anarcho. Auf der von ihm eingerichteten Seite www.freedom-of-speech.info finden sich nicht nur zahlreiche Statements und Texte gegen den Irak-Krieg, sondern z.B. auch ein Statement von Mark zur letzten Bundestagswahl, das nicht so recht in dieses Image des Revoluzzer passt. Da erweist er nicht nur Joschka Fischer Kredit, sondern hält die Wahl der Grünen für das kleinere Übel, um Stoiber zu verhindern. Dieses eher "reformerische" Statement des ursprünglichen Bayern endet mit dem folgenden Satz: "Mellow Mark steht für Revolution. Die Revolution in unserem Herzen und unserem Bewusstsein!" und sorgt damit erneut für Verwirrung.

Ähnlich verwirrend ist auch der Song Babies, den er gemeinsam mit Mamadee, einer jungen afrodeutschen Kölner Sängerin, die u.a. an Sisters Keepers beteiligt war und mit der deutschen Reggae-Ikone Gentleman regelmäßig auf Tour ist, gemacht hat. In Babies geht es - wie der Titel schon vermuten lässt - um Familie, Verantwortung und Kinder bekommen, die Welt verschwindet darin plötzlich in einer fast pathetischen Zweisamkeit voller Träume und Schwüre. Das alles ist idealisierend und romantisch verklärt, geschenkt, aber diese Stimmen...

Als Label für Sturm, das am 28. April erscheinen wird, fungiert die WEA. Man darf sicherlich gespannt sein, wie sich dieses Album im Mainstream-Umfeld von Viva und MTV schlagen wird. Wer in den letzten Wochen eines der Konzerte von Gentlemen besucht hat, hat Mellow Mark bereits im Vorprogramm erleben können. Wer das verpasst hat, hat bei der im Mai anlaufenden Tour die Chance, sich einen wirklich wunderbaren Abend zu bescheren ...

DSe, rock-links.de

Mellow Mark, Sturm, wea, www.mellowmark.de

Sturm Tournee:

14.5.03 Potsdam Waschhaus; 15.5. Nürnberg Hirsch;16.5. Ingolstadt Ohrakel - HipHop Jam; 19.5. Augsburg Spectrum; 20.5. Stuttgart Röhre; 21.5. Karlsruhe Jubez; 22.5. Weilheim Cafe Central; 23.5. Konstanz Kulturladen; 24.5. Frankfurt Nachtleben; 26.5. Bochum Zeche; 27.5. Marburg KFZ; 29.5. Hannover Faust; 30.5. Bremen Tower; 13.6. Hamburg Molotov

Mellow Mark auf Festivals:

12.4. München Oster Sin Jam - Muffathalle; 19.4. Rosenheim Hammerhalle - HipHop Jam; 1.6. Würzburg Int. Afrika Festival; 14.6. Berlin Mellow Park; 18.6. Trostberg Club Villa; 20. 6. Würzburg Umsonst & Draussen; 21.6. Bad Laasphe Bosch Open Air; 25.6. Dresden CampusParty; 4.7. Köln SummerJam; 5.7. Kusel Wunderlicht Festival; 11.7. Recklinghausen Aktionstag gegen Rechts; 19.7. Dornstadt Obstwiesenfestival; 25.7. Freiburg Amnesty Benefiz; 26.7. Ilmenau Poolparty; 1.8. Anröchte JZI Festival; 3.8. Chemnitz Splash; 16.8. Neuhaus a.d. Pegnitz Burg Veldensteiner Festival; 22.8. Übersee Chiemsee Reggae; 23.8. Naila Woodland Festival

32. gender troubles aktuell. Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden: Einige Thesen

Autor: st · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:39

Ist Krieg Männersache? Sind Frauen friedfertiger? Sicher ist: Sexuelle Gewalt ist keine Begleiterscheinung, sondern systematisches Instrument von Kriegen. Diese und andere Fragen diskutiert ein Sammelband zur feministischen Friedensforschung, aus dem die folgenden Thesen entnommen sind.

Militarisierte Männlichkeit

Internationale Politik, besonders in ihren kriegerischen Varianten, scheint allein personell eine überwältigend "männliche" Angelegenheit zu sein. Armeen bestehen überwiegend aus männlichen Soldaten, Verteidigungsminister und Staatspräsidenten sind mehrheitlich Männer, und auch ihre "Feinde", seien es nun "Terroristen" oder Soldaten, sind meistens Männer. Auf der anderen, weniger thematisierten und sichtbaren Seite des Geschehens stehen die Frauen, die regelmäßig Opfer sexualisierter Gewalt in Kriegen werden, die die weltweit größte Gruppe der Flüchtlinge stellen und die überdurchschnittlich häufig von Armut und Ausschluss von Besitz und politischen Rechten betroffen sind. Obwohl Geschlechterfragen im Zentrum der diskursiven Begründung kriegerischer Gewaltausübung beispielsweise "zum Schutz von Frauen und Kindern" oder "zur Verteidigung nationaler Identität und Souveränität" stehen oder besonders wichtig für das Selbstverständnis militarisierter Männlichkeit sind, werden Funktion und Struktur von Geschlechterregimen weitgehend vernachlässigt. Dabei könnte ein geschlechtersensibler Blick auf die rhetorischen und praktischen Kriegsszenarien nach dem 11. September beispielsweise erhellen, warum Krieg als legitimes Mittel der Verbrechensbekämpfung sofort breite internationale Zustimmung fand, da ein solcher Blick den Zusammenhang von politischer Kultur, Konstruktion militarisierter Männlichkeit und bestimmten Auffassungen von staatlicher Souveränität erfassen kann.

Cilja Harders

Biafra, 1967

Im Biafrakrieg wurden Frauen - wie in jedem Krieg - zu Opfern sexueller Ausbeutung, durch längerfristige "Kriegsehen", den Zwang zur Prostitution um das Überleben zu sichern, oder Vergewaltigungen. Njoku schilderte z.B. in ihrer Autobiographie Massenvergewaltigungen in einem von den föderalen Truppen zu Kriegsende besetzten Dorf: "Uns wurde gesagt, dass bekannt gegeben worden war, dass sich alle auf dem Marktplatz versammeln sollten für eine Ansprache der Truppen. Wir wurden aufgefordert: ‚Ein Nigeria!' zu rufen. Uns wurde gesagt, dass wir nach Hause gehen könnten, weil der Krieg zu Ende sei und sich unsere biafranischen Truppen ergeben hätten. Die Ansprache dauerte Stunden und das Verhalten der föderalen Soldaten war höchst irritierend. Die meisten liefen in der Mitte der Menge herum und machten Jagd auf junge Mädchen. Vor den hilflosen Eltern wurden junge Mädchen mit Waffengewalt aus der Menge geholt. In der Nacht konnten wir zu unserem großen Entsetzen nicht verhindern, dass die föderalen Soldaten den jungen Mädchen Gewalt antaten. Die Nacht hörte man Schreie von jungen Mädchen aus allen Richtungen."

Gabriele Zdunnek

Kriegstribunale

So begrüßenswert es ist, dass die Verfolgung von sexueller Gewalt als Kriegsverbrechen Bestandteil der Kriegsverbrechertribunale zu Ruanda und zu Jugoslawien ist - so hat sie doch ein weiteres Mal keine Priorität. Dies ist daran zu erkennen, dass bis heute Vergewaltigung als Kriegsstrategie völkerrechtlich nicht als geschlechtsspezifisches Verbrechen anerkannt worden ist. Anders formuliert: Es gibt nach wie vor kein Bewusstsein darüber, welche Kriegsverbrechen an Frauen nur auf Grund ihres Geschlechts begangen werden. Die Vernachlässigung von Fraueninteressen drückt sich außerdem praktisch im mangelnden Zeuginnenschutz der Tribunale aus. Dies ist insbesondere deshalb scharf zu kritisieren, weil der Erfolg der Gerichte wesentlich davon abhängt, dass die Opfer den Mut zur Aussage und damit potenziell zu einer zweiten Traumatisierung aufbringen. Dabei müssen sie zumindest sicher sein, nicht ein weiteres Mal in ihrer Existenz bedroht zu werden.

Susanne Zwingel

Definitionsmacht vorbehalten

Männer wie Frauen schaffen und unterstützen den Mythos von der Kriegsverhütung durch Kriegsvorbereitung, von der Sühne von Unrecht durch den "gerechten Krieg", von der Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung. Die Beteiligung von Männern und Frauen am Aufbau der sozialen Wirklichkeit, also bestimmter gesellschaftlicher Normen, ist dabei aber eine unterschiedliche. Männern ist die Definitionsmacht vorbehalten, doch Frauen legitimieren und unterstützen diese. Die Gewalt ist ein zentrales Strukturmerkmal der Institution Staat, der Staaten untereinander, der politischen Verbände, des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern: In die Gewaltstruktur und Gewaltkultur passt die Unter- und Überordnung zwischen den Geschlechtern. Der Krieg als Institution verfestigt und verstetigt Geschlechterstereotypen, die bereits in Friedenszeiten geschaffen, akzeptiert und legitimiert wurden. Solange Gewaltanwendung zwischen den Geschlechtern als legitim und "natürlich" erscheint, solange wird es immer wieder Mobilisierung zum Krieg geben; solange es Kriege gibt, wird es ritualisierte Massenvergewaltigungen geben.

Ulrike C. Wasmuht

Friedfertigkeiten

Es stimmt: Frauen sind empirisch viel weniger gewalttätig als Männer. Untersuchungen zeigen, dass es sich bei Gewalt ganz allgemein um ein männliches Phänomen handelt, ohne dass dies im öffentlichen Bewusstsein präsent wäre. Die meisten Verbrecher, etwa 90 Prozent, sind männlich, keineswegs jedoch die Opfer. Gewalt ist nicht nur in quantitativer Hinsicht ein männliches Phänomen. Es gibt auch spezifische Formen von Gewalt, die fast ausschließlich von Männern ausgeübt werden. Dazu gehören Vergewaltigung, sexuelle Übergriffe, fortgesetztes Prügeln von Frauen u.a.m. Objektiv sind Frauen also überproportional häufig die Opfer von Gewalt, und Männer sind die Täter. Weibliche Rollen innerhalb patriarchaler Gewaltverhältnisse und Gesellschaftsstrukturen umfassen jedoch nicht nur das Gewaltopfer, sondern auch die Täterin und die Mittäterin. Die These von dem angeblich historischen Nicht-Beteiligtsein der Frauen an kriegerisch-militärischer Gewalt ist problematisch.

Sibylle Mathis

Mittäterschaften

Wem "Weiblichkeit" zugeschrieben wird, die soll das Geheimnis um die von Männern hervorgebrachte Weltordnung von Krieg und Frieden wahren. Frauen machen Notizen und tippen Tagesordnungen, geben Staatsgeheimnisse in den Papierwolf, arrangieren den Sitzplan für die diplomatischen Konferenzen der Männer und treffen somit Entscheidungen, die auf einfachstem Wege politische Resultate beeinflussen könnten. Sie tragen Holz, Wasser und Waffen zu männlichen Guerilla-Kriegern: Werden diese Aufgaben verpfuscht, gibt es keinen Krieg. Als Frauen von Diplomaten und Soldaten binden sie Schuhe zu und rühren die Suppe um: Durch ihre Tätigkeiten können sich alle in den Hierarchien wohlfühlen, die gleichzeitig die Beistandsleisterinnen ausschließen.

Christine Sylvester

Ruanda, 1994

Frauen saßen zwar zu einem geringeren Anteil als Männer in Entscheidungspositionen. Es gibt aber keine Hinweise darauf, dass Frauen in Schlüsselpositionen der Politik und des öffentlichen Dienstes weniger als Männer am Genozid und Mord von oppositionellen Hutu beteiligt waren. Ein Autorenteam von African Rights wirft insbesondere vielen Frauen der Bildungselite eine aktive Beteiligung an den Morden vor. Z.B. partizipierte die Ministerin für Frauen und Familie ganz direkt an dem Genozid. In Lagern oder zentralen Gebäuden, in denen Flüchtlinge eingepfercht waren, beaufsichtigte sie regelmäßig die Selektion Hunderter von Tutsi, die getötet werden sollten. Einige der grausamsten lokalen Verwaltungsangestellten, die für den Mord an Tausenden verantwortlich sind, waren Frauen. Es gab eine Anzahl von Journalistinnen bei Radio Rwanda und der privaten Radiostation Radio Télévision Mille Collines sowie bei Zeitungen, die extremistische Propaganda verbreiteten und zum Genozid aufriefen. Krankenschwestern lieferten Patienten und Flüchtlinge den Milizen aus, Lehrerinnen beteiligten sich am Mord von Schulkindern. Auch Nonnen waren in den Genozid involviert.

Sie hielten die Türen für Gemeindemitglieder und andere Flüchtlinge geschlossen und lieferten Schutz Suchende an die Mörder aus.

Gabriele Zdunnek

Psychische Deformationen

Wo müssten wir dann aber ansetzen, um ein anderes Umgehen mit Aggressionen zu erreichen? Denn die bloße Einsicht in die Mittäterschaft bewirkt noch nicht automatisch Veränderung. Zwar sind die Geschlechterrollen und damit auch die Art und Weise, wie Männer und Frauen mit ihren Aggressionen umgehen, nicht mehr so starr und fest verankert wie vor wenigen Jahrzehnten. Dennoch ist es immer noch nur eine Minderheit, die aus ihnen ausbricht. Liegt es nur an den "äußeren" Bedingungen, der Tatsache, dass Frauen aus vielen Bereichen der Macht noch weitgehend ausgeschlossen sind, ebenso wie Männer aus den Bereichen Fürsorge und Kindererziehung? Welche "inneren" Gründe mag es dafür geben, sich mit den bestehenden Rollen zufrieden zu geben? Delegieren etwa Frauen das offene Ausleben von Aggressionen an Männer und kontrollieren sie diese insgeheim, d.h. üben damit Macht aus, ohne angreifbar zu sein? Wenn dies so wäre, welche Vorteile hätte das für beide Geschlechter? Mit welchen psychischen Deformationen zahlen Männer für ihre Macht?

Sybille Mathis

Nachkrieg, Bosnien

Ein Problem, das Frauenorganisationen während und nach dem Krieg beschäftigt, ist Prostitution. Auf diesem Markt bringt der Krieg sowohl Nachfrage als auch Angebotsfaktoren hervor. Es gibt mehr Soldaten und Paramilitaristen, mehr Männergruppen, die von Haus und Gemeinde abgeschnitten sind und die käuflichen Sex suchen. Es gibt mehr Frauen - viele von ihnen sind entwurzelt und haben ihre Anstellung verloren, einige sind für den Unterhalt von Menschen verantwortlich, die von ihnen abhängig sind - die zur Prostitution als Lebensunterhalt getrieben werden. Truppenangehörige sind von den Einschränkungen ihrer Gemeinschaften entbunden und werden in eine zutiefst militarisierte Kultur verpflanzt, die Frauen einen geringeren Wert oder Status zuspricht. Die Frauenorganisationen, mit denen wir gesprochen haben, bestätigen, dass es heutzutage offensichtlicher Prostitution als vor dem Zusammenbruch Jugoslawiens gibt. Ein Anlass zur Sorge ist insbesondere die Anwesenheit vieler verschleppter Frauen in bosnischen Bordellen, die üblicherweise aus der Ukraine, Moldawien oder Rumänien kommen. Sie werden wie jede andere unrechtmäßig importierte Ware zwischen ausländischen und einheimischen Männern gehandelt und in Bedingungen sexueller Knechtschaft gehalten.

Cynthia Cockburn, Melitha Hubic

Cilja Harders, Bettina Roß (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen. Leske und Budrich 2003, EUR 22,50.

33. Neues von der Querfront. Wie die "junge Welt" den Trotzkismus bekämpft

Autor: Henning Böke · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:01

Dass im Aufbruch einer neuen Generation der Linken innerhalb wie außerhalb Europas Strömungen, die sich in die Tradition des Revolutionärs Leo Trotzki stellen, in den letzten Jahren eine wachsende Attraktivität entwickelt haben, ist unübersehbar genug, um die mit der Schmach der Niederlage von 1989/90 geschlagene Erbengemeinschaft des "realen Sozialismus" in Zugzwang zu setzen. So musste auch die junge Welt in ihrer Marxismus-Beilage vom 12. März 2003 auf das Thema Trotzkismus eingehen. Es ist interessant, wen sie da auf den Schild gehoben hat, um die Herausforderung zu bestehen.

Hätte man einen typischen Vertreter der in letzter Zeit mit wachsendem Selbstbewusstsein auftretenden Stalin-Revival-Band gegen die Trotzkisten angesetzt - etwa den Anglo-Inder Harpal Brar, der im Februar auf einem jW-Kongress zu Gast war -, wäre das zweifellos gegenüber den stalinismuskritischen Teilen der LeserInnenschaft, auf die die marxistische Tageszeitung aus ökonomischen Gründen auch angewiesen ist, allzu grobschlächtig gewesen.

Die Redaktion der jW wurde auf der Suche nach einem nicht des Stalinismus verdächtigen Trotzkistenfresser fündig, indem sie einen Beitrag des italienischen Philosophen und Balkanwissenschaftlers Costanzo Preve brachte. Dessen Argumentation zielte darauf, der Trotzkismus sei eine typische Strömung des abstrakten Revolutionarismus, der die nationale Frage negiere. Die trotzkistischen Gruppierungen, die beispielsweise in Frankreich oder in Italien in der globalisierungskritischen Bewegung erfolgreich wirken, seien letztlich Steigbügelhalter von Toni Negri - trotz der grundlegenden Differenzen zu dessen Theoriegebäude (das Preve zu Unrecht "operaistisch" nennt, obwohl Negri vom klassischen Operaismus heute weit entfernt ist) bestehe die wesentliche Übereinstimmung in der Verachtung des "mehrklassigen Antiimperialismus", Bejahung der Globalisierung und Ablehnung nationaler Befreiung.

Costanzo Preve ist immer ein undogmatischer Marxist gewesen, inspiriert vor allem von Georg Lukács. Mittlerweile ist er mit seiner Kritik an ökonomistischen Verengungen des Marxismus allerdings zur Förderung von Links-rechts-Querfrontprojekten gelangt. Seiner Ansicht nach ist der Hauptwiderspruch unserer Zeit nicht der Klassenantagonismus, sondern der Konflikt zwischen der imperialistisch-amerikanischen Homogenisierung und den nationalen und kulturellen Traditionen der "Völker". Den Gegensatz von "links" und "rechts" hält er für überholt. Seine politischen Sympathien reichen vom französischen "Souveränisten" Jean-Pierre Chevènement über Slobodan Milosevic bis zur Militärjunta von Birma.

Unüberhörbar sind in Preves neueren Arbeiten die antisemitischen Untertöne. Kritik am Zionismus ist gewiss nicht per se antisemitisch. Aber wer wie Preve eine Attacke gegen die gescheiterten französischen Reformisten unvermittelt mit Tiraden gegen den "massakrierenden Zionismus" verbindet und für die Restauration in der Sowjetunion neben Bürokraten, "russischer und internationaler Mafia" und "ultra-westlicher Mobilisierung der Intellektuellen" auch noch "verrückte Zionisten" verantwortlich macht, muss schon von starken Ressentiments geleitet sein.

Als Nicht-Trotzkist erlaube ich mir die These: Der klassische Trotzkismus hat gewiss blinde Flecken. Man kann darüber diskutieren, ob nicht Trotzkis Denken bestimmte Sackgassen mit dem seines Todfeinds Stalin gemeinsam hat. Aber jeder vernünftige Mensch müsste eigentlich in Anbetracht der Resultate von Links-rechts-Crossover-Projekten à la Milosevic die konsequent internationalistische Orientierung der Trotzkisten als Tugend anerkennen.

Es gibt im zersplitterten Spektrum des Trotzkismus extreme dogmatische Verengungen. Aber es gibt ebenso trotzkistische Traditionen von größerer Bedeutung, die substanzielle Beiträge zu einem "offenen Marxismus" (Ernest Mandel) geleistet haben. Heute zeichnet sich eine Konvergenz zwischen diesen nicht-doktrinären Strömungen des Trotzkismus und politischen Denkrichtungen aus anderen revolutionären Traditionen (etwa des Operaismus oder des Maoismus) ab, aus denen ein neuer marxistischer, klassenkämpferischer Pol der alternativen Linken hervorgehen kann: einer Linken, die nicht Stellvertreterpolitik durch hierarchisch-bürokratische Repräsentation anstrebt, sondern eine Transformation sozialer Beziehungen, die

heteronome Vergesellschaftungsformen wie Kapital und Nation nicht abstrakt negiert, sondern ihre praktische Überwindung vorantreibt.

In Italien hat diese Konvergenz in der Rifondazione Comunista, aber auch in den linksalternativen Basisgewerkschaften bereits Gestalt angenommen. Für die Partei Fausto Bertinottis hat Preve natürlich nur Hohn und Spott übrig. Den Beweis, dass "patriotisch" gewendete Zombies des Stalinismus wie etwa der russische "Kommunisten"-Chef Gennadi Sjuganow, mit denen er heute objektiv Seite an Seite steht, etwas Besseres zu bieten hätten, ist er bislang schuldig geblieben.

Henning Böke

34. Amphetamine für die unternehmerische Stadt. Hamburg macht in Olympia: Image ist alles

Autor: Ulf Treger · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Kapitalpolitik, Firmen; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:10

"Weil die Olympischen Spiele als eine andere Realität begriffen werden, sind sie ironischerweise ideal für die Nutzung durch bestimmte Gruppen für die Durchführung ihrer Ziele geeignet. Jede Unternehmung, die als autonom und apolitisch verstanden wird - wie Kunst, Wissenschaft oder Sport -, ist effektiv als politisches Werkzeug nutzbar, wenn es subtil mit den eigentlichen Interessen verbunden werden kann."

(Brian Martin)

Am 12. April 2003 wurde entschieden, welche deutsche Stadt sich für die Austragung der Olympischen Spiele im Jahre 2012 bewerben darf. Die Gewinnerin dieses nationalen Vorentscheids hat nun bis zum Frühjahr 2005 Zeit, sich gegen die internationale Konkurrenz als die ideale Stadt zu positionieren. Was aber bringt Metropolen dazu, sich mit erheblichen Aufwand für die Olympischen Spiele zu bewerben?

Olympia ist das größte nicht katastrophale Medien-Ereignis der Welt. Sein "Eigentümer" ist das Internationale Olympische Komitee (IOC), im Prinzip ein transnational agierender Konzern, dessen Vermarktung des Produkts vor allem durch die Lizenzvergabe für Fernsehübertragungen außergewöhnlich lukrativ ist. Die Spiele selber stehen weniger für "Frieden und Völkerverständigung", wie es ihr Image glauben machen soll, und auch nicht für eine breite und gemeinschaftliche sportliche Betätigung, sondern für einen Wettkampf, ausgetragen von hoch bezahlten SpitzensportlerInnen: Role Models für ein Dasein als erfolgreiche "Ich-AG". Die Bevölkerung ist dabei nur Zuschauerin, angehalten, die Sportelite als Vorbild für die eigene gesellschaftliche Fitness zu nehmen.

Ein Wettstreit anderer Art, aber ähnlich engagiert geführt und ideologisch überhöht, findet bereits im Vorfeld der Spiele statt: Die "unternehmerische Stadt", also eine Stadt, die Standortoptimierung und -vermarktung als ihr Kerngeschäft versteht, benötigt für ihre Ziele nach außen kommunizierbare Ereignisse. Je glänzender und überragender diese bewertet werden, desto optimaler sind sie für die eigene Sache einsetzbar. Dementsprechend stellt die Bewerbung für die Olympischen Spiele eine besondere Herausforderung für eine im globalen Konkurrenzkampf befindliche Metropole dar.

Städtische Maxime: Image, Image, Image

In diesem Wettkampf geht es weniger um die oft vorrangig angeführte Erzielung von Reingewinnen. Solche Zahlen schrumpfen in der Regel, je näher das geplante Ereignis herannaht, und verkehren sich oft auch ins Negative, nachdem im Anschluss genauer nachgerechnet werden muss. So haben sich in Sydney nach der Durchführung der Olympischen Spiele 2000 die ursprünglich veranschlagten Ausgaben mehr als verdoppelt und eine große Lücke im städtischen Haushalt hinterlassen.

Ziel des städtischen Managements ist - entsprechend der eigenen Ideologie -, das öffentliche Image sichtbar aufzuwerten sowie ein sinnstiftendes und homogenisierendes Vehikels zur Beschleunigung der eigenen Politik zu schaffen. Diese Intention wird in zwei Abschnitten verfolgt: In der Phase der Bewerbung und Planung eines Ereignisses und in der darauf folgenden Phase der wirklichen Durchführung. Die erste Phase selbst, in der eine mediale Projektion des kommenden Ereignisses entworfen wird, ist bereits für eine Idealisierung und Dynamisierung ausreichend förderlich. In der Tendenz geht es daher immer weniger um das eigentliche Stattfinden eines Ereignisses, sondern um sein Herannahen, seine Imagination sowie die Handlungen und Notwendigkeiten, die sich daraus herleiten lassen.

Ein großer Teil des Aufwands, der für eine Bewerbung betrieben wird, fließt dementsprechend in die Produktion von Werbekampagnen, von PR-Prosa und medialer Dauerpräsenz. Allein die fünf deutschen Bewerberstädte haben dafür zusammen 30 Millionen Euro ausgegeben. Neben der tausendfachen Platzierung der Kampagnenlogos im Stadtbild, der Internetpräsenz als überregionaler PR-Plattform und der Aufstellung einer Hand voll semiprominenter "Olympiabotschafter" für den Human Touch wird die vermeintlich konkrete Ausformung des Ereignisses allein auf einer idealisierten Bildebene sichtbar gemacht. Ein digital generiertes "olympisches Ensemble" mit Stadion und olympischen Dorf wird als Riesenposter an öffentliche Gebäude

gehängt oder als virtueller Rundflug auf der Website angeboten. Diese Bebilderung der architektonischen Präsentation künftiger Ereignisse lässt einen genauen Zoom auf alle Facetten nicht zu. Mit einer solchen Imageproduktion, die verstärkt auf eine abstrakte Darstellung aus der Vogelperspektive baut, wird die Schilderung von Details vermieden, die für eine neutrale, öffentliche Meinungsbildung nötig wäre. Letztlich wird mit solchen Bildern eine Stadt der Zukunft inszeniert, eine Simulation dessen, was heute als zusammenhängendes Ganzes bereits im Auflösung begriffen ist.

Die BewohnerInnen einer olympischen Stadt aber werden von diesem Spektakel in der Regel nicht viel mehr haben als ein großflächiges Bombardement mit ideologischen Bildern, die Vorfreude auf ein Großereignis nebst einer erhofften Steigerung des allgemeinen Wohlstands und eine, je nach persönlicher Situation mehr oder weniger brüchige Illusion von Gemeinschaft. Wenn es dann so weit ist, bleibt nicht viel mehr als die Konsumtion scheinbar authentischer Live-Bilder aus dem häuslichen Fernseher. Wobei es dann gleich ist, ob diese Bilder aus einem Retorten-Stadtteil um die Ecke oder von einem anderen Kontinent übertragen werden.

Am Beispiel von Hamburg als einer von fünf deutschen Bewerberstädten lässt sich die Instrumentalisierung gut beobachten: Mit der regelmäßigen Verabreichung von Amphetaminen vergleichbar, stellen Großereignisse auch hier einen elementaren Bestandteil einer Strategie dar, der eine erhebliche Dynamisierung der gegenwärtigen Politik des Hamburger Senats und eine Optimierung des wirtschaftlichen Standorts bewirken soll. Diese Strategie ist in das neu entwickelte Leitbild "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" eingebettet, durch sie soll Hamburg "wieder zu einer wachsenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung werden." (Das Leitbild ist im Netz abrufbar. Dieser Link und weitere Quellen: Siehe unten) Dementsprechend ist Hamburg nicht nur ein Austragungsort der Fußball-WM 2006 und empfiehlt sich als idealer Kandidat für das "Gesamtkunstwerk" Olympia: Geplant ist ebenfalls die Bewerbung als "Kulturhauptstadt Europas" 2010 und für die "Internationale Gartenbauausstellung" (IGA) 2013. Mit diesen angekündigten Ereignissen lässt sich gut die Politik für das nächste Jahrzehnt ausrichten.

Der größte Teil der olympischen Infrastruktur soll in der Hafencity platziert werden und erklärt, was unter "Gesamtkunstwerk" zu verstehen ist: In zentraler Lage zwischen Elbufer und Stadtmitte gelegen und in den Ausmaßen der jetzigen Innenstadt stellt die Hafencity das größte "Stadterweiterungsprojekt" der Stadt Hamburg dar. Hier soll durch privatwirtschaftliches Engagement in den nächsten zwei Jahrzehnten ein moderner Stadtteil aus der städteplanerischen Retorte entstehen. Allerdings stagniert das Projekt mangels williger InvestorInnen bereits in seiner Anfangsphase. Mit der Koppelung Olympia und Hafencity soll deshalb dem bislang erfolglosen Großprojekt mittels olympischem Geist neues Leben eingehaucht werden. Da mit der früher als Industriehafen genutzten, mittlerweile menschenleeren Brachfläche keine Interessen von BewohnerInnen berücksichtigt werden müssen, ist die Hafencity in doppelter Hinsicht ein "ideales Gelände".

Südlich der Elbe sehen die Bewerbungsunterlagen die Aufwertung der bislang "isolierten Stadtteile" Veddel und Wilhelmsburg durch eine enge städtebauliche Anbindung an den geplanten "olympischen Park" vor. Als Effekt ist eine gravierende sozialräumliche Umstrukturierung auf Kosten der dort beheimateten, meist weniger zahlungskräftigen Bevölkerung zu befürchten - in Barcelona beispielsweise, in den offiziellen Darstellungen Hamburgs oft als Vorbild zitiert, haben die Olympischen Spiele drastische Mieterhöhungen in den angrenzenden Stadtteilen bewirkt.

Doch von offizieller Seite wird Olympia durch die Verheißung von Aufschwung und Wohlstand propagiert. Nach altem wilhelminischen Prinzip gibt es keine Parteien mehr, sondern nur noch HamburgerInnen, die geschlossen die Bewerbung unterstützen. In dem Ausstellungsraum eines großen Hamburger Kaufhauses sind weiße Stellwände aufgebaut, auf denen in großen Lettern die Parole "Ich bin dafür" aufgedruckt ist. Drumherum dürfen die BürgerInnen mit dicken Eddingstiften ihre Blankounterschrift zur Bewerbung geben. Angehübscht ist diese Unterschriftensammlung durch eine dezent beleuchtete Bildwand mit digitalen Bildern geplanter olympischer Stätten. Irgendein Hinweis auf Konzept und Finanzierung der geplanten Spiele ist dagegen nicht zu finden; allein Werbeflyer für olympisches Merchandising wie Fahnen, T-Shirts und Feuerzeuge mit dem Slogan "Feuer und Flamme für Hamburg 2012" liegen aus.

So pauschal und inhaltslos die Zustimmung der Bevölkerung eingeholt wird, so sehr ist anzunehmen, dass sie als Persilschein für negative Maßnahmen genutzt werden wird, die ansonsten für sich nur schwer durchsetzbar wären. Dann wird eine mittlerweile erprobte Palette an repressiven Maßnahmen mit dem Ziel der weiteren Befriedung und "Verschönerung" der Stadt verstärkt Anwendung finden.

In diesem Rahmen ist es für die Regierung zweitrangig, ob die Bewerberstadt wirklich zur olympischen Stadt auserkoren wird. Einen Tag nach dem Olympia-Aus verkündete Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust, dass sich Hamburg trotz dieser Schlappe künftig verstärkt auf die Aquise von Events konzentrieren wird. Die gescheiterte Olympia-Bewerbung lässt sich so als Training verbuchen, für die weiteren Ereignisse, die da kommen mögen.

Imageproduktion: anfällig für Störungen

Um negative Aspekte wie Verdrängungsprozesse auf der einen und Unwillen oder gar Widerstand der StadtbewohnerInnen auf der anderen Seite so weit wie möglich zu überstrahlen, ist eine positive mediale Präsenz notwendig. Symbolische und repräsentative Projekte jedoch lassen sich leichter durch Imagebeschmutzung irritieren, als eine alltägliche, meist eher versteckt stattfindende Politik der Ausgrenzung und des Abbaus sozialer Netzwerke. Durch die Bewerbung ergibt sich deshalb eine Hypersensibiltät und Anfälligkeit für Störungen jeder Art, die durch eine kritische Bewegung gegen die gegenwärtige städtische Politik genutzt werden kann.

Eine solche Anti-Image-Kampagne kann die Spiele als Symbol und Motor einer neoliberalen, in ihrer Tendenz (siehe die Migrationspolitik) menschenfeindlichen Stadtpolitik kenntlich machen. Diese Mechanismen greifen jedoch nicht nur hier, also lokal begrenzt, sondern kommen überall zum Tragen. Ein vermeintlich kritischer Lokalpatriotismus des "Nicht in unserer Stadt/unserem Stadtteil" - ein ohnehin eher fragwürdiges politisches Reaktionsmuster - würde daher zu kurz greifen. Um das aufwendig produzierte städtische Image nachhaltig zu dekonstruieren und damit eine breite Kritik am städtischen Unternehmen zu etablieren, ist zudem die taktische Erprobung und kreative Anwendung der verschiedensten medialen wie konkreten Methoden nötig.

Diesem Ansatz entsprechend, ist kürzlich eine Superheldin namens "SuperNOlympika" erstmals an verschiedenen Stellen Hamburgs aufgetaucht und hat sich als Galionsfigur einer künftigen Anti-Olympia-Kampagne empfohlen: "Ich, SuperNOlympika, bin gekommen, um euch zu warnen: Sie versprechen euch Raum und Spiele und dass das Spektakel euren Wohlstand vermehre. Nichts davon ist wahr! Sie werden riesige Gebäude errichten, doch ihre Stadt wird eine Wüste sein. Sie werden auf dem Platz ihrer eigenen leeren Versprechungen stehen. Es wird sich herausstellen, dass sich nichts herausstellt."

Ulf Treger

Weiterführende Links und Quellen zu diesem Text sind im Web unter der Adresse http://ready2capture.dekoder.de abrufbar.

35. And the winner is: Barcelona? Verdrängung ist die andere Seite der olympischen Medaille

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:15

Als Barcelona am 17. Oktober 1986 zum Austragungsort der XXV. Olympischen Spiele 1992 ernannt wurde, strömten die BarcelonerInnen auf die Straße, um "ihren" Sieg zu feiern. Im Gegensatz zu Amsterdam gab es hier - nicht nur in der Anfangszeit, sondern auch in der konkreten Phase der Umsetzung - kaum Widerstand gegen die städtischen Pläne.

Viele versprachen sich von Olympia eine Verbesserung der städtischen Infrastruktur, der Wohnqualität und eine sichtbare Entspannung des Arbeitsmarktes. Angesichts einer Erwerbslosenquote von 21,4 Prozent im Jahr 1986 dürfte das Arbeitsplatzargument ausschlaggebend gewesen sein für die weit verbreitete Olympiabegeisterung. Und zumindest dieses olympische Versprechen schien sich zunächst auch zu erfüllen: So sank die Erwerbslosenquote seit Mitte der 80er kontinuierlich und lag im vorolympischen Jahr 1991 bei knapp 14 Prozent. (Fünf Jahre nach Olympia war allerdings die 20 Prozent Marke wieder erreicht.)

Unsere Stadt soll schöner werden

Und auch sonst hatte sich - im Zuge der Olympiavorbereitung - vieles verändert in der katalanischen Metropole. Einige der ärgsten Bausünden der letzten Jahrzehnte wurden beseitigt: Die 14-spurige "Passeig de Colom", die sich früher entlang des Hafens schlängelte, ist nun eine unterirdische Durchgangsstraße, oberhalb gibt es eine Flaniermeile für FußgängerInnen und Straßen für Anliegerverkehr. War der Zugang zum Meer vorher durch die Küsteneisenbahnlinie versperrt, so ermöglichte nun eine untertunnelte Eisenbahnlinie und der Abriss von Industrieanlagen die viel propagierte "Öffnung Barcelonas zum Meer". Das ehemalige Industrie- und ArbeiterInnenwohngebiet Poblenou bekam eine Strandpromenade, ein neues Entwässerungssystem, einen Olympiahafen und das olympische Dorf am Meer. Darüber hinaus wurde das Schienennetz ausgebaut, der Stadtflughafen modernisiert und das Telekommunikationsnetz ausgebaut, um nur einige Eckpunkte des ehrgeizigen Städtebauprojektes zu nennen. Die Pläne für diese Umstrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen lagen zwar schon lange in den Schubladen des Stadtparlaments. Mit dem Vehikel Olympische Spiele konnten sie nun schnell und ohne zähe Verhandlungen durchgesetzt werden.

Barcelona gilt allgemein als das Modell einer erfolgreichen Olympiabewerbung und -durchführung. Bei genauerer Betrachtung hat diese "Erfolgsstory" beträchtliche Schattenseiten. Angesichts leerer Kassen und eines Investitionsvolumen von etwa 4.533 Mio. Euro (ohne die Folgekosten) war die Stadt maßgeblich auf private InvestorInnen angewiesen, die rund 43 Prozent der Gesamtsumme stellten. Nach angelsächsischem Vorbild entstanden verschiedene "public-private-partnerships", die sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung des Projektes großes Mitspracherecht hatten. Anfangs fand sich im Olympiapaket noch das Angebot, auch sozialen Wohnungsbau in den von der Umstrukturierung betroffenen Stadtteilen zu fördern. Da dies jedoch die Gewinnaussichten der privaten InvestorInnen zu schmälern drohte, verzichtete man schließlich auf die sozialen Abfederungsmaßnahmen. Die Stadt fuhr den öffentlich geförderten Wohnungsbau zurück, die durchschnittlichen Mieten in Barcelona stiegen allein zwischen 1990 und 1992 um 200 Prozent; in der nacholympischen Phase hat sich der Kaufpreis für Wohnungen in der Altstadt fast verdoppelt.

Die Auswirkungen dieses Gentrifizierungsprozesses der letzten zehn Jahre treten besonders in der traditionell ärmeren und benachteiligten Altstadt zu Tage: Während Einkommensschwache und MigrantInnen auf Grund des Kostendruckes in die Randbereiche Barcelonas verdrängt werden, ziehen immer mehr Besserverdienende in das als lebendig und authentisch empfundene Viertel. Auch wenn Olympia den Prozess der Durchkapitalisierung der Innenstadt extrem beschleunigte, diente das Großereignis lediglich als Katalysator eines allgemein vorherrschenden Trends zur unternehmerischen Stadt. Galt Barcelona vor Olympia als verschlafene Hafenstadt, so präsentiert sich die Stadt heute als konkurrenzfähige Metropole, die im Wettbewerb der Städte um nationale und internationale InvestorInnen buhlt.

Angekurbelt durch den kurzfristigen Jobboom im Zuge von Olympia investierten in den 90ern vor allem Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor in Barcelona. Die Jobs im Hotel- und Gaststättenbereich, Reinigungsdienstleistungen und im Einzelhandel sind in der Regel zeitlich begrenzt, niedrig qualifiziert und schlecht bezahlt. Vor allem Frauen, unqualifizierte ArbeitnehmerInnen und Studierende sind prekär

beschäftigt. Dies ist die Kehrseite des olympischen "Jobwunders": Olympia geht, der deregulierte Arbeitsmarkt bleibt. Am stärksten profitieren - wen wundert's - Immobiliengesellschaften, das gehobene Hotel- und Gastronomiegewerbe, die Tourismusbranche und hochausgebildetes Fachpersonal von Olympia. Dagegen haben GeringverdienerInnen und marginalisierte Gruppen am meisten unter den steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten zu leiden.

Wenn StadtplanerInnen und PolitikerInnen heute das "Modell Barcelona" in höchsten Tönen loben, um ihre Stadt in Olympiabegeisterung zu versetzen, so ist Vorsicht geboten. Neben einigen erfolgreichen städtebaulichen Maßnahmen, wie der Öffnung der Stadt zum Meer, hat die Olympiade die soziale Polarisierung innerhalb der Stadt enorm verschärft: Verdrängung, Obdachlosigkeit und ein steigendes Verarmungsrisiko - all inclusive. Sicherlich ist die vier Kilometer lange Strandpromenade im ehemaligen ArbeiterInnenviertel Poblenou schöner als die Küsteneisenbahnlinie, die dort vorher verlief. Nur dürften die Ex-BewohnerInnen des Viertels wenig davon haben, flanieren doch heute hauptsächlich TouristInnen und neu hinzugezogene BesserverdienerInnen auf dem Boulevard.

Nicole Vrenegor

36. NOlympics - die Bonzen und der Pöbel. Das Konzept der Imagebeschmutzung am Beispiel Amsterdam

Autor: Agentur Bilwet · Rubrik: Niederlande · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:06

1984 meldete Amsterdam seine Kandidatur für die Olympischen Spiele 1992 an. Mit der Ausrichtung des Großereignisses wollte die Stadtverwaltung gegen das ramponierte Image der Stadt vorgehen. Schon bald gründeten sich NOlympics-Initiativen wie das Komitee Olympische Spiele Nee und die Gruppe Kein Brot - Keine Spiele, die vorrangig mit dem Konzept der Imagebeschmutzung arbeiteten. Im Folgenden dokumentieren wir Ausschnitte aus dem mittlerweile vergriffenen Buch der Agentur Bilwet "Bewegungslehre. Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit".

Bis zum 17. Oktober 1986, dem Tag der Schlussabstimmung des IOC, sollte eine minimale AktivistInnengruppe ungefähr zwei Jahre lang maximale Medien-Effekte erzielen. Die Tatsache, dass die Funktionäre die Kandidatur von Anfang an in den Rahmen der immer zur Mediensphäre gehörigen Image-Verbesserung gestellt hatten, ermöglichte es, sie durch pure mediale Anwesenheit zu schlagen. Alle Aufmerksamkeit konnte auf die Beschmutzung des Images gerichtet werden. Der Widerstand gegen die Amsterdamer Spiele '92 nahm zwar in den betroffenen Vierteln seinen Ausgang, erreichte seinen Höhepunkt aber auf einer Art Metaebene, auf der nur noch Mediengeschulte durchblickten, wo der nächste Effekt erzielt werden konnte. Der Erfolg der "NOlympics", dem Sammelnamen aller Anti-Initiativen, gründete in ihrer störenden Präsenz bei jeder Gelegenheit, bei der auch nur der leiseste Verdacht bestand, es könnte einen Zusammenhang mit Amsterdam und den Spielen geben ...

Immer wieder die Leute, die mit Transparenten vor den Hotels und Kongresszentren rumhingen, in denen Amsterdam sich Schritt für Schritt an die Spielevergabe heranarbeitete - das versaute die Erfolgsaura der offiziellen Schar. Deren professioneller Optimismus wurde langsam aber sicher von der verpesteten Atmosphäre angenagt, die sich um die Amsterdamer Kandidatur legte. Wer seinen Gegner im Medienbereich bekämpft, kann ihn nur ausknocken, indem er sich der Gesamtheit der Medien bedient. Das Wort "Medien" drückt das bereits aus: Man bearbeitet die lokale Presse mit lokalen Argumenten, gebraucht in den eigenen Blättern eine etwas heftigere Sprache, bringt im Radio Bedenken von nationalem Interesse vor und lässt fortwährend Post mit den verschiedensten Briefköpfen bei IOC-Mitgliedern in der ganzen Welt zustellen. (...)

Man kopierte rücksichtslos alle Methoden und Techniken der gegnerischen Partei: das persönliche Geschenk der Organisatoren an die IOCler wurde sofort mit einem Tütchen Marihuana beantwortet, das diese per Post zugestellt bekamen mit einem Begleitbrief, in dem Bürgermeister Ed van Thijn schrieb: "Nach den südafrikanischen Diamanten schicken wir Ihnen nun etwas, womit Sie Ihren Geist erheitern können. Das Niederländische Olympische Komitee möchte Sie gerne Bekanntschaft machen lassen mit einem der Amsterdamer Erzeugnisse. Wir hoffen, damit einen positiven Einfluss auf Ihre Entscheidung auszuüben. Unser nationales Erzeugnis ist an über 500 legalen Verkaufsstellen erhältlich. Geben Sie vor allem nichts auf den wachsenden Widerstand in Amsterdam." (...)

Die Aktionen konzentrierten sich auf zwei Schwachpunkte der geschäftigen Funktionäre: Humor und Randale. Die Image-Ingenieure waren sich ihrer Windbeutelei sehr wohl bewusst und fühlten sich schon im Voraus leicht lächerlich, wenn sie in der Geschäftswelt um Geld betteln gehen mussten. In einer solchen Situation schlägt jeder Scherz wie ein Hammerschlag ein. Darüber hinaus ist ein Farbspritzer auf einem dreiteiligen Anzug effektiver als 100 gute Argumente. (...)

In der letzten Woche vor der endgültigen Abstimmung hielt man noch eine Geheimwaffe in der Hinterhand: die wüsten Horden, die das schlechte Image von Amsterdam verstärken sollten. "Von A'dam aus wird eine Busreise organisiert, mit der kein Neckermann mithalten kann. Der Trip nimmt ungefähr vier Tage in Anspruch und wird um die 90 Mäuse kosten. Für Schlafplätze ist gesorgt." Da das Nee-Komitee für seine Arbeit in den Medien keinen starken Mitgliederbestand oder eine breite Basis brauchte und hatte, wurden nun bestimmte Kreise für einen netten Ausflug erwärmt. Die Zielgruppe fühlte sich angesprochen und verstand, was von ihr verlangt wurde. Zwei Punkgruppen fuhren mit, um für die musikalische Umrahmung zu sorgen. Die letzten

Tickets für diese "prima versorgte Demonstration/Ferienreise" wurden an einschlägige Adressen verteilt. In der cleanen, sterilen Umgebung von Lausanne schien es, als ob die Barbaren in die Zivilisation eingefallen wären. (...) Die Reiseleitung führte ein spartanisches Regime, um vor allem keine Gelegenheit zu einem Auftritt zu verpassen. Die Gruppe wurde bereits um sechs Uhr morgens geweckt, um gegen 7.30 Uhr die Frühstücksatmosphäre im Calgary Palace Hotel vergiften zu können. Die Ausflüge waren für die Weltpresse bestimmt, die sich sowieso am langweilen war, da die IOC-Mitglieder grundsätzlich nicht zu sprechen waren. Sie huschten nur in Bussen und Luxuslimousinen vorbei. Die Polizei blieb freundlich, um Lausanne unter dem zusehenden Kameraauge keinen schlechten Ruf einzuhandeln.

Am Abend vor der Abstimmung ging man wieder auf Achse, diesmal zum Hotel, in dem die Herren schliefen. Flip: "Wieder springt eine begeisterte Horde aus den Bussen und rennt über die Straße, wo, um die Effektivität der Aktion zu erhöhen, gerade der Bus mit den IOC-Mitgliedern ankommt. Um ins Hotel zu kommen, müssen sie wohl oder über an der johlenden Gruppe vorbei. Das war das einzige Mal, dass die vornehmen Herren körperlichen Kontakt mit dem Pöbel hatten. Mit dieser Demo kamen sie überhaupt nicht klar. Einige hysterische Aktivisten fingen an, die Mercedesse zu entern. Irgendein Idiot mit vor Erregung knallrotem Kopf schrie ununterbrochen ‚fuck you capitalist bastard` und fuchtelte mit seinem Mittelfinger in den Gesichtern der IOCler herum, sich nebenbei noch ein bisschen mit anderen Aktivisten streitend, die das nicht so doll fanden. Dann kam die neue Idee auf, Sticker auf die Rücken der IOC-Mitglieder zu kleben. Ein fossiler IOCler bekam beinahe Herzversagen und musste von seinem Chauffeur gestützt werden. Immer mehr Leute schienen beim bloßen Anblick eines IOClers außer sich vor Wut geraten zu können." Joop: "Dass mit Bierflaschen geworfen worden sein soll, ist Unsinn. Jemand ließ aus Versehen eine Tüte mit Flaschen fallen. Das war alles. Es wurde höchstens mal gegen einen Bus geschlagen." Flip: "Der Prinz von Monaco bekam einen Rotzbrocken ins Gesicht, das war lustig. Diese Aktion wurde erst richtig erfolgreich, als das Sondereinsatzkommando auf uns gehetzt wurde. Über die ganze Straße kamen sie angerannt. Sie machten einen etwas besser organisierten Eindruck als ‚unsere` ME. Na ja, schneller Aufbruch und ein chaotischer Abzug im Siegesrausch. Die Presse hatte auch wieder was zu schreiben." (...)

Etwas später wurde bekannt, dass Barcelona gewonnen hatte und dass Amsterdam schon in der ersten Abstimmungsrunde mit der geringsten Stimmenzahl von allen Städten durchgefallen war (5 von 130). Daraufhin stieg die Gruppe jubelnd in die Busse und fuhr nach Hause.

Agentur Bilwet "Bewegungslehre. Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit", Berlin (1991), Edition ID-Archiv. Auf http://squat.net/archiv ist die englische Fassung des Textes, die deutsche Übersetzung befindet sich auf den Seiten des Anti-Olympia-Komitee-Leipzig: www.nein-zu-olympia.de.

37. nach olympia. Das KünstlerInnenduo Grösch/Metzger untersucht olympische Dörfer nach den Spielen

Autor: Wiebke Grösch/Frank Metzger · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:05

"A miniature world was here set up by itself, rigidly protected from the world outside." (1)

Berlin

Anlässlich der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles 1932 wurde das erste olympische Dorf in der Geschichte der Spiele der Neuzeit errichtet. Aus dem damaligen Abschlussbericht geht hervor, dass mit der Errichtung, neben praktischen Gründen wie der kostengünstigen Unterbringung der SportlerInnen, auch die idealistische Hoffnung verbunden wurde, hier einen Ort zu schaffen, an dem sich Menschen unterschiedlicher nationaler und kultureller Herkunft kennen lernen und für einen begrenzten Zeitraum miteinander leben können, sozusagen als Beispiel für eine funktionierende multikulturelle Gesellschaft im Kleinen. Seit dem Erfolg des olympischen Dorfes in Los Angeles werden alle vier Jahre - seit 1992 alle zwei Jahre - in unterschiedlichen kulturellen und politischen Kontexten olympische Dörfer für bis zu 15.000 Menschen gebaut. Da sie während der Spiele jedoch nur für etwa sechs Wochen bewohnt werden, spielt bei ihrer Planung vor allem die Frage der Nutzung nach den Spielen, z.B. im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus, der Stadterweiterung oder der städtischen Umgestaltung, eine wesentliche Rolle.

In den Medien und im Jargon des Internationalen Olympischen Kommitees (IOC) wird das olympische Dorf gerne als "Dorf des Friedens und des Miteinanders" und als "Global Village" bezeichnet. Doch dem idealistischen Bild einer von nationalen und kulturellen Grenzen befreiten Miniaturwelt steht der hohe sicherheitstechnische Aufwand gegenüber, der während der Spiele betrieben wird, um Störungen von außen fern zu halten. Hierin sind sie vergleichbar mit "Gated Communities", abgegrenzten und von privaten Sicherheitsdiensten bewachten Wohngebieten mit homogener Bewohnerschaft.

Die Isolierung des Dorfes während der Spiele kann eine Gettoisierung des Dorfes und seiner BewohnerInnen nach den Spielen zur Folge haben. Das olympische Dorf der Winterspiele 1980 in Lake Placid/USA treibt den Aspekt der Isolation auf die Spitze. Es wurde, da nach der Olympiade kein Bedarf an Wohnraum bestand, als Bundesgefängnis geplant und wird noch heute als solches genutzt. Allgemein können die olympischen Dörfer als Beispiel für groß angelegte städtebauliche Projekte herangezogen werden. An ihnen lassen sich exemplarisch die städtebaulichen Entwicklungen und Utopien des 20. Jahrhunderts verfolgen und ablesen, inwieweit sich die utopischen Ansprüche, die der Planung zu Grunde lagen, in der Nachnutzung bewähren. Im Rahmen des Projekts "nach olympia" haben wir bisher Recherchen in den olympischen Dörfern in Berlin, Rom, Grenoble, Innsbruck, München, Seoul und Sydney durchgeführt.

Das olympische Dorf der Sommerspiele 1936 liegt ca. 40 km westlich vom Berliner Stadtzentrum zwischen den Orten Elstal und Döberitz. Am Tag unseres Besuches fanden im olympischen Dorf Dreharbeiten für einen Krimi statt. Eines der Tore stand offen, um die Fahrzeuge der Filmproduktion auf dem Gelände zu parken.

Das weitläufige, leicht hügelige Areal wurde seit dem Abzug der sowjetischen Truppen im Jahre 1992 sich selbst überlassen; auf den Wiesen zwischen den verfallenen Häusern grasen Rehe. Vom ursprünglichen Dorf existieren nur noch mehrere eingeschossige Mannschaftsbaracken sowie zwei größere Gemeinschaftshäuser, eine Box-, eine Schwimmhalle und ein Sportplatz.

Während der Spiele waren hier ausschließlich die männlichen Teilnehmer untergebracht, die Sportlerinnen wohnten in Hotels im Stadtzentrum. Nach den Spielen wurde das Dorf von den Nazis als Kaserne genutzt. Der größte Teil der ursprünglichen Bauten wurde von der Sowjetarmee, die das Areal nach dem 2. Weltkrieg als Kaserne übernahm, abgerissen, um zahlreiche mehrgeschossige Wohngebäude zu errichten. Seit 1992 stehen diese leer und werden momentan für eine Sanierung vorbereitet. Aus allen Gebäuden wurden die Fenster und Türen entfernt. In den nächsten Jahren soll auf dem Gelände eine "Wohnstadt im Grünen" mit etwa 3.000 Wohnungen entstehen. Die noch existierenden historischen Bauten werden renoviert. (April 2000)

Innsbruck

In Innsbruck haben zwei Mal Olympische Winterspiele stattgefunden: 1964 und 1976. Beide olympischen Dörfer liegen direkt nebeneinander, so dass in der Stadt nur von einem "O-Dorf" gesprochen wird. Es liegt, durch den Inn vom Rest der Stadt getrennt und umgeben von Gewerbegebieten, am östlichen Stadtrand. Innerhalb der Stadt bringt man dem olympischen Dorf und seinen BewohnerInnen zahlreiche Vorurteile entgegen; es gilt als sozialer Brennpunkt. Die BewohnerInnen hingegen loben die hohe Wohnqualität des olympischen Dorfes.

Das Dorf von 1964 bestand ursprünglich aus acht zehngeschossigen Wohnblöcken, umgeben von großen Rasenflächen. Nach den Spielen wurden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus weitere Gebäude ähnlicher Bauart hinzugefügt. Die Gebäude von 1976 stehen entlang dem Innufer. Sie haben zum Flussufer hin stufig abfallende Geschosszahlen, eine bronzefarbene Fassade und orangefarbene Markisen. Zwischen den Häuserzeilen befinden sich überdachte Parkplätze. Diese Überdachungen sind begrünt und werden bevorzugt von Kindern und Jugendlichen als Treffpunkt genutzt, da die Bepflanzung einen gewissen Sichtschutz bietet.

Außer einem Denkmal mit den olympischen Ringen erinnert nichts an die anfängliche Nutzung des Viertels. Eine dritte Bewerbung Innsbrucks um die Austragung der Winterspiele wurde von den BürgerInnen der Stadt vor einigen Jahren abgelehnt, um den Bau eines weiteren olympischen Dorfes zu verhindern. Man befürchtete, hier könnte nach den Spielen ein neuer sozialer Brennpunkt entstehen. (April 2000)

Grenoble

Das olympische Dorf der Winterspiele 1968 liegt, umgeben von neueren Wohnquartieren, im Süden der Stadt. Es wurde vom Architekten Maurice Novarina entworfen, der auch das Rathaus Grenobles, ein Hochhaus im Stil Mies van der Rohes, gebaut hat. Nach drei Seiten hin ist das Dorf von vierspurigen Straßen begrenzt, über die zum Teil Fußgängerbrücken führen. Innerhalb des Dorfes gibt es keinen Autoverkehr. Den Kern des olympischen Dorfes bilden vier- bis fünfgeschossige Zeilenbauten, die in regelmäßigen Abständen mit Durchgängen versehen sind. Um diesen Kern herum stehen acht 20-geschossige Hochhäuser. Bewohnt wird das Dorf vor allem von MigrantInnen sowie sozial Schwachen.

Im südlichen Teil des Dorfes befinden sich zehn Wohnblocks, die heute als StudentInnenwohnheim dienen und in denen während der Spiele die SportlerInnen untergebracht waren. Erstaunlicherweise tragen die Häuser noch immer Schilder mit den Landesnamen der teilnehmenden Nationen. Besonders auffallend ist, dass das Schild am "österreichischen" Haus entfernt wurde. Dies geschah aus Protest gegen die FPÖ/ÖVP-Regierung, zumal die Stadt Grenoble infolge des Regierungswechsels die langjährige Städtepartnerschaft zu Innsbruck beendet hat. Die Wohnanlage der StudentInnen ist durch einen zwei Meter hohen Zaun vom übrigen Dorf getrennt. Wie im übrigen Dorf lassen sich alle Fenster und Balkone mit Metalljalousien verschließen. Außerdem sind an fast allen Häusern Scheinwerfer angebracht, mit denen nachts die öffentlichen Flächen ausgeleuchtet werden. (Juni 2000)

München

Das olympische Dorf in München, entstanden anlässlich der Sommerspiele 1972, ist ein komplexes Gebilde. Es vermittelt den Eindruck einer autarken urbanen Einheit, die auch ohne die restliche Stadt funktionieren könnte. Durch die enge Gruppierung der Gebäude, die verschiedenen Gebäudetypen und die extreme Durchgestaltung des öffentlichen Raumes hat das Dorf eine eigentümliche Dichte. Eingebettet in die ebenso durchgestalteten Grünanlagen des Olympia-Parks vermittelt sich heute das Bild einer Retortenstadt mit Retro-Chic.

Von einem Hauptplatz, an dem sich zahlreiche Geschäfte und Lokale befinden, verzweigt sich das Dorf in mehrere "Straßen". Jeder Straße ist eine Röhre in einer bestimmten Farbe zugeordnet, die ähnlich einer Pipeline auf Stelzen den Weg vom Hauptplatz in den jeweiligen Teil des Dorfes weist. Entlang dieser Straßen befinden sich lange Zeilen mit acht- bis zehngeschossigen Häusern, die nach Süden hin mit terrassenartig angelegten Balkonen ausgestattet sind, die fast alle bepflanzt sind. Zwischen diesen Häusern führen kleinere Wege über Treppen und Rampen zu weiteren Teilen des olympischen Dorfes, z.B. zu verschiedenen öffentlichen Bauten, sowie zu kleineren Reihenhäusern und Grünflächen mit Spielplätzen und Brunnenanlagen.

Die Nutzung des Wohnraums ist sehr gemischt. Es gibt Eigentums-, Miet-, und Sozialwohnungen sowie Studentenappartements und ein Hotel. Innerhalb des Dorfes gibt es kaum Verweise auf die Olympiade. Eine Gedenktafel erinnert an die israelischen Sportler, die während der Spiele Opfer eines Anschlags der palästinensischen Terrorgruppe "Schwarzer September" wurden. (April 2000)

Seoul

Etwa 15 km südöstlich des Stadtzentrums von Seoul liegt das olympische Dorf der Sommerspiele 1988. Es entstand im Rahmen eines Stadtentwicklungsplans, der die Schaffung eines neuen metropolitanen Zentrums am Stadtrand von Seoul zum Ziel hatte. Von der U-Bahnstation "Olympic Park" aus gelangt man auf den Hauptplatz des Dorfes, der von einem dreigeschossigen gläsernen Einkaufs- und Servicecenter wie von einem Schutzwall umgeben ist. Der Platz selbst ist mit Steinplatten gepflastert. Ein ringförmiger Teil der Pflasterung ist glatter, weshalb er von Kindern und Jugendlichen gerne zum Rollschuh- und Fahrrad fahren benutzt wird.

Hinter dem Einkaufscenter liegen in fächerartiger Anordnung die Häuserzeilen des Dorfes. Sowohl die Geschosshöhe als auch der Abstand zwischen den Häusern nimmt vom Zentrum zum Rand hin zu. Im Zentrum sind die Gebäude sechs bis acht, außen bis zu 24 Stockwerken hoch. In den sich öffnenden Räumen zwischen den Häuserzeilen befinden sich Grünanlagen, Spielplätze und kleinere Ladengeschäfte. Durch die Positionierung der höchsten Gebäude am Rand des Dorfes entsteht ein gewisser Isolationseffekt. Die besondere Anlage befriedigt jedoch - zumindest dem Anschein nach - das Schutzbedürfnis seiner BewohnerInnen.

Der vom Architekten Kyu Sung Woo stammende Entwurf bezieht sich auf die introvertierte Form traditioneller koreanischer Dörfer. Im Dorf gibt es ausschließlich Eigentumswohnungen, wobei die Wohnungsgrößen von 80 bis 200 qm deutlich über dem Durchschnitt in Seoul liegen. (Mai 2002)

Sydney

Residents only beyond this point" empfängt ein Schild BesucherInnen im olympischen Dorf in Sydney, das ca. 14 km westlich des Stadtzentrums in Homebush Bay, in direkter Nachbarschaft zum Olympiagelände, liegt. Das mittlerweile in "Newington" umbenannte Dorf wurde auf dem vorher stark umweltbelasteten Gelände einer Munitionsfabrik errichtet und grenzt direkt an ein Gefängnis und ein Industriegebiet. Die Hauptzufahrtstraßen sind jedoch so angelegt, dass man sich dem Dorf durch neu angelegte Parkanlagen nähert.

Zum Olympiagelände hin ist das Dorf mit vier- bis fünfgeschossigen Appartementhäusern gesäumt. Der Kern des Dorfes besteht hingegen aus kompakten Einfamilienhäusern, die alle auf den gleichen Gestaltungselementen aufbauen, deren Materialität, Anordnung und Farbe variieren. Bei der Planung des Dorfes wurde mit Greenpeace zusammengearbeitet. Angeblich ist es der weltweit größte mit Solarstrom versorgte Stadtteil.

Nach den Spielen wurden alle Häuser des Dorfes grundüberholt und weitere Bauflächen zur Erweiterung des neuen Stadtteils ausgewiesen. Die Eigentumswohnungen und Häuser des Dorfes, das an Musterbeispiele des New Urbanism wie die "Disney"-Stadt Seaside in Florida erinnert, sind sehr begehrt. Große Teile des Dorfes waren schon vor den Spielen verkauft, werden zum Teil aber erst jetzt bezogen. Im Kaufpreis ist u. a. ein "Sicherheitspaket" enthalten, das von Bewegungsmeldern in den Häusern bis zu einem patrouillierenden Sicherheitsdienst reicht. (März 2002)

Wiebke Grösch/Frank Metzger

Dieser gekürzte Text ist Teil der Installation "nach olympia", 2002. Weitere Informationen und Fotos auf www.groeschmetzger.de, Kontakt: wf@groeschmetzger.de

Anmerkung:

1) Final Report, Olympic Summer Games Los Angeles, 1933

38. "Lappenkrieg" in NOlympic-city. Ein Rückblick auf die Arbeit des Anti-Olympia-Komitees Berlin

Autor: Einige aus dem ehemaligen AOK · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:08

Am 23. September 1993 war es so weit: Wir hatten "gesiegt"! Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte sich für Sydney entschieden. Ein schönes Gefühl, endlich mal nicht von Niederlage zu Niederlage zu hoppeln, sondern mit einem stimmigen Aufwand-Ertrag-Verhältnis politisch agiert zu haben. Aber: Hatten wir nicht einfach nur Glück, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort das Richtige getan zu haben?

Zur damaligen Situation: Die Mauer war gefallen. Die linksradikale und autonome Szene befand sich zum Teil in einer Art Schockzustand. Der Angriff von Rechts begann stärker zu werden und mündete u.a. in dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. In Berlin schienen sich die schon seit ca. 1987 von uns thematisierten Entwicklungen in der Stadtpolitik zu beschleunigen: Mit Hauptstadt-Umzug und Olympiabewerbung würden unsere Unkenrufe über Umstrukturierung, Vertreibung und Gentrifikation endgültig Wirklichkeit werden. Auf der anderen Seite waren in Ostberlin Freiräume entstanden, die sich mit der neuen Häuserbewegung und einer vielfältigen Sub- und Undergroundkultur füllten. In diesem Klima trafen sich 1991 ein paar Menschen, zum Teil Alt-Autonome, zum Teil aus den besetzten Häusern, die im Thema Olympia ein sinniges Betätigungsfeld sahen und die das Anti-Olympia-Komitee (AOK) gründeten. Eine wichtige Motivation war das Wissen: Dieses Mal können wir gewinnen. Und Olympia könnte wie zu IWF-Zeiten 1988 in Berlin ein Kristallisationspunkt für die zersplitterte Linke sein. Doch daraus wurde bis Anfang 1993 nichts. Bis dahin waren wir mehr oder weniger auf uns gestellt, denn die Szene war einerseits zu sehr mit ihrer Wieder-Selbstfindung und mit dem Abwehrkampf gegen Rechts beschäftigt.

Volxsport: Fahnenklau & Demos

Im Nachhinein lässt sich unsere Arbeit im Rahmen des AOKs grob in drei Phasen unterteilen. In der ersten Phase um 1991 herum probierten wir in klassischer Art und Weise den Protest zu organisieren: Wir setzten auf Aufklärung und die altbewährte linke Kritik am Thema Olympia, auf Massenmobilisierung und Bündelung der Kräfte. Beim Besuch des Exekutivkomitees des IOC fanden Demonstrationen statt, wir klärten auf, schlossen ein Personenbündnis mit Teilen von Bündnis 90/Grünen und der PDS und anderen. Leider sprang der Funke nicht über.

In der zweiten Phase ab 1992 änderten wir unsere Strategie und wendeten vorrangig das Konzept der Imagebeschmutzung an, das die Amsterdamer OlympiagegnerInnen schon Mitte der 80er erfolgreich eingesetzt hatten. Da das IOC letztendlich die Entscheidung trifft und bei der großen Auswahl geneigt ist, die Städte zu favorisieren, in denen die Mehrheit der Bevölkerung die Spiele willkommen heißt und in denen Ruhe und Ordnung herrscht, lag der Fokus unseres folgenden Engagements auf dem IOC. Wir überhäuften die IOC-Mitglieder persönlich mit Schreiben, legten als Bestechungsgeld auch mal einen Dollar bei, schickten ihnen eine Hochglanzbroschüre, in der sehr ausführlich auf die Tradition von militantem Widerstand in der Stadt Bezug genommen wurde, dem sie auch ausgesetzt sein würden. Diese Art des Vorgehens war jedoch nur möglich, weil es seit 1987 auch tatsächlich einige Riots in Berlin gab (1. Mai 1987, IWF-Tagung 1988, Räumung der Mainzerstraße 1990) und es einige Grüppchen in der Stadt gab, die ihre militanten Aktivitäten ab 1992 rund um das Thema Olympia ausweiteten. Das heißt, wir konnten mit einem Mythos arbeiten, der zu der damaligen Zeit tatsächlich noch ein kleines bisschen real unterfüttert war. Trotzdem war diese Zeit eine gewisse Durststrecke für uns. Wenn das AOK nicht auch ein soziales Gebilde für uns gewesen wäre, mit dem wir viel Spaß hatten und mit dem wir uns auch in anderen Politikfeldern politisch einmischten, hätten wir vielleicht schon eher aufgegeben.

Die dritte Phase ab Anfang 1993 war geprägt von unserem Bemühen, ein Bedrohungsszenario zu schaffen, das mit einzelnen gezielten Aktionen hergestellt wurde. Das begann damit, dass wir nach Lausanne fuhren und die offizielle Abgabe der Bewerbung begleiteten. Wir waren in der Öffentlichkeit mit 50 Leuten präsent, gaben ein Videoband voller Drohgebärden ab, und einige Beherzte markierten das IOC-Hauptgebäude mit roten Farbbeuteln. Die Entscheidung über die Vergabe der Olympiade rückte immer näher, die militanten Aktionen wurden massenhafter. Es brach ein gewisses "Wettkampffieber" in der Stadt aus. Olympiafahnenklau

wurde zum Volxsport; es gab Graffitis an allen Orten. Als die Polizei dann vor dem Besuch der IOC-Prüfungskommission ein besetztes Haus stürmte, um ein Anti-Olympiatransparent zu entfernen, kam es zum zweiten legendären "Lappenkrieg" (der erste war 1982 beim Reagan Besuch, da entfernte die Polizei über 700 Mal Parolen und Transparente mit präsidialbeleidigendem Inhalt). Anti-Olympia-Transparente hingen aus vielen Häusern. Die Prüfungskommission wurde mit einer Demonstration von 15.000 Protestierenden empfangen. Eine Rauchbombe vor dem Olympiabüro mit anschließendem Knüppeleinsatz der Polizei reichte aus, um aus dieser Demonstration in der internationalen Presse eine Randaledemo werden zu lassen. Ein zweiter Besuch in Lausanne, bei dem der damalige IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch nur knapp seinem persönlichen roten Farbei entging, weitere sowohl militante als auch fantasievolle Aktionen und kurz vor der Entscheidung nochmals eine Demo mit über 18.000 Teilnehmenden sowie eine weitere Fahrt zum endgültigen Entscheidungsort Monaco rundeten diese durchaus lustbetonte dritte Phase ab.

Es gab einige wichtige Momente, die nicht so ohne weiteres auf andere Städte übertragbar sind: Der damalige CDU-Senat war geprägt durch 40 Jahre Frontstadtdenken. Verfilzt, höchst provinziell und ausgehend von einem Westberliner "Wir-Denken", welches so nicht mehr galt. Die Berliner Olympia-OrganisatorInnen gingen unglaublich dilettantisch vor. So wurde die Erstellung von Dossiers über einzelne IOC-Mitglieder (z.B. über ihre Bett- und Trinkgewohnheiten) bekannt, und auch die Verschwendung von öffentlichen Geldern wurde zum öffentlichen Skandal.

Klares Ziel - Klarer Gegner

Ein weiterer wunder Punkt war die Nazi-Olympiade 1936 in Berlin. Der Berliner Senat hatte das IOC-Exekutivkomitee, wie damals der Nazi-Innenminister Frick, zum Festmahl in das Pergamonmuseum eingeladen. Das war selbst der Presse zu viel und führte zu lautstarkem Unmut. Der damalige IOC-Chef Samaranch war durch seine Nazi-Vergangenheit im Franco-Faschismus immer wieder unser Ziel. Zudem gab es zur damaligen Zeit eine große öffentliche Debatte über die Kommerzialisierung beim Sport, über Doping und Elitenbildung v.a. bei solchen Ereignissen wie der Olympiade. Nicht zu vergessen ist schließlich, dass ein erheblicher Teil der Berliner Bevölkerung von Anfang an aus den verschiedensten Gründen eher gegen Olympia war.

Ein klares Ziel vor Augen, klare GegnerInnen, ein klares Konzept, nämlich die subjektive Beeinflussung der IOC-Mitglieder durch Imagebeschmutzung der Stadt Berlin, die Angriffe auf die vielen OlympiasponsorInnen - all das lässt sich in einer gewissen Eindimensionalität gut umsetzen. Dies hat allerdings mit einer vielschichtigen und emanzipatorischen Politik wenig zu tun - weder in der Analyse von verschiedenen Machtverhältnissen noch in der Umsetzung von Alternativen. Dementsprechend war auch unser Umgang mit der Öffentlichkeit und den Medien. Wir konnten ohne Rücksicht auf die Mehrheit der Bevölkerung, auf BündnispartnerInnen oder gar die Medien selbst agieren, da selbst negative Reaktionen gut für uns waren. So gab es z.B. zwei spektakuläre Aktionen vor dem Besuch der IOC-Prüfungskommission. In zwei Kaufhäusern wurden mit Brandsätzen die Sprinkleranlagen ausgelöst. Doch in der BILD-Zeitung hieß es: "Olympiafeinde - Terror gegen uns alle". Trotz der Hetze kamen 15.000 auf die Demo. Wir gingen mit den Medien für die damaligen Verhältnisse so um, wie es heute für viele (Linke) gang und gäbe zu sein scheint: Mit PressevertreterInnen wurde direkt zusammengearbeitet, wir hatten eine Pressesprecherin und hielten Pressekonferenzen ab. Alles in allem versuchten wir permanent öffentlich präsent zu sein.

Für uns war unumstritten, dass wir an die Öffentlichkeit gehen. Mit im Bündnis arbeitete die damalige sportpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne, Judith Demba. Sie war somit "unsere" Sprecherin. Das Gute war, dass sie uns näher stand als ihrer Partei, so dass es nie zu einer Distanzierung gegenüber den militanten Aktionen kam. Im Gegenteil, es wurde selbst auf Pressekonferenzen klar geäußert, dass militante Aktionen integraler Bestandteil des Protestes seien. Andererseits kam von unserer Seite aus auch nie eine politische Distanzierung, z.B. gegenüber dem Anliegen von KleingärtnerInnen, die von der Vertreibung von ihrem Gelände bedroht waren. Es gab in der beschriebenen zweiten Phase einen sog. Maulkorberlass von Seiten des Senats, an den sich außer den sogenannten "linken" Medien alle hielten. In der dritten Phase war die einseitige Olympia-Lobhudelei für unsere Gegenseite allerdings nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Letztendlich blieben jedoch unsere eigenen Inhalte - trotz der Bemühung, in der Öffentlichkeit präsent zu sein - auf der Strecke. Dass wir überhaupt gegen Olympia waren, gegen die Entsorgung der Geschichte, gegen die Verknüpfung von Olympia und Nationalismus. Auch die Thematisierung von Leistungsterror,

Hochleistungssport, Kommerz und Körperkult, die Frauenfeindlichkeit und der Sexismus beim Fitnesskult- nicht nur in der Gesellschaft allgemein, sondern ebenso in der linken Szene - all dies blieb marginal. Wo wir hingegen flach und pragmatisch waren, fanden wir offene Ohren. Dies ist leider heute bei anderen Themen auch nicht anders. Die inhaltliche Vermittlung von unserer Seite beschränkte sich letztlich zu sehr auf unsere eigenen Medien. Die einen schrieben Broschüren, andere äußerten sich in Form von BekennerInnenschreiben.

Aus den Fehlern der Kampagne lernen

Es gab kein Internet und somit keine eigene Website, kein Indymedia, keine Links. Ob damit tatsächlich mehr transportiert worden wäre, sei mal dahingestellt. Die Möglichkeit, dies probieren zu können, ist tatsächlich ein Fortschritt. Wir vergaßen die Paralympics zu kritisieren; das ist uns später von Behinderten zu Recht vorgeworfen worden. Möglicherweise hat sich in dieser Hinsicht in der Sensibilisierung und in der differenzierteren Analyse in den letzten zehn Jahren einiges getan, so dass solch ein Fehler heute - vielleicht?! - nicht mehr passieren könnte. Wichtig ist auch: Es gab damals kaum internationale Zusammenarbeit. Wir hatten ein wenig Kontakt zu Sydney, aber das war es dann schon. Dies hat sich heute dank der globalisierungskritischen Bewegung geändert, die ein übergreifendes an einem Strang ziehen bezüglich der Olympiabewerbung ermöglicht.

Die Kampagne gegen die Olympiabewerbung war - betrachtet mit dem zeitlichen Abstand von zehn Jahren - insgesamt sehr eindimensional. Sie war zielgerichtet mit einem fest umrissenen Gegner und einer konkreten zeitlichen Begrenzung, ein direkter Angriff gegen das IOC. Nur so kann "Erfolg" auch bemessen werden. Aber es ist ein Erfolgskriterium im bürgerlichen Sinn: Ein Projekt wurde verhindert. Was an sich nichts Schlechtes ist, aber es ist auch nicht mehr. Die Kampagne ist auf jeden Fall nicht so ohne weiteres 1:1 auf andere Städte übertragbar. Die Imagebeschmutzung funktioniert zum einen, wenn wie im Fall Berlin auf einen kämpferischen Mythos aufgebaut werden kann und dieser durch tatsächliche Ereignisse auch noch bestätigt wird (im Zeitraum 1991-93 gab es über 70 mehr oder weniger militante Aktionen mit Olympia-Bezug).

Oder es wird wie 1986 in Amsterdam der Fokus auf das IOC und seine Mitglieder gerichtet und sie werden gezielt verärgert. Das kann als kleine Gruppe geschehen, benötigt aber viel Fantasie und ist abhängig von guten Informationen. Die Kampagne in Berlin war streckenweise mit sehr viel Lust an Widerständigkeit, mit kollektivem Ausleben von Kreativität und Lust am Konflikt gefüllt. Das waren die durchaus emanzipatorischen Momente. Aber solch eine Kampagne ist kein Kristallisationspunkt, kein Moment von Bündelung, sondern höchstens einer der vielen Krückstöcke, die uns auf dem Weg, den wir fragend voranschreiten, begleiten.

Einige aus dem ehemaligen AOK Berlin

39. Besuch bei Herzl. HaDag Nachasch: Kritischer HipHop made in Israel

HaDag Nachash: Kritischer HipHop aus Israel

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak472/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:28

Die politische Stagnation in Israel ist mit den Händen zu greifen. Angst wird zur Gewohnheit, Krieg ist Normalität, Hass eine Droge, der immer mehr Menschen frönen. Es gibt keinerlei Perspektiven in Richtung auf eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes, und es ist viel zu anstrengend, sich darum noch ernsthaft Gedanken zu machen. Als Begleitmusik von Seiten der Regierung gibt es die üblichen Schuldzuweisungen an die palästinensische Seite, dazu sozialpolitischen Kahlschlag der radikaleren Sorte, Einschnitte in die staatliche Infrastruktur im Bildungssektor und Gesundheitswesen sowie patriotische Durchhalteparolen bis zum Abwinken. Kein Wunder, dass mittlerweile auch viele jüdische Israelis ihrem politischen Establishment mit ausgeprägtem Zynismus begegnen. Dieser bleibt zwar politisch bislang abstinent, bietet aber immerhin eine wirkungsvolle Immunisierung gegen das propagandistische Trommelfeuer aus nationalistischen Phrasen und militärischen Heilsversprechen, das tagtäglich aus den Medien dröhnt.

So hat eine Reihe etablierter KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren jüngsten Werken ihrer Desillusionierung von der Politik Sharons und ihrer tiefen Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen pointierten Ausdruck verliehen. Besonders wortgewaltig hat sich hier eine junge Generation arabischer wie jüdischer RapperInnen hervorgetan, welche die israelische Musiklandschaft neuerdings um eine einheimische HipHop-Szene bereichern. Formationen mit Namen wie TNT, DAM, MC Sultan u.a. stehen für eine politische Protestkultur wie kulturelle Neudefinition arabischer Israelis und sind außerhalb subkultureller Zusammenhänge noch kaum bekannt. Anders hingegen sieht es bei hebräischsprachigem HipHop aus. Einige Gruppen aus diesem Umfeld, wie etwa Subliminal und HaDag Nachash (zu deutsch: Der Fisch ist eine Schlange), haben bereits den Sprung in die Charts geschafft. Besonders der achtköpfigen Jerusalemer Band HaDag Nachash gelingt es, ihre fast durchweg politischen Texte mit einem melodischen Groove zu unterlegen, der den Anschluss an den musikalischen Mainstream mühelos schafft und in den Radiostationen gegenwärtig rauf und runter gespielt wird. Vielleicht ist es vermessen, dabei bereits von einem Aufbäumen der israelischen Zivilgesellschaft zu sprechen. Aber immerhin ist ihr Pulsschlag noch messbar.

Achim Rohde

Gabi und Debby

Hört Euch diese Geschichte an, sie ist kurz und vielleicht etwas lustig

Von dem Tag an dem ich Gabi und Debby mit dem Zauberstab traf (1)

Eines Abends spazierte ich so vor mich hin

Und schaute mich um nach da und nach dort

Als plötzlich alle um mich herum Englisch sprachen

Und das Farbbild in Schwarz-weiß umschlug

Alle waren sie da: Miss Ding Dong, Scooterman und dieser Cowboy wie hieß er noch

Dr. Halfbaked, Mr. Cashton Yirmi Kaplan und sein Vater

Auch Gabi und Debby waren da, sie standen abseits

Debby sah etwas fertig aus und bedrückt

Sie sprachen von irgendeinem Zauberstab, den sie verloren hätten

Und fragten mich, ob ich ihnen vielleicht bei der Suche helfen wolle

Gibt es denn einen Preis zu gewinnen?

Sie antworteten mir

Dass wenn ich den Stab finde

Sie mich an jeden Ort bringen, wohin ich nur will

Den Stab fand ich in Sekundenschnelle

Gabi hatte ihn in seine Hosentasche gesteckt was'n Idiot

Wow! schrie ich wie Homer Simpson in Ekstase

Los auf nach Paris ins Sheraton Plaza

Dort ist das Bureau La Pute

Ein Wahnsinnspuff

Da will ich hin

Debby räusperte sich und sagte

Bitte versteh wir würden Dir ja gerne

Aber es gibt da ein paar Beschränkungen

Erstmal, dies ist jugendfreies Fernsehen

Und außerdem brauchen wir eine positive Botschaft

Hast Du nicht einen etwas zionistischeren Ort im Kopf?

Was zionistisch? Wie jetzt? Etwa wie Herzl?

Und Hoops! Wir landeten in Basel (2)

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

Da stand Herzl so rum ganz entspannt und locker

So wie ich ihn sah kam mir der Anti

Schämt der sich nicht hier so rumzuprotzen als ob nichts wär

In Israel geht alles in Flammen auf was ist der so vernagelt?

Ich sah ihm tief in die Augen, ganz nah

Die Iris vergrößert und die Augen ganz rot

Pssst, flüsterte ich, ich glaub der ist bekifft

Gabi antwortete sei still, bleib cool

Doch ich konnte mich nicht halten und breitete vor dem Visionär des Staates ohne Scham

alle Einzelheiten der schweren verbogenen israelischen Realität aus

Ich erzählte von den Verkehrsunfällen (3)

Und ich erzählte vom Streik der Behinderten (4)

Ich erzählte von einer viertel Million Arbeitslosen (5)

Und ich erzählte von korrupten Politikern

Doch Herzl reagierte nicht, grinste nur breit

Und versenkte seine rechte Hand in die Hosentasche

Ich versuchte zu betonen dass es keinen Frieden gibt und keine Sicherheit

Dass wir es satt haben in Angst zu leben

Da legte Herzl mir einen Streifen Pappe auf die Zunge und sagte:

"Wenn Ihr dies nehmt, wird es kein Traum bleiben". (6)

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

Keine Ahnung wie mir geschah, ehrlich

Doch plötzlich hatte ich einen Karabiner in der Hand

Und fand mich wieder mitten in der Schlacht um Tel Chai (7)

Hoho! Ich will keine Waffe, ich hab keine Lust

Ich hab Profil 21 (8)

Doch Gabi meinte nur, die Geschichte von Tel Chai ist

Äußerst bedeutsam und pädagogisch wertvoll

Trumpeldor erkannte ich auf Anhieb, was für ein Anblick

Na das ist der mit der Hand, oder besser ohne

Wie geht's Dir so Joseph?, fragte ich höflich

Aber Trumpeldor war genervt und wütend

Plötzlich wirbelte der Wind Staub auf

Trumpeldor gurgelt und würgt und sondert gleich neben uns einen Grünen ab

Dann hustet er und sagt:

"Gut ist es aufs Vaterland zu rotzen." (9)

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

Langsam wuchs mir das alles über den Kopf

Meine Beine stolperten ich fiel zu Boden und schrie: Aufhören!!!

Dieser Ausflug hätte eine Belohnung sein sollen

Mit Euch macht es überhaupt keinen Spaß

Betrogen habt Ihr mich, betrogen habt Ihr mich

Debby war zuerst wieder gefasst und wandte sich an mich in mütterlichem Ton

Du hast recht, sagte sie, jetzt fliegen wir

Wohin Du willst, wohin Du sagst

Oh!, na endlich

Ich sagte, bloß nicht nach Jerusalem ins Jahr 2002

Aber offenbar haben sie mich wieder falsch verstanden

Denn genau hierhin

Wohin?

Genau hierhin

Wohin?

Genau hierhin bin ich zurückgekehrt

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

HaDag Nachash machen zionistischen HipHop

(Übersetzung: Achim Rohde)

1) Gabi und Debby sowie die übrigen in dieser Strophe genannten Figuren sind einer Reihe bekannter TV-Serien aus dem israelischen Schulfernsehen der 80er Jahre entnommen. Mit Hilfe eines Zauberstabs versetzten Gabi und Debby die ZuschauerInnen in immer neue Situationen, die dem Englischunterricht dienten und stets in Schwarz-weiß gefilmt wurden.

2) In Basel fand 1897 der 1. Zionistische Kongress unter dem Vorsitz Theodor Herzls statt.

3) Im letzten Jahr kamen in Israel 600 Menschen durch Verkehrsunfälle ums Leben. Die rabiate Fahrweise israelischer AutofahrerInnen ist sprichwörtlich.

4) Im vergangenen Jahr wurde die staatliche Unterstützung körperlich behinderter Menschen drastisch gekürzt, so dass viele von ihnen unter die offizielle Armutsgrenze gedrückt werden. Monatelange erfolglose Proteste der Betroffenen im Jerusalemer Regierungsviertel, inklusive Hungerstreik, zogen große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich.

5) Gegenwärtig etwa 11%, Tendenz steigend

6) Dieser berühmt gewordene Ausspruch Herzls wurde zum Motto der frühen zionistischen Bewegung.

7) Die Schlacht von Tel Chai zwischen jüdischen Freischärlern unter der Führung des einarmigen ehemaligen Offiziers der russischen Armee Joseph Trumpeldor ("Der Löwe von Tel Chai") und arabischen Milizen im Jahr 1920, ist ein wichtiges Datum in der zionistischen Geschichtsschreibung.

wehrdienstuntauglich

9) In Abwandlung des angeblichen letzten Satzes von Trumpeldor in Tel Chai, bevor er von einer Kugel tödlich getroffen verschied: "Es ist gut fürs Vaterland zu sterben."

40. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:30

Antirassismus quergelesen

Täglich stehen Abschiebungen an, werden Menschen illegalisiert, vom Staat und der Polizei drangsaliert, von den Behörden mit Verordnungen schikaniert. Wer Antirassismus-Arbeit macht, ist oft rund um die Uhr damit beschäftigt, gegen diese alltäglichen Schweinereien Protest, Aktionen und Widerstand zu organisieren. Die politische Handlungsperspektive liegt (gezwungener Maßen) in der Abmilderung der Folgen eines rassistischen Regimes - genau darin wurzelt auch ein strukturelles Problem der Bewegung. "Antirassismus wird immer als Reaktion gedacht", schreibt Ljubomir Bratic im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Buch "Landschaften der Tat. Vermessung, Transformation und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa". In dem Sammelband finden sich neben Texten über die Antira-Bewegungen in Frankreich, Großbritannien, Spanien oder Österreich auch Artikel, die sich mit den theoretischen Implikationen des Antirassismus beschäftigen. Empfehlenswert ist Kien Nghi Has Beitrag "Identität und antirassistische Identitätspolitik unter den Bedingungen kolonialer und rassistischer Präsenzen", in dem er die Fallstricke ethnischer und kulturalistischer Identitätszuschreibungen darstellt. Gleichzeitig kritisiert er die in postmodernen, akademischen Diskussionen weit verbreitete undifferenzierte Ablehnung jeglicher Identitätspolitik und pocht auf die Legitimation von Gegenidentitäten, die es gerade MigrantInnen ermöglicht, politisch handlungsfähig zu sein bzw. zu werden. Nichtrassistische Identitätspolitik müsse - so Kien Nghi Ha - innere und äußere Dominanzverhältnisse mitdenken und Differenzen aushalten und artikulieren. Ähnlich argumentiert auch Shirley Tate, die in ihrem Beitrag überzeugend zeigt, wie notwendig die Weiterführung schwarzer antirassistischer Politik in Großbritannien ist. "Wir müssen das leere Zeichen von Community mit jenen Sinnbildern einer ‚schwarzen Community` und einer antirassistischen Politik besetzen, die sich aus der Differenz ergeben." Wenn der Herausgeber im Vorwort schreibt: "Statt eines Nachwissens brauchen wir ein Vorwissen, statt vorauseilendem Gehorsam die vorantreibende Aktion", dann liefert "Landschaften der Tat" zumindest ersteres; die Aktion kann nun - nach dem Lesen dieser Pflichtlektüre - entstehen.

Ljubomir Bratic: Landschaften der Tat. Vermessungen, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa. Verlag Sozaktiv, 269 Seiten, 24 Euro, E-mail: sozak@via.at

Amma Darko

Amma Darkos neuer Roman "Die Gesichtslosen", der in Accra, der Hauptstadt Ghanas, spielt, liest sich ein bisschen wie ein Krimi. Es geht um Armut, Gewalt, speziell sexualisierte Gewalt, aber auch um Emanzipation und Aufbruch. Sehr unterschiedliche Personen, vor allem Frauen, treffen aufeinander. Fofo, eine der Hauptpersonen, ist ein vierzehnjähriges Straßenkind; sie lebt von Gelegenheitsarbeiten und Diebstählen. Nicht immer ist klar, wo und wie sie die Nacht verbringen wird. Dennoch gewinnt sie diesem unsicheren Leben Positives ab, sie fühlt sich frei, autark, unabhängig von der Mutter, die nicht für sie sorgen kann. Ausgangspunkt der temporeichen Geschichte ist der Mord an einer jungen Frau, deren Identität nicht eindeutig ist. Fofo glaubt in ihr die Schwester zu erkennen und plötzlich gerät sie selbst in Gefahr, entgeht knapp einer Vergewaltigung. Kabria, eine emanzipierte Frau, die in einem Frauenkollektiv arbeitet, erzieht drei verwöhnte Kinder. Dazu hat sie einen Ehemann, der die patriarchale Arbeitsteilung in der eigenen Familie für selbstverständlich hält. Kabria und Fofo begegnen sich und damit stoßen äußerst unterschiedliche Lebensrealitäten aufeinander. Kabria und ihre Kolleginnen ergreifen für Fofo Partei, versuchen ihre Geschichte und den Tod der Schwester aufzuklären. Amma Darko gelingt es in spielerischer Weise, das Leben in der afrikanischen Metropole mit seinen Licht- und Schattenseiten darzustellen. So bekommen die "Gesichtslosen" doch ein Gesicht - Menschen, die auf der VerliererInnen-Seite stehen. Gezeigt werden sie in ihrer Eigenständigkeit und Würde, in ihrem permanenten Kampf um bessere Lebensbedingungen. Allein das macht das Buch lesenswert. Die weiblichen Charaktere leben widersprüchliche (emanzipierte) Lebensentwürfe, die gängige Bilder und Wertungen in Frage stellen. Auch das hat Amma Darko überzeugend dargestellt.

Amma Darko: Die Gesichtslosen, Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2003, 180 Seiten, 16,80 EUR

Das Herrschaftsgefüge der WTO

Den Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers proklamierten die Apologeten des Realkapitalismus als Beginn einer neuen, besseren Ära der Demokratie und der Menschenrechte. Zur Architektur der Neuen Weltordnung zähle mit der Welthandelsorganisation (WTO) auch das multilaterale, Ein-Land-eine-Stimme-Instrumentarium zur Organisierung des Freihandels. Wie rasch und tief greifend dieses Credo zur plumpen Herrschaftsideologie mit perfiden Konsequenzen für das Gros der sogenannten Entwicklungsländer verkümmerte, belegt anschaulich ein 60-seitiges Buch von Aileen Kwa. Herausgebracht hat es das in der thailändischen Hauptstadt Bangkok beheimatete Forum "Focus on the Global South", eine seit Jahren feine Adresse für fundierte kritische Analysen zu den Themen Weltwirtschaft und -handel, Globalisierung und politische Implikationen internationaler Entwicklungs"zusammenarbeit". Zu Wort kommen Personen, die als Botschafter, Minister, Beamte oder ExpertInnen aus dem Trikont zwar integraler Bestandteil der WTO-Maschinerie sind, doch keineswegs Zutritt zum Inner Circle des auf Exklusivität bedachten Quad (USA, EU, Japan und Kanada) haben. "Drängen wir schlicht und ergreifend auf faire und gerechte Richtlinien im Hinblick auf die Verwirklichung unserer Entwicklungsvorhaben und Bedürfnisse und um tatsächlich am System des Handels teilzuhaben", klagt da zum Beispiel Botschafter Nathan Irumba, Ugandas Missionschef und Vertreter der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) bei der WTO, "so riskieren wir, unter Druck Regeln zu akzeptieren, die wir weder brauchen noch gutheißen können". Seit dem 11. September 2001 zwingt die WTO-Spitze KritikerInnen in den eigenen Reihen zudem auf "Antiterror"-Kurs - Vergünstigungen und/oder Hilfslieferungen wird den LDC und anderen Ländern nur gewährt, wenn diese sich den "sicherheitspolitischen" Belangen Washingtons unterordnen. Aileen Kwas Büchlein, das sich unter der u.g. Web-Adresse vollständig herunterladen lässt, ist eine solide Sammlung globalisierungskritischer Argumentationshilfen.

Aileen Kwa:Power Politics in the WTO. Herausgegeben von Focus on the Global South, Bangkok; 2., aktualisierte Auflage, Januar 2003, 60 Seiten,
www.focusweb.org/publications/Books/power-politics-in-the-WTO.pdf

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:42

Zweierlei Israel?

Soeben ist im Hamburger Konkret-Verlag der Debattenband "Zweierlei Israel?" mit dem israelischen Historiker und Publizisten Moshe Zuckermann erschienen. Zuckermann diskutiert dort mit den Konkret-Autoren Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß über das schwierige Verhältnis der deutschen Linken zum Staat Israel. Kaum ein Thema dürfte die Linke in Deutschland so entzweien wie die Wahrnehmung und Bewertung des Nahost-Konfliktes. Am Ostersonntag werden Moshe Zuckermann und Volker Weiß in der Zeche Carl den Band präsentieren. Dabei werden sie die kontroversen Sichtweisen der deutschen und der israelischen Linken auf den Nahost-Konflikt verdeutlichen.

Essen, 20.4., 19.30 Uhr, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

USA: Home of the Braves

Im April veranstalten das Lichtblick-Kino, der Buchladen Schwarze Risse und das Café Morgenrot die Film-Reihe "Home of the Braves" zum Thema Arbeit, Migration und soziale Kämpfe in den USA. Am 20.4. werden Ken Loachs "Bread and Roses" und die "Unorganisierbaren" von Florian Schneider gezeigt. Am 21.4. steht Heaven on Earth auf dem Programm. Der Film porträtiert das Gebirgsstädchen Branson, Missouri, das sich als das "Las Vegas of the Bible Belt" einen Namen gemacht hat. Den etwa sechs Millionen TouristInnen, die Branson jährlich besuchen, wird dort gute, alte patriotisch-christliche Unterhaltung geboten. Am nächsten Tag wird mit "Good Guys, Bad Guys" ein weiterer Film des Regisseurs Rich Minnich gezeigt, der bei beiden Vorführungen anwesend sein wird. Am 23.4. gibt es einen Film über das Mekka der Neuen Ökonomie, Silicon Valley.

Berlin, 20.4., 18 Uhr, 21.4./22.4., jeweils 18.30 Uhr, 23.4., 18 Uhr, Café Morgenrot, Kastanienallee 85

Israelische KünstlerInnen

Die Ausstellung "Wonderyears" in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst und im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien thematisiert die Funktion der Shoah im Selbstverständnis der jüdisch-israelischen Gesellschaft als traumatisierte Nation und beleuchtet deren Bedeutung in der gegenwärtigen politischen Situation. Wonderyears - eine andere Bezeichnung für die Jahre des Heranwachsens - ist ein Projekt mit jungen israelischen KünstlerInnen. Neben einer Ausstellung mit Malerei, Zeichnung, Fotografie, Video bis Installation umfasst das Projekt ein umfangreiches Beiprogramm mit Performances, Vorträgen und Filmvorführungen, ein Archiv mit dokumentarischem Material und einen Katalog.

Berlin, 26.4. - 1.6., NGBK, Oranienstraße 25, 10999 Berlin , Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, täglich von 12 - 18.30 Uhr

Buchvorstellungen

Im Mai organisiert die Rosa Luxemburg Initiative verschiedene Veranstaltungen in Bremen. Am 6.5. referiert der Historiker Stephan Stracke über "Kameradschaft, Tradition, Völkerverständigung unter dem Edelweiß". Die Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger und ihre "unangreifbare Traditionspflege". Am 8.5. stellt die Autorin Änneke Winckel ihr Buch "Antiziganismus. Rassismus gegen Roma & Sinti im vereinigten Deutschland" vor. Am 16.5. gibt es einen Vortrag vom Buchautor Rudi Friedrich: "Gefangen zwischen Terror und Krieg. Israel/Palästina: Stimmen für Frieden und Verständigung."

Bremen, 6.5., Paradox, Bernhardstr. 12; 8.5., Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10/12; 16.5., Buchladen Andere Seiten, Brunnenstr. 15/16

70. Jahrestag der Bücherverbrennung

Am 10. Mai 1933 wurden in vielen deutschen Städten geplant und systematisch Bücher verbrannt. Die Scheiterhaufen wurden von StudentInnen, ProfessorInnen und Einheiten der Nationalsozialisten errichtet. Zur Vorbereitung der von den Nazis so benannten "Aktion wider den undeutschen Geist" wurde eine Liste von AutorInnen, deren Bücher zur Verbrennung in Frage kamen, veröffentlicht. Einige Beispiele von der Liste, die

vom "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" an die Studentenschaften der Hochschulen verteilt wurde: Schalom Asch, Bertold Brecht, Lion Feuchtwanger, Erich Kästner, Alexandra Kollontai, Erich Maria Remarque, Karl Marx, Anna Seghers, Kurt Tucholsky, Stefan Zweig ...

Auf der vom Kulturreferat des AStA organisierten Veranstaltung liest Literatur Bonn aus Werken von Autorinnen und Autoren, deren Bücher am 10. Mai 1933 verbrannt wurden.

Bonn, 9.5., 20 Uhr, Buchladen

Le Sabot, Breite Str. 76

AfrikanerInnen in Deutschland

Unter dem Titel "AfrikanerInnen in Deutschland - und schwarze Deutsche - Geschichte und Gegenwart" findet im Juni eine Konferenz in Köln statt, die vom Kölner Appell gegen Rassismus und vom NS-Dokumentationszentrum organisiert wird. Es gibt u.a. Referate zu den Themen Koloniale Gewalt (Andreas Eckl), "Rasse" und nationale Identität (Fatima El-Tayeb), AfrikanerInnen in Völkerschauen (Hilke Thode-Arora), Flucht und Migration aus Afrika (Venat Adoville) und AfrikanerInnen im Film (Tobias Nagl). Den Eröffnungsvortrag zu "Sklavenhandel, Rassismus und Antisemitismus" hält Micha Brumlik.

Köln, 13.6.-15.6., NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, Anmeldeschluss: 15. 5., Infos: www.koelnerappell.de

Konfliktprävention

In den verschiedenen Konfliktgebieten sind Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen, in akuter Gefahr. Für diese Menschen entwickelten die Peace Brigades International (PBI) das Konzept einer schützenden Begleitung durch internationale Freiwillige. Luis Enrique Eguren ist Arzt, lebt in Spanien und arbeitet heute in medizinischen Projekten in Zentralamerika. Er war als PBI-Freiwilliger in El Salvador, Sri Lanka und Kolumbien. Im Mai stellt er sein Buch "Gewaltfrei stören. Gewalt verhindern. Die Peace Brigades International" vor.

Hamburg, 5. 5., 19 Uhr, Evangelische Akademie, Esplanade 15, 6.5., 18 Uhr, Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglacis 8; Berlin, 7. 5., 19 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:44

Kaum war die letzte ak-Ausgabe gedruckt, als der lange vorbereitete Angriff auf den Irak begann. Zwar sind die einschlägigen Artikel durch die Eskalation keineswegs überholt. Dass aber dennoch wohl die meisten unserer LeserInnen zunächst einmal aktuelleren Medien den Vorzug gegeben haben, können wir nachvollziehen. Vielleicht wird der Wert dieser letzten "Vorkriegsausgabe" erst mit einiger Verspätung erkennbar. Denn die dort aufgeworfenen Fragen behalten ihre Aktualität: Nützt die "Empire"-Theorie zur Erklärung dieses Krieges? Sind die Schlachtgesänge linker "BellizistInnen" noch steigerungsfähig? Letztere fühlen sich nach der Eroberung Bagdads an der Seite der Mächtigen offensichtlich sauwohl. Während die Bild-Zeitung "Sieg!" titelt, feiert Bahamas den "ersten antifaschistischen Waffengang im neuen Jahrhundert" und bejubelt Bush als "man of peace".

Dieser "Frieden" wird den Menschen im Irak aller Wahrscheinlichkeit nach ein dauerhaftes Besatzungregime bringen. Wie viele von ihnen in den ersten drei Kriegswochen umgekommen sind, wie viele noch an den Folgen der Zerstörungen sterben werden, ist derzeit überhaupt nicht absehbar. Die kalkulierbaren internationalen Folgen des militärischen Sieges sind Gegenstand mehrerer Artikel in dieser ak-Ausgabe. Syrien und der Iran sind von den US-Strategen als Angriffsziele vorgemerkt; auch Nordkorea könnte auf absehbare Zeit ins Visier geraten. Allzu einseitig erscheint die These, im Irak werde lediglich ein "Krieg-für-Öl" geführt.

Nachdem wir uns in unserer März-Ausgabe mit der internationalen Protestbewegung gegen den Krieg beschäftigt haben, ist diesmal auch die Politik der verschiedenen nationalen Regierungen Thema. Dass weder Chirac noch Schröder "Friedenspolitik" betreiben, ist offensichtlich. Dass sie den Irak-Krieg direkt und indirekt unterstützt haben, lässt sich ebenfalls nachweisen.

Die Frage, wie tief der Riss zwischen "Willigen" und "Unwilligen" geht, wird uns auch weiter beschäftigen. Das in dieser Ausgabe angerissene Problem der irakischen Nachkriegsordnung wird im Mai auch auf mehreren Veranstaltungen der Redaktionen von ak und Fantômas sowie des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. erörtert werden; Referent ist unser Autor Sabah Alnasseri. Noch vor der nächsten ak-Ausgabe wird das neue Fantômas-Heft ausgeliefert. Auch darin geht es um Krieg, dessen Formen und Figuren, die Schlachten des 21. Jahrhunderts und die unterschiedlichen Bellizismen.

Einen Anlass zum Schmunzeln auch in finsteren Zeiten verdanken wir der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. In ihrer Einladung zum Thema "1968 und die deutschen Unternehmen" (am 5. Mai im Haus des Axel Springer Verlages in Berlin) rühmen die VeranstalterInnen das deutsche Unternehmertum als "aktiven Träger gesellschaftlichen Wandels". Weit entfernt davon, "ein Hort des Überkommenen zu sein, waren es gerade Unternehmen, die den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer individualistisch orientierten, sich hedonistisch begreifenden Konsumgesellschaft nicht nur trugen, sondern regelrecht forcierten." Die schönsten Satiren schreibt das Leben. Weniger vergnüglich ist, dass heute auch ehemalige Linksradikale den "zivilisatorischen Vorsprung" des Kapitalismus preisen ...

Eure ak-Redaktion

43. Wir brauchen noch 3.200 Euro!!!

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:45

Die Winterkälte ist vorüber, die Sonne lacht. Der Kelch des Olympiastandortes Hamburg ist gerade noch an uns vorübergegangen. Viele Gründe, um gute Stimmung zu haben. Die ganz große Freude will allerdings in unseren Räumen nicht aufkommen. Der Grund ist einfach und banal: Uns fehlen noch mehr als 3.200 EUR, um unser ausgelobtes Spendenziel von 25.000 EUR zu erreichen. Geld, das wir dringend benötigen, um ak in der gewohnten Qualität zu erstellen.

Im letzten Monat ließ die Spendenfreudigkeit leider nach. Denjenigen, die gespendet haben, aber auf diesem Wege einen herzlichen Dank!

Auch wenn wir die fehlende Summe noch bekommen (wovon wir optimistisch ausgehen), werden die Gehälter in Redaktion, Erstellung, Verwaltung und Vertrieb auf niedrigem Niveau verharren. Aber diese Summe brauchen wir, um unseren Personalstand zu halten. Um es kurz zu machen: Fast alle Kosten (Druck, Vertrieb) steigen. Nur bei den Personalkosten könnten wir sparen. Versprochen: Das wollen wir nicht!!

Also: Wer bisher noch zögerte und zauderte, ob er/sie in diesem Jahr spenden will, gebe sich einen Ruck.

Wir sind guter Dinge, dass wir bei der Produktion der nächsten ak-Ausgabe so richtig gute Stimmung haben werden.

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto Nr.: 13150-204

BLZ: 200 100 20

Postbank Hamburg

Verwendungszweck: Spende

44. Nix Olympia - weder in Leipzig noch anderswo!

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/olyptitel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:olyptitel

Die Entscheidung ist gefallen: Am 12. April wählte das Nationale Olympische Komitee (NOK) Leipzig als deutschen Kandidaten für die Olympischen Sommerspiele 2012. Lange Gesichter gab es hingegen bei den als Favoriten gehandelten Städten Hamburg und Düsseldorf. Bereits im ersten Wahlgang setzte sich Rostock als Austragungsort der Segelwettbewerbe durch.

Glaubt mensch den offiziellen Versprechungen, so heilt Olympia alle (ostdeutschen) Wunden: ein Investitionsschub für die neuen Bundesländer, Jobs en masse, Prestigegewinn und endlich mal in der ersten Reihe sein - all dies soll den LeipzigerInnen Olympia schmackhaft machen. Schon seit längerem gibt es in Leipzig ein Anti-Olympia-Komitee, das sich mit den konkreten Auswirkungen Olympias für die Stadt, wie Verdrängung, Mietpreisexplosion, Überwachung des öffentlichen Raumes etc. beschäftigt und den "Leistungssport als entscheidenden Träger der kapitalistischen Gesellschaft" kritisiert. Der Widerstand gegen das Mega-Event Olympia steht in einer gewissen linken Tradition, gab es doch seit Mitte der 80er eine NOlympics-Bewegung in Amsterdam und Anfang der 90er in Berlin. Welche Gründe sprechen heute gegen Olympia in Deutschland und anderswo? Wer profitiert von Olympia und wer nicht? Wie könnte eine aktuelle Anti-Olympia-Kampagne aussehen? Welche Mittel, Strategien und Konzepte sind geeignet, um gegen eine städtische Imagepolitik im Zuge von Olympia zu agieren?

45. Quelldatei swkas.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak472/swkas.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:472:swkas

SCHWERPUNKT: NOLYMPIA

Um im internationalen Wettkampf der Städte mithalten zu können, setzen immer mehr Metropolen auf Mega-Events. Die Ausrichtung prestigeträchtiger Ereignisse, wie Olympia oder die EXPO, dient der Standort-Profilierung und als Beschleuniger städtischer Umstrukturierungspolitik. Der Schwerpunkt enthält Texte zur Imageproduktion am Beispiel Hamburgs und den Auswirkungen von Olympia in Barcelona. Wir dokumentieren das Amsterdamer Konzept der Imagebeschmutzung und die Erfahrungen des Anti-Olympia-Komitees Berlin mit diesem. Darüber hinaus beschäftigen sich das KünstlerInnenduo Grösch/Metzger mit der Nachnutzung Olympischer Dörfer.

Zum Thema gibt es in Hamburg eine Veranstaltungsreihe: 16.5.: Imagebeschmutzung und NOlympia; 6.6.: Olympia und die unternehmerische Stadt Hamburg und am 1.8." Was bleibt nach Olympia?" mit Grösch/ Metzger; jeweils um 19.30 Uhr, im Lichtmeß, Gaußstr. bzw. am 6.6. in der Roten Flora, Schulterblatt.